Norman G. Finkelstein

Antisemitismus als politische Waffe

Israel, Amerika und der Mißbrauch der Geschichte

PIPER

PIPER

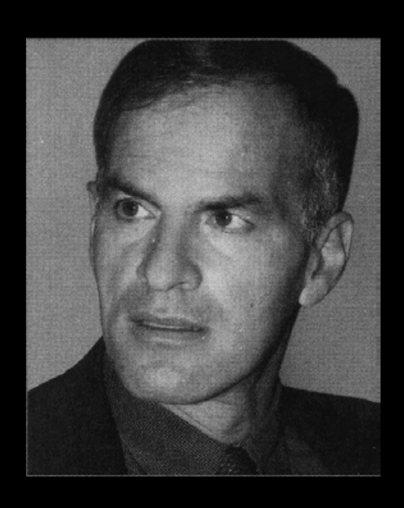
»Das beste Mittel gegen Antisemitismus ist, laut die Wahrheit zu sagen und für Gerechtigkeit zu kämpfen.« Norman G. Finkelstein

Nach seinem vieldiskutierten Bucherfolg »Die Holocaust-Industrie« setzt sich Norman G. Finkelstein erneut mit einem sehr umstrittenen Thema auseinander: dem Mißbrauch des Antisemitismus-Vorwurfes als politische Waffe. Immer wieder, so Finkelstein, werden Kritiker, die Israel eine menschenrechtsmißachtende Politik gegenüber den Palästinensern vorwerfen, als Antisemiten hingestellt. Im Detail belegt er, warum diese Kritik an Israel richtig und sogar notwendig ist. Denn er ist davon überzeugt, daß Offenheit gegenüber Israel das wirkungsvollste Mittel gegen wirklichen Antisemitismus ist. Felicia Langer, die israelische Menschenrechtsanwältin, unterstreicht in ihrem Vorwort, wie recht Finkelstein damit hat.

ISBN-13: 978-3-492-04861-3
ISBN-10: 3-492-04861-7
1990(D)

An Norman G. Finkelstein scheiden sich die Geister. Ist er, wie Lorenz Jäger zu »Die Holocaust-Industrie« in der FAZ schrieb, »ein jüdischer Dissident, wie Hannah Arendt zu ihrer Zeit«, dessen Buch »die Wirkung der großen Polemik« hatte? Oder ist er ein Verschwörungstheoretiker, wie seine Gegner behaupten? In seinem neuen Buch greift er wieder ein heißes Eisen auf, ein Thema, das auch in der aktuellen politischen Diskussion ständig präsent ist. Israel und viele seiner Fürsprecher, besonders in den USA, benützten den Antisemitismusvorwurf, so Finkelstein, um die Menschenrechtsverletzungen gegenüber den Palästinensern zu bemänteln und sich zugleich gegen Kritik zu immunisieren. Im Detail belegt er, wie dieser Antisemitismusvorwurf immer dann eingesetzt wird, wenn die aus seiner Sicht völlig berechtigte Kritik am israelischen Vorgehen in den besetzten Gebieten zu laut wird

Warum er diese Kritik für legitim hält, dokumentiert Finkelstein ausführlich. Deshalb ist er überzeugt, daß Israel sich hier zu Unrecht als Opfer eines neuen Antisemitismus sieht. Und er macht deutlich, daß nicht falsche Rücksichtnahme, sondern vielmehr konstruktive Kritik an Israel ein wirkungsvolles Mittel im Kampf gegen den wirklichen Antisemitismus ist. In ihrem Vorwort unterstützt die israelische Menschenrechtsanwältin Felicia Langer diese Position Finkelsteins, die dieser selbst in seiner »Vorbemerkung zur deutschen Ausgabe« nochmal zuspitzt.



Norman G. Finkelstein, geboren 1953 in New York als Sohn von Holocaust-Überlebenden. Er studierte an der Princeton University und in Paris, promovierte 1988 in Princeton mit einer Arbeit über die Theorie des Zionismus. Er lehrte Politikwissenschaft an der City University in New York und ist seit 2001 Professor für Politische Theorie an der DePaul University in Chicago. Weltweit diskutiert wurde sein Buch »Die Holocaust-Industrie« (Serie Piper 3580), das monatelang auf der SPIEGEL-Bestsellerliste stand. Außerdem veröffentlichte er u.a. mit Ruth Bettina Birn »Eine Nation auf dem Prüfstand. Die Goldhagen-These und die historische Wahrheit«.

Felicia Langer, geboren 1930 in Polen, ist Überlebende des Holocaust. Sie ging nach dem Krieg nach Israel, wo sie später als Anwältin für die Rechte der Palästinenser kämpfte. Sie ist Trägerin des Alternativen Nobelpreises und lebt in Deutschland.

Umschlaggestaltung: Büro Jorge Schmidt, München
Umschlagkonzeption: R. Eschlbeck, München

Norman G. Finkelstein

ANTISEMITISMUS ALS POLITISCHE WAFFE

Israel, Amerika und der Mißbrauch der Geschichte

Aus dem Amerikanischen
von Maren Hackmann

Mit einem Vorwort von Felicia Langer und einer
Vorbemerkung des Autors zur deutschen Ausgabe

Mit 6 Abbildungen



Piper
München Zürich

Die amerikanische Originalausgabe erschien 2005
unter dem Titel *Beyond Chutzpah: On the Misuse
of Anti-Semitism and the Abuse of History* bei
University of California Press, Berkeley/Los Angeles.
Die Veröffentlichung der deutschen Ausgabe erfolgt in
Abstimmung mit der University of California Press.

In Zusammenarbeit mit dem Autor wurde die deutsche
Ausgabe um einige Passagen gekürzt. Dies betrifft vor
allem die umfangreichen Anhänge, die interessierte Leser
in deutscher Übersetzung unter info@piper.de mit dem
Stichwort »Finkelstein-Anhänge« anfordern oder auf der
Homepage des Autors unter www.NormanFinkelstein.com
finden können.

ISBN-13: 978-3-492-04861-3
1SBN-10: 3-492-04861-7

Satz: seitenweise, Tübingen
Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck
Printed in Germany

www.piper.de

Für Musa Abu Hashhash
und all die anderen Palästinenser und Israelis,
die gemeinsam
Menschenrechtsverletzungen dokumentieren
und so dafür sorgen,
daß die Wahrheit nicht verlorengeht.

The world is full of evil people and it is
important to stand up to evil.

Alan M. Dershowitz,
Letters to a Young Lawyer

Inhalt

Vorwort von Felicia Langer 9
Vorbemerkung zur deutschen Ausgabe 18
Allgemeine Einführung 23

Teil I Der nicht ganz so neue »neue Antisemitismus«
1 Von *Jesus Christ Superstar* zur *Passion Christi* 53
2 Israel – Der »Jude« unter den Völkern 70
3 Zeter und Mordio 113

Teil II »Im allgemeinen herausragend«: Israels Menschenrechtsbilanz
Einleitung 143
4 Unreinheit der Waffen 153
5 Kurzer Prozeß 204
6 Israels Abu Ghraib 216
7 Rückkehr der Wandalen 253
8 Abgeschnürte Lebensader 285
9 Unrechtsprechung 308
Schlußbemerkung 321

Danksagung 325

Anmerkungen 327

Vorwort von Felicia Langer

Antisemitismus als politische Waffe ist ein Thema, das dringend einen Autor gesucht hat – es hat ihn in Norman Finkelstein gefunden, einem Autor, der bisher schon einiges gewagt hat. Wie das vorliegende Buch bezeugt, ist er dem Thema gewachsen; die Genauigkeit und Akribie seiner Recherchen und Analysen sind bewundernswert.

Im ersten Teil des Buches befaßt sich der Autor vor allem mit der Instrumentalisierung von Antisemitismus durch die proisraelische Lobby in den USA und in Europa, zugunsten der israelischen Politik. Immer wenn die Gefahr besteht, die internationale Gemeinschaft könnte mit verstärktem Druck von Israel verlangen, die besetzten Gebiete gemäß dem Völkerrecht zu räumen, wird, so Finkelsteins Analyse, ein neuer Antisemitismus inszeniert: »eine weitere, bis ins kleinste Detail durchkomponierte Oper, die den Zuschauern medienwirksam die erschrecklichen Ausmaße des weltweiten Antisemitismus vor Augen führen soll.«

Mit ihrem Antisemitismusvorwurf bezwecken die amerikanisch-jüdischen Eliten vor allen Dingen eines: Wer Israel kritisiert, soll als verkappter Antisemit erscheinen, und Berichte über die Lage der Palästinenser unter der Besatzung, ihre Unterdrückung und ihr Leid sollen tabu sein; denn nur Israel steht die Rolle des Opfers zu. Das bedeutet, die wahre Situation soll auf den Kopf gestellt werden, und Israel soll Immunität genießen.

Vorwort von Felicia Langer

Die Hysterie bezüglich eines »neuen Antisemitismus« dient nicht nur dazu, berechtigte Kritik an Israel im Keim zu ersticken, sie soll auch von Verletzungen des Völkerrechts und grundlegender Menschenrechte ablenken. So wurde die Weigerung, sich am Angriffskrieg gegen den Irak zu beteiligen, mit Judenhaß gleichgesetzt. Der Schriftsteller Elie Wiesel, Auschwitz-Überlebender und Friedensnobelpreisträger, sagte am 27. Februar 2003 zum amerikanischen Präsidenten George W. Bush, der Irak sei ein terroristischer Staat und die Intervention sei eine moralische Pflicht. Hätte der Westen 1938 in Europa eingegriffen, hätten der Zweite Weltkrieg und der Holocaust verhindert werden können, gab Wiesel zu bedenken. »Das war ein bedeutender Moment für mich«, erinnerte Bush sich später, »denn ich fühlte mich in diesem Moment bestätigt.«

Paul Spiegel, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, hat die deutsche Ablehnung des Irakkrieges scharf verurteilt und ähnlich wie Elie Wiesel argumentiert. Seine Worte hatten einen sehr schlechten Klang angesichts der Millionen, die in Deutschland und überall auf der Welt gegen den Krieg demonstrierten, darunter auch sehr viele Juden.

Erschreckend, welche Verbündete diese Lobby auch am rechten Rand der Gesellschaften hat, so zum Beispiel Silvio Berlusconi, Gianfranco Fini von der neofaschistischen Nationalen Allianz in Italien, Jean-Marie Le Pen in Frankreich … Was die christlichen Fundamentalisten in den USA betrifft, sagen die Lobbyisten, deren sprichwörtliche Intoleranz wirke sich derzeit nicht allzu schlimm aus. Was zähle, sei ihre freundschaftliche Haltung gegenüber Israel.

Ich möchte mit dem Leser meine Erfahrungen in Deutschland teilen, als israelische Jüdin und Überlebende des Holocaust. Mein Mann Mieciu hat fünf Nazikonzentrationslager als einziger seiner Familie und nur am Rande des Todes überlebt. Meine ganze Familie wurde ermordet, außer meiner Mutter und mir, die wir damals in der UdSSR waren. Mein Mann und

ich leben seit fünfzehn Jahren in Deutschland, das unser geliebtes Zuhause geworden ist. Wir selbst haben in all den Jahren keine Erfahrung mit Antisemitismus in Deutschland gemacht. Das zu betonen ist wichtig, weil mein Mann seit Jahren über seine qualvollen Erlebnisse während der Nazizeit in Schulen spricht, und im Laufe der Jahre hatte er viele Tausende Zuhörer. Ich möchte die Existenz von Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland aber auch nicht leugnen. Unser erstes Erlebnis in dieser Hinsicht war das folgende:

> Eines Tages, 1990, habe ich ein schwarzes Hakenkreuz auf der Wand eines Einkaufszentrums in Tübingen gesehen. All die Schönheit der zauberhaften sommerlichen Landschaften ringsum konnte diese Verschandelung nicht überdecken. Mein Mann und ich haben uns entschieden, das Hakenkreuz zu tilgen. Wir sind in der Nacht zusammen hingegangen, um es zu tun. Aber jemand hatte es schon entfernt, offenbar ein paar Minuten vor uns. Jemand, dem das Nazisymbol genauso zuwider war wie uns. So bin ich meiner ersten anonymen Lichterkette in Deutschland begegnet.[1]

Diese sogenannten Lichterketten sind unsere Verbündeten in Deutschland im Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und den realen Antisemitismus; aber auch gegen Krieg und gegen die verheerende Politik Israels gegenüber dem palästinensischen Volk, die auch Thema dieses Buches ist. Norman Finkelstein wendet sich gegen den Mißbrauch des Holocaust seitens derjenigen, die den Antisemitismus als politische Waffe benutzen. Dabei geht es ihm darum, die Würde der Opfer wiederherzustellen und ihrem wahren Vermächtnis gerecht zu werden. Mein Mann Mieciu und ich teilen Norman Finkelsteins Anliegen, und ich möchte hier aufgreifen, was ich einmal an anderer Stelle über dieses Vermächtnis geschrieben habe:

> Es ist das Vermächtnis der Ermordeten, wie ich es zusammen mit Mieciu im Laufe der Jahre verinnerlicht habe, angesichts jeglichen Unrechts und Verbrechens nicht zu schweigen, sondern unermüdlich jede Art von Rassismus und Antisemitismus zu bekämpfen, die Würde und die Rechte des Menschen, wer immer es auch sei, zu verteidigen. Dies ist die Verpflichtung des deutschen Volkes für alle Zeiten, doch nicht nur die seine. Aus Achtung vor dem Andenken an all jene Opfer und im Geiste ihres letzten Vermächtnisses, das Menschlichkeit heißt, prangere ich die jahrzehntelange Unterdrückung der Palästinenser durch Israel an und das Unrecht, das ihnen angetan wurde und bis zum heutigen Tage andauert.[2]

Norman Finkelstein schreibt, mit Recht, daß diejenigen Juden, die den echten Antisemitismus bekämpfen wollen, zuallererst den vermeintlichen »Antisemitismus« als Bluff entlarven müssen:

> Es gibt sehr wohl eine erprobte Strategie, mit der sich Antisemitismus, wie im übrigen auch Fanatismus anderer Art, bekämpfen läßt. Diese Strategie besteht darin, laut die Wahrheit zu sagen und für Gerechtigkeit zu kämpfen… Die echten Antisemiten nehmen die israelische Unterdrückungspolitik zum Vorwand, um Juden zu verteufeln; ein Ende der Besatzung würde diese Leute erstens einer gefährlichen Waffe berauben und zweitens ihre wahren Ziele zum Vorschein bringen. Je mehr Juden ihre Ablehnung der israelischen Besatzung offen zum Ausdruck bringen, desto weniger NichtJuden werden fälschlicherweise annehmen, daß »die Juden« die verbrecherische israelische Politik und die unkritische Unterstützung, ja Ermunterung, die diese Politik durch die einschlägigen jüdischen Organisationen erfährt, gutheißen.[3]

Eine klare und eindeutige Aussage.

Im zweiten Teil des vorliegenden Buches lesen wir über die Menschenrechtssituation in Israel-Palästina. Israels Menschenrechtsbilanz ist »im allgemeinen herausragend«, behauptet der an der Harvard Law School lehrende Juraprofessor und Anwalt Alan Dershowitz in seinem Buch *Plädoyer für Israel*. »Sinn und Zweck« seines Buches sei es, so Dershowitz, »zur Reinigung [der] Atmosphäre beizutragen, indem es den Diskussionspartnern direkte und wahrheitsgemäße Erwiderungen auf falsche Anschuldigungen an die Hand gibt.« Das Buch wurde in den USA ein Bestseller; amerikanisch-jüdische Organisationen verschenkten es großzügig an Universitäten, das israelische Außenministerium erwarb Tausende von Exemplaren, um sie zu verteilen.

Zu den Menschenrechten der Palästinenser in den besetzten Gebieten und ihren flagranten Verletzungen durch Israel habe ich manches zu sagen – immerhin habe ich als erste jüdische Anwältin 23 Jahre lang (von 1967 bis 1990) die Palästinenser in den besetzten Gebieten vertreten. Ich möchte mich bei Norman Finkelstein dafür bedanken, daß er die Lügen von Alan Dershowitz in seinem Buch entlarvt und dem Leser wichtige Informationen über die verschiedenen israelischen, palästinensischen und internationalen Menschenrechtsorganisationen zugänglich macht. Dershowitz ignoriert die Berichte der Menschenrechtsorganisationen, die übereinstimmend die israelischen Menschenrechtsverletzungen, die in vielen Fällen sogar Kriegsverbrechen darstellen, aufs schärfste verurteilen. Ich verurteile sie auch, als Zeitzeugin und als Augenzeugin, und klage die verschiedenen israelischen Regierungen an.

Die Seiten des vorliegenden Buches, die sich mit den – von Dershowitz geleugneten – israelischen Verbrechen während der Al-Aqsa-Intifada befassen, sind erschütternd und zeigen, wie zurückhaltend die Medien in Deutschland in dieser Hinsicht

seit jeher sind und wie sie das Ausmaß der israelischen Unterdrückung der Palästinenser verschweigen.

Ein Kapitel für sich sind die israelischen Attentate gegen »verdächtige« Palästinenser, sogenannte »Liquidierungen« (übrigens ein Naziterminus), die Dershowitz rechtfertigt. Die geheimen Einheiten machten bereits während der ersten Intifada (1987-1993) regen Gebrauch von ihrer Lizenz zum Töten. Im Laufe der zweiten Intifada wurden diese Attentate dann zur offiziellen israelischen Politik erklärt. Außergerichtliche Hinrichtungen sind nicht nur Staatsterror, sondern gemäß der vierten Genfer Konvention von 1949 schlicht Kriegsverbrechen.

Am 21. August 2002 habe ich während einer Veranstaltung in Wien über die auch von Norman Finkelstein thematisierte verbrecherische Invasion Israels in den besetzten Gebieten – euphemistisch »Operation Schutzschild« genannt – berichtet. Ich sprach über die Hinrichtungen, die Verbrechen im Flüchtlingslager Jenin, aber auch über eine friedliche Lösung des Konfliktes. Die israelitische Kultusgemeinde in Wien hatte ihre Mitglieder geschickt, um wild zu stören, mich als Antisemitin und Verräterin zu diffamieren, tumultartige Szenen zu veranstalten, »Nazis raus!« zu schreien … Es kam beinahe zu Handgreiflichkeiten, und die Veranstaltung mußte abgebrochen werden. Der österreichische Zweig der jüdischen Lobby konnte die Wahrheit nicht ertragen und setzte den Vorwurf des Antisemitismus als Waffe ein.

Das Kapitel »Israels Abu Ghraib«, über Folter, hat eine besondere Bedeutung für mich. Als ich die Bilder aus dem irakischen Gefängnis Abu Ghraib auf den Bildschirmen sah, habe ich an meine geschundenen palästinensischen Mandanten gedacht und öffentlich erklärt: »Dies sind die israelischen Methoden, um Gefangene zu brechen; nur hat man sie bei uns nie fotografiert, und unsere Folterer genießen leider Immunität.« Ich habe an Sami Esmail gedacht – Norman Finkelstein beschreibt seinen Fall – und an Dershowitz, der schon 1978 bereit war, in

diesem Fall zu lügen, um die israelischen Folter- und Mißhandlungsmethoden reinzuwaschen. Ich habe die Wunden von Folterungen bei meinen Mandanten mit eigenen Augen gesehen und den Obersten Gerichtshof angerufen. Vergeblich. Einige Mandanten trugen durch die Folterungen psychische Störungen davon, einige verloren sogar ihr Leben, so zum Beispiel Auad Hamdan aus dem Westjordanland, der im Juli 1987 starb, und Mahmud El Masri, der im März 1989 im Shin-Bet-Trakt des Gefängnisses von Gaza starb.[4] Ich kann den Lesern nur empfehlen, dieses so wichtige Kapitel sehr aufmerksam zu lesen, denn Israel foltert palästinensische Häftlinge wieder routinemäßig, und in den Gefängnissen herrscht das auch im vorliegenden Buch beschriebene Grauen.

Norman Finkelstein schreibt auch über die Zerstörung von Häusern als Kollektivstrafe. Während der zweiten Intifada hat diese grausame Maßnahme massive Ausmaße angenommen. Es gibt Tausende von Palästinensern, die obdachlos geworden sind, viele nicht zum ersten Mal in ihrem Leben. Diese völkerrechtswidrige Maßnahme, von der Völkergemeinschaft verurteilt, wird von Dershowitz gerechtfertigt. Gestützt auf Berichte von Menschenrechtsorganisationen schildert Finkelstein Fälle, in denen Palästinenser in den zerstörten Häusern lebendig begraben wurden. Ich kann nur betonen, daß meine Versuche beim Obersten Gerichtshof, diese völkerrechtswidrige Kollektivstrafe abzuschaffen oder zu stoppen, in all den Jahren vergebens waren. Daneben wird die Zerstörung von »illegal« erbauten Häusern thematisiert. Ich erkläre hiermit, daß ich mich jahrelang, meist erfolglos, bemüht habe, Baugenehmigungen für Palästinenser zu bekommen. Israel verfolgt hier eine klare Politik der Strangulierung. Das Ziel dieser Politik, so analysiert es auch Norman Finkelstein, war und ist die größtmögliche Ausweitung des für jüdische Besiedlung zur Verfügung stehenden Landes. Palästinensische Ortschaften sollen sich dagegen nicht vergrößern dürfen.

Israels »Oberster Gerichtshof gehört zu den besten der Welt und hat wiederholt sowohl militärische als auch zivile Entscheidungen verworfen und das Militär wie auch den Staat gezwungen, nach dem Prinzip der Rechtsherrschaft zu operieren«, schreibt Dershowitz. Unter Bezug auf Menschenrechtsorganisationen und israelisches Expertenwissen widerlegt Norman Finkelstein diese absurde These eindeutig.

Ich stimme Norman Finkelstein zu, daß die Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofes allzu oft Unrechtsprechung war und ist und daß es für Lobeshymnen nicht den geringsten Anlaß gibt. Dies stelle ich fest aufgrund meiner 23jährigen Erfahrung als die erste »Pionier-Rechtsanwältin«, die Anträge von Palästinensern gegen die Besatzungskräfte beim Obersten Gericht eingereicht hat. Auch viele israelische Anwaltskollegen können dies bezeugen. In Fällen von Häuserzerstörungen, der Legitimierung von Siedlungen und Landnahme, von Deportation, Folterung, verweigerter Familienzusammenführung und Administrativhaft hat das Gericht meine Anträge abgewiesen, meist im Widerspruch zu äußerst klaren Maximen des Völkerrechts. Aus Protest gegen diese langjährige »Unrechtsprechung« und gegen das ganze verrohte militärische Rechtssystem der Besatzung habe ich nach 23 Jahren meine Anwaltspraxis in Jerusalem geschlossen. Das bedeutet aber nicht, daß ich mich geschlagen geben würde. Ganz im Gegenteil. Ich nutze auch weiterhin jede Gelegenheit, die Wahrheit ans Licht zu bringen.

Norman Finkelstein versucht den israelisch-palästinensischen Konflikt, der künstlich verkompliziert wird, historisch und politisch zu »entkomplizieren«, und zeigt auf, wie der Konflikt völkerrechtlich lösbar ist. Er beschreibt die »Zwei-Staaten-Lösung«. Die Palästinenser haben sich schon seit längerem bereit erklärt, sich mit rund 20 Prozent des historischen Palästina zu begnügen, wobei die völkerrechtsgemäße Lösung der Flüchtlingsfrage noch zu klären wäre. Dagegen besiedelt Israel

weiterhin illegal die besetzten Gebiete, baut eine Apartheidsmauer tief ins Westjordanland hinein und lehnt jede Verantwortung für die palästinensische Flüchtlingstragödie ab.

Norman Finkelstein appelliert an die Leser, sich politisch zu engagieren, sich der Wahrheit zu verpflichten, »damit wir gemeinsam einen gerechten und dauerhaften Frieden für Israel und Palästina herbeiführen können«. Er findet Wege zu den Entrechteten, durch Anprangerung des Unrechts, das Israel ihnen antut, und so baut er die Brücke zum Frieden zwischen Israel und Palästina. Finkelsteins Stimme ist eine wichtige, gewissenhafte, menschliche Stimme – eine *andere* jüdische Stimme, ein Segen für die Palästinenser und die Juden.

Der 10. Mai 1976 war für mich ein denkwürdiger Tag. Ich sprach im Science Center der Harvard University in Cambridge, Massachusetts. Die Veranstaltung und ich selbst standen aufgrund massiver Drohungen unter Polizeischutz. Die Störungen, Schreie und Buhrufe waren immens. Die Rowdys, jüdisch-zionistische Studenten, schrieen: »Sie wird hier nicht sprechen!« Anschließend kam eine Frau auf mich zu und gab mir ein Porträt von mir, das sie gezeichnet hatte. Es trug den Titel:

»Blessed are the peacemakers«

Für mich war dieses Geschenk der Beweis dafür, daß nicht die Störer die Oberhand behalten hatten. Ich möchte dem Autor dieses Buches sagen:

»Gesegnet sind die Friedensstifter!«

Tübingen, Oktober 2005
Felicia Langer

Vorbemerkung zur deutschen Ausgabe

Es geht mir bei diesem Buch vor allen Dingen darum, eine einfache Frage zu beantworten: Wie kommt es, daß ein Thema, das bei nüchterner Betrachtung denkbar unstrittig ist, so viele Kontroversen auslöst? Daß es zum Thema des israelisch-palästinensischen Konflikts eigentlich keine Kontroversen geben sollte, hören viele Leserinnen und Leser vielleicht zum ersten Mal. Fest steht aber: Die meisten Historiker sind sich über die Entstehung des israelisch-palästinensischen Konflikts einig; die meisten Menschenrechtsorganisationen sind sich über die heutige Situation in Israel und den besetzten Gebieten einig; und die meisten politischen und rechtlichen Institutionen sind sich darüber einig, welche Maßnahmen zu ergreifen wären, um den Konflikt zu lösen.

Im vorliegenden Buch führe ich aus, daß die Kontroversen zum israelisch-palästinensischen Konflikt überwiegend künstlich herbeigeredet werden, und zwar von denen, die Israel blind verteidigt sehen wollen. Ihr Ziel ist es, von den eben erwähnten Tatsachen abzulenken. Darum sorgen sie dafür, daß an belanglosen Debatten, die die gewünschte Verwirrung stiften, kein Mangel herrscht. Eine besonders beliebte Taktik besteht darin zu behaupten, in den westlichen Gesellschaften greife derzeit ein »neuer Antisemitismus« um sich. Im ersten Teil dieses Buches zeige ich, daß dieser angebliche »neue Antisemitismus« weder neu ist noch etwas mit Antisemitismus zu tun hat. Israels Apologeten reden immer dann von einem »neuen Anti-

semitismus«, wenn Israel sich mit einem größeren Public-Relations-Debakel konfrontiert sieht oder wenn der internationale Druck auf Israel wächst, den Konflikt mit den Palästinensern auf diplomatischem Wege zu lösen. Der in den letzten Jahren erhobene Vorwurf eines neuen Antisemitismus fällt zeitlich mit der brutalen Unterdrückung in den besetzten Gebieten sowie mit Israels Entschluß zusammen, durch den Bau einer völkerrechtswidrigen Mauer im Westjordanland palästinensisches Land zu annektieren.

Die hysterischen Warnungen der Apologeten Israels zeigten Wirkung: Die internationale Gemeinschaft veranstaltete eigens Konferenzen zum neuen Antisemitismus, und UN-Generalsekretär Kofi Annan rief einen offiziellen Welt-Holocaust-Gedenktag aus. Die Europäische Union pries Sharon unterdessen als Friedensstifter, zog er doch ein paar tausend illegale jüdische Siedler aus dem Gazastreifen ab. Zwar hat Sharon gleichzeitig dafür gesorgt, daß Israel mit Hilfe hunderttausender illegaler jüdischer Siedler das Westjordanland auch weiterhin fest im Würgegriff hält und die Palästinenser immer tiefer ins Elend gestürzt werden; doch die EU tat so, als durchschaute sie Sharons zynischen Trick nicht, und spielte sein Spiel brav mit. Die moralische Feigheit der EU zeigte sich jüngst auch darin, daß sie sogar ihre eigene Studie zurückhielt, aus der klar hervorging, daß die illegale israelische Mauer jede Hoffnung auf eine Zwei-Staaten-Lösung zunichte macht.

Es wäre lächerlich abzustreiten, daß es in Deutschland und anderswo in Europa Antisemitismus gibt. Es wäre aber genauso lächerlich abzustreiten, daß das Ausmaß dieses Antisemitismus stark übertrieben wird, damit die Kritik an Israel im Keim erstickt wird. Um die echten Antisemiten zu entlarven, brauchte Israel nur seinen völkerrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen und das zu tun, was der überwiegende Teil der Menschheit (einschließlich vieler Juden) dringend zur Lösung des Konflikts empfiehlt: sich vollständig aus den besetzten pa-

lästinensischen Gebieten zurückzuziehen. Diejenigen, die Israel auch dann noch kritisieren, wenn sich das Land an das Völkerrecht hält, können wir mit Fug und Recht als Antisemiten bezeichnen. Doch diejenigen als Antisemiten abzustempeln, die Israel *wegen* seiner Völkerrechtsverletzungen kritisieren, ist blanker Zynismus.

Es gibt sicher Gründe, gute wie schlechte, warum sich anständige Deutsche mit dem Leid der Palästinenser lieber nicht allzu intensiv beschäftigen wollen. Es gibt jedoch mindestens zwei gute Gründe dafür, warum sie es eben doch tun sollten. Erstens nutzt Israel das unsagbare Leid, das den Juden während des Zweiten Weltkriegs angetan wurde, aus, um seine Verbrechen an den Palästinensern zu rechtfertigen. Der verstorbene Edward Said pflegte zu sagen, der palästinensische Kampf sei deswegen so schwierig, weil die Palästinenser die Opfer von Opfern seien. Daraus ergibt sich für die Deutschen die Notwendigkeit, einen Spagat zu versuchen, nämlich die nach Wiedergutmachung verlangende deutsche Vergangenheit im Blick zu behalten, dabei aber Menschenrechtsverletzungen, die es *heute* zu beenden gilt, nicht aus den Augen zu verlieren. Zugegeben, diesen moralischen Imperativ zu befolgen, mag nicht immer leicht sein. Doch die Sühne für vergangene Verbrechen darf niemals zur Duldung aktueller Verbrechen führen. Die moralische Herausforderung, die sich daraus für die Deutschen ergibt, könnte nicht größer sein. Sie besteht darin, einerseits der Verantwortung gerecht zu werden, die ihnen aus den Verbrechen des »Dritten Reichs« gegen das jüdische Volk erwächst, es andererseits aber auch nicht zuzulassen, daß ihnen aufgrund dieses schrecklichen Vermächtnisses das Recht abgesprochen wird, aktuelle Verbrechen anzuprangern, nur weil diese von einem Staat begangen werden, der sich selbst als jüdisch definiert. Sich dieser Herausforderung zu stellen, ist in Wahrheit die würdigste Form der Holocaust-Erinnerung.

Zweitens wirkt der israelisch-palästinensische Konflikt für

die ganze Menschheit vergiftend – eine Gefahr, die gar nicht groß genug eingeschätzt werden kann. Ich meine gar nicht einmal die Gefahr, daß dieser Konflikt eine Kettenreaktion auslösen und schließlich zur nuklearen Verwüstung führen könnte, oder daß er die muslimische Welt womöglich zu Wahnsinnstaten verleitet, auch wenn dies zweifellos ernste Sorgen sind. Ich meine vielmehr die zersetzende Wirkung dieses Konflikts, was die Moral anbelangt. Ständig wird behauptet, die Welt sei nach dem Terroranschlag auf die USA am 11. September 2001 nicht mehr dieselbe. So, wie sie gemeinhin aufgefaßt wird, ist diese Behauptung absurd. Schließlich ist kaum ein Land der Welt in den letzten Jahrzehnten von Terrorismus – verschiedener Art und Schwere – verschont geblieben, wobei ein Gutteil dieses Terrors von der jeweiligen amerikanischen Regierung selbst verübt oder zumindest unterstützt wurde. Was sich aber seit dem 11. September geändert hat, ist, daß die USA und Israel es nunmehr darauf anlegen, die während der letzten hundert Jahre bei der Entwicklung von Völker- und Menschenrechtsnormen erzielten Fortschritte mit vereinten Kräften rückgängig zu machen. Die Weigerung, in die Barbarei zurückzufallen, wird mit Appeasement gegenüber Terroristen gleichgesetzt.

Im zweiten Teil dieses Buches dokumentiere ich ausführlich das von Israel in den besetzten Gebieten unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung geschaffene Schreckensregime: Entführungen, illegale Haft, systematische Folter, die willkürliche Anwendung tödlicher Gewalt, Luftangriffe auf wehrlose Städte und so weiter. Nach dem 11. September begannen die USA, diese israelischen Taktiken in weit größerem Maßstab einzusetzen. Der prominente, an der Harvard Law School lehrende Juraprofessor und Anwalt Alan Dershowitz, der in den USA als Autorität gilt, ist ein gutes Beispiel für die damit einhergehende Aushöhlung rechtlicher Standards und moralischer Werte. Apologeten der amerikanisch-israelischen Politik wie er überziehen schon die Grundidee des Völkerrechts mit Spott.

Dershowitz empfiehlt zum Beispiel, Terrorverdächtige mit dem »größtmöglichen« Schmerz zu foltern und in Reaktion auf jeden Terroranschlag »automatisch« ein ganzes Dorf zu zerstören. Obszöne Vorschläge dieser Art haben auch Eingang in europäische Zeitungen gefunden, und zwar nicht in die Gazetten rechtsextremer Provenienz, sondern, wie auch in Deutschland zu beobachten war, in die sogenannte Qualitätspresse.

Europa steht am Scheideweg. Wird Europa vor der Einschüchterungs- und Lügenkampagne kapitulieren? Oder wird es sich, wann immer möglich, um die diplomatische Beilegung von Konflikten bemühen und Gewalt, wenn sie denn wirklich nicht zu vermeiden ist, streng im Rahmen der völkerrechtlich sanktionierten Möglichkeiten anwenden? Diese Frage sollte jetzt als erstes in bezug auf den israelisch-palästinensischen Konflikt geklärt werden. Ein gerechter und dauerhafter Frieden liegt greifbar nahe, eine diplomatische Lösung des Konflikts ist möglich – allerdings nur wenn verhindert wird, daß die Folterbefürworter und Kriegstreiber ihren Willen durchsetzen können.

Chicago, Januar 2006
Norman G. Finkelstein

Allgemeine Einführung

Während ich dieses Buch schrieb, hat sich ein kleines Großereignis in meinem Leben zum zwanzigsten Mal gejährt. 1984 stieß ich im Zuge der Recherchen für meine Doktorarbeit über die Theorie des Zionismus auf ein gerade erschienenes Buch zum israelisch-palästinensischen Konflikt: *From Time Immemorial: The Origins of the Arab-Jewish Conflict Over Palestine** von einer gewissen Joan Peters.[1] Die amerikanische Kultur- und Literaturszene (u.a. Saul Bellow, Elie Wiesel, Barbara Tuchman, Lucy Dawidowicz) war, wie man dem Buchumschlag entnehmen durfte, voll des Lobes: Eine echte Offenbarung sei diese Lektüre, man gewinne völlig neue Einsichten in den Konflikt. Das Buch fuhr in den Medien Dutzende von Besprechungen ein, und die Rezensenten gerieten entweder in Ekstase oder erstarrten in Ehrfurcht. Schon die Erstauflage eroberte die amerikanischen Bestsellerlisten. Sieben Nachauflagen der gebundenen Ausgabe sollten folgen. Die gewaltige Menge von annähernd 2000 Anmerkungen verfehlte nicht ihre Wirkung, und die schwer durchschaubare demographische Studie, auf die Peters ihre Hauptthese stützte, sah ebenfalls nach solider wissenschaftlicher Arbeit aus. Peters behauptete, Palästina sei am Vorabend der zionistischen Kolonisierung praktisch vollkom-

* Peters' Buch ist nie auf deutsch erschienen; der Titel ließe sich jedoch wie folgt übersetzen: »Seit undenklichen Zeiten: Die Ursprünge des arabisch-jüdischen Konflikts in Palästina«; Anm. d. Ü.

men unbesiedelt gewesen; erst nachdem Juden die Wüsteneien, in denen sie sich niedergelassen hatten, zum Blühen gebracht hätten, seien Araber aus den Nachbarstaaten und anderen Teilen Palästinas in diese Gebiete eingewandert und hätten sich als Einheimische ausgegeben. Peters hatte sozusagen den wissenschaftlichen Beweis dafür erbracht, daß Golda Meir eben doch recht gehabt hatte: So etwas wie Palästinenser gab es überhaupt nicht.

Ich stellte jedoch fest, daß sich Peters' These auf rein gar nichts stützte: Zitate, die sie in ihrem Buch anführte, waren grob entstellt, und die wichtigsten demographischen Angaben hatte sie für ihre Zwecke zurechtgebogen. Überdies bestand das Buch zu einem beträchtlichen Teil aus Material, das Peters aus zionistischen Propagandaschriften übernommen hatte. Die Herausforderung, im einzelnen aufzuzeigen, wie Peters den Leser an der Nase herumführte, und das noch mühsamere Unterfangen, meine Ergebnisse anschließend in den Medien zu veröffentlichen, sollten sich für mich als Wendepunkt erweisen: Seit dieser Zeit hat sich mein Leben größtenteils auf die eine oder andere Weise um den israelisch-palästinensischen Konflikt gedreht.[2]

Nach zwei Jahrzehnten des Nachdenkens über den israelischpalästinensischen Konflikt und der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Thema fällt mir vor allem auf, wie *un*kompliziert dieser Konflikt doch ist. Was die historischen Ereignisse – zumindest von der Zeit der ersten zionistischen Besiedlung im ausgehenden 19. Jahrhundert bis zur Gründung des Staates Israel im Jahr 1948 – betrifft, herrscht unter den Forschern inzwischen weitgehend Einigkeit.[3] Das war nicht immer der Fall. Lange Zeit waren die Historiker des israelisch-palästinensischen Konflikts in zwei Lager mit ganz unterschiedlichen Auffassungen gespalten. Da war zunächst einmal die offizielle Geschichtsschreibung, sozusagen die *Exodus*-Version der Vergangenheit, jene heldenhafte Darstellung der

zionistischen Geschichte, die Leon Uris in seinem erfolgreichen historischen Roman verewigt hat.[4] Und dann gab es noch, wenn auch nur in begrenztem Umfang und jenseits gesellschaftlicher Akzeptanz, eine wissenschaftliche Literatur, die genau dieses Geschichtsbild in Frage stellte. Ein Beispiel: Nach der landläufigen israelischen Meinung waren Palästinenser 1948 zu Flüchtlingen geworden, weil arabische Radiosendungen sie zur Flucht aufgerufen hatten. Doch schon gegen 1960 erkannten der palästinensische Historiker Walid Khalidi und der Ire Erskine Childers, nachdem sie das Archiv arabischer Radiosendungen aus dem Krieg von 1948 durchforstet hatten, daß es derartige Appelle von arabischer Seite gar nicht gegeben hat.[5]

Enthüllungen wie diese wirkten sich jedoch zunächst, wenn überhaupt, nur wenig auf das dominierende Geschichtsbild aus. Mit Beginn der 1980er Jahre erschien dann aber eine ganze Reihe wissenschaftlicher Studien – und zwar überwiegend aus israelischer Feder –, die mit vielen zionistischen Mythen gründlich aufräumten.[6] Schließlich mußte jeder ernstzunehmende Wissenschaftler zugeben, daß es sich bei den »arabischen Radiosendungen« um ein zionistisches Märchen handelte und daß die Palästinenser 1948 einer ethnischen Säuberung zum Opfer gefallen waren. Die wissenschaftliche Debatte drehte sich nun nur noch um die Frage, ob diese Säuberung die beabsichtigte Folge zionistischer Politik oder ein unbeabsichtigtes Nebenprodukt des Krieges war. Die Geschichtsschreibung der Abweichler stand der Wahrheit näher als die offizielle zionistische Version und verdrängte diese mit der Zeit ganz, im eben genannten Fall wie auch in anderen Streitfragen. So hat sich allmählich, wohlgemerkt nach vielen hitzigen Debatten, im Hinblick auf die historische Faktenlage inzwischen doch ein breiter wissenschaftlicher Konsens herauskristallisiert.

Zufällig kam es ungefähr zur gleichen Zeit auch in bezug auf Menschenrechtsfragen zu einer solchen Verdrängung der ursprünglich vorherrschenden durch die ehemals abweichende

Position, so daß auch hier die sachliche Auseinandersetzung einfacher wurde. Noch bis in die späten 1980er Jahre hinein hatten sich im Hinblick auf den Umgang Israels mit den Menschenrechten in den besetzten Gebieten zwei Lager mit völlig entgegengesetzten Auffassungen gegenübergestanden. Nach der offiziellen israelischen Lesart, die von den Medien bereitwillig verbreitet wurde, durften sich die Palästinenser im Westjordanland und im Gazastreifen glücklich schätzen, in den Genuß der »liberalsten« und »gütigsten« aller Besatzungen gekommen zu sein. Doch eine Handvoll Dissidenten – hauptsächlich israelische und palästinensische Menschenrechtsaktivisten wie Israel Shahak, Felicia Langer, Lea Tsemel und Raja Shehadeh – warfen Israel vor, palästinensische Häftlinge systematisch zu mißhandeln und zu foltern. Damals existierten nur sehr wenige unabhängige Menschenrechtsorganisationen, und die paar, die es gab, erteilten Israel hinsichtlich seiner ungeheuerlichen Menschenrechtsverletzungen entweder Absolution oder sie schwiegen sich diskret darüber aus. Es war bemerkenswert, ja im Grunde genommen schon ein Skandal für sich, daß die breite Öffentlichkeit von der israelischen Folter palästinensischer Häftlinge nicht etwa durch eine Menschenrechtsorganisation wie Amnesty International, sondern durch eine Reportage der Londoner *Sunday Times* erfuhr. (Das Thema wurde allerdings auch weiterhin gemieden.)[7] Gegen Ende der 1980er Jahre begannen sich diese Dinge, wie gesagt, zu ändern.[8] Israels brutales Vorgehen während der größtenteils gewaltfreien ersten Intifada, die Ende 1987 ausgebrochen war, ließ sich nicht länger verheimlichen oder ignorieren. Neue palästinensische, israelische und internationale Menschenrechtsorganisationen wurden gegründet, und ältere, bereits bestehende wappneten sich nun stärker gegen den politischen Druck von außen.

Für den Teil des Buches, der sich mit den Menschenrechtsverletzungen Israels in den besetzten palästinensischen Ge-

bieten befaßt, bin ich Tausende Seiten von Menschenrechtsberichten durchgegangen. Diese wurden von verschiedenen Organisationen veröffentlicht, die allesamt höchst professionell arbeiten und auf ihre Unabhängigkeit großen Wert legen: Amnesty International, Human Rights Watch, B'Tselem [»Israelisches Informationszentrum zur Lage der Menschenrechte in den besetzten Gebieten«], Public Committee Against Torture in Israel [»Öffentliches Komitee gegen Folter in Israel«] und Physicians for Human Rights – Israel [»Ärzte für Menschenrechte, Israel«]. All diese Organisationen schicken ihre eigenen, unabhängigen Mitarbeiter ins Feld, um Menschenrechtsverletzungen zu recherchieren und zu erfassen. Außer in einem einzigen nebensächlichen Punkt bin ich auf keinerlei unterschiedliche Auffassungen bezüglich der Fakten- oder Gesetzeslage gestoßen. Was die Menschenrechtsverletzungen Israels betrifft, herrscht heute nicht nur weitgehend, sondern vollkommen Einigkeit. So sind sich zum Beispiel all diese Organisationen einig, daß palästinensische Häftlinge systematisch mißhandelt und gefoltert wurden und daß die Zahl der Opfer heute in die Zehntausende gehen dürfte.

Wenn aber, wie ich eben zu zeigen versucht habe, im Hinblick auf die Fakten inzwischen weitgehend Einigkeit herrscht, verlangt der merkwürdige Umstand, daß über den israelisch-palästinensischen Konflikt nach wie vor sehr heftig debattiert wird, nach einer Erklärung. Meiner Ansicht nach muß man, um dieses scheinbare Paradoxon aufzuklären, zunächst einmal zwischen echten und herbeigeredeten Debatten unterscheiden. Wenden wir uns, als Beispiel für echte Meinungsverschiedenheiten, noch einmal dem Problem der palästinensischen Flüchtlinge zu. Es ist durchaus möglich, daß Menschen, die sich mit diesem Thema beschäftigen, in moralischer, rechtlicher und politischer Hinsicht zu diametral entgegengesetzten Schlußfolgerungen gelangen, obwohl sie sich über die historischen Fakten einig sind. Wie bereits erwähnt, besteht heute ein wissen-

schaftlicher Konsens darüber, daß die Palästinenser im Jahr 1948 Opfer einer ethnischen Säuberung geworden sind. Benny Morris, israelischer Historiker und führend auf diesem Gebiet, hat mehr als jeder andere dafür getan, daß die historische Wahrheit ans Tageslicht kam; dennoch ist er zu der folgenden Auffassung gelangt: Moralisch betrachtet sei diese ethnische Säuberung – wie im übrigen auch die »Vernichtung« der amerikanischen Ureinwohner – eine gute Sache gewesen; juristisch betrachtet stehe den Palästinensern keinerlei Rückkehrrecht zu; und politisch betrachtet habe Israels großer Fehler 1948 einzig und allein darin bestanden, daß die Zionisten »die Vertreibung nicht in größerem Umfang durchgeführt und das gesamte Land – also ganz Israel bis hin zum Jordan – [von Palästinensern] gesäubert haben«.[9] Wie widerwärtig Morris' Auffassung in moralischer Hinsicht auch immer ist, man kann ihm nicht vorwerfen, *falsche* Schlüsse aus den Fakten gezogen zu haben.

Doch kehren wir nach diesem Ausflug ins Morris'sche Universum schnell wieder zum vertrauten Erdenrund zurück. Es kann nämlich auch unter verständigen Menschen vorkommen, daß sie sich, was die historischen Fakten und die moralischen und rechtlichen Aspekte betrifft, einig sind und daß sie dennoch zu entgegengesetzten politischen Schlußfolgerungen gelangen. Für Noam Chomsky ist es historisch erwiesen, daß die Palästinenser vertrieben wurden; er ist zudem der Auffassung, daß ihre Vertreibung, moralisch betrachtet, ein großes Verbrechen war, und daß ihnen, juristisch gesehen, das Rückkehrrecht zusteht. Dennoch ist er politisch zu dem Schluß gekommen, daß die Umsetzung dieses Rechts schlicht unmöglich ist. Aus diesem Grund hält Chomsky es für unklug, auf diesem Recht zu beharren, ja, er findet es sogar in höchstem Maße unmoralisch, daß die palästinensischen Flüchtlinge in ihrer Hoffnung auf Rückkehr auch noch bestärkt werden, denn diese Hoffnung ist in seinen Augen vollkommen illusorisch. Andere geben zu bedenken, daß ein moralisches und juristisches Recht erstens

jegliche Bedeutung verliert, wenn es nicht auch eingefordert und ausgeübt werden kann, und daß das palästinensische Rückkehrrecht zweitens sehr wohl in die Praxis umgesetzt werden könnte.[10] Es geht hier gar nicht darum herauszufinden, wer mit seiner Einschätzung richtig und wer falsch liegt, sondern vielmehr darum zu zeigen, daß es auch zwischen vernünftigen Leuten zu nachvollziehbaren politischen Meinungsverschiedenheiten kommen kann.

Diese Feststellung soll jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die meisten Menschen – zumindest diejenigen, die ihre Moral Vorstellungen mit anderen Erdbewohnern teilen – im Hinblick auf den Nahostkonflikt auf vieles verständigen können und daß ihre Meinungsverschiedenheiten auf relativ wenige Punkte beschränkt sind. Seit einem Vierteljahrhundert hält die internationale Gemeinschaft nun schon an einem Konsens fest, der vorgibt, auf welcher Grundlage ein Ende des israelisch-palästinensischen Konflikts herbeigeführt werden kann. Dieser Konsens verlangt erstens eine Zwei-Staaten-Lösung, die den vollständigen Abzug Israels aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen beinhaltet, und zweitens die volle Anerkennung des Staates Israel in den Grenzen, die vor dem Junikrieg von 1967 [auch »Sechstagekrieg«; Anm. d. Ü.] bestanden. Die UN-Generalversammlung ist dieses ganze Vierteljahrhundert hindurch konsequent bei ihrer Position geblieben und demonstriert seltene Geschlossenheit, wenn ihre Mitglieder – mit Ausnahme der Vereinigten Staaten, Israels und meist noch des einen oder anderen Südseeatolls – diese Formel jedes Jahr aufs neue einstimmig bekräftigen. Die Resolution, mit der die UN-Generalversammlung im Jahr 1989 eine Zwei-Staaten-Lösung und »den Rückzug Israels aus dem seit 1967 besetzten Gebiet« forderte, wurde mit 151 zu drei Stimmen verabschiedet. Außer den USA und Israel lehnte lediglich der Inselstaat Dominica diese Forderung ab.

Fünfzehn Jahre später besteht der Konsens noch immer, un-

geachtet der geopolitischen Umwälzungen, in deren Verlauf ein ganzes Gesellschaftssystem verschwand und viele neue Staaten gegründet wurden. Im Jahr 2004 verabschiedete die UN-Generalversammlung eine weitere Resolution zur friedlichen Lösung der Palästina-Frage. Die Resolution betont »die Notwendigkeit, sich dafür einzusetzen, daß die Vision von der Zwei-Staaten-Lösung Wirklichkeit wird« und daß »Israel sich aus dem palästinensischen Gebiet, das es seit 1967 besetzt hält, zurückzieht«. Diese Resolution wurde mit 160 zu sechs Stimmen verabschiedet. Außer den USA und Israel lehnten lediglich Mikronesien, die Marschall-Inseln, Palau und Uganda diese Forderung ab.[11] Würde sich die Debatte auf die wirklich relevanten Punkte konzentrieren, ließe sich der Konflikt vermutlich recht schnell lösen – wenn auch nicht gerade so, wie es die israelischen und amerikanischen Eliten gern hätten.

Die meisten Kontroversen, die sich um den israelisch-palästinensischen Konflikt ranken, sind meines Erachtens künstlich herbeigeredet. Die Absicht, die dahintersteckt, ist ganz offensichtlich eine politische: Um den Blick auf die Wirklichkeit zu verstellen, müssen Ablenkungsmanöver durchgeführt, müssen Tatsachen verdreht werden. Diese künstlichen Kontroversen speisen sich im wesentlichen aus drei verschiedenen Quellen: erstens aus der Mystifizierung der historischen Ursachen des Konflikts, zweitens aus der Beschwörung des Antisemitismus und des HOLOCAUST[12] und drittens, auf einer anderen Ebene, aus der Vielzahl von Veröffentlichungen zu diesem Thema, die zwar wissenschaftlich verpackt, in Wirklichkeit jedoch vollkommen unseriös sind. In dieser Einführung will ich alle drei Aspekte kurz beleuchten. Im folgenden werde ich mich dann hauptsächlich mit den zweit- und drittgenannten Punkten beschäftigen.

Man hört oft, die Probleme, vor die uns der israelisch-palästinensische Konflikt stellt, seien so schwer zu begreifen, ja von so einzigartiger Komplexität, daß sie sich jeder herkömmlichen

Analyse oder Lösung entzögen. Der Konflikt wird je nach Bedarf als kosmischer Kampf zwischen Religionen, Kulturen oder Zivilisationen dargestellt. Selbst Meron Benvenisti*, von dem man eigentlich einen eher nüchternen Stil gewohnt ist, hat schon behauptet, daß der Nahostkonflikt seinem Wesen nach ein »seit Urzeiten bestehender einheimischer Hirtenkrieg« sei, bei dem sich zwei »unversöhnliche« Gruppen gegenüberstünden.[13] Solche Formulierungen sind jedoch kaum geeignet, Licht in die Angelegenheit zu bringen, vielmehr machen sie den Konflikt nur undurchsichtiger.

Zweifellos wirft der Nahostkonflikt vertrackte theoretische und praktische Probleme auf, aber auch nicht mehr als dies die meisten anderen Konflikte tun. Auch spricht überhaupt nichts dagegen, ihn einer vergleichenden Analyse zu unterziehen, solange man die Grenzen, an die jeder historische Vergleich unweigerlich stößt, im Hinterkopf behält. Der Grund dafür, daß Israels Apologeten vor solchen Vergleichen zurückschrecken und statt dessen auf dem Sui-generis-Charakter des israelisch-palästinensischen Konflikts herumreiten, liegt auf der Hand: Bei den Fällen, die sich zum Vergleich anbieten – die europäisch-amerikanische Eroberung Nordamerikas und das Apartheidregime in Südafrika –, findet sich Israel auf der »falschen« Seite wieder.[14]

Ernstzunehmende Analysen des israelisch-palästinensischen Konflikts machen von umständlichen Erklärungsversuchen seilen Gebrauch, vielleicht ganz einfach deshalb, weil die Ursachen des Konflikts so offensichtlich sind. Im Jahr 1936 wurde eine königlich-britische Kommission unter dem Vorsitz von Lord Peel damit beauftragt herauszufinden, welche Ursachen dem Palästinakonflikt zugrunde lägen und wie er gelöst werden könne. Bezüglich der Hoffnungen der palästinensischen

* Meron Benvenisti war in den 1970er Jahren stellvertretender Bürgermeister von Jerusalem; Anm. d. Ü.

Araber stellte die Kommission in ihrem Schlußbericht folgendes fest: »Am meisten sehnten sich die arabischen Führer … nach nationaler Unabhängigkeit.« Und: »Es war ja auch *nicht anders zu erwarten,* als daß die palästinensischen Araber … die arabischen Nationalisten in den im Norden und Süden angrenzenden Ländern um ihren Erfolg beneiden und ihnen nacheifern würden.« Die Briten führten antijüdische Gefühle auf seiten der arabischen Bevölkerung auf zweierlei zurück: Zum einen war den Arabern bewußt, daß der jüdische Anspruch auf Palästina verhindern würde, daß sie ihren eigenen unabhängigen Staat bekämen; zum anderen befürchteten die Araber, innerhalb eines zukünftigen jüdischen Staates unterdrückt zu werden. Der Bericht kam zu dem Schluß, es gebe *»keinen Zweifel«* daran, daß die »eigentliche Ursache« für die Feindseligkeit zwischen Arabern und Juden »erstens in dem Wunsch der Araber nach nationaler Unabhängigkeit und zweitens in ihrer Ablehnung des Vorhabens, Palästina zur nationalen Heimstätte für Juden zu machen, besteht, wobei die Angst der Araber, unter jüdischer Herrschaft leben zu müssen, ihre Feindseligkeit noch verstärkt«. Von einem ominösen »seit Urzeiten bestehenden einheimischen Hirtenkrieg«, bei dem sich zwei »unversöhnliche« Gruppen gegenüberstünden, ist in diesem Bericht nicht die Rede. Vielmehr begnügte sich die Peel-Kommission damit, auf die einleuchtenden Gründe für die Unruhen in Palästina hinzuweisen:

> Auch ist dieser Konflikt seinem Wesen nach kein Rassenkonflikt, der sich womöglich mit einer seit langem bestehenden und tiefempfundenen Abneigung der Araber gegenüber Juden erklären ließe. Es gab nur sehr wenige oder gar keine Reibereien … zwischen Arabern und Juden in der übrigen arabischen Welt; die Reibereien wurden erst durch den Streit um Palästina hervorgerufen. Im Irak, in Syrien und in Ägypten hat es genau den gleichen politi-

> schen Ärger gegeben – Aufruhr, Rebellion, Blutvergießen-, und dort ist keine nationale Heimstätte für Juden geplant. Es ist also *recht offensichtlich,* daß das Palästinaproblem ein politisches ist. Es ist, wie andernorts auch, das Problem des aufrührerischen Nationalismus. Der einzige Unterschied hinsichtlich der Situation in Palästina besteht darin, daß der arabische Nationalismus hier aufs engste mit der Feindschaft gegenüber den Juden verknüpft ist. Die Gründe für diese Feindschaft sind, und dies verdient wiederholt zu werden, *ebenfalls offensichtlich.* Erstens bedeutete die Gründung einer nationalen Heimstätte [für Juden] von vornherein die glatte Verleugnung all jener Rechte, die mit dem Prinzip nationaler Eigenständigkeit verbunden sind. Zweitens erwies sich diese Gründung schon bald als Hindernis auf dem Weg zur nationalen Eigenständigkeit [der Araber in Palästina], und zwar als das offenbar einzige Hindernis, das beinahe unüberwindbar schien. Drittens hat die Angst der Araber in dem gleichen Maße zugenommen, wie sich die jüdische Heimstätte ausgedehnt hat. Die Araber befürchten, daß die Eigenständigkeit, die man ihnen vielleicht eines Tages zuzubilligen gedenkt, nicht ihrer Vorstellung von nationaler Eigenständigkeit entsprechen wird, sondern womöglich eher darauf hinausläuft, daß sie von einer jüdischen Mehrheit regiert werden. Aus diesen Gründen ist es schwer, ein arabischer Patriot zu sein, ohne die Juden zu hassen.[15]

Es war offensichtliches Unrecht, das den Palästinensern durch den Zionismus widerfuhr, und es ließ sich, von rassistischen Begründungen abgesehen, durch nichts rechtfertigen: Man verwehrte den Palästinensern das Recht auf Selbstbestimmung, ja vielleicht sogar das Recht auf ihr Heimatland. Um das zionistische Projekt zu rechtfertigen und gegen die Rechtsansprüche der einheimischen Bevölkerung zu verteidigen, wurden alle

möglichen Gründe angeführt; keiner konnte auch nur einer oberflächlichen Prüfung standhalten. Wer glauben wollte, daß die Rechtfertigungen der zionistischen Bewegung Gültigkeit besaßen, mußte zunächst einmal die ideologischen Ziele des Zionismus für richtig befinden. Diese sehr spezifischen Ziele betrafen die »historischen Rechte« der Juden in bezug auf Palästina sowie die jüdische »Heimatlosigkeit«. So gründete sich zum Beispiel der Anspruch auf »historische Rechte« darauf, daß die Juden ursprünglich aus Palästina stammten und dort vor 2000 Jahren gelebt hatten. Dieser Anspruch war jedoch weder historisch gerechtfertigt noch war er mit dem landläufigen Rechtsempfinden zu vereinbaren. Er war nicht historisch zu nennen, da er die zwei Jahrtausende nichtjüdischer Besiedlung in Palästina ebenso wie die zwei Jahrtausende jüdischer Besiedlung außerhalb Palästinas ignorierte; und er stellte kein Recht dar, außer im Sinne mystischer, romantischer Ideologien, deren Umsetzung zwangsläufig Unheil anrichten muß und auch angerichtet hat. Der zionistische Autor Ernst Simon erinnerte seine ideologischen Mitstreiter daran, daß das »historische Recht« der Juden auf Palästina »eher eine metaphysische denn eine politische Kategorie« sei. Sie entspringe »dem tiefsten Innern des Judentums« und sei »nicht für die Araber verbindlich, sondern vielmehr für uns selbst«. Er betonte ausdrücklich, daß diese »Kategorie« den Juden keinerlei Recht auf Palästina verlieh, wenn die Araber ihnen dieses nicht zugestanden.[16]

Mit einem weiteren fadenscheinigen Argument sollte das Unrecht, das den Palästinensern zugefügt worden war, weggezaubert werden: Palästina sei vor der Ankunft der Juden (fast) unbewohnt gewesen.[17] Ironischerweise besticht gerade dieses Argument mehr als jedes andere, wenn es darum geht, das geschehene Unrecht zu beweisen. Es enthält nämlich das indirekte Eingeständnis, daß das zionistische Vorhaben moralisch nicht vertretbar gewesen wäre, wenn Palästina bewohnt gewe-

sen wäre – und es *war* bewohnt. Denjenigen, die zwar zugaben, daß in Palästina Palästinenser lebten, das Problem jedoch nicht aus zionistischer Perspektive betrachteten, blieb als Rechtfertigung für den Zionismus nur ein rassistisches Argument: Das Schicksal von Juden sei nun einmal mehr wert als das von Arabern. Dies war auch das Argument, mit dem die Briten – wenn nicht öffentlich, so doch hinter vorgehaltener Hand – die Balfour-Erklärung* rechtfertigten. Balfour selbst schrieb: »Wir weigern uns ganz bewußt und mit Recht, das Prinzip der Selbstbestimmung« für die »gegenwärtigen Bewohner« Palästinas »anzuerkennen«, denn »die Judenfrage außerhalb Palästinas« ist »für die ganze Welt von Bedeutung«; der Zionismus »wurzelt in uralten Traditionen, gegenwärtigen Nöten und zukünftigen Hoffnungen, die sehr viel schwerer wiegen als die Wünsche und Vorstellungen der 700 000 Araber, die derzeit dieses alte Land bewohnen«.

Für den Minister (und ersten britischen Hochkommissar in Palästina) Herbert Samuel bedeutete es zwar einen »glatten Widerspruch zu einem der wichtigsten Ziele, für das die Alliierten kämpften«, wenn der einheimischen Bevölkerung eine Herrschaft der Mehrheit verwehrt wurde, doch war dies seiner Meinung nach in diesem Fall sehr wohl zulässig: Schließlich hätten die Juden, die früher einmal in Palästina gewohnt hätten, »der Menschheit ein bedeutendes spirituelles und kulturelles Erbe hinterlassen, während das, was dort in den letzten 1000 Jahren entstanden ist, nicht der Rede wert ist«. Winston Churchill gab vor der Peel-Kommission zu Protokoll, daß die einheimische Bevölkerung in seinen Augen genausowenig ein Recht auf Palästina habe wie ein »Hund im Zwinger ein Recht auf

* Mit der Balfour-Erklärung – einem Brief des britischen Außenministers Arthur Balfour an den englischen Zionistenführer Lord Rothschild vom 2. November 1917 – sicherte Großbritannien den Zionisten die Schaffung einer jüdischen Heimstätte in Palästina zu; Anm. d. Ü.

diesen Zwinger hat, auch wenn er dort schon einige Zeit gelegen hat«. Churchill war der Meinung, daß diesen Menschen keinerlei Unrecht geschehen sei, »dadurch, daß eine stärkere Rasse, eine höherstehende Rasse oder zumindest, um es einmal so auszudrücken, eine weltgewandtere Rasse ihren Platz eingenommen hat«.[18]

Es geht mir hier weniger darum festzustellen, daß die Briten Rassisten waren, sondern vielmehr darum zu verdeutlichen, daß ihnen gar nichts anderes übrigblieb, als sich rassistischer Argumente zu bedienen, wollten sie es rechtfertigen, daß die einheimische Bevölkerung ihrer Grundrechte beraubt wurde. Die Briten wurden nicht deshalb zu Rassisten, weil sie sich gern in dieser Rolle sahen, sondern weil sich das, was sie in Palästina veranstalteten, nicht anders rechtfertigen ließ. Für die Billigung eines solch himmelschreienden Unrechts gab es keine andere Erklärung.

An dieser Stelle sei noch auf ein weiteres Argument verwiesen, das immer wieder gern zitiert wird und von einer bekannten Persönlichkeit stammt. Mit seiner Parabel, aus der einige Sympathie für den Zionismus spricht, versuchte der marxistische Historiker Isaac Deutscher gar nicht einmal zu rechtfertigen, sondern eher im Nachhinein verständlich zu machen, warum die Zionisten die Rechte der Palästinenser mit Füßen traten:

> Einmal sprang ein Mann aus dem obersten Stock eines brennenden Hauses, in dem bereits viele seiner Familienangehörigen umgekommen waren. Er konnte sein Leben retten, aber im Herunterfallen schlug er auf jemanden auf, der unten stand, und brach diesem Menschen Arme und Beine. Der Mann, der sprang, hatte keine Wahl, aber für den Mann mit den gebrochenen Gliedern war er die Ursache seines Unglücks. Wenn sich beide rational verhielten, würden sie keine Feinde werden. Der Mann, der aus dem

> brennenden Haus entkam, würde, sobald er sich erholt hätte, versuchen, dem anderen Betroffenen zu helfen und ihn zu trösten; und jener hätte vielleicht eingesehen, daß er das Opfer von Umständen geworden war, die keiner von beiden unter Kontrolle hatte. Was aber geschieht, wenn diese beiden Leute sich irrational verhalten? Der Verletzte gibt dem anderen die Schuld an seinem Unglück und schwört, daß der ihm dafür zahlen wird. Der andere, aus Angst vor der Rache des verkrüppelten Mannes beleidigt, tritt und schlägt ihn, wann immer er ihn trifft. Der getretene Mann schwört erneut Rache und wird wieder geschlagen und bestraft. Die bittere Feindschaft, die zunächst ganz zufällig war, verhärtet sich und überschattet schließlich die gesamte Existenz der beiden Männer und vergiftet ihr Denken.[19]

Diese Schilderung traut dem Zionismus gleichzeitig zuviel und zuwenig zu. Wenn die Zionisten die Palästinenser ihrer Rechte beraubten und sie schließlich vertrieben, war das nicht die Folge eines unvermeidbaren Unfalls. Es war das Ergebnis der systematischen und sehr bewußt durchgeführten Umsetzung einer politischen Ideologie, deren Ziel die Gründung eines in demographischer Hinsicht jüdischen Staates in Palästina war, wobei sich diese Umsetzung über mehrere Jahrzehnte erstreckte und sich die einheimische Bevölkerung heftig, und nicht selten auch mit Gewalt, dagegen zur Wehr setzte. Wer sich auf den Standpunkt stellt, daß die Zionisten keine Wahl hatten – oder daß der jüdische Staat, wie Deutscher es an anderer Stelle formulierte, »zur historischen Notwendigkeit geworden«[20] war –, verkennt die enorme, in vielerlei Hinsicht eindrucksvolle Willensanstrengung der zionistischen Bewegung. Er verkennt allerdings auch die moralische Verantwortung, die aus dieser Willensanstrengung erwächst, deren Richtung und Ziel klar vorgegeben waren. Die Vertreibung der Palästinenser ist nicht

auf irgendeine unvermeidbare, dingliche, objektive Kraft zurückzuführen, die die Palästinenser zum Verlassen ihrer Heimat gezwungen und Juden an ihrer statt angesiedelt hätte. Wenn dies der Fall wäre, warum haben die Zionisten dann die jüdischen Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg – oft genug mit einiger Unbarmherzigkeit – dazu getrieben, nach Palästina auszuwandern, und versucht, ihre Ansiedlung in jedem anderen Teil der Welt zu verhindern? Warum haben die Zionisten, manchmal vielleicht sogar unter Gewaltanwendung, dafür gesorgt, daß viele Juden aus der arabischen Welt nach Palästina auswanderten? Warum haben die Zionisten schließlich nach der Gründung des jüdischen Staats oftmals ohne den gewünschten Erfolg versucht, Juden aus aller Welt dazu zu bewegen, sich in Israel niederzulassen?[21] Die zionistischen Führer hätten den Palästinensern nach Kriegsende erlauben sollen, in ihre Heimatorte zurückzukehren, doch das taten sie nicht. Die Zionisten zogen es vor, in den durch den Krieg entvölkerten Landstrichen Juden anzusiedeln. Sie handelten dabei keineswegs irrational. Im Gegenteil. Ihrem politischen Ziel entsprechend handelten sie vollkommen rational.

Isaac Deutscher war sich über all diese Dinge sehr wohl im klaren. Er räumte sogar ein: »Von allem Anfang an hat der Zionismus auf die Schaffung eines rein jüdischen Staates hingearbeitet und war froh, die arabischen Bewohner des Landes loszuwerden.«[22] Zu behaupten, daß die zionistischen Führer irrational handelten, als sie es ablehnten, »das Übel«, also den Groll der Palästinenser, »aus der Welt zu schaffen oder doch zu mildern«[23], ist letztlich dasselbe wie zu behaupten, der Zionismus an sich sei irrational. Denn da »das Übel«, das für den Groll der Palästinenser hauptverantwortlich war, darin bestand, daß man ihnen die Heimat nahm, hätte der rationale Schritt der Zionisten darin bestehen müssen, dieses Übel aus der Welt zu schaffen. Hätten sie diesen Schritt jedoch getan, wären die *raison d'être* des Zionismus und seine fundamentale

historische Errungenschaft von 1948 zunichte gemacht worden. Wenn der Versuch, »die arabischen Bewohner des Landes loszuwerden«, aber irrational war, wie kann dann die »positive« Seite des Ganzen – die Gründung eines jüdischen Staats – eine »historische Notwendigkeit« darstellen? Genauso lächerlich ist es zu behaupten, daß ein Palästinenser irrational handelt, wenn er einem Zionisten »die Schuld an seinem Unglück« gibt und nicht einsehen will, »daß er das Opfer von Umständen geworden war, die keiner von beiden unter Kontrolle hatte«. Es wäre nur dann irrational, wenn die Zionisten für das, was geschehen ist, keine Verantwortung trügen. Doch Deutscher ist von den zionistischen Errungenschaften in Palästina dermaßen begeistert, daß es ihm beinahe die Stimme verschlägt: »Die Entstehung Israels ist in der Tat … ein einzigartiges Phänomen, eine ;ms Wunderbare grenzende historische Erscheinung, der Juden und Nichtjuden gleichermaßen erstaunt und ehrfürchtig gegenüberstehen«.[24] Ist es nicht reine Apologetik, einerseits die praktischen und geistigen Anstrengungen, die die zweifellos sehr beeindruckenden Leistungen erst möglich machten, in den Himmel zu loben, und andererseits im Namen einer »historischen Notwendigkeit« sowie unter Berufung auf »zufällige Umstände« zu leugnen, daß diese Leistungen auch ihre Schattenseiten haben und daß mit ihnen ein hohes Maß an Verantwortung verbunden ist?[25] Der starke Wille, die detailgenaue Planung, die klaren Vorsätze – all die Anstrengungen, die unternommen wurden, um Israel zu gründen, wurden gleichzeitig auch unternommen, um aus den Palästinensern die Leidtragenden in diesem Konflikt zu machen.

Mit der Zeit entstand in Palästina neben den einheimischen palästinensischen Arabern eine zweite sozioökonomische Größe. Zwar verstieß ihre Entstehung gegen das elementare Recht der einheimischen Bevölkerung; auch stand sie im Widerspruch zu erklärten internationalen Prinzipien; doch es kam, wie es kommen mußte: Diese neu entstandene Größe

forderte nun ihrerseits ihr Recht auf Selbstbestimmung ein. Anders als der frühere Anspruch auf Palästina, der sich auf ein imaginäres »historisches Recht« berufen hatte, schien dieser Anspruch mit dem landläufigen Rechtsempfinden vereinbar zu sein. Die jüdischen Siedlungen umfaßten nun eine lebensfähige, organisch gewachsene, deutlich wahrnehmbare, eigenständige Gemeinschaft, auch wenn die Entstehung dieser Gemeinschaft nur mit Gewalt durchzusetzen gewesen war: Ohne den »Stahlhelm und die Gewehrmündung« (Moshe Dayan) der zionistischen Siedler, die wiederum von den »Bajonetten« (David Ben-Gurion) des britischen Imperiums – in Form des Mandats – die entscheidende Rückendeckung erhielten, hätte ein protojüdischer Staat nie entstehen können.[26] Die Frage, zu welchem Zeitpunkt ein Rechtsanspruch, der mit der Macht des Stärkeren durchgesetzt wurde, zu einem gültigen Recht wird, ist kompliziert, ja auf der abstrakten Ebene vermutlich überhaupt nicht zu beantworten. Man könnte vielleicht annehmen, daß eine moralisch-rechtliche Schwelle in dem Moment überschritten wird, wenn eine neue Generation, die in dem Land geboren wurde, mit dem Hinweis auf ihr Geburtsrecht ihre eigenen Ansprüche geltend macht; doch ist diese Überlegung wenig hilfreich, da sie ebenso viele Fragen aufwirft wie beantwortet. Ermutigt eine solche Überlegung nicht dazu, sich dem Völkerrecht und der öffentlichen Meinung einfach möglichst lange zu widersetzen? Das war natürlich genau das, was die Zionisten mit ihrer Vorgehensweise erreichen wollten: Wenn man im Land nur ausreichend Tatsachen schaffen und wenn genügend Zeit verstreichen würde, ließen sich die harten Fakten eines Tages nicht mehr rückgängig machen.

Diese Feststellung rückt eine weitere Überlegung in den Blickpunkt. Die Anstrengungen der zionistischen Bewegung waren von Erfolg gekrönt: Die Vereinten Nationen erkannten ihr ei-

nen legalen Rechtsanspruch auf mehr als die Hälfte Palästinas zu. Da war es gerade einmal rund 30 Jahre her, daß die zionistischen Siedler im Zuge der Balfour-Erklärung trotz des überwältigenden Protests von Seiten der einheimischen Bevölkerung damit begonnen hatten, in Palästina langsam, aber sicher- oder, wie es hieß, »Dunum um Dunum und Ziege für Ziege«[*] – Tatsachen zu schaffen. Inzwischen sind aber auch schon wieder mehr als 35 Jahre ins Land gegangen, während derer jüdische Siedler damit begonnen haben, Tatsachen im Westjordanland zu schaffen. Heißt das, es wäre an der Zeit, auch diese Siedlungen rechtlich anzuerkennen? Als durch die Peel-Kommission 1937 zum ersten Mal der Vorschlag gemacht wurde, man möge Palästina aufteilen, da es inzwischen eine deutlich sichtbare jüdische Präsenz in dem Land gebe, lehnten die palästinensischen Araber es ab, die Legitimität des jüdischen Anspruchs auf ihr Land anzuerkennen, weil dieser Anspruch unter Gewaltanwendung und unter Mißachtung der Rechte der einheimischen Bevölkerung durchgesetzt werden sollte. Als die UN-Generalversammlung 1947 die Teilungsresolution ratifizierte, lehnten die Palästinenser die Legitimität dieses jüdischen Anspruchs auf ihr Land erneut ab. (Die zionistische Bewegung sprach sich zwar offiziell gegen den Teilungsplan der Peel-Kommission und offiziell für den Teilungsplan der Vereinten Nationen aus, doch war ihre Haltung in beiden Fällen sehr viel ambivalenter.[27]) Es fällt nicht schwer, die Argumente, die aus palästinensischer Sicht gegen die Teilung sprachen, nachzuvollziehen[28], doch fällt es rückblickend auch nicht schwer zu erkennen, daß es letztlich nicht klug gewesen ist, den Plan abzulehnen.

Zwar ist der Streit über diesen Rechtsanspruch, der sich auf die mit Gewalt vorangetriebene zionistische Besiedlung gründet, theoretisch komplex, doch ist er inzwischen, nachdem er

---

[*] Ein Dunum entspricht 1000 Quadratmetern; Anm. d. Ü.

zunächst in abgewandelter Form nach dem Junikrieg von 1967 weitergeführt worden war, praktisch beigelegt. Weil sie gezwungen waren, sich mit der Realität der Existenz Israels abzufinden, und da sie politisch keinen anderen Ausweg sahen, durchschlugen die Palästinenser in den 1970er Jahren den gordischen Knoten: Sie traten praktisch rund 80 Prozent ihres historischen Heimatlandes an Israel ab. Somit war der neben dem Flüchtlingsproblem einzige wirklich knifflige Punkt des israelisch-palästinensischen Konflikts geklärt. Doch hat die erzielte Übereinkunft nach wie vor provisorischen Charakter, und sie ließe sich schnell wieder zunichte machen. Wenn Israel nun in den besetzten Gebieten neue Tatsachen schafft, die eine Zwei-Staaten-Lösung unmöglich machen, wird es wieder schwieriger werden, den Konflikt zu beenden. Aber wenn es so kommt, dann nicht deswegen, weil wir es mit einem »seit Urzeiten bestehenden einheimischen Hirtenkrieg« zu tun hätten, bei dem sich zwei »unversöhnliche« Gruppen gegenüberstünden, und auch nicht wegen einer »historischen Notwendigkeit« oder aufgrund von »zufälligen Umständen«. So wie der erste Konflikt zwischen Zionisten und Palästinensern darauf zurückzuführen war, daß die Zionisten die Palästinenser ganz bewußt und vorsätzlich ihrer Grundrechte beraubten, so wird gegebenenfalls auch die Vertracktheit dieses neuen Konflikts darauf zurückzuführen sein, daß den Palästinensern nicht nur vorsätzlich Unrecht zugefügt wurde, sondern daß sie auch noch ihrer ohnehin schon stark beschnittenen Rechte beraubt wurden.

Obwohl er die ethnische Säuberung Palästinas gutheißt und sein Haß auf die Palästinenser schon fast pathologische Züge trägt, nennt Benny Morris für den palästinensischen Widerstand gegen die jüdische Besiedlung einen rationalen, simplen Grund: »Die Angst vor Vertreibung und Entrechtung sollte sich als die Hauptantriebskraft des arabischen Widerstands gegen

den Zionismus erweisen.«[29] Das Bemerkenswerte an diesem Satz ist nicht so sehr das, was er enthält, sondern vielmehr das, was er nicht enthält. Es findet sich darin kein Wort über »arabischen Antisemitismus« oder »die arabische Angst vor der Moderne« oder kosmische »Kämpfe«. Diese Begriffe werden nicht erwähnt, weil sie für das Verständnis dessen, was geschehen ist, nicht notwendig sind – die genannte Erklärung leuchtet ein und reicht vollkommen aus. Bei jedem anderen Beispiel, das man zum Vergleich heranziehen könnte, würden die mystifizierenden Klischees, von denen in bezug auf den israelisch-palästinensischen Konflikt andauernd die Rede ist, zu Recht als lächerlich empfunden: Die amerikanischen Ureinwohner haben im Zuge ihres Widerstands gegen das weitere Vordringen der europäischen Eroberer entsetzliche Verbrechen verübt. Um zu verstehen, warum sie das taten, ist es aber nicht erforderlich, nach irgendwelchen Mängeln in ihrem Charakter oder in ihrer Zivilisation zu suchen. Helen Hunt Jackson, eine standhafte Verteidigerin der Rechte der amerikanischen Ureinwohner, kritisierte, daß die Regierung in ihren Dokumenten immer wieder auf deren »Greueltaten« verwies, und schrieb im ausgehenden 19. Jahrhundert: »Die Indianer, die diese ›Greueltaten‹ verübten, versuchten lediglich, die Menschen, die ihr Land besetzt und gestohlen hatten, mit Gewalt zu vertreiben. Im Laufe dieser gewaltsamen Vertreibung haben sie auch einige Menschen getötet … Was hätte eine Gruppe von Weißen wohl getan, wenn sie sich in genau der gleichen Situation wie diese Cherokees befunden hätte?«[30]

Um das Motiv hinter den palästinensischen »Greueltaten« zu verstehen, würde es, so sollte man meinen, ebenfalls ausreichen, wenn der Mensch von seiner Fähigkeit Gebrauch machte, sich in die Lage seines Mitmenschen hineinzuversetzen. Würde ein Historiker, der allen Ernstes behaupten wollte, das Motiv für den Widerstand der amerikanischen Ureinwohner sei deren »antichristliche« oder »antieuropäische« Gesinnung gewesen,

nicht ausgelacht? Wozu dienen solche exotischen Erklärungen, wenn nicht dazu, die offensichtliche, aber politisch nicht korrekte Ursache vergessen zu machen? Damals waren solche tiefsinnigen Erklärungen natürlich überhaupt nicht nötig. Die Eingeborenen standen dem Fortschritt im Wege, also galt es sie auszurotten; dem war nichts hinzuzufügen. Theodore Roosevelt schrieb, der »Menschheit« und »Zivilisation« zuliebe sei es »von allerhöchster Wichtigkeit«, daß Nordamerika von einem »Herrenvolk« regiert würde. Dies bedeute zwar, daß die Einheimischen »in schreckliches Elend gestürzt« würden, aber das ließe sich nun einmal nicht ändern: »Mit der Welt wäre es wahrscheinlich überhaupt nicht vorangegangen, wenn man die wilden und barbarischen Völker nicht vertrieben und unterworfen hätte.« Und: »Die Siedler und Pioniere hatten im Grunde das Recht auf ihrer Seite. Man konnte diesen großartigen Kontinent doch nicht ein paar dreckigen Wilden als Jagdrevier überlassen.«[31]

Ausgefeilte Begründungen wurden erst in dem Moment erforderlich, als diese »dreckigen Wilden« – zumindest auf dem Papier – als Menschen anerkannt wurden, also sehr viel später. Was die Vereinigten Staaten betraf, so konnte man ja ruhig offen zugeben, daß die Einheimischen »in schreckliches Elend gestürzt« worden waren, schließlich war das Thema, im übertragenen wie im wörtlichen Sinne, bereits (so gut wie) gestorben. Was Palästina betrifft, liegen die Dinge allerdings anders; also werden lauter umständliche Erklärungen bemüht, um den Tatsachen nicht ins Auge sehen zu müssen. Die jüngsten Äußerungen von Benny Morris haben nur deshalb so große Empörung hervorgerufen, weil sie einen Rückfall ins 19. Jahrhundert bedeuteten. Bedingungslose Rechtfertigungen israelischer Politik werden üblicherweise in ideologische Watte verpackt. Morris verzichtete darauf und begründete die Landnahme durch Israel einfach damit, daß sich in diesem Konflikt »Barbaren« und die »Zivilisation« gegenüberstünden. So wie

Morris der Meinung ist, daß es für die Menschheit besser war, daß die »große amerikanische Demokratie« die amerikanischen Ureinwohner vertrieben hat, so findet er es auch vorteilhaft, daß der jüdische Staat die Palästinenser vertrieben hat. » Es gibt Fälle«, stellt er ohne Umschweife fest, »in denen harte und grausame Maßnahmen, die im Laufe der Geschichte ergriffen werden, gerechtfertigt sind, um am Ende ein hohes Ziel zu erreichen.« Klingt das nicht wie Roosevelt? Solche Sätze kann man heutzutage allerdings nicht mehr einfach so von sich geben.[32] Damit sich die Leute nicht über den Klang unmoralischer Sätze echauffieren müssen, werden die einfachen Erklärungen heutzutage auf die eine oder andere Art verkompliziert. Die schlichte Wahrheit, daß das Motiv des »arabischen Widerstands« wie schon in der Vergangenheit vor allem in der »Angst vor Vertreibung und Entrechtung« zu suchen ist, diese Wahrheit gilt es um jeden Preis zu vertuschen. Niemand sollte bezweifeln, daß diese Angst der Palästinenser begründet ist: Durch die israelischen Militäraktionen werden die Palästinenser jeden Tag aufs neue in ihrer Angst bestätigt.

Um zu verhindern, daß allzu viele Menschen den Tatsachen ms Auge sehen, bedient sich die Israel-Lobby auch noch eines anderen Tricks: Sie bringt den HOLOCAUST oder auch den »neuen Antisemitismus« ins Spiel. In meinem Buch *Die Holocaust-Industrie* habe ich untersucht, wie die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis als ideologische Waffe mißbraucht wird, um Israel gegen berechtigte Kritik immun zu machen. Hier beschäftige ich mich nun mit einer Variante des HOLOCAUST-Trumpfs: dem »neuen Antisemitismus«. Allerdings sind die Warnungen vor einem neuen Antisemitismus weder neu noch haben sie etwas mit Antisemitismus zu tun. Jedesmal, wenn Israel durch internationalen Druck dazu gebracht werden soll, seine Besatzungspolitik zu beenden, inszenieren diejenigen, die Israel blind gegen jede Kritik verteidigt sehen wollen, eine weitere, bis ins kleinste Detail durchkompo-

nierte Oper, die den Zuschauern medienwirksam die erschrecklichen Ausmaße des weltweiten Antisemitismus vor Augen fuhren soll. Diese schamlose Ausnutzung von Antisemitismus soll erstens der Kritik an Israel die Berechtigung entziehen, zweitens die Juden (und nicht die Palästinenser) als Opfer darstellen und drittens der arabischen Welt den Schwarzen Peter zuschieben: Sollen sich die Araber doch erst einmal von ihrem Antisemitismus verabschieden, bevor Israel sich von den besetzten Gebieten verabschiedet. Eine gründliche Analyse zeigt, daß sich das, was die Israel-Lobby als Antisemitismus bezeichnet, in drei Gruppen unterteilen läßt. Es handelt sich erstens um Vorkommnisse, die stark übertrieben dargestellt werden oder auch völlig aus der Luft gegriffen sind; zweitens um die Verunglimpfung berechtigter Kritik an der israelischen Politik; und drittens um Fälle, in denen die Kritik an Israel tatsächlich in eine allgemeine Kritik an Juden umschwenkt, was zwar ungerechtfertigt ist, aber dennoch nicht überraschen kann.

Ich komme in meiner Analyse zu folgendem Schluß: Wenn es denn so ist, daß die Antisemitismus-Studien – die sich in diesem Punkt alle einig sind – recht haben und die gegenwärtigen Anfeindungen gegenüber Juden zeitlich mit Israels brutaler Unterdrückung der Palästinenser zusammenfallen, dann ist es doch das einzig Vernünftige (um nicht zu sagen: das moralisch Richtige), die Besatzung zu beenden. Ein vollständiger israelischer Rückzug aus den besetzten Gebieten würde darüber hinaus auch einen Rückschlag für die echten Antisemiten bedeuten – und wer wollte bezweifeln, daß es diese Leute gibt? Die echten Antisemiten nehmen die israelische Unterdrückungspolitik zum Vorwand, um Juden zu verteufeln; ein Ende der Besatzung würde diese Leute erstens einer gefährlichen Waffe berauben und zweitens ihre wahren Ziele zum Vorschein bringen. Je mehr Juden ihre Ablehnung der israelischen Besatzung offen zum Ausdruck bringen, desto weniger Nichtjuden wer-

den fälschlicherweise annehmen, daß »die Juden« die verbrecherische israelische Politik und die unkritische Unterstützung, ja Ermunterung, die diese Politik durch die einschlägigen jüdischen Organisationen erfährt, gutheißen.

Zu Beginn dieser Einführung war bereits von Joan Peters und ihrer von der Kritik gefeierten Verdrehung der historischen Tatsachen die Rede. Einer der Hauptgründe dafür, daß der israelisch-palästinensische Konflikt von so vielen Kontroversen begleitet wird, besteht darin, daß Unmengen von Büchern im Umlauf sind, die vorgeben, das Thema wissenschaftlich zu behandeln und Mißverständnisse zu beseitigen, in Wirklichkeit aber nur die Mythenproduktion weiter ankurbeln. Die Qualitätskontrolle, die man gemeinhin auf intellektuelle Leistungen anwenden kann, ist zwar nicht perfekt, aber es gibt sie immerhin. Sie besteht in der Regel zunächst einmal darin, daß man ein paar skeptische Fragen stellt. Wenn jemand ein Buch zitiert, in dem eine völlig abwegige These vertreten wird, wird normalerweise gleich nachgehakt: »Wo lehrt denn der Autor?« oder »Bei welchem Verlag ist das Buch erschienen?« oder »Wird das Buch von anderen Leuten empfohlen und, wenn ja, von wem?« oder »Wie sind die Besprechungen [in den wichtigsten Fachzeitschriften] ausgefallen?« Die Antworten auf diese Frauen geben meistens einigermaßen verläßliche Hinweise darauf, wieviel von dem betreffenden Buch zu halten ist.

Es ist eine der übelsten Eigenheiten des israelisch-palästinensischen Konflikts, daß diese Art der Qualitätskontrolle, wenn überhaupt, nur sehr eingeschränkt funktioniert.[33] Der Autor kann an einer erstklassigen Universität lehren, das Buch mag in einem renommierten Verlag erschienen sein und sowohl Lob von Kollegen eingeheimst haben als auch in den wichtigsten Medien besprochen worden sein, und trotzdem kann es gut sein, daß nichts als Blödsinn drinsteht. Der jüngste Neuzugang zu diesem Genre ist auch Gegenstand des zweiten Teils des vorliegenden Buches: der Bestseller *The Case for Israel* [im

folgenden: *Plädoyer für Israel*[*]] von dem an der Harvard University lehrenden Juraprofessor und Anwalt Alan Dershowitz.[34] Man kann ohne Übertreibung feststellen, daß Dershowitz mit seinem Buch ein noch größerer Wurf gelungen ist als Joan Peters mit ihrem Werk, hat er es doch geschafft, seine Leser in *Plädoyer für Israel* auf noch vielfältigere Weise hinters Licht zu führen als Peters in *Front Time Immemorial.* Somit steht Dershowitz' Buch auf der Rangliste der spektakulärsten akademischen Betrugsfälle in der Literatur zum Nahostkonflikt ziemlich weit oben. Dershowitz hat sogar einige Passagen seines Werks aus Peters' Buch übernommen.[35] Peters hat die Quellen, die sie benutzt hat, zwar für ihre Zwecke manipuliert, aber sie hat doch immerhin echte Quellen benutzt. Dershowitz setzt noch einen drauf, indem er absurde Quellen zitiert oder sich einfach selbst etwas ausdenkt. Im zweiten Teil des vorliegenden Buches stelle ich das, was die wichtigsten Menschenrechtsorganisationen in bezug auf Israels Menschenrechtsbilanz in den besetzten Gebieten herausgefunden haben, Dershowitz' Behauptungen gegenüber. Ich zeige auf, daß es schwierig ist, in den den Menschenrechtsfragen gewidmeten Kapiteln seines Buches (wie auch in jedem anderen Kapitel) eine einzige Behauptung zu finden, die *nicht* entweder auf der Falschdarstellung einer ernstzunehmenden Quelle beruht oder einer ganz und gar unglaubwürdigen Quelle entstammt. Daß dabei auch deutlich wird, was für ein Scharlatan Dershowitz ist, ist

---

[*] Im folgenden wird durchgängig der Titel der deutschsprachigen Ausgabe, *Plädoyer für Israel,* verwendet, auch wenn explizit von der amerikanischen Rezeption des Buches die Rede ist. Die deutschsprachige Ausgabe, Alan M. Dershowitz, *Plädoyer für Israel: Warum die Anklagen gegen Israel aus Vorurteilen bestehen,* erschien im März 2005 im Europa Verlag, Hamburg, und folgt der im August 2003 erschienenen amerikanischen Erstausgabe. Wo es relevante Unterschiede zwischen der deutschen und der amerikanischen Fassung gibt, ist dies angemerkt; Anm. d. Ü.

nebensächlich. Es geht mir vielmehr um die Erkenntnis, daß es die *systematische, institutionalisierte Verblendung* in bezug auf den israelisch-palästinensischen Konflikt ist, die ein Buch wie *Plädoyer für Israel* auf den Bestsellerlisten landen läßt. Wenn Dershowitz nicht stolz auf seine geistige Heimat Harvard hätte verweisen können; wenn Leute wie Mario Cuomo, Henry Louis Gates Jr., Elie Wiesel und Floyd Abrams[36] das Buch nicht mit Lob überschüttet hätten; wenn Zeitungen wie die *New York Times* und der *Boston Globe*[17] das Buch nicht durch wohlwollende Besprechungen geadelt hätten, dann wäre *Plädoyer für Israel* nicht öfter über die Ladentheke gegangen als die neueste Veröffentlichung der »Freunde der Erdscheibenhypothese«.

Mit dem vorliegenden Buch möchte ich den israelisch-palästinensischen Konflikt, der durch künstlich herbeigeredete Kontroversen absichtlich verkompliziert wird, von dem ihn umgebenden ideologischen Dunst befreien. Ich bin überzeugt, daß jeder, der sich die geschichtlichen Fakten in unverfälschter Form vor Augen führt, erkennen wird, daß den Palästinensern Unrecht geschehen ist. Ich würde mir wünschen, daß die Leserinnen und Leser dieses Buch auch zum Anlaß nehmen werden, sieh selbst politisch zu engagieren und sich der Wahrheit zu verpflichten, damit wir gemeinsam einen gerechten und dauerhaften Frieden für Israel und Palästina herbeiführen können.

Teil I

Der nicht ganz so neue »neue Antisemitismus«

»Wir sehen uns heute mit einer Situation konfrontiert, in der die Sicherheit des jüdischen Volkes genauso stark bedroht ist wie in den 1930er Jahren – wenn nicht noch stärker.«

Abraham Foxman,
Chef der Anti-Defamation League

Kapitel 1

Von *Jesus Christ Superstar* zur *Passion Christi*

Das neueste Werk derjenigen, die Israel blind verteidigt sehen wollen, ist der »neue Antisemitismus«. Gerade als die Palästinenser begannen, ihren Widerstand gegen die Besatzung zu verstärken, und Israel mit noch größerer Härte versuchte, den Aufstand niederzuschlagen, gab es eine wahre Flut von Büchern, Artikeln und Konferenzen zu diesem »neuen Antisemitismus«. Der Chef der »Anti-Defamation League« (ADL), Abraham Foxman, ließ sich mit den Worten vernehmen: »Wir sehen uns heute mit einer Situation konfrontiert, in der die Sicherheit des jüdischen Volkes genauso stark bedroht ist wie in den 1930er Jahren – wenn nicht noch stärker.«[1] Nun ist es allerdings so, daß die Warnung vor einem neuen Antisemitismus weder neu ist noch aus Sorge vor Antisemitismus ausgegeben wird. Schon vor dreißig Jahren veröffentlichten die ADL-Chefs Arnold Forster und Benjamin R. Epstein unter großem Tamtam ein Buch über den neuen Antisemitismus *(The New Anti-Semitism,* 1974). Und es vergingen keine zehn Jahre, da veröffentlichte auch ADL-Chef Nathan Perlmutter gemeinsam mit seiner Frau Ruth Ann Perlmutter ein Buch über den neuen Antisemitismus, der, so behaupteten sie, damals in Amerika grassierte *(The Real Anti-Semitism in America,* 1982).[2]

Diese in schöner Regelmäßigkeit neu inszenierte, bis ins kleinste Detail durchkomponierte Oper, die den Zuschauern medienwirksam die erschrecklichen Ausmaße des weltweiten Antisemitismus vor Augen führen soll, verfolgt nicht den

Zweck, Antisemitismus zu bekämpfen. Vielmehr dient die Aufführung dieser Oper immer wieder und in erster Linie dazu, das historische Leid der Juden auszubeuten, um Israel gegen jedwede Kritik immun zu machen. Immer wenn Israel durch verstärkten internationalen Druck dazu gebracht werden soll, sich als Gegenleistung für die Anerkennung durch die arabischen Nachbarstaaten aus besetzten arabischen Gebieten zurückzuziehen, ist es höchste Zeit für eine Neuinszenierung des »neuen Antisemitismus«.

Das Buch von Forster und Epstein, *The New Anti-Semitism,* sollte späteren Werken dieser Art als Vorlage dienen. Ein paar Kapitel waren dem wirren antisemitischen Gerede von größtenteils marginalen Rechtsextremisten in den Vereinigten Staaten gewidmet. Außerdem galt es, den Antisemitismus unter Afroamerikanern ausgiebig vorzuführen und zu verurteilen. Um zu verdeutlichen, wie stark der neue Antisemitismus bereits um sich gegriffen hatte, wurden auch solche Institutionen an den Pranger gestellt, die normalerweise als unverdächtig galten, wobei die Vorwürfe ziemlich willkürlich gewählt waren und sich einigermaßen lächerlich ausnahmen: Zeitungen wie die *Washington Post* und die *New York Times* gingen, so Forster und Epstein, nicht entschieden genug gegen Antisemiten vor; die Filmindustrie geniere sich nicht, antisemitische Zeichentrickfilme zu produzieren, etwa »*Fritz the Cat,* einen Film, der als jugendgefährdend eingestuft wurde und … eine geschmacklose Synagogenszene enthielt, oder *The Crunch Bird,* einen Film, der jüdischen Dialekt verulkte und sich ethnischer Karikatur bediente, um einen rüden Witz zu machen, und im Jahr 1972 auch noch einen Oscar gewann«.[3]

Wenn die Wellen der Empörung angesichts des neuen Antisemitismus wieder einmal hochschlagen, kann es passieren, daß sich das eine oder andere Déja-vu-Erlebnis einstellt; selbst die Details der jeweils aktuellen Debatte kommen einem bisweilen seltsam bekannt vor. Einer der Hauptanklagepunkte im

Buch von Forster und Epstein war Norman Jewisons gerade in den Kinos angelaufene Filmfassung von *Jesus Christ Superstar.* »Aus einer ohnehin schon antisemitischen Bühnenfassung hat er einen noch antisemitischeren Film gemacht«, lautete der Vorwurf. An der »antisemitischen« Bühnenfassung hatte Andrew Lloyd Webber mitgewirkt, dessen spätere Broadwaymusicals bekanntlich ebenfalls Antisemitismus übelster Sorte verbreiteten – man denke nur an *Cats.* Jewison selbst hatte gerade die Arbeit an seiner Filmfassung von *Fiddler on the Roof* [deutscher Titel: *Anatevka*] abgeschlossen. Webber und Jewison wurden gegeißelt, weil sie an der Lüge festhielten, daß »die Juden, alle miteinander, Jesus Christus umgebracht haben«. Statt sich an der »neuen ökumenischen Interpretation der Kreuzigung« zu orientieren, folgten sie »›der alten primitiven Auslegung der Passionsgeschichte, deren Geist vom Zweiten Vatikanischen Konzil verworfen worden war‹«.

Die Einseitigkeit der Darstellung der biblischen Hauptakteure war für Forster und Epstein Beweis genug für die antisemitische Stoßrichtung des Films: »Für *Jesus Christ Superstar* wurde die Geschichte des Neuen Testaments nach Belieben abgewandelt … An dem Bild des bösen Jerusalemer Mobs und der bösen Priester wurde nicht gerüttelt, und wieder einmal wurde diesen beiden Gruppen die Hauptschuld an der Kreuzigung gegeben. Gleichzeitig hielten es die Autoren von *Jesus Christ Superstar* für angebracht, Pontius Pilatus reinzuwaschen. Da sie ihn von der Schuld am Prozeß und an der Verurteilung Jesu freisprachen, fiel der jüdischen Priesterschaft um so mehr Verantwortung zu.« Schnell vorgespult ins Jahr 2004: Der Aufschrei, der auf Mel Gibsons *Passion Christi* folgte, klang nicht viel anders. In der *New York Times* schrieb Frank Rich: »Es steht außer Frage, daß Gibson die Geschichte umschreibt, wenn er Kaiphas und die anderen Hohepriester zu den Hauptanstiftern hinter Jesu Tod macht und überdies den Lindruck erweckt, Pontius Pilatus – ein berüchtigter römischer

Verbrecher – sei in Wirklichkeit ein widerwilliger, gar von Gewissensbissen geplagter Vollstrecker gewesen.«[4]

Abraham Foxman soll davor gegraut haben, daß Gibsons Film einen antisemitischen GAU auslösen könnte. Dabei richtete sich der Film in erster Linie an genau das Publikum, das Foxmans ADL seit Jahren zu ihren Verbündeten zählt: christliche Fundamentalisten. Ralph Reed von der »Christian Coalition« hat zum Beispiel oft auf ADL-Veranstaltungen gesprochen. Wenn aber Reed und Konsorten Foxman keine Kopfschmerzen bereiten, wie kommt es dann, daß Gibson so große Empörung hervorrief? Nun, Foxman weiß die Mitglieder der Christian Coalition als »treue Anhänger« Israels zu schätzen, und da muß er eben hin und wieder ein Auge zudrücken.[5] Entscheidend für die Empörung über Mel Gibson dürfte gewesen sein, daß Foxman erkannte, wie vortrefflich sich *Die Passion Christi* dazu eignen würde, die Hysterie über den neuen Antisemitismus anzuheizen. Diese Gelegenheit ließ er sich nicht entgehen.

Wie der Danksagung von Forster und Epstein zu entnehmen ist, hatte sich Foxman schon damals im Kampf gegen den »neuen Antisemitismus« bewährt. Nun war er derjenige, der *Die Passion Christi* als erster unter Beschuß nahm und diesen Kriegsschauplatz auch in der Folge dominierte. Die ADL wußte, daß sie so oder so siegreich aus der Schlacht um *Die Passion Christi* hervorgehen würde: Sollte Gibson aufgeben, hätte die ADL ein Zeichen gesetzt, daß Juden sich so etwas nicht gefallen ließen; und sollte er nicht aufgeben, hätte das nur die Allgegenwart des Antisemitismus bewiesen. Foxman wetterte bereits erfolgreich gegen den Gibson'schen Antisemitismus, als der Film noch gar nicht in den Kinos angelaufen war. In ihrem Überblick über antisemitische Vorfälle des Jahres 2003 hob die ADL hervor: »Anfang 2003 gab Mel Gibson bekannt, daß er an dem Film *Die Passion Christi* arbeitete. Was darauf folgte, war eine Kontroverse, die sich fast über ein gan-

zes Jahr erstreckte. In deren Verlauf erhielten die ADL und andere jüdische Organisationen sowie Journalisten, religiöse Führer und andere, die sich kritisch über den Film geäußert hatten, abscheuliche antisemitische E-Mails und Briefe.« Und: »›An diesen Haßbotschaften ließ sich ablesen, in welchem Maße die jüdischen Sorgen anläßlich des Films antisemitische Gefühlsausbrüche nach sich zogen.‹«[6] Foxman wußte: Auf die Journalisten ist Verlaß. Sie haben offenbar ohnehin nichts Wichtigeres zu tun als ständig nach dem jüngsten noch zu enthüllenden antisemitischen Vorfall Ausschau zu halten, und so dachten sie gar nicht daran, den ihnen dargereichten Leckerbissen zu verschmähen. Experten und Kolumnisten, die froh sind, wenn man ihnen die Gelegenheit gibt, sich für die eine oder andere Sache mal so richtig ins Zeug zu legen, stürzten sich mutig in die Schlacht. Vorausgesetzt, der Gegner existiert nur in ihrer Phantasie, geben sie nämlich nur allzugern den furchtlosen Ritter. Und so zog ein jeder von ihnen aus – Leon Wieseltier für die *New Republic,* Frank Rich für die *New York Times,* Christopher Hitchens für die *Vanity Fair* und Charles Krauthammer für die *Washington Post* –, um die tapferen Mitstreiter noch an Kühnheit zu übertreffen und am Ende der Held zu sein, von dem es heißen würde, er allein habe dem bösen Drachen (in Gestalt von Mel Gibson) den entscheidenden Schlag versetzt.

Selbst wenn man der Ansicht ist, daß die schwerwiegendsten Vorwürfe, die die ADL gegen *Die Passion Christi* erhob, berechtigt waren – daß also der Film genauso antisemitisch war wie *Jesus Christ Superstar* –, fragt man sich doch, wieviel Mut es wohl gekostet hat, Gibson auf den Seiten dieser Presseorgane zu verurteilen. Rich vertauschte Ursache und Wirkung, als er, scheinheilig und mit gespielter Unschuld, nicht etwa der ADL und ihren publizistischen Außenposten, sondern Gibson vorwarf, »den Streit vom Zaun gebrochen« zu haben und »auf eine Schlägerei aus« zu sein. Um eine Vorstellung davon zu bekommen, wie idiotisch die ganze »Kontroverse« war, genügt es,

sich in Erinnerung zu rufen, woran sie sich entzündete: an Mel Gibsons Bibelauslegung. Wer hätte vor dieser Kontroverse gedacht, daß Mel Gibson überhaupt von irgendwas einen blassen Schimmer hat? Die Debatte um *Die Passion Christi* bewegte sich auf dem gleichen Niveau wie all die gelehrten Erörterungen über den tieferen Sinn von Michael Jacksons neuesten Liedtexten.[7]

Forster und Epstein ging es bei ihrem Buch *The New Anti-Semitism* vor allen Dingen – um nicht zu sagen: ausschließlich – darum, der Kritik an Israel nach dem Oktoberkrieg von 1973 etwas entgegenzusetzen. Damals wurden neue Anstrengungen unternommen, um Israel zum Rückzug aus dem ägyptischen Sinai zu veranlassen und den Konflikt mit den Palästinensern auf diplomatischem Wege zu lösen. Diese »Feindseligkeit« gegenüber Israel sei »das Herzstück des neuen Antisemitismus«. Sie speise sich aus dem Antisemitismus, stelle aber zugleich auch dessen »ausgereifte« Form dar: »Die einzige Erklärung hierfür scheint zu sein, daß Juden nur solange als erträglich empfunden und mitsamt ihren Eigenheiten geduldet werden, wie sie Opfer sind. Wenn sich die Situation dahingehend verändert, daß sie nicht länger Opfer sind (oder es zumindest den Anschein hat, als seien sie es nicht mehr), nimmt die nichtjüdische Welt daran dermaßen Anstoß, daß sie anfängt, die Juden erneut zu Opfern zu machen.«[8] Die Möglichkeit, daß die Kritik an Israel vielleicht mit Israels starrer Haltung zu tun haben könnte – also damit, daß Israel sich trotz arabischer Friedensangebote weigerte, sich aus besetzten Gebieten zurückzuziehen –, wurde gar nicht erst in Erwägung gezogen. Der Gedanke war schlechterdings zu absurd.

Zum Beweis, daß der Antisemitismus eindeutig auf dem Vormarsch war, wurde nicht nur auf die üblichen Schreckgespenster – die Vereinten Nationen, die Sowjetunion und die arabische Welt[9] – verwiesen, sondern vor allem auch betont, daß es inzwischen selbst in den traditionell mit Israel verbünde-

ten Ländern Westeuropas und in den Vereinigten Staaten zu offenen Ausbrüchen von Judenhaß komme. In Großbritannien beispielsweise fand die Ansicht, daß »Israel alle oder die meisten der im Juni 1967 besetzten Gebiete behalten soll«, zunehmend weniger Zustimmung, und in einem Artikel des britischen *Guardian* war zu lesen gewesen, daß Israel zu »niederträchtigen Ausflüchten« greife, um palästinensisches Land zu beschlagnahmen. In Deutschland hatte der *Stern* behauptet, daß »die Juden Terror und Gewalt angewandt hatten, um schließlich 1948 die Gründung ihres Staates zu erzwingen«. Was Südamerika betraf, so war die Gefahr eines neuen Antisemitismus vor allem in Argentinien »besorgniserregend«. Dort hatte sich ein »Sprecher der Linken« für »einen gerechten Frieden« im Nahen Osten ausgesprochen und deutlich gemacht, daß dafür »die Räumung aller besetzten Gebiete« erforderlich sein werde, und Anhänger dieses Mannes hätten »auf das ›Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser‹ gepocht«.[10]

Forster und Epstein waren zu der Einschätzung gelangt, daß die neue antisemitische Bedrohung in den Vereinigten Staaten von der »radikalen Linken« ausging, also von den Trotzkisten der Sozialistischen Arbeiterpartei, den Stalinisten der Kommunistischen Partei und den Maoisten der Progressiven Arbeitspartei – obwohl sich deren gesamte Wählerschaft bequem in einer Telefonzelle hätte versammeln können. Auch einige religiöse Gruppierungen und Friedensinitiativen seien der antisemitischen Versuchung erlegen; so »wurde die Grenze überschritten«, als ein liberaler protestantischer Geistlicher in einer Predigt sagte: »Jetzt werden die Unterdrückten zu Unterdrückern: Araber werden deportiert; Araber werden ins Gefängnis geworfen, ohne daß sie auch nur erfahren, was ihnen vorgeworfen wird.« Daß der National Council of Churches [der Nationale Kirchenrat] »forderte, das Recht der palästinensischen Araber auf ›eine Heimstätte in ihrem Sinne‹ anzuerkennen und diese unverzüglich zum Gegenstand von Ver-

handlungen zu machen ‹«, war ebenfalls vollkommen inakzeptabel.

Auch die Quäker vom »American Friends Service Committee« hatten die Grenze überschritten, als sie in einer ihrer Veröffentlichungen die Ansicht äußerten, »daß Ägypten und Israel für den Ausbruch des Junikriegs von 1967 gleichermaßen verantwortlich waren« (was allenfalls davon zeugt, daß die Quäker Israel eine *Vorzugsbehandlung* angedeihen ließen). Des weiteren nahmen Forster und Epstein daran Anstoß, daß es in dieser Publikation hieß, Israel solle »als ersten Schritt die Verpflichtung eingehen, sich aus allen besetzten Gebieten zurückzuziehen«. Nach Ansicht von Forster und Epstein hielten sich die Quäker damit »streng an die arabische Lesart der UN-Sicherheitsratsresolution vom 22. November 1967« (auch wenn diese Lesart der Resolution 242 den Konsens der internationalen Gemeinschaft wiedergab, dem sich auch die Vereinigten Staaten angeschlossen hatten). Und schließlich enthielt der Band noch eine Äußerung, die dermaßen antisemitisch war, daß Forster und Epstein das kalte Grausen kriegten: Die Quäker schlugen allen Ernstes vor, die amerikanischen Juden sollten »simple militärische Lösungen ablehnen und … für eine bedächtige und sorgfältige Prüfung aller strittigen Punkte eintreten«.[11] Wenn einmal öffentlich angemerkt wurde, daß es eine amerikanisch-jüdische Lobby gab, die es sich zur Aufgabe machte, Unterstützung für Israel zu mobilisieren, oder wenn einmal jemand, was noch seltener vorkam, die Vereinigten Staaten in bezug auf den israelisch-arabischen Konflikt der Heuchelei zieh, so war das nach Meinung von Forster und Epstein ebenfalls ein untrügliches Zeichen von Antisemitismus. Die *Washington Post* habe zum Beispiel geschrieben, »der Einfluß, den amerikanische Juden auf die amerikanische Politik ausüben, ist um einiges größer, als es ihrem Anteil an der Wählerschaft entsprechen würde«; und sie »betreiben Lobby-Arbeit auf dem Kapitolshügel und haben oft auch direkten Zugang

zum Weißen Haus«; ein Kommentator bei *CBS-News* habe »den Vereinigten Staaten im Hinblick auf den Terror im Nahen Osten eine ›Doppelmoral‹ vorgeworfen«.[12] Wer hätte angesichts dieser schier überwältigenden Fülle von Beweismaterial, abgesehen von eingefleischten Judenhassern, bezweifeln können, daß mit dem neuen Antisemitismus eine tödliche Bedrohung heraufgezogen war?

Als Nathan und Ruth Ann Perlmutter im Jahr 1982 ihr Buch *The Real Anti-Semitism in America* veröffentlichten, waren die amerikanisch-jüdischen Eliten politisch noch weiter nach rechts abgedriftet. Insofern war es nur folgerichtig, daß die Perlmutters den Antisemitismus von rechts im Vergleich zu dem Vorgängerband von Forster und Epstein auf weniger Seiten abhandelten, während sie dem Antisemitismus von links mehr Platz einräumten – wobei sie unter »links« nicht etwa *die* Linke verstanden, sondern alles, was links von *ihnen* zu verorten war. Für Forster und Epstein stellte die radikale Linke noch »eine mindestens ebenso große Gefahr für die Juden in aller Welt dar wie die Gefahr von rechts«. Aus Sicht der Perlmutters stellt die Linke bereits die weitaus größere Gefahr dar, und zwar, wie gesagt, nicht nur die radikale, sondern auch die gemäßigte Linke, bis weit in die politische Mitte hinein. »Wenn wir uns hier nicht mit der Rechten befaßt haben, so liegt das«, wie sie erklären, »nicht daran, daß die Rechte den Juden keine Sorgen bereiten würde, sondern daran, daß die Juden diese Gefahr bereits so gut kennen.«[13]

Der wahrscheinlichere Grund dafür, daß sich die Perlmutters mit dem Antisemitismus von rechts nicht lange aufhielten, dürfte indes gewesen sein, daß sich die amerikanisch-jüdischen Eliten in der Zwischenzeit mit der Rechten verbündet hatten, ja dieser sogar, wenn wir vom rechtsextremen Rand absehen, mehr und mehr selbst *angehörten*. Innenpolitisch war von der einstmals »natürlichen« Nähe der Juden zu ihren Verbündeten

auf der Linken sowie zu anderen diskriminierten Minderheiten nicht mehr viel übrig; der institutionalisierte Antisemitismus war so gut wie verschwunden, und vielen amerikanischen Juden ging es wirtschaftlich blendend, so daß sich die amerikanisch-jüdischen Eliten immer mehr darauf verlegten, ihre Oberschichtprivilegien, ja sogar ihre Bevorzugung als »Weiße« zu pflegen und zu schützen. Und außenpolitisch fanden die amerikanisch-jüdischen Eliten – weil Israels politischer Starrsinn und die brutale Besatzung die Öffentlichkeit befremdeten und überdies die israelische Verbundenheit mit der Rechten in den Vereinigten Staaten (wie auch anderswo) zunahm – immer weniger Gemeinsamkeiten mit der politischen Mitte, so daß sie sich nun um so stärker nach rechts orientierten. Die Perlmutters haben diese Entwicklung mit bemerkenswerter, wenn auch moralisch abstoßender Offenheit geschildert.

Der klassische Antisemitismus, der die Juden angriff, weil sie eben Juden waren, stelle, so die Perlmutters, in den Vereinigten Staaten keine große Bedrohung mehr dar: »Die heutigen Ku-Klux-Klan-Anhänger und Neonazis sind nur noch ein magerer Abklatsch ihrer einstmals politisch einflußreichen Vorfahren. Wenn irgendwo antisemitische Ansichten ausgetauscht werden, und sei es auch nur hinter vorgehaltener Hand, gilt dies bereits als sicheres Kennzeichen einer schlechten Wohngegend.« Dieser klassische Antisemitismus sei durch eine neue Form von Antisemitismus ersetzt worden. Und diesen neuen, »wahren« Antisemitismus definierten die Perlmutters als jedweden Angriff auf jüdische *Interessen.* Dieser Antisemitismus müsse sich nicht einmal subjektiv gegen Juden richten – es reiche, daß er ihnen objektiv schade: »Die These dieses Buches ist im wesentlichen, daß die Interessen der Juden heute weniger durch ihre altbekannte Nemesis – rohen Antisemitismus – bedroht werden als vielmehr durch eine Regierungspolitik, die die Juden in keiner Weise berücksichtigt. Dabei kann es durchaus sein, daß die Regierungsvertreter selbst gar keine

Antisemiten sind, ja es kann sogar gut sein, daß ebendiese Regierungsvertreter Juden im wahrsten Sinne des Wortes zu ihren besten Freunden zählen.«

Mit dieser Definition stempelten die Perlmutters praktisch jeden, der die gehobene Stellung von Juden in der Gesellschaft und ihre damit verbundene politische Macht kritisierte, als »antisemitisch« ab. Das gleiche galt für jede Kritik an der Israeli seilen Vormachtstellung, auch von seiten anderer Staaten. Amerikanisch-jüdische Eliten setzten den »Antisemitismus« – cm historisches Phänomen, das für unermeßliches Leid und Martyrium auf der einen Seite und Haß und Völkermord auf der anderen Seite steht – als ideologische Waffe ein, um ihren gehobenen Status in der Gesellschaft zu verteidigen und das Ringen um weitere Privilegien zu erleichtern. Sie machten aus ihrem zynischen Mißbrauch dieses leidbeladenen Begriffs nicht einmal einen Hehl. Die Perlmutters warnten, der von ihnen beschriebene wahre Antisemitismus könne, »wenn ihm nichts entgegengesetzt wird und er nicht unter Kontrolle bleibt, erneut zu klassischem Antisemitismus führen«.[14] Das Gegenteil dürfte der Wahrheit näherkommen: Wer die berechtigte Kritik an jüdischen Privilegien und jüdischer Macht als »Antisemitismus« verunglimpft, sorgt vielmehr dafür, daß auch irrationale Vorurteile gegenüber Juden neue Nahrung bekommen. Dazu später mehr.

Da die Macht der amerikanisch-jüdischen Eliten innenpolitisch bereits fest verankert war, wurde die »Antisemitismuskeule« hauptsächlich in Richtung derer geschwungen, die Israel kritisierten. Die Perlmutters erklärten, Israel sei »zweifelsohne das, was uns Juden am meisten beschäftigt«, »eine Sache, die uns sehr am Herzen liegt« – vorausgesetzt natürlich, wir reden von einem spartaähnlichen, den Vereinigten Staaten hörigen Israel.[15] Mitte der 1970er Jahre geriet *dieses* Israel in die Kritik. Als sich die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) dem internationalen Konsens anschloß, der eine Zwei-

Staaten-Lösung vorsah, stieg der Druck auf Israel, diesen Schritt ebenfalls zu vollziehen – oder, um es mit der verqueren Logik der Perlmutters auszudrücken: Israel war »in der Public –Relations-Sackgasse des ›Friedens‹ in die Ecke getrieben« worden. Diese »Friedensoffensive« der PLO (so nannte es der israelische Strategieexperte Avner Yaniv) galt es abzuwenden, und so beschloß Israel, im Juni 1982 in den Libanon einzumarschieren.[16]

Die Perlmutters gaben sich große Mühe festzustellen, daß Israels Kritiker, wenn sie auch »Mordkomplizen« waren, in den meisten Fällen keineswegs von antijüdischen Gefühlen geleitet wurden. Wenn diese Leute an der israelischen Politik Anstoß nahmen, dann lag das nach Meinung der Perlmutters daran, daß sie sich entweder von »modischen« Dritte-Welt-Ideologien hatten irreleiten lassen (und nun zum Beispiel gegen »Rassismus«, »Sexismus« und »Imperialismus« waren) oder daß es sich um schäbige Opportunisten handelte, denen alles egal war, solange nur der Preis fürs arabische Erdöl stimmte.[17] Auf die Idee, daß Israel im Unrecht sein könnte, kamen die Perlmutters nicht. Zu den »wahren Antisemiten« zählten sie nicht allein die üblichen Verdächtigen wie den National Council of Churches, der »Israel dazu aufforderte, die PLO in die Nahostfriedensverhandlungen einzubeziehen«, und die Vereinten Nationen, die (man denke nur an ihre Befürwortung einer Zwei-Staaten-Lösung) »zu einem Schauplatz für hinterhältige Angriffe auf jüdische Interessen geworden sind«. Nein, laut Perlmutter-Lexikon traf die Bezeichnung »Antisemit« auf all jene zu, die Israel, wie indirekt auch immer, Schaden zufügen könnten. Darunter fielen auch diejenigen, die im Namen der Demokratie »an der Institution des Wahlmänner-Gremiums rüttelten« – schließlich würde der Verlust dieser Einrichtung die (zum Großteil in Swing States lebenden) amerikanischen Juden empfindlich treffen und im selben Moment den jüdischen Einfluß auf die amerikanische

Nahostpolitik verringern.* Antisemiten waren in den Augen der Perlmutters auch diejenigen, die sich generell für friedliche Konfliktlösungen aussprachen und nach Einschnitten im Verteidigungshaushalt verlangten, denn ihretwegen »reden die Leute allmählich nur noch schlecht vom Krieg, während der Frieden in der Presse viel zu positiv dargestellt wird« – was für Israel natürlich eine Katastrophe ist. Nach Ansicht der Perlmutters waren auch die Atomkraftgegner dem Antisemitenlager zuzurechnen, vergrößerten sie doch »die Abhängigkeit des Westens vom OPEC-Öl« und sorgten dafür, daß »unsere Wirtschaft auf den Rückfluß der Petrodollars angewiesen ist«.[18]

Der Antisemitismus der Schwarzen, der schon Forster und Epstein beschäftigt hatte, schlug auch die Perlmutters in ihren Bann. Für sie war es die größte jüdische Sünde, daß die Juden »dazu neigen, sich mehr um die Menschheit zu kümmern, als sch die Menschheit um [die Juden] kümmert«. Diese Veranlagung hatte, so die Perlmutters, ihren Ursprung in der Tatsache, daß »Gott die Juden mit einem extrem hohen Maß an Einfühlungsvermögen ausgestattet hat«. Kurzum, das Problem bestand darin, daß die Juden viel zu gut für diese Welt waren. Und nirgends war die Großzügigkeit der Juden stärker zu Buche geschlagen als bei »ihrer liebevollen Umsorgung der noch jungen NAACP [der »Nationalen Vereinigung zur Förderung Farbiger«] und der Urban League, um deren Anwälte, Strategieexperten und Aktivisten im Kampf gegen den Rassismus zu unterstützen«. Die Schwarzen müssen wirklich undankbare Leute sein, oder woran hätte es sonst liegen können, daß die

* Das Wahlmänner-Gremium (»Electoral College«) ist das Gremium der einzelnen US-Bundesstaaten bei der Präsidentenwahl. Als »swing states« werden die (wenigen) Staaten bezeichnet, auf die die beiden großen Parteien ihren Wahlkampf konzentrieren, weil sich hier, anders als in den meisten anderen Bundesstaaten, Republikaner *und* Demokraten Chancen auf einen Sieg ausrechnen können.

Feindseligkeit der Afroamerikaner gegenüber Juden laut den von den Perlmutters zitierten Umfrageergebnissen stark gestiegen war?[19] In Wirklichkeit hatten die Spannungen zwischen Juden und Schwarzen (wie sogar, wenn auch nur indirekt, von den Perlmutters selbst eingestanden wird) andere Ursachen: Zum Teil waren sie Ausdruck eines durch Klassenunterschiede hervorgerufenen Konflikts bei Initiativen zur Förderung Benachteiligter, beispielsweise der »Affirmative Action« – ein Konzept, gegen das amerikanisch-jüdische Organisationen ganz offen aufbegehrten. Zum Teil rührten die Spannungen auch daher, daß die vorbehaltlose Unterstützung Israels durch die Schwarzen in Amerika zu wünschen übrig ließ. Und schließlich hatten die Spannungen auch damit zu tun, daß der häßliche, mühsam unterm Deckel gehaltene Rassismus vieler Juden gelegentlich doch zum Vorschein kam.[20]

Auch was den letzten Punkt anbelangt, lohnt sich ein Blick in das Perlmutter-Buch: Nach Meinung der Autoren waren die New Yorker Juden konservativ geworden, weil ihre Wohngegenden in Upper Manhattan nach Einbruch der Dunkelheit nicht mehr vor Verbrechern sicher waren: »Wo Musik, Theater, Bibliotheken und liberale Wähler zu Hause sind, geht die Angst um, und man kennt sich vor lauter Dreck kaum noch aus.« »Angst« und »Dreck« – auf wen das wohl anspielen sollte? Die Perlmutters hatten sich auch schon überlegt, was »der Schwarze« tun müsse, um die Sache wieder geradezubiegen und die Gunst der Juden zurückzugewinnen. Ihm oblag – wen wundert's? – die Pflicht, Israel stärker zu unterstützen. Das Aktionsprogramm der Perlmutters sah vor, daß die Schwarzen »die Verbrechen der Vereinten Nationen gegen das jüdische Volk lautstark, deutlich und wiederholt verurteilen; den unzutreffenden Nahostberichten des National Council of Churches lautstark, deutlich und wiederholt widersprechen; Delegationen nach Washington entsenden, damit sie sich dort für die Sicherheit Israels einsetzen.«[21] Die Moralvorstellungen der Perl-

mutters waren zwar eine Zumutung, aber mangelndes logisches Denkvermögen konnte man ihnen nicht vorwerfen.

Die Perlmutters fanden, man solle die religiöse Rechte nicht länger als antisemitisch einstufen, hatte sie doch geschworen, den Heiligen Staat zu unterstützen: »Die Intoleranz der Fundamentalisten wirkt sich derzeit nicht allzu schlimm aus. Was zählt, ist ihre freundschaftliche Haltung gegenüber Israel.« Wie wenig dieser angeblich »wahre« Antisemitismus mit Antisemitismus und wieviel er mit Kritik an der israelischen Politik zu tun hatte, ließ sich daran ablesen, daß die Perlmutters der christlichen Rechten – die sich zwar in antijüdischer Bigotterie gefiel, aber »pro«-israelisch eingestellt war – gegenüber dem liberalen Protestantismus den Vorzug gaben. Letzterer war zwar frei von antijüdischer Bigotterie, galt aber als »anti«-israelisch:

> Warum also ist uns der Führer der Southern Baptist Convention, Reverend Bailey Smith, heute lieber als der sozial engagierte National Council of Churches? Immerhin hat Smith einmal allen Ernstes erklärt: »Bei allem Respekt für diese lieben Menschen, meine Freunde: Gott der Allmächtige erhört die Gebete eines Juden nicht.« Außerdem werfen mir die Southern Baptists noch heute Gottesmord vor, während mich manche Mitgliedsorganisationen des National Council of Churches von diesem Vorwurf schon freisprachen, noch ehe das Zweite Vatikanische Konzil über die Angelegenheit befunden hatte. Die Frage läßt sich mit Verweis auf das jeweilige Maß an antisemitischem Gedankengut nicht beantworten; die Antwort liegt vielmehr in der politischen Ausrichtung dieser Organisationen. In der heutigen Zeit und in diesem Land können wir verquere religiöse Ansichten von Christen der verschiedenen Glaubensbekenntnisse getrost als Privatsache abtun, denn das Leben von Juden wird von derartigen Ansichten kaum berührt.

> Das politische Engagement unserer christlichen Nachbarn in bezug auf die Sicherheit des Staates Israel hat mit unserem Leben sehr viel mehr zu tun als die Frage, ob sie womöglich glauben, sie seien die einzigen mit einem heißen Draht »nach oben«.

Deshalb waren auch Jerry Falwell von der »Moral Majority« und Pat Robertson vom »Christian Broadcasting Network« akzeptabel. Mochte ihre fundamentalistische Theologie auch vor Antisemitismus triefen – solange sie sich für ein militarisiertes Israel stark machten, tat das überhaupt nichts zur Sache. »Lasset uns den Herrn preisen – und die Munition rüberreichen«, rieten die Perlmutters in Anlehnung an einen Hit aus dem Zweiten Weltkrieg. Sie priesen die christliche Rechte nicht nur, sie sprachen sie auch von Schuld frei: »Selten ist eine Glaubensrichtung derart verunglimpft worden wie die Fundamentalisten. So wie die vernichtende Kritik am Zionismus dazu dient, ungeschminkten Antisemitismus zu verdecken, so werden übertriebene Äußerungen zur Moral Majority und zum Religious Roundtable dazu benutzt, Fundamentalisten in einem ganz falschen Licht darzustellen.« Dieser Vergleich hat zwar wenig für sich, aber eines muß man den Perlmutters lassen: Sie haben es geschafft, klar aufzuzeigen, wo die Gemeinsamkeiten zwischen dem Zionismus (oder sagen wir: dem, was *sie* darunter verstehen) und der Moral Majority liegen.[22]

Um die Perlmutters zu überzeugen, daß man im Kampf gegen den Antisemitismus ganz vorn mitmischte, war aber nicht nur die Lobpreisung Israels gefragt. Sie sahen es gern, wenn man zusätzlich ein hartes Durchgreifen bei der Kriminalitätsbekämpfung forderte (»angesichts der grassierenden Gewalt ist die Zeit reif für das Bekenntnis, daß die Verteidigung der Opfer über alles geht«), wenn man außerdem gegen »Affirmative Action« kämpfte (»daß diese umgekehrte Diskriminierung einzelne Weiße willkürlich bestraft, liegt auf der Hand«)

und wenn man schließlich auch noch für eine ständige militärische Angriffsbereitschaft der Vereinigten Staaten und eine drastische Erhöhung des Verteidigungshaushalts eintrat (»um der expansionistischen [sowjetischen] Bedrohung des Weltfriedens um so glaubwürdiger begegnen zu können«). Was diesen letzten Punkt betraf, so kam es den Perlmutters irgendwie paradox vor, daß sich die ADL eher wie »ein Verein konservativer Rüstungslobbyisten … denn [wie] eine jüdische Menschenrechtsorganisation« anhörte.[23] Paradox war das allerdings nicht. Die ADL war als ein Spiegelbild ihrer elitären jüdischen Wählerschaft zu einem Bollwerk reaktionärer Kräfte geworden. Wie schon Forster und Epstein in *The New Anti-Semitism* sprachen auch die Perlmutters im Vorwort ihres Buches *The Real Anti-Semitism* Abraham Foxman ihren Dank für seine tatkräftige Unterstützung aus. Als Foxman Nathan Perlmutter schließlich an der Spitze der ADL nachfolgte, war er, was Inszenierungen des »neuen Antisemitismus« betraf, längst ein alter Hase. Als Israel im Herbst 2000 auf eine neue Krise zusteuerte, wußte Foxman genau, welche Strippen er zu ziehen und welche Hebel er in Bewegung zu setzen hatte.

Kapitel 2

Israel – Der »Jude« unter den Völkern

»Diejenige Beschaffenheit, welche ein jeder Gegenstand erreicht hat, wenn seine Entwicklung vollendet ist, eben diese nennen wir die Natur desselben«, so Aristoteles in der *Politik.*[1] In diesem Sinne beschert uns das jüngste Revival des neuen Antisemitismus tiefe Einblicke in dessen wahren Charakter. Im Jahr 2003 beschrieb Abraham Foxman in einem mit »Nie wieder?« betitelten Buch »die Bedrohung durch den neuen Antisemitismus« (*Never Again? The Threat ofthe New Anti-Semitism*). Es enthielt zwar altbekannte Requisiten wie Kapitel über rechtsextreme Spinner (»Die Gefahr von rechts: Gewalt und Extremismus mitten in Amerika«) und Afroamerikaner (»Kein einfaches Bündnis: Die Zerwürfnisse zwischen Juden und Schwarzen in Amerika«); doch es wurde gar nicht erst lang versucht, so zu tun, als ginge es hier um irgend etwas anderes als um Israel. Auch auf die Unterscheidung zwischen »wahrem« und »klassischem« Antisemitismus wurde fortan verzichtet. In *The Real Anti-Semitism* waren Antisemiten noch entdämonisiert worden, insofern die Perlmutters aus ihnen einfach Nichtjuden mit gegenteiligen »Interessen« machten. Doch als die illegale und unmoralische Politik Israels genauer unter die Lupe genommen wurde, fiel denen, die sich der Verteidigung dieser Politik verschrieben haben, nichts besseres ein, als Israels Kritiker erneut zu dämonisieren, indem sie versicherten, es handele sich bei ihnen um klassische Judenhasser. Im ersten Werk zum »neuen Antisemitismus« (Forster/Epstein) waren es

noch Organisationen vom linken Rand gewesen, die das Herz der antisemitischen Finsternis verkörperten, etwa die Kommunistische Partei und die Sozialistische Arbeiterpartei. Inzwischen haben Israels Apologeten den Sprung an den rechten Rand des politischen Spektrums vollzogen. Beim gegenwärtigen Revival wird die Rolle, die früher der radikalen Linken zugedacht war, daher mit Organisationen aus der politischen Mitte, etwa Amnesty International und Human Rights Watch, neu besetzt.

Bei der Debatte über den »neuen Antisemitismus« wird vor allem ein sprachliches Bild immer wieder gern bemüht. Israel, heißt es, sei der »Jude« unter den Völkern: »Israel ist schnell zum Juden der Welt geworden« (Phyllis Chesler); »Israel wird für die Völkergemeinschaft praktisch zum kollektiven Juden« (Mortimer B. Zuckerman); »So wie der klassische Antisemitismus in der Diskriminierung der jüdischen Religion verankert war, so ist die neue Feindseligkeit gegenüber Juden in der Diskriminierung der Juden als Volk – und dessen Inbegriff: Israel – verankert« (Irwin Cotler); »Der Staat Israel … wurde in ›den Juden der Völker‹ verwandelt« (Gabriel Schoenfeld).[2] So wie sieh Israels Apologeten die Idee eines »neuen Antisemitismus« hei früheren Werken abgeguckt hatten, so brauchten sie für die These, daß antisemitische Vorurteile nunmehr auf das jüdische Opfer Israel projiziert würden, ebenfalls nur einen Griff in die Mottenkiste zu tun. Die Perlmutters hatten bereits in ihrem 1982 erschienenen Buch geschrieben, es finde eine »Umwandlung« statt, »von einem Antisemitismus, der sich gegen Juden richtet, hin zu einem Antisemitismus, der sich gegen den Stellvertreter der Juden – Israel – richtet«. Der an der Harvard University lehrende Juraprofessor Alan Dershowitz verurteilte diese »neueste Form« von Judenfeindschaft ebenfalls schon vor Jahren. In seiner 1991 erschienenen Autobiographie erklärte er: »Man kann unmöglich verstehen, warum Israel die Aufmerksamkeit – und ausdrücklich die Kritik – zuteil wird, die ihm zuteil wird, ohne

zur Kenntnis zu nehmen, daß Israel der ›Jude‹ unter den Staaten ist. «[3] Dahinter steckt der Gedanke, daß die Kritik an Israel, dem »Juden« der Welt, demselben Giftquell entspringt wie der Antisemitismus und deswegen schon von Natur aus antisemitisch ist. Und weil der letzte größere Ausbruch von Antisemitismus im HOLOCAUST gipfelte, beschwören nun diejenigen, die Israel kritisieren, einen neuen HOLOCAUST herauf: »Es könnte sein«, warnt Foxman in *Never Again?,* »daß das Überleben des jüdischen Volkes schon sehr bald wieder ganz konkret in Gefahr ist.« Das Motiv für Behauptungen dieser Art liegt auf der Hand: Wer Israel kritisiert, soll als verkappter Antisemit erscheinen, und die wahre Situation soll auf den Kopf gestellt werden. Unter der »gegenwärtigen Belagerung« (Chesler) leiden demnach nicht etwa die Palästinenser; die Opferrolle kommt allein Israel (und Juden) zu.[4]

Worin beim Ausspielen des Antisemitismus-Trumpfs der politische und ideologische Hauptvorteil liegt, geht (wenn auch unbeabsichtigt) aus der Aussage einer der glühendsten Verteidigerinnen Israels hervor, der an der Harvard University lehrenden Ruth Wisse: »Wenn zugestanden wird, daß bei der Diskussion über den sogenannten arabisch-israelischen Konflikt auch über Antisemitismus geredet werden muß, dann bedeutet dies das Eingeständnis der Tatsache, daß die Abwehrhaltung der Araber gegenüber dem jüdischen Staat in ihrer eigenen politischen Kultur begründet ist und daß sie ihre Abwehrhaltung erst aufgeben werden, wenn sich an dieser politischen Kultur etwas ändert.«[5] Damit wird die grundlegende Verantwortung für den Ausbruch des Konflikts von Israel auf die Araber abgeschoben. Das Thema ist dann nicht länger die Inbesitznahme palästinensischen Landes durch Juden, sondern die arabische »Abwehrhaltung« gegenüber Juden. Auch die grundlegende Verantwortung für die Lösung des Konflikts liegt dann nicht mehr bei Israel, sondern bei der arabischen Welt. Nach dieser Logik sollte, wer eine Beilegung des Konflikts herbeiwünscht,

nicht etwa Israel auffordern, seine Besatzung zu beenden, sondern die arabische Welt dazu bringen, ihrer irrationalen Feindseligkeit gegenüber Israel abzuschwören.

Diejenigen, die sich als große Freunde Israels gerieren, behaupten zwar, mit Kritik an der einen oder anderen israelischen »Überreaktion« leben zu können – man nennt das »berechtigte Kritik« –, aber dieses Zugeständnis dient lediglich dazu, die ganze übrige Kritik für antisemitisch und somit für unzulässig zu erklären. Kommunistische Parteien haben es früher genauso gehandhabt: Kritik an der einen oder anderen stalinistischen »Überreaktion« war durchaus gestattet, aber prinzipielle Kritik war »antisowjetisch« und ging eindeutig zu weit. In Wirklichkeit aber sind beispielsweise die Vereinigten Staaten und Deutschland, anders als man angesichts der ganzen Hysterie meinen sollte, weit davon entfernt, Israel fortwährend der Kritik auszusetzen. Der Vorwurf, die Medien schürten den neuen Antisemitismus, wird benutzt, um den ohnehin schon äußerst geringen Anteil der Berichterstattung, der es schafft, sich der ideologischen Kontrolle zu entziehen, auch noch loszuwerden. Selbst in Großbritannien, das sich mit einer deutlich gehaltvolleren Berichterstattung zum Nahostkonflikt den Ruf eingehandelt hat, pro-arabisch und antisemitisch zu sein, liegen die Sympathien, wie eine gründliche Medienanalyse ergab, ganz eindeutig bei Israel.[6]

In ihrem Buch *Der neue Antisemitismus* verschwendet Phyllis Chesler wenig Mühe darauf zu verbergen, daß die Behauptung, es gebe einen neuen Antisemitismus, lediglich ein Vorwand für die Verteidigung Israels ist. Chesler bedient sich bei »pro«-israelischen Internetquellen, um ihren Lesern auf acht Seiten eine »Kurze Geschichte der arabischen Angriffe auf Israel von 1908 bis in die 70er Jahre« sowie auf vier Seiten eine Übersicht über den »jüngsten arabischen Terror gegen Israel« zu präsentieren. Über israelische Angriffe auf Araber und über israelischen Terror gegen Araber verliert sie kein Wort. Wie

Chesler schreibt, hat es »im Laufe der letzten 55 Jahre in Israel nicht weniger als neun große Verteidigungskriege« gegeben, aber anscheinend keine, bei denen sich die Araber gegen israelische Angriffe verteidigt hätten, obwohl sich unter den zum Teil fragwürdigen Beispielen, die Chesler aufzählt, auch die israelische Sinai-Invasion des Jahres 1956, die israelische Libanoninvasion des Jahres 1982 und die in den Jahren 1987 und 2000 ausgebrochenen Aufstände gegen die israelische Besatzung befinden.

Wenn Chesler hinsichtlich der Massaker von Sabra und Shatila* schreibt, »vielleicht kann man auch Argumente dafür finden, daß die Juden oder einzelne Israelis eine gewisse moralische Verantwortung dafür übernehmen sollen«, begibt sie sich schon hart an die Grenze dessen, was noch als »berechtigte Kritik« durchgeht. Chesler bekennt: »Ich bin natürlich kein militärischer Experte.« Das hält sie allerdings nicht davon ab zu behaupten, »die israelische Kontrolle über den Grenzverlauf, die Checkpoints und die Straßen im Westjordanland und im Gazastreifen bis zum Meer bzw. zum Fluß hinunter« sei »möglicherweise – oder sogar sehr wahrscheinlich – unabdingbar für die Sicherheit Israels geworden«. Was die Palästinenser für ihre Sicherheit oder auch nur zum Überleben brauchen, interessiert Chesler nicht.[7]

Im November 2003 kam es zu einem künstlichen Skandal, als der »Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit« (EUMC) vorgeworfen wurde, einen unerquicklichen Bericht über Antisemitismus in der Europäischen Union, *Manifestations of Anti-Semitism in the European Union,* zurückzuhalten. Der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Edgar Bronfman, befand die EU-Kommission des

---

* Zu den Massakern in den Flüchtlingslagern Sabra und Shatila (Libanon, September 1982) siehe Noam Chomsky, *Offene Wunde Nahost: Israel, die Palästinenser und die US-Politik,* Europa: Hamburg/Wien 2002, Kap. 2; Anm. d. Ü.

»Antisemitismus« für »schuldig«, weil sie den Bericht »zensiert« habe, obwohl die EUMC eine unabhängige Einrichtung ist. Die EUMC rechtfertigte ihre Entscheidung, den von ihr in Auftrag gegebenen Bericht nicht in Umlauf zu bringen, damit, daß er »tendenziös« sei und seine »empirischen Daten nicht genügend Aussagekraft besaßen«. Der Hohe Vertreter für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, Javier Solana, stimmte dem zu, da es der Bericht in seinen Augen »an schlüssiger Argumentation und empirischer Zuverlässigkeit vermissen ließ«.[8]

Das war noch höflich formuliert. Die zusammengestellten Daten taugten ebenso wie die zum Messen von Antisemitismus angewandten Methoden und die Ergebnisse, zu denen die Studie gelangte, bestenfalls dazu, die Lachmuskeln zu trainieren. Die Studie stellte allerdings die bei weitem ausführlichste und detailreichste Materialsammlung über den neuen Antisemitismus dar, und das war einer der Gründe dafür, warum die Apologeten Israels für dieses Werk nur zu gern die Werbetrommel rührten. Die Behauptung, in Europa grassiere der Judenhaß, ließ sich schwerlich aufrechterhalten, sollte die Studie anderslautende Ergebnisse zutage fördern, zumal sie sich auf den Zeitraum konzentrierte, in dem der »neue Antisemitismus« seine größten Ausmaße erreichte. Die Studie war ein Produkt des Zentrums für Antisemitismusforschung (ZfA) an der Technischen Universität Berlin, verfaßt von Werner Bergmann und Juliane Wetzel, und sie war für die Art und Weise, wie in Deutschland heute in der öffentlichen Diskussion mit Juden und dem Thema Israel umgegangen wird, symptomatisch. (Zu dieser Studie gleich mehr.) Deutschland, einst die europäische Brutstätte des Antisemitismus, hat sich inzwischen zu einer Brutstätte des Philosemitismus entwickelt. Auf der einen Seite fordern »politisch korrekte«, oft auch zynische Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens im Verein mit den Medien immer wieder Antisemiten zutage, obwohl diese so zahlreich nicht sind,

und sie tun das mit einem Eifer, der schon stark an die mittelalterlichen Hexenverfolgungen erinnert. Auf der anderen Seite mißbrauchen diejenigen, die von Deutschland Israel gegenüber blinden Gehorsam erwarten, die schrecklichen Nazi-Verbrechen dazu, jegliche Kritik an jüdischen Funktionären und Israel zu unterbinden. Damit wird die öffentliche Diskussion jedoch nur ins Private abgedrängt, und die Ressentiments wachsen im Stillen.[9]

Dies war im übrigen nicht das erste Mal, daß der Versuch unternommen wurde, die deutsche Öffentlichkeit dazu zu bringen, das Phantom eines »neuen Antisemitismus« zu bekämpfen. Im Jahr 1981, als Israel verstärkt dazu aufgefordert wurde, mit den Palästinensern über eine Zwei-Staaten-Lösung zu verhandeln, veröffentlichte die Arbeitsgemeinschaft Juden und Christen beim Deutschen Evangelischen Kirchentag eine Erklärung mit dem Titel: »Zur Gefahr eines neuen Antisemitismus.« Die Arbeitsgemeinschaft warnte, es »mehren sich jetzt die Zeichen des Rückfalls in Judenfeindschaft«. Insbesondere wies sie darauf hin, daß »hinter der Kritik an der israelischen Regierung … der alte Antisemitismus sichtbar [wird]«.[10] Die Gleichsetzung von Kritik an Israel mit Antisemitismus zieht sich wie ein roter Faden auch durch *Manifestations,* die Studie des deutschen Zentrums für Antisemitismusforschung. »Die frühere Dämonisierung von Juden wird jetzt auf den Staat Israel übertragen«, heißt es dort, und die »über das gesamte politische Spektrum verteilte scharfe Kritik an der israelischen Politik« wird als Beweis für den »gefährlichen Charakter« des neuen Antisemitismus angeführt. Unter der Überschrift »Formen antisemitischer Vorurteile« verlangt die folgende abstruse Bemerkung unsere Aufmerksamkeit: »Während der historische Opferstatus der Juden nach wie vor anerkannt wird, sehen viele Europäer darin nicht länger einen Grund, Israel zu unterstützen. Die israelische Politik gegenüber den Palästinensern liefert einen Grund, Juden als Täter anzuprangern, womit der morali-

sche Opferstatus eingeschränkt wird, der ihnen infolge des Holocausts zukam. Antisemitismus und antiisraelische Stimmung sind deswegen miteinander verknüpft, weil letztere die Chance für einen Rollentausch bietet, bei dem die Opfer als Täter und die Täter als Opfer erscheinen.« Mit anderen Worten: Die Europäer geben zwar zu, daß dem jüdischen Volk mit der Massenvernichtung der Juden durch die Nazis unsagbares Leid angetan wurde, aber sie sind trotzdem Antisemiten – weil sie nämlich glauben, daß auch Juden Täter sein können und weil sie Israel nicht automatisch unterstützen. Unter der Überschrift »Vorherrschende antisemitische Vorurteile« listet die Studie unter anderem folgende Beispiele auf: die »Annahme, daß die USA und Israel enge Verbündete sind«; die Annahme, daß Juden »auf die angeblich voreingenommene, pro-israelische Politik der USA großen Einfluß nehmen«; und die Annahme, daß Israel sich der »Apartheid«, der »ethnischen Säuberung« und der »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« schuldig gemacht hat.[11]

Die in *Manifestations* vorgenommene Aufschlüsselung »antisemitischer« Vorfälle nach einzelnen EU-Ländern zeigt einmal mehr, was es mit dem »neuen Antisemitismus« in Wirklichkeit auf sich hat. Bei der Lektüre der Beispiele sollte man im Hinterkopf behalten, daß die präsentierten Daten überwiegend aus der Zeit stammen, in der die Sympathien für die Palästinenser und die Feindseligkeit gegenüber Israel einen Höhepunkt erreichten, als nämlich Israel im März/April 2002 die »Operation Schutzschild« durchführte, die in der Belagerung des Flüchtlingslagers Jenin gipfelte. *Belgien:* »Während einer pro-palästinensischen Demonstration … wurden Schaufenster eingeschlagen, und eine israelische Flagge wurde verbrannt«; *Irland:* »Die israelische Botschaft erhielt im vergangenen Monat eine Reihe von haßerfüllten Telefonanrufen«, *Spanien:* »Viele junge Spanier sind der Auffassung, daß man, um als ›progressiv‹ oder links zu gelten, die PLO unterstützen muß«;

Italien: »Beim Kongreß [der Kommunistischen Partei] waren einige Gegenstände zu sehen, die explizit Bezug auf Palästina nahmen: die palästinensische Flagge, ein Buch des Vertreters der Palästinensischen Autonomiebehörde in Italien, … und die traditionelle arabische Kopfbedeckung, die Kefiah«; *Niederlande:* »Gretta Duisenberg, die Frau des Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Wim Duisenberg, ließ auf ihrem Balkon die palästinensische Flagge wehen«; *Portugal:* »Die israelische Botschaft erhielt verleumderische Telefonanrufe und beleidigende Mitteilungen über das Internet«; *Finnland:* »Pro-palästinensische Organisationen verteilten bei mehreren Anlässen Flugblätter. Auf einigen dieser Flugblätter … wurde zum Boykott israelischer Produkte aufgerufen, weil dies helfe, den Frieden in Israel herbeizuführen.«[12]

Wenn praktisch jede Kritik an Israel als Antisemitismus ausgelegt wird, ist es kein Wunder, daß das Ausmaß des neuen Antisemitismus die Vorstellungskraft übersteigt. Phyllis Cheslers Schurkengalerie umfaßt nicht nur die üblichen Verdächtigen wie Araber, Muslime, die gesamte Dritte Welt sowie Europa und die Vereinten Nationen, sondern auch »die internationalen Menschenrechtsorganisationen, die ihren Sitz im Westen haben, … Akademiker [und] Intellektuelle«; »die westlichen Kapitalismuskritiker, Globalisierungsgegner, Umweltschützer und Antirassismus-Aktivisten«; »Antikriegs-« Aktivisten; »progressive Feministinnen«; »jüdische Feministinnen« (»an einem gewissen Punkt hörten eine ganze Reihe amerikanisch-jüdischer Feministinnen … auf, sich für die Rechte der Frauen in Amerika einzusetzen, und begannen für die Rechte der PLO zu kämpfen«); die »europäischen und linken bzw. liberalen amerikanischen Medien« wie *Time,* Associated Press, Reuters, die *Washington Post,* die *Los Angeles Times,* die *New York Times,* der britische *Guardian,* der *Toronto Star,* die BBC, NPR, CNN und ABC; und schließlich viele Israelis, darunter auch der verstorbene Yeshayahu Leibowitz von der He-

bräischen Universität, ein orthodoxer Jude und Intellektueller, der in Israel höchstes Ansehen genoß. Sie alle schüren also Antisemitismus, und »jeder, der diese Tatsache leugnet«, ist, das fügt Chesler sicherheitshalber noch hinzu, ebenfalls »ein Antisemit«.

Kein Wunder, daß es in der Welt, wie Chesler sie sieht, vor Antisemiten nur so wimmelt: Es ist »wie bei den Nazis«. »Es ist, als ob Hitlers Braunhemden von den Toten auferstanden wären – und, in größerer Anzahl, immer und überall ihre schmutzige Kristallnachtsarbeit verrichten würden.« Selbst in den Vereinigten Staaten hat der Antisemitismus so stark an Boden gewonnen, daß diejenigen, die ihn zu kritisieren wagen, »den gelben Stern tragen«. Inmitten dieser absurden Bemerkungen hält Chesler dem Orient mit seinem Hang zur »extremen Übertreibung« ihren eigenen »westlichen Wahrheits- und Objektivitätsstandard« entgegen.

Um das ganze Ausmaß des um sich greifenden neuen Antisemitismus zu veranschaulichen, bombardiert Chesler ihre Leser mit einer Fülle abenteuerlicher Vergleiche und Metaphern: »Es liegt eine ekstatische Stimmung der Schrankenlosigkeit in der Luft – eine Art elektrisch aufgeladener und veränderter Realität, wie sie vielleicht auch LSD-Süchtige oder Epileptiker kurz vor einem Anfall erleben.« »Manipuliertes Bildmaterial von angeblichen israelischen Massakern ist heute in der Vorstellung von Milliarden von Menschen präsent. So wie Pornographie lassen sich solche Vorstellungen nicht einfach auslöschen.« »Es ist so, als ob das politische Pendant zum Aids-Virus auf die Welt losgelassen worden wäre.« »Jude-sein bedeutet, ein gefährliches Leben zu führen, am Rande der Gesellschaft zu stehen, mit einem offenen, ›beschnittenen‹ Herzen.« »LSD-Süchtige«, »Epileptiker«, »Pornographie«, »Aids«, ››beschnittenes‹ Herz« – man fragt sich, ob Cheslers Hauptwerk, *Frauen – das verrückte Geschlecht?,* womöglich autobiographisch geprägt war.[13] Die Medien werden von Chesler auch

dafür gescholten, daß sie sich »wie besessen ausschließlich« damit beschäftigen, wie Israel mit den Palästinensern umgeht. Das ist in Cheslers Augen »ein Luxus, der von den eigentlichen Problemen ablenkt«. Sie fände es viel besser, wenn die Presse »ihre Aufmerksamkeit auf die wirklich großen Probleme richten würde, die die Mehrheit« der Menschen in aller Welt beschäftigen. Daß sich ausgerechnet diejenige ethnische Gruppe in Amerika, die die geringsten Sorgen hat, »wie besessen ausschließlich« damit beschäftigt, wie sehr sie angeblich leidet und verfolgt wird, ist natürlich kein »Luxus, der von den eigentlichen Problemen ablenkt«.[14]

Verglichen mit *Commentary*-Chefredakteur: Gabriel Schoenfeld kommt Chesler einem allerdings vor wie die Vernunft in Person. So, wie Schoenfeld die Sache sieht, liegt die »Kristallnacht« in Amerika bereits hinter uns. Wir befinden uns nunmehr mitten in der »Endlösung«. »Tatsache ist, daß wir derzeit mit einer völlig neuen Situation konfrontiert sind: Juden in den Vereinigten Staaten sind sich ihres Lebens nicht mehr sicher.« Schoenfelds Schwarzbuch der Antisemiten enthält nicht nur Altbekannte wie »Umweltschützer, Pazifisten, Anarchisten, Globalisierungsgegner und Sozialisten«, die »großen britischen und europäischen Zeitungen« (*Le Monde, The Economist*), die »französischen Fernsehnachrichten« und die BBC, »liberal bis links eingestellte Organisationen wie Human Rights Watch und Amnesty International«, die *New York Times*-Kolumnistin Maureen Dowd und *Hardball*-Talkmaster Chris Matthews, um nur einige zu nennen. Nein, laut Schoenfeld erkennt man einen Antisemiten auch daran, daß er »den Begriff ›Neokonservativer‹« benutzt, weil das »ein kaum verhülltes Synonym für ›Jude‹ ist«. Sehen wir einmal von der Frage ab, ob dieser Begriff tatsächlich mit der versteckten Anschuldigung befrachtet ist, die Schoenfeld ihm zuschreibt. Sehen wir ferner von dem Umstand ab, daß die Gründer der neokonservativen Bewegung in der Tat größtenteils Juden wa-

ren, ein Umstand, der sie übrigens mit Stolz erfüllte. Belassen wir es bei einer einzigen Frage: Angenommen, es zeugt wirklich von einer antisemitischen Einstellung, wenn jemand das Wort »Neokonservativer« in den Mund nimmt: Was ist dann mit den sich um *Commentary* scharenden jüdischen Neokonservativen, die sich durch die Bezeichnung geehrt fühlen und sich den Orden folglich nur allzu gern selbst an die Brust heften?[15]

Bemerkenswert und unerreicht ist das außerordentlich breite Spektrum von Juden, das Schoenfeld in der Rubrik »Antisemiten« unterzubringen versteht. Nach Schoenfelds Analyse geht der neue Antisemitismus vor allem von der Linken aus, und innerhalb dieser antisemitischen Linken sind die Juden, wie Schoenfeld ausführt, tonangebend. In seinen Augen handelt es sich bei dem Angst und Schrecken verbreitenden Heer neuer Antisemiten um »ein überwiegend jüdisches Kontingent«; »linke Juden« bilden eindeutig die »Speerspitze« des neuen Antisemitismus. Daß für Schoenfeld demnach auch Noam Chomsky ein Antisemit ist, wird bei aller Absurdität niemanden überraschen; schließlich ist Chomsky, der sich als der prinzipienfesteste und wirkungsvollste jüdische Kritiker israelischer Politik erwiesen hat, der leibhaftige Apologetenschreck. Wenn man aber sieht, daß Schoenfeld Leute wie Rabbi Michael Lerner von der Zeitschrift *Tikkun* und Daniel Boyarin, einen (laut Schoenfeld) »führenden Experten der Jewish Studies in den Vereinigten Staaten«, mit Chomsky zusammen in einen Topf wirft, wird man doch stutzig. Und wenn man dann auch noch feststellen muß, daß Schoenfeld sogar Leon Wieseltier, den fanatisch »pro«-israelischen Literaturredakteur der fanatisch »pro«-israelischen Zeitschrift *New Republic,* verdächtigt, vom rechten Glauben abgefallen zu sein, fängt man an, sich ernsthaft um Schoenfelds geistiges Wohlbefinden zu sorgen. Wieseltier hat sich insofern ketzerisch verhalten, als er zu bezweifeln wagte, daß eine zweite »Endlösung« unmittelbar be-

vorstünde. Das macht ihn zwar noch nicht direkt zum Antisemitismusleugner, aber er hat doch immerhin die Sünde begangen, sich als Antisemitismusverharmloser zu betätigen. Es scheint, die Revolution frißt ihre Kinder.[16]

Eine von Ron Rosenbaum herausgegebene Anthologie zum Thema Antisemitismus mit dem Titel *Those Who Forget the Past* [»Wer die Vergangenheit vergißt«] befindet sich auf demselben moralischen und intellektuellen Niveau wie die Ausführungen von Chesler und Schoenfeld.[17] Der Journalist Alexander Cockburn hat einmal über eine neokonservative Zeitschrift gesagt, sie hänge schon bei der Zustellung voller Spinnweben. Ähnliches könnte man von dem Rosenbaum-Band behaupten. Die darin versammelten Beiträge, größtenteils kurz vor oder kurz nach dem Irak-Krieg geschrieben, waren schon bei Erscheinen des Buches, Mitte 2004, eine peinliche Lektüre. Die *Daily Telegraph*-Kolumnistin Barbara Amiel preist zum Beispiel die »16000-Pfund-schweren Daisy-Cutter-Bomben«*, weil diese ihrer Meinung nach der »unnachgiebigen arabisch-muslimischen Welt« den nötigen »Stupser« verpassen würden. Die für die *Vanity Fair* schreibende Journalistin Marie Brenner sieht in der französischen Kritik am amerikanischen Angriff auf den Irak den ultimativen Beweis für einen um sich greifenden Antisemitismus – was einmal mehr verdeutlicht, worauf die Hysterie über einen angeblich neuen Antisemitismus in Wirklichkeit zielt. Brenner stellt irritiert fest, daß die Franzosen selbst dann noch stur bei ihrer Ablehnung des Krieges blieben, »als die Bürger von Bagdad die amerikanischen Truppen mit offenen Armen empfingen«. Damit war es ja auch spätestens nach einer Woche vorbei. Um zu beweisen, daß die Mentalität derjenigen, die Daniel Pearl gefangennahmen, jener

---

* Die Daisy-Cutter-Bombe ist so groß wie ein Auto und gilt als die gewaltigste konventionelle Bombe der Welt, auch wenn sie dem Namen nach lediglich Gänseblümchen ummäht; Anm. d. Ü.

der » Nazis« vergleichbar sei, läßt sich der Journalist Thane Rosenbaum über das »lüsterne, wie ein harter Porno gedrehte« Video von Pearls Enthauptung aus. Er weist vor allem auf die »Erniedrigung« hin, die Pearl bei laufender Kamera zu erdulden hatte. Ob der Autor jetzt auch darüber nachsinnt, was uns die Fotos und Videos aus dem Abu-Ghraib-Gefängnis über die Mentalität derer sagen, die die Iraker gefangenhielten, und was das für Leute sein müssen, die die angewandten Verhörmethoden absegneten?

Der Dramatiker und Drehbuchautor David Mamet – ein weiterer Fachmann auf dem Gebiet der Antisemitismusforschung, auf dessen eminent wichtigen Beitrag Ron Rosenbaum in seiner Anthologie nicht verzichten mochte – ist der Ansicht, daß die Welt »den Juden Dank schuldet«. Denn: »Hätte Israel nicht im Jahr 1981 den irakischen Kernreaktor bombardiert, der damals nur wenige Wochen von der Herstellung atomwaffenfähigen Materials entfernt war, hätte (Gott bewahre!) ganz New York zu Ground Zero werden können.« Nur daß der irakische Reaktor erstens keine Atomwaffen herstellte, daß Israel Saddam zweitens durch die Bombardierung vermutlich erst dazu gebracht hat, die Herstellung von Atomwaffen anzustreben, und daß der Irak drittens mit dem Anschlag auf das World Trade Center nichts zu tun hatte. Diese Dankesschuld können wir also getrost streichen. Nach Ansicht des an der Hebräischen Universität lehrenden Robert Wistrich »war Saddams Irak der finstere Beweis« dafür, daß die arabische Welt »entschlossen ist, Massenvernichtungswaffen herzustellen, und auch bereit ist, sie einzusetzen«. Dies zeuge davon, wie weit »nazistisches« Gedankengut in der arabischen Welt verbreitet sei. Glücklicherweise aber habe der Sturz Saddams, so Wistrich, »der Horrorvorstellung, daß ein skrupelloser Diktator über tödliche Waffen verfugt«, ein Ende bereitet. Nur daß keine Massenvernichtungswaffen gefunden wurden und das Atomwaffenprogramm schon vor langer Zeit aufgegeben worden war.[18]

Der nicht ganz so neue »neue Antisemitismus«

Wo wir gerade von Spinnweben sprachen: Für das Nachwort zu seiner Anthologie konnte Ron Rosenbaum die Romanautorin Cynthia Ozick gewinnen. Mit ihrem Text dürfte sie die in sie gesetzten Erwartungen voll und ganz erfüllt haben, schlüpfte sie für diesen Anlaß doch nur zu gern in ihr Lieblingskostüm. Das Nachwort beginnt dramatisch: »Wir dachten, all das wäre vorbei. Die Öfen sind schon seit langem abgekühlt … Die Schreie der Nackten … Die Deportationen, über die so genau Buch geführt wurde … Wir dachten, all das wäre vorbei … Es war naiv, albern, dumm, ahistorisch von uns, uns der trügerischen Hoffnung hinzugeben, daß der einmal besiegte Kannibalenhaß nicht wieder aufleben würde. Doch nun ist er zu neuem Leben erwacht.« Sie dachte, es wäre vorbei? Hat Ozick vergessen, daß sie diese Arie, leicht variiert, schon bei der Uraufführung des »neuen Antisemitismus« gesungen hatte? Damals, 1974, hatte sie für die Zeitschrift *Esquire* einen Artikel verfaßt, der auf breites Interesse stoßen sollte. Titel: »Die ganze Welt wünscht den Juden den Tod.« Hat Ozick vergessen, daß sie ihre Ausführungen schon damals mit Bildern aus den nationalsozialistischen Vernichtungslagern einleitete? Daß sie anschließend die Araber geißelte, sie träten in Hitlers Fußstapfen und seien fest entschlossen, alle Juden der Welt, einschließlich ihrer selbst, zu ermorden? (»Kairo und Damaskus halten die Fackeln in der Hand; sie sind zwar weit weg, am anderen Ende der Welt, aber sie haben es dennoch auf mich abgesehen.«) Und daß sie dann dem ganzen Rest der Welt, einschließlich anderer Juden, vorgeworfen hatte, sich mitschuldig zu machen und sich in Schweigen zu hüllen? Sollte Ozick am Ende gar ihr eindringliches Schlußwort vergessen haben? Uns klingt ihre Empörung noch in den Ohren: »Palästinensische Flüchtlinge, politische Taktierer, nationale Befreiungskämpfer, olympische Terroristen, Terroristen der Lüfte! Vernichter von 49 friedvollen Leben in einem einzigen Nachkriegsfrühling! Todesschützen von dreizehn Müttern und Säuglingen in Qiryat Shemona!

Mörder von …!« Ist dieser seit Urzeiten auftretenden Diva, die bei keiner Inszenierung des »neuen Antisemitismus« fehlen darf, wirklich nicht aufgefallen, daß auch ihr neuestes Kostüm reichlich nach Mottenkugeln duftet?[19]

Als »Herzstück des antizionistischen Antisemitismus« hat Kon Rosenbaum, wie er in der Einleitung zu seinem Sammelband schreibt, die Leugnung der folgenden unumstößlichen Tatsachen ausgemacht: »Juden wollen in Frieden leben, aber drei Kriege, in denen arabische Staaten versucht haben, die Juden ins Meer zu treiben, und die Terrorkampagne der Palästinenser, die die Idee eines jüdischen Staates ablehnen, lassen Israelis nur die tragische Wahl zwischen Selbstverteidigung und Selbstzerstörung.«[20] Besonders stolz ist Rosenbaum darauf, daß er die Angst vor einem »zweiten Holocaust« in die Debatte über den neuen Antisemitismus eingebracht hat. »Jede europäische Nation hat sich in hohem Maße an Hitlers Völkermord mitschuldig gemacht«, und »die meisten Europäer taten es auch noch *freiwillig*« (Hervorhebung im Original). Nach Kosenbaums Ansicht waren also nicht nur die Deutschen, sondern alle Europäer »Hitlers willige Vollstrecker«. Und heute sind diese Europäer »erneut willens, sich der Mittäterschaft am Judenmord schuldig zu machen«. In Wirklichkeit haben sie, indem sie den Juden einen eigenen Staat in weiter Ferne aufnötigten, schon gleich nach dem Zweiten Weltkrieg damit begonnen, einen zweiten HOLOCAUST zu planen. Es gab nämlich eine europäische Verschwörung, »um die überlebenden Juden, deren Gegenwart unweigerlich an die europäische Schande erinnerte, vom Kontinent zu schaffen und den europäischen Völkern endgültig all das Eigentum zu überlassen, das sie den Juden während des Krieges gestohlen hatten«.

Man könnte an dieser Stelle ironisch anmerken, daß der Hinweis auf die Gemeinsamkeit zwischen der zionistischen Fordern ng nach einem eigenen Judenstaat außerhalb Europas und der antisemitischen Forderung nach einem Europa ohne Juden

üblicherweise nicht für, sondern *gegen* den Zionismus ins Feld geführt wird. Aber lassen wir das. Sehen wir uns nur einmal Rosenbaums bahnbrechende Hauptthese an: Die treibende Kraft hinter der Gründung Israels waren in erster Linie nicht Juden, die sich nach einem eigenen Staat sehnten, sondern Europäer, die die Juden loswerden und sie endgültig ihres gesamten Besitzes berauben wollten. Und das war noch nicht alles. Laut Rosenbaum waren es nicht etwa die Zionisten, die sich eine jüdische Heimstätte in Palästina wünschten, nein, auch das war eine perfide Idee der nichtjüdischen Europäer: Die Europäer wählten für Israel absichtlich »einen schutzlos daliegenden Wüstenstreifen inmitten eines Meeres feindlich gesinnter Völker«. Und was noch schlimmer ist: Diese Europäer machten Israel absichtlich so klein, daß es Juden und Palästinensern dort zwangsläufig zu eng werden mußte, damit die Juden die Palästinenser vertreiben, die Palästinenser im Gegenzug die Juden hassen, die »Semiten« sich schließlich eines Tages »gegenseitig die Schädel einschlagen« und »man die Schuld auf die Juden schieben kann«.

Als ob das alles nicht schon genug wäre, sind die Europäer jetzt auch noch klammheimlich dazu übergegangen, die auf dem Kontinent verbliebenen Juden zu vernichten, denn die Europäer »erlauben es der arabischen Bevölkerung, ihnen den Job, Synagogen in Brand zu stecken und Juden auf offener Straße zu verprügeln, *abzunehmen*« (Hervorhebung im Original). Angesichts der übertriebenen Zurückhaltung, die Israel an den Tag legt, macht sich Rosenbaum um die Überlebenschance des jüdischen Staates ernsthaft Sorgen. Zwar geht Rosenbaum nach eigenem Bekunden »die verzweifelte Lage der Palästinenser« sehr wohl nahe. Doch die einzige Chance für Israel, einen zweiten HOLOCAUST abzuwenden, besteht seiner Ansicht nach darin, dafür zu sorgen, daß die »Familien [der Selbstmordattentäter] … das Schicksal derer ereilt, die von den Attentätern in die Luft gesprengt wurden«. Rosenbaum

befürchtet allerdings, daß Israel seinen dringenden Rat, willkürlich Männer, Frauen und Kinder zu ermorden, nicht befolgen wird (»Israelis werden so etwas nicht tun«), »und deswegen ist die Wahrscheinlichkeit, daß es einen zweiten Holocaust geben wird, sehr groß«. Doch noch ist nicht alles verloren. Falls »über Tel Aviv eine Atombombe abgeworfen wird«, dann wird Israels »nuklearer Vergeltungsschlag« gegen »Bagdad, Damaskus oder Teheran, vielleicht auch [gegen] alle drei« »nicht lange auf sich warten lassen«. Diesmal werden die Juden den Gojim eine Lektion erteilen, die sie, verdammt noch mal, nicht so schnell vergessen werden. »Wenn wir sagen, ›Nie wieder!‹«, schwört Rosenbaum, »dann meinen wir damit auch: ›Und *wenn doch,* dann seid ihr diesmal mit dran.‹« (Hervorhebung im Original) Es entbehrt nicht einer gewissen Komik, daß der Herausgeber einer Anthologie, deren Autoren sich über paranoide Verschwörungstheorien und blutrünstige Rachegelüste der arabischen Welt lustig machen, in seinem eigenen Beitrag derart vor sich hinphantasiert.[21]

Ein am Massachusetts Institute of Technology (MIT) lehrender Experte für Software und Web-Anwendungen namens Philip Greenspun scheint zwar der Buchform eher abgeneigt zu sein – sein Beitrag für die Rosenbaum-Anthologie, einer der beiden längsten, speist sich fast ausschließlich aus Internetquellen, und von ihm selbst war zuvor offenbar auch noch nichts Gedrucktes über Israel zu lesen gewesen –, aber er kann es, wie er wohl weiß, durchaus mit den anderen Autoren aufnehmen, und so stellt er ohne falsche Scheu die folgende These auf: Die Gründung Israels war das Herzstück einer weltweiten Verschwörung zur Ermordung der Juden. Die Europäer hatten Israel ursprünglich »als Konzentrationslager für Juden« konzipiert. Doch »in der Geschichte sind die meisten Konzentrationslager für Juden irgendwann zu Vernichtungslagern geworden, und es steht außer Frage, daß es in der Welt keinen Mangel an Leuten gibt, die versuchen, diese Umwandlung zu

vollziehen«.[22] Für Paranoiker ist es symptomatisch, daß sie jedes Ereignis als neuerlichen Beweis für die Existenz irgendeiner großen Verschwörung ansehen. Wenn aber diejenigen, die von sich behaupten, Zionisten zu sein, nun schon die Gründung Israels als das Herzstück einer großen antisemitischen Verschwörung auslegen, fragt man sich, in was für eine merkwürdige Phase ihre Paranoia da getreten ist.

Die kalkulierte Hysterie bezüglich eines neuen Antisemitismus dient nicht allein dazu, berechtigte Kritik an Israel abzuwehren. Wie beim »Krieg gegen den Terrorismus« besteht der höhere Zweck dieser Kampagne darin, von einem in diesem Ausmaß noch nie dagewesenen Angriff auf das Völkerrecht abzulenken. Und darin liegt die größte Gefahr. Der Krieg gegen den Irak stellt in dieser Hinsicht einen entscheidenden Wendepunkt dar, denn hier wurde die prinzipielle Weigerung, sich an einem Angriffskrieg zu beteiligen – zweifellos eine der wichtigsten Lehren, die man aus dem Nationalsozialismus ziehen muß –, ausgerechnet mit Judenhaß gleichgesetzt. Während sich Israel und jüdische Mainstream-Organisationen über den US-Angriff hocherfreut zeigten, wurde die weltweite Protestbewegung gegen den »präventiven« Irakkrieg der Vereinigten Staaten beschuldigt, sie vertrete einen »Antisemitismus, von dem man dachte, daß er im Westen längst nicht mehr existierte«. Sogar prominente amerikanische Dichter, die die kriminelle Aggression ihres Landes und die israelische Besatzung verurteilten, mußten sich vorwerfen lassen, »mit einer Art von Antisemitismus, die schon beinahe an die 1930er Jahre erinnert«, zu spielen. Und als die Deutschen den Mut hatten, Washington die Gefolgschaft zu verweigern, nutzte der deutsche Zweig der Israel-Lobby in Gestalt von Paul Spiegel den Anlaß des Holocaust-Gedenktages, um Saddam explizit mit Hitler zu vergleichen und die deutsche Ablehnung des Irakkrieges zu verurteilen. Es gebe nun einmal »notwendige Kriege«, und diese zu un-

terstützen sei, wie Spiegel wenig später an anderer Stelle ausführte, dringend geboten.[23]

Der neue Antisemitismus dient des weiteren dazu, die Menschenrechte in ihren Grundfesten zu erschüttern. »Das große moralische Problem, das sich der Welt in der Dämmerung des neuen Jahrtausends stellt, ist«, nach Meinung von Alan Dershowitz, »die Frage, ob Israels Versuch, sich gegen den Terrorismus zu schützen, zu einer massiven weltweiten Zunahme des Antisemitismus führen wird«. Dabei spricht natürlich (von wenigen Ausnahmen abgesehen) niemand Israel das Recht ab, sich gegen Terrorismus zu verteidigen; die Kritik richtet sich gegen die schweren Menschenrechtsverletzungen, die Israel im Namen der Terrorismusbekämpfung begeht. Dershowitz bringt den »Antisemitismus« nicht nur deswegen ins Spiel, weil er von der Kritik an ebendiesen schweren Menschenrechtsverletzungen ablenken will; es geht ihm auch darum, die Verstöße zu *legalisieren.* Denn im Namen der Verteidigung Israels und – kaum zu glauben – der »Herrschaft des Rechts« tritt er für einen massiven Abbau der im Laufe der letzten hundert Jahre erzielten Fortschritte beim humanitären Völkerrecht und beim internationalen Menschenrechtsschutz ein. Dershowitz behauptet, daß »der internationale Menschenrechtsschutz und die Menschenrechtsrhetorik zu wirksamen Waffen geworden sind, die selektiv gegen Israel eingesetzt werden«. Die Folgerung, die er daraus zieht, lautet: »Es ist an der Zeit, daß die Vereinigten Staaten darauf bestehen, daß das internationale Kriegsrecht geändert wird«; sie sollten »an vorderster Front dafür kämpfen, daß ›archaische‹ internationale Gesetze und Konventionen revidiert werden«, vor allem »die Genfer Konvention«.

In einem schockierenden Vortrag auf einer Konferenz in Israel erklärte Dershowitz völkerrechtliche Vereinbarungen kurzerhand für nicht bindend: »Israelis sind verpflichtet, sich der in der israelischen Demokratie festgelegten Herrschaft des Rechts zu unterwerfen, so wie ich verpflichtet bin, mich der in

der amerikanischen Demokratie festgelegten Herrschaft des Rechts zu unterwerfen … Wie genau Israel es mit völkerrechtlichen Vereinbarungen nimmt, kann der Staat selbst entscheiden. Man kann sich daran halten oder man läßt es bleiben – das ist eine Frage der Taktik und keine Frage der moralischen Verpflichtung oder der demokratischen Theorie.« Konkret befürwortet Dershowitz zum Beispiel politische Liquidierungen: »Der Vorteil der gezielten Liquidierung … liegt in ebendieser Gezieltheit, die Kollateralschäden und Kollektivstrafen im allgemeinen ausschließt.« Kollektivstrafen, etwa die »automatische Zerstörung« palästinensischer Dörfer nach jedem Terroranschlag, kann Dershowitz ebenfalls nur wärmstens empfehlen: In seinen Augen »ist die Zerstörung von [Wohnhäusern][*] … durch und durch moralisch«; sie »gehört zu den moralischsten und abgewogensten Reaktionen auf den Terrorismus überhaupt«. Auch ist Dershowitz ausdrücklich ein großer Freund von Foltermaßnahmen. So schlägt er zum Beispiel vor, Verdächtigen eine »Nadel unter die Fingernägel zu schieben«, und erklärt: »Ich bin für den größtmöglichen Schmerz, … den schrecklichsten, intensivsten, am schnellsten wirksamen Schmerz.« Auch ethnische Säuberungen haben nach Meinung von Dershowitz einiges für sich: »Politische Lösungen erfordern oftmals die Umsiedlung von Menschen, und solche Bevölkerungsbewegungen sind nicht immer freiwillig … [Es ist] eine Frage fünften Ranges, in vielerlei Hinsicht analog zu irgendeiner großangelegten Stadtsanierung.« Wenn *Palästinenser* gegen das Völkerrecht verstoßen, schwingt sich Dershowitz indes gern zu dessen Beschützer auf. Daß Palästinenser israelische Zivilisten angreifen, ist, wie er betont, »niemals zu tolerieren … Es verstößt gegen die

---

[*] Änderung entsprechend dem amerikanischen Original (»home destruction is entirely moral«; Alan M. Dershowitz, *The Case for Israel,* Hoboken/New Jersey, 2003, S. 171); in der deutschen Ausgabe, *Plädoyer für Israel,* ist der Ausdruck an dieser Stelle mit »Zerstörung von Gebäuden« wiedergegeben; Anm. d. Ü.

Genfer Konventionen, es verstößt gegen internationales Kriegsrecht, es verstößt gegen sämtliche moralische Grundsätze.« Während es natürlich gegen rein gar nichts verstößt, wenn man anderen Leuten Nadeln unter die Fingernägel schiebt.[24]

Anderswo sieht es nicht viel besser aus. In Kanada gab der Vorsitzende des B'nai-Brith-Instituts für Internationale Angelegenheiten zwar zu, daß Israel gegenüber den Palästinensern zu Terrortaktiken greift, doch befand er diesen Terror für »akzeptabel«: »Terror gibt Staaten die Möglichkeit, Todesopfer zu vermeiden … Was im Gazastreifen und im Westjordanland stattfindet, könnte man durchaus als das Werk von in staatlichem Auftrag handelnden Terroristen bezeichnen. Wenn es aber doch dazu dient, Todesopfer zu vermeiden, wollen wir uns dann etwa hinstellen und sagen, das sei nicht in Ordnung?«[25] In Frankreich konnte unterdessen im Oktober 2004 ein vom Innenministerium in Auftrag gegebener, auf großes Medieninteresse stoßender Bericht mit einer bizarren neuen Kategorie aufwarten: dem »Stellvertreter-Antisemitismus« (»l'antisémitisme par procuration«). Bei »Stellvertreter-Antisemiten« handelt es sich um Subjekte, die zwar selbst keine antisemitische Handlung begangen haben und auch weder durch gezielte Manipulation noch durch offene Anstiftung ein anderes Individuum dazu getrieben haben, eine solche zu begehen, die aber »durch ihre Meinungen, ihre Worte oder manchmal auch nur durch bloßes Stillschweigen derartige Gewalt unterstützen«. Dieses »stummen« Antisemitismus machen sich, wie es in dem Bericht heißt, vor allem »radikale Antizionisten« schuldig: Leute, die »die Politik Sharons verurteilen«, eine Vorliebe für »jüdische Dissidenten« haben und der Auffassung sind, palästinensische Flüchtlinge hätten das »Recht«, in ihre Heimat zurückzukehren. Diese Argumentation wirft uns zurück in die finstersten Tage des Stalinismus, als diejenigen, die im Westen das Sowjetregime kritisierten, schon allein dadurch, *daß* sie es kritisierten, »objektiv« Beihilfe zum Fa-

schismus leisteten, und man mit ihnen entsprechend verfuhr. In einem wahrhaft beängstigenden Abschnitt empfiehlt der Bericht in Fällen, in denen Israel »Rassismus« oder »Apartheid« vorgeworfen wird oder entsprechende Vergleiche angestellt werden, das Mittel der *Kriminalisierung:* »In der Situation, in der wir uns gegenwärtig befinden, sind [derartige Vorwürfe und Vergleiche] folgenschwer und können, einer ansteckenden Krankheit gleich, rasch um sich greifen und das Leben unserer jüdischen Mitbürger gefährden. Es ist legitim, durch Gesetze dafür zu sorgen, daß die Leute [derartige Vorwürfe und Vergleiche] nicht leichtfertig in Umlauf bringen.« Abgesehen von der Empfehlung, »Stellvertreter-Antisemitismus« unter Strafe zu stellen, rät der Bericht zu mehr pädagogischer Aufklärung über den HOLOCAUST, bei der vor allem sein »singulärer, einzigartiger« Charakter und seine »universelle« Bedeutung betont werden sollen. Erst ist es die Einzigartigkeit und Universalität des theologischen Absolutismus; dann ist es die Einzigartigkeit und Universalität des Marxismus-Leninismus; und jetzt ist es die Einzigartigkeit und Universalität des HOLOCAUST. Die einzige Konstante ist eine totalitäre Gesinnung sowie die dazugehörige Stigmatisierung von Dissens als eine Krankheit, die durch den Staat zu bekämpfen sei.[26]

Cheslers Losung im Kampf gegen den neuen Antisemitismus lautet: »Wir müssen die großen Lügen bekämpfen.« Die »ständig wachsende Zahl naiver und falsch informierter Studenten« gelte es zu »unterrichten«. In ihrem Buch widmet sich Chesler denn auch hauptsächlich der Aufgabe, all die »großen Lügen« als solche zu entlarven. Zum Beispiel stellt sie klar, daß »der Anspruch der Juden auf das Land Israel« berechtigt ist, denn: »Während ihres Exils beteten die Juden dreimal täglich für Jerusalem und Israel und wandten sich dabei in seine Richtung.« Heißt das, Chesler würde den Anspruch auf ihr Haus einbüßen, falls es Amerikas Ureinwohnern, die sich nicht seit 2000, sondern erst seit 200 Jahren im Exil befinden, einfiele, ein

entsprechendes Ritual zu veranstalten? Als weiteren Beleg für den berechtigten »Anspruch der Juden auf das Land Israel« führt Chesler an: »Gott versprach das Land dem Stammvater Abraham und all den anderen jüdischen Stammvätern und -müttern.« Nur keine Skepsis – die Autorin hat diese These sogar mit einem Quellennachweis versehen. Chesler glaubt auch fest daran, daß »viele Palästinenser (sie selbst, ihre Eltern und auch ihre Großeltern) eigentlich in Jordanien, Ägypten, im Libanon und in Syrien geboren wurden« – auch wenn alle ernstzunehmenden Wissenschaftler diese These als zionistisches Märchen erkannt und verworfen haben.

Chesler klärt ihre Leser des weiteren darüber auf, daß die Hamas schon Terroranschläge verübte, bevor Israel im Jahr 1967 das Westjordanland und den Gazastreifen besetzte – auch wenn die Hamas erst in den späten 1980er Jahren gegründet wurde. Laut Chesler ist die israelische Armee »eine der zivilisiertesten auf der Welt« – auch wenn der frühere Chef der israelischen Geheimpolizei, Avraham Shalom, das israelische Vorgehen in den besetzten Gebieten öffentlich mit den Worten beklagte: »Es ist eine Schande, wie wir uns aufführen. Ja, das ist das einzig passende Wort dafür: eine Schande.« Um zu zeigen, *wie* zivilisiert die israelische Armee ist, schreibt Chesler weiter: »Israelische Soldaten zielen nicht auf palästinensische Frauen und Kinder«, und darum »bestand die Mehrheit der Palästinenser, die in den letzten drei Jahren ums Leben gekommen sind, aus bewaffneten (männlichen) Soldaten und (männlichen) Selbstmordattentätern.« Angesehene Menschenrechtsorganisationen haben jedoch umfangreich belegt, daß israelische Soldaten routinemäßig und ungestraft mit »übermäßiger«, »unverhältnismäßiger«, »willkürlicher« und »rücksichtsloser« Gewalt gegen Palästinenser vorgehen, die keinerlei Gefahr darstellen; daß die Armee auch diese Palästinenser »gezielt unter Beschuß« nimmt; daß bei derartigen militärischen Aktionen schon »viele Menschen … getötet wurden«;

daß unter den Toten »ein hoher Anteil an Kindern« war; und schließlich daß es sich bei der »überwiegenden Mehrheit« der während der zweiten Intifada getöteten Palästinenser um »unbewaffnete Zivilisten und Unbeteiligte« handelte.

Was die »Operation Schutzschild« betrifft, die im Frühjahr 2002 durchgeführt wurde und deren Höhepunkt die Belagerung des Flüchtlingslagers Jenin war, schreibt Chesler, israelische Soldaten hätten weder Krankenwagen noch medizinisches Personal angegriffen, noch hätten sie sich an palästinensischem Eigentum vergriffen; außerdem seien es palästinensische Terroristen (und nicht Israelis) gewesen, die palästinensische Zivilisten als menschliche Schutzschilde mißbraucht hätten; und es hätte auch kein israelischer Panzer absichtlich einen palästinensischen Rollstuhlfahrer überfahren. Angesehene Menschenrechtsorganisationen sind sich jedoch bezüglich all dieser Punkte einig, daß genau das Gegenteil zutrifft. Chesler besteht auch darauf, daß Israel »kein Land [ist], in dem … Apartheid herrscht« – auch wenn der Apartheidvergleich im politischen Diskurs in Israel ein Gemeinplatz ist und Chesler sogar selbst eine »hervorragende Kollegin« aus Israel mit den Worten zitiert: »Wir werden langsam zu einem neuen Südafrika.« »Das Neue am neuen Antisemitismus ist«, laut Chesler, »daß er zum ersten Mal im Namen des Antirassismus, Antiimperialismus und Antikolonialismus ausgeübt wird« – auch wenn sie im gleichen Atemzug die UN-Resolution verurteilt, die den Zionismus bereits *vor drei Jahrzehnten* mit »Rassismus«, »imperialistischer Ideologie« und »Apartheid« gleichsetzte. Und was Noam Chomsky sagt, kann ja wohl auch nicht stimmen, meint Chesler, denn die von ihm angeführten Zitate aus israelischen Quellen »klingen für mich wie nicht richtig wiedergegeben oder aus dem Zusammenhang gerissen«. Soweit Cheslers Lügenbekämpfung.[27]

Neben Chesler haben sich auch andere Autoren darangemacht, in Abhandlungen zum neuen Antisemitismus all die

»großen Lügen« über Israel aus der Welt zu schaffen. In einer Titelgeschichte für die Zeitschrift *New York* verwirft Craig Horowitz die Sprache, die im Hinblick auf die israelische Politik Verwendung findet: In seinen Augen wird mit Ausdrücken wie »Apartheid« die Wirklichkeit »grotesk verzerrt«. Auch das »empörende Verhalten der Vereinten Nationen, die in Feindseligkeit gegenüber Israel schwelgen«, bringt ihn in Rage. Als Beispiel führt er an, daß die Vereinten Nationen vor kurzem Israel verurteilt haben, nur weil es »einen Zaun errichtet, um die Selbstmordattentäter draußen zu halten« – auch wenn Israel sich mit dem Zaun am Ende nicht weniger als die Hälfte des Westjordanlandes einverleiben könnte. Als der an der Columbia University lehrende Journalismusprofessor Samuel G. Freedman bei Salon.com über den Mord an Daniel Pearl nachsann, erwähnte er, daß diejenigen, die Pearl gefangennahmen, dem »Dogma« verfallen seien, nach dem die Vereinigten Staaten Israel »uneingeschränkte Unterstützung« gewährten. (Woher diese Typen ihre abstrusen Ideen nehmen, ist einem wirklich schleierhaft.) Von Israelis getötete palästinensische Kinder bezeichnete Freedman unterdessen als »angebliche« Opfer.

In der Zeitschrift *The New Republic* beklagt der HOLOCAUST-Historiker Omer Bartov »gehässige Kommentare«, in denen »die israelische Operation in Jenin« als »Kriegsverbrechen« dargestellt wird – auch wenn Amnesty International und Human Rights Watch diese Wortwahl in bezug auf diese Operation ebenfalls für angebracht halten. Außerdem beklagt er »Kommentare«, in denen behauptet wird, »Zionismus bedeutet ethnische Säuberung« – auch wenn führende israelische Historiker diese Wortwahl in bezug auf das Jahr 1948 ebenfalls für angebracht halten. Tom Gross, ein vielgepriesener britischer Beobachter antisemitischer Tendenzen in den Medien, hat für »Geschichten«, nach denen Israel in Jenin Kriegsverbrechen verübte, ebenfalls nur Spott übrig. Er gibt vor, die Menschen-

rechtsberichte über Jenin gelesen zu haben und seine Medienkritik auf sie zu gründen, behauptet aber, daß nur »ein kleiner Teil des Lagers« von der israelischen Zerstörung betroffen war – auch wenn sowohl Amnesty als auch Human Rights Watch dokumentiert haben, daß 4000 Menschen, also mehr als ein Viertel derer, die im Flüchtlingslager Jenin untergebracht waren, durch die israelische Zerstörung obdachlos wurden und daß diese Zerstörung größtenteils erst stattfand, als die bewaffneten Auseinandersetzungen bereits beendet waren.

David Zangen, ein israelischer Militärarzt, der in Jenin im Einsatz war, ergeht sich in Lobpreisungen über die »tüchtigen und moralisch verantwortlich handelnden Streitkräfte, die die Operation in Jenin durchführten«, sowie über »unsere Kampfethik«. In seiner Schilderung des Geschehens, die Ron Rosenbaum so »überaus faszinierend« fand, gab Zangen auch zu Protokoll, daß »niemandem zu irgendeinem Zeitpunkt ärztliche Hilfe verwehrt wurde« – auch wenn sowohl Amnesty als auch Human Rights Watch mehr als genug Beweise dafür geliefert haben, daß die Menschen im Flüchtlingslager mehr als zehn Tage lang auf medizinische und humanitäre Hilfe warten mußten, weil Israel die Helfer nicht hineinließ. Der Chefredakteur der *New Republic,* Martin Peretz (er hatte zuvor die Ansicht vertreten, Joan Peters' Meisterwerk sei geeignet, »die Ideen einer ganzen Generation … und die Geschichte der Zukunft zu verändern«), ereiferte sich über »hysterische Lügen, die von Haß auf Israel zeugen«. Als Beispiel für eine solche Lüge nannte er den Vorwurf, daß Israelis »in Jenin aus Jux und Tollerei Häuser zerstörten«. Ein israelischer Bulldozerfahrer stellte seinen Einsatz in Jenin gegenüber einer israelischen Zeitung allerdings folgendermaßen dar: »Ich wollte am liebsten alles zerstören. Ich hab die Offiziere angefleht,… damit sie mir erlauben, alles restlos kaputtzumachen … Drei Tage lang hab ich nur gewütet und soviel zerstört, wie ich nur konnte … Über jedes einzelne einstürzende Haus hab ich mich gefreut … Wenn mir et-

was leid tut, dann höchstens, daß ich nicht das ganze Flüchtlingslager plattgewalzt hab … Der Job hat mir 'ne Menge Befriedigung verschafft. Hat echt Spaß gemacht.« (Die israelische Armee ehrte den Bulldozerfahrer nach der Veröffentlichung dieses Artikels für seine herausragenden Verdienste.)

Schoenfeld nennt Ausführungen eines Hizbollahführers »antisemitisch«, weil dieser bei seiner Schilderung des arabisch-israelischen Krieges von 1948 davon gesprochen hatte, daß Israelis »Massaker [begingen], … Häuser zerstörten, ganze Dörfer vernichteten und ihren eigenen Staat auf Land errichteten, das sie durch Gemetzel, Terrorismus, Gewalt und Grausamkeit an sich gerissen hatten« – auch wenn sich diese Schilderung genau mit dem deckt, was israelische Historiker wie Benny Morris dokumentiert haben. Cynthia Ozick prangert die ihrer Meinung nach schon an Hitlers Antisemitismus erinnernde »große Lüge« an, nach der Israel »das Völkerrecht verletzt«; und wenn jemand davon redet, daß Israel die besetzten Gebiete kolonisiert und die Palästinenser schikaniert, dann ist das für Ozick ebenfalls »reine Einbildung«. Wie manche Leute es schaffen, die Realität vollkommen auszublenden, ist schon bewundernswert.

In einer Titelgeschichte für den *U.S. News & World Report* räumt Medienmogul Mortimer Zuckerman mit den Unwahrheilen über die Geschichte Israels gründlich auf. Er verurteilt es, daß Israel »ethnische Säuberung und Apartheid« vorgeworfen werden, und wärmt noch einmal die guten alten zionistischen Mythen auf, zum Beispiel diese: »Als die Juden in Palästina ankamen, war es nur ein spärlich besiedeltes, kaum landwirtschaftlich genutztes, schrecklich vernachlässigtes Land voller Sandwüsten und Malariasümpfe.« Was den Krieg von 1948 betrifft, so »deutet nichts daraufhin, daß die Palästinenser nicht freiwillig das Feld räumten«, und außerdem »waren diejenigen, die die Flucht ergriffen, von anderen Arabern dazu gedrängt worden«. Was Jenin betrifft, so stellt Zuckerman klar, daß

»Medienberichte und sogar palästinensische Zeugenaussagen beziehungsweise schriftliche Quellen … belegen, daß Gruppen wie die Fatah, die Hamas und der islamische Jihad Frauen und Kinder während der Kämpfe als menschliche Schutzschilde mißbrauchten« und daß »die Israelis in der Schlacht große Zurückhaltung übten«, und so weiter und so fort.[28]

Wenn es beim Kampf gegen den neuen Antisemitismus darum geht, die »großen Lügen« über Israel aufzudecken, so gehört dazu auch, die Mainstream-Medien bloßzustellen, die diese Lügen angeblich kolportieren. In der schon erwähnten, von der EUMC in Auftrag gegebenen, von Bergmann und Wetzel verfaßten Studie (*Manifestations*) wird wiederholt behauptet, daß die europäische Nahostberichterstattung einen antisemitischen Unterton habe. So heißt es zum Beispiel von »linksliberalen Blättern« wie den britischen Zeitungen *Guardian* und *Independent,* die dort erscheinenden Beiträge seien »mit einer Feindseligkeit verfaßt, ›die schon nach Antisemitismus riecht‹«. Eine solche antisemitische Einstellung mache sich beispielsweise in Berichten bemerkbar, nach denen »das palästinensische Volk angeblich von einem sogenannten imperialistischen Staat unterdrückt wird«. So etwas sei ganz typisch für die antisemitische »Parteinahme« der »linksorientierten Medien«. Sparen wir uns an dieser Stelle einen Kommentar zu dem Wörtchen »angeblich«; aber wie oft wird Israel von liberalen europäischen Medien als »imperialistisch« bezeichnet? Daß die deutsche »Qualitätspresse« antisemitisch gefärbt ist, kann man, wie die Studie erklärt, schon allein daran erkennen, daß »die Gewalt und die Konflikte bei der Berichterstattung stark im Vordergrund stehen«.

Um wissenschaftlich zu belegen, daß die ganze europäische Berichterstattung antisemitisch gefärbt ist, wartet die Studie mit Umfrageergebnissen auf, die zeigen, daß »diejenigen Europäer, die die Nahostberichterstattung am genauesten verfolgten, am ehesten dazu neigten, Verständnis für die palästi-

nensische Sache aufzubringen«. Die Schlußfolgerung, daß diese Leute womöglich deswegen mehr Verständnis aufbringen, weil sie besser informiert sind, schied offenbar von vornherein als zu albern – und antisemitisch – aus. Selbst wenn die Berichterstattung dem Inhalt nach nicht antisemitisch ist, hat doch der »eindringliche und beständige Fokus auf die gewaltsamen Auseinandersetzungen … eindeutig Auswirkungen auf das Meinungsklima«. Weil also die Wirklichkeit des israelisch-palästinensischen Konflikts Feindseligkeit gegenüber Israel hervorruft, ist es »objektiv« antisemitisch, diesem Konflikt allzuviel Aufmerksamkeit zu schenken, selbst wenn die Berichterstattung an sich nicht zu beanstanden ist.[29] Wie schon oben angemerkt ist der Vorwurf, die westlichen Medien würden sich bei ihrer Berichterstattung die palästinensische Sicht der Dinge zu eigen machen und die israelische vernachlässigen, völlig aus der Luft gegriffen.

Die Kritik an den Printmedien geht für diejenigen, die sich dem Kampf gegen den neuen Antisemitismus verschrieben haben, mit Kritik am Internet einher. Das World Wide Web bereitet ihnen verständlicherweise Sorgen, wird es doch (noch) nicht von denen kontrolliert, die für eine wirklich verantwortungsvolle, ausgewogene Nahostberichterstattung sorgen könnten – Leute vom Format eines Izzy Asper, Silvio Berlusconi, Conrad Black, Rupert Murdoch oder Mortimer Zuckerman. Bergmann und Wetzel haben die Lehren aus dem Totalitarismus zutiefst verinnerlicht und wissen das hohe Gut der freien Meinungsäußerung zu schätzen. Daher ihr Rat, daß »private und staatliche Organisationen dauerhaft Druck auf große Internetanbieter ausüben sollten, damit sie rassistische und antisemitische Inhalte aus dem Netz nehmen«. Die beiden Autoren machen darauf aufmerksam, daß »es unabdingbar ist, die Rechtsprechung der europäischen Gerichte dahingehend zu erweitern, daß sie im Detail regelt, inwieweit Internetanbieter für den Inhalt ihrer Seiten verantwortlich zu machen sind«.

Außerdem ist, so Bergmann und Wetzel, »eine besonders intensive, in erster Linie durch staatliche Behörden zu leistende Beobachtung erforderlich«. Die Autoren schlagen vor, »mit Fällen, die polizeilich verfolgt werden, sowie mit Informationen der staatlichen Sicherheitsbehörden« an die Öffentlichkeit zu gehen. Wenn die Autoren schon der Ansicht sind, daß jeder Internetnutzer, der nach ihrer Definition ein »Antisemit« ist, strafrechtlich verfolgt werden müßte, sollten sie dann nicht auch den Bau von Internierungslagern vorschlagen?[30]

Ein weiteres wichtiges Mittel im Kampf gegen den neuen Antisemitismus stellt, laut *Manifestations,* die »Förderung von Maßnahmen im erzieherischen Bereich sowie die Förderung der Erinnerungsarbeit und der Erforschung des Holocaust« dar. Es gelte, »die Lehren der Vergangenheit auf heutige Probleme anzuwenden, die mit Vorurteilen, Rassismus und moralischer Entscheidungsfindung zu tun haben«. Dabei ist allerdings eine ganz wesentliche Einschränkung zu berücksichtigen: Man darf aus der Massenvernichtung der Juden durch die Nazis keine Lehren ziehen, die man dann auf die *israelische* Situation bezieht. Denn »wenn das israelische Vorgehen mit dem Verhalten des Naziregimes verglichen wird oder wenn jemand Anspielungen in dieser Richtung macht, so ist dies als Ausdruck einer antisemitischen Geisteshaltung zu werten«. Soll das heißen, daß diejenigen israelischen Juden, die das israelische Vorgehen mit dem des Naziregimes vergleichen oder Anspielungen in dieser Richtung machen, Antisemiten sind? Schweden fängt sich von den Autoren einen Klaps ein, weil »die israelische Politik [dort] bei mehreren Gelegenheiten mit der Politik der Nazis verglichen wurde«. In Deutschland hätten »führende Vertreter der jüdischen Gemeinden immer wieder ihre Ansicht bekundet«, daß »es inakzeptabel und ungerechtfertigt ist, Anspielungen auf das Naziregime zu machen oder diesbezüglich Vergleiche anzustellen«. Wenn aber führende deutsch-jüdische Persönlichkeiten Saddam (oder andere

Machthaber, die gerade auf der amerikanisch-israelischen »Abschußliste« stehen) mit Hitler und diejenigen, die gegen die kriminelle Aggression der Vereinigten Staaten protestieren, mit jenen vergleichen, die einst die Nazis gewähren ließen, dann ist das nicht nur akzeptabel und berechtigt, sondern das denkbar beste Beispiel dafür, wie man das im HOLOCAUST-Unterricht Gelernte in die Praxis umsetzt. Und selbstverständlich ist es auch akzeptabel und berechtigt – um nicht zu sagen: *de rigueur* –, die Palästinenser und ihre Führung mit Nazis zu vergleichen.

Schoenfeld rät zwar eindringlich: »Mit Vergleichen muß man vorsichtig sein.« Das hindert ihn aber nicht daran, erstens zu erklären, daß »die Ähnlichkeiten zwischen dem Nationalsozialismus und dem gegenwärtigen Antisemitismus arabisch-muslimischer Prägung verblüffend« sind; zweitens zu erklären, daß das Schicksal, das die Israelis durch die Palästinenser erleiden, dem jüdischen Schicksal in »Auschwitz« gleicht; und drittens noch eins obendrauf zu setzen und zu erklären, daß die Palästinenser moralisch sogar *noch verkommener* sind als die Nazis: »Wenn es zwischen den Nazis und den Palästinensern (von der Effizienz abgesehen) einen Unterschied gibt, dann besteht er allenfalls darin, daß erstere ihre mörderischen Absichten als streng geheim betrachteten«, während »die Palästinenser ihre mörderischen Absichten in die Welt hinausposaunen«. Außerdem hat es laut Schoenfeld einen antisemitischen Beigeschmack, daß der »Holocaust … verstärkt in seiner universellen Dimension betrachtet wird« und daß »sich heute die unterschiedlichsten Bewegungen jeweils in ihrem Sinne auf ihn berufen«. Soviel zum erwünschten Lernen aus dem HOLOCAUST. Noch perverser sind in Schoenfelds Augen diejenigen, die »den Rassismusbegriff in einer Weise verdrehen, daß der Eindruck entsteht, Juden, die einst Opfer von Rassismus waren, seien nun selbst zu Rassisten geworden und verdienten es deshalb, Schelte aus aller Welt zu beziehen«. Die einzig wahre

Lehre aus dem HOLOCAUST besteht für Schoenfeld in der Anerkennung der Tatsache, daß es sich dabei um eine »spezifisch jüdische Tragödie« gehandelt habe.[31] Solche Einschränkungen machen vor allem eines deutlich: Die »Aufklärung« über den HOLOCAUST und der dazugehörige Leitspruch »Nie wieder!« werden als ideologische Waffe mißbraucht, um jüdische Interessen durchzusetzen.

Der an der Hebräischen Universität in Jerusalem lehrende Robert Wistrich sieht in der gemeinsamen Verachtung westlicher Freiheiten nicht nur eine »klare Verbindungslinie« zwischen Hitler und islamischen Fundamentalisten, sondern auch zwischen diesen naziähnlichen Fundamentalisten und »linken Globalisierungskritikern«. Auch »Yasir Arafat, die Al-Aqsa-Brigaden der Fatah« sowie »Millionen von sunnitischen und schiitischen Muslimen, konservative wahhabitische Saudis, iranische Ayatollahs, Al-Qaida, die Hizbollah, die Hamas, die Muslimbruderschaft, der islamische Jihad und viele säkulare arabische Nationalisten« seien, »ungeachtet der vielen Unterschiede, die es zwischen diesen Gruppen gibt«, in ihrem Haß auf Juden und Israel vereint und »lassen viele Parallelen zum Nationalsozialismus erkennen«. Wistrichs Fazit lautet: Damit im Nahen Osten Frieden einkehrt »und ein echter ›Dialog der Kulturen‹« stattfinden kann, muß den heutigen Nazis, so wie damals Hitler, eine »umfassende und entscheidende Niederlage« beigebracht werden.

Die an der Harvard University lehrende Ruth Wisse stößt ins gleiche Horn wie Schoenfeld und Wistrich: Verglichen mit dem Antisemitismus der Nazis »ist die arabische Spielart schlimmer«. Die Deutschen hätten ihren Völkermord »im Rahmen eines größeren europäischen Konflikts« durchgeführt, um ihn geheimzuhalten, während die »arabischen Nationen einschließlich der PLO« ihre zerstörerische Politik »explizit zum Herzstück ihres politischen Auftrags gemacht« hätten, ja sie prahlten sogar mit ihren mörderischen Absichten. Wisse warnt,

»der Westen hat teuer dafür bezahlt, daß er Hitlers Krieg gegen die Juden ignoriert hat«. »Man kann nur hoffen, daß er nicht genauso teuer dafür bezahlen wird, daß er den Krieg der Araber gegen Israel und die Juden so lange ignoriert oder unterschätzt hat.«

Es sei daran erinnert, daß man diesen Leuten, die so sorgsam über die HOLOCAUST-Erinnerung wachen, normalerweise nach jedem Nazivergleich Riechsalz reichen muß, damit sie wieder zu sich kommen: Man könne und dürfe die Verbrechen des Nationalsozialismus mit *nichts* vergleichen, heißt es immer. Das gilt allerdings nicht, wenn sich der Vergleich gegen Israels ideologische Widersacher richtet beziehungsweise gegen diejenigen, die die israelische Politik kritisieren. (Womit gegenwärtig ein Großteil der Weltbevölkerung von dem Vergleichsverbot ausgenommen wäre.) Wenn aber Palästinenser mit Nazis gleichgesetzt werden, besteht die Gefahr, daß letztere damit eine Aufwertung erfahren. Indem sie Palästinenser als Nazis bezeichnen, liefern diese selbsternannten HOLOCAUST-Experten vielleicht noch keine Rechtfertigung für die »Endlösung«, aber sie riskieren zumindest, daß der Judenhaß der Nazis rationalisiert wird.

Wenn das *israelische* Vorgehen hingegen mit dem Verhalten des Naziregimes verglichen wird oder Anspielungen in dieser Richtung gemacht werden, ist das Tabu in der Tat absolut und gilt, das sei an dieser Stelle noch einmal betont, auch für die leiseste Andeutung von Parallelen. Der führende HOLOCAUST-Experte Frankreichs, Alain Finkielkraut, empfindet es als Zumutung, wenn bei der Schilderung des Vorgehens der israelischen Armee Worte wie »Massenverhaftungen«, »Internieiiingslager« und »Wachttürme« fallen. Er verurteilt den Gebrauch derartiger Begriffe, weil sie »einen Vergleich mit dem Nationalsozialismus beinhalten«. Sollen wir also statt dessen sagen, »nach einer frühmorgendlichen Zusammenkunft wies Israel Dutzenden von palästinensischen Männern einen neuen

temporären Aufenthaltsort auf einem großen Platz zu, der von hochaufragenden, mit Scheinwerfern ausgestatteten Objekten umgeben war«?[32]

Wer den neuen Antisemitismus bekämpfen will, muß natürlich vor allem Israel unterstützen. Für das Kapitel, das den Höhepunkt ihres Buches markiert, wählte Chesler die Überschrift »Was wir tun müssen«. Ihre Mahnung lautet: »Jeder Jude muß einen Weg finden, um Israel zu unterstützen.« Bergmann und Wetzel haben in *Manifestations* einige nachahmenswerte Beispiele der Antisemitismusbekämpfung dokumentiert. Unter der Überschrift »Hilfreiche Maßnahmen, um Vorurteile, Gewalt und Aggression abzubauen« finden wir, nach Ländern geordnet, unter anderem die folgenden Beispiele: *Griechenland:* »Es gab … eine hervorragende Abhandlung über den Zionismus, in der … Journalisten … die Sehnsucht nach nationaler Identität und einem eigenen Staat herausarbeiteten«; *Spanien:* »Die evangelische Kirche und das Institut für Jüdisch-Christliche Studien in Madrid organisierten gemeinsam mit den jüdischen Gemeinden Madrids und Barcelonas eine Demonstration zur Unterstützung Israels«; *Italien:* »Es wurden … spezielle Internetseiten eingerichtet, mit denen die Flut von Mißverständnissen eingedämmt und ein Ort für Antworten auf antiisraelische Medienschelte geschaffen werden soll«; *Finnland:* »Es gab ein paar Vorträge von Israelis, die über die Situation in Israel sprachen. Es gab auch eine pro-israelische Demonstration.«[33]

Durch Vorkommnisse der letzten Zeit wurde noch einmal sehr deutlich, wie wenig der neue Antisemitismus mit Antisemitismus und wieviel er mit Israel zu tun hat. Auch trat offen zutage, wie der neue Antisemitismus dazu benutzt wird, eine offene Allianz zwischen dem Staat Israel und seinen Unterstützern am rechten Rand zu schmieden. Kurz nachdem der italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi Mussolinis faschistisches Regime – das antisemitische Rassengesetze erließ und in seiner Endphase Tausende von Juden in die Nazi-Konzentra-

tionslager und somit in den Tod schickte – öffentlich reingewaschen hatte*, hielt es die ADL für angebracht, ihm ihre Auszeichnung für herausragende Staatsmänner (»Distinguished Statesman Award«) zu verleihen. Foxman erklärte, warum seine ADL Berlusconi diese Ehre angedeihen ließ: »Dieser Mann ist [in Europa] der einzige, der klar seine Stimme erhebt, wenn es darum geht, Unterstützung und Verständnis für Israel zu bekunden.« Und: Berlusconi »hat laut gesagt, daß Antizionismus Antisemitismus ist«.

Drei jüdische Wirtschaftsnobelpreisträger, die offenbar nicht begriffen, daß ein Blankoscheck für israelische Verbrechen von höherem moralischem Wert ist als alles andere, protestierten öffentlich: Nach Ansicht von Franco Modigliani, Paul A. Samuelson und Robert M. Solow war die Ehrung Berlusconis durch die ADL »schlecht für die Juden, schlecht für Italien, schlecht für die Vereinigten Staaten und sogar schlecht für Israel«.[34] Kurz danach bereiteten israelische Regierungsvertreter dem Führer der italienischen Neofaschisten von der Nationalen Allianz, Gianfranco Fini, einen »pompösen und feierlichen« Empfang. Fini, der Mussolini schon mal als »größten Politiker des 20. Jahrhunderts« bezeichnet hat, hatte die Einladung laut israelischen Quellen deswegen erhalten, weil »Jerusalem Finis unerschütterliche Unterstützung für die Politik Sharons begrüßt«, und weil die israelische Regierung ganz besonders davon angetan war, daß Fini »sich in seiner Rede bei einem Treffen der B'nai Brith [der Dachorganisation der ADL] in Mailand für den Trennzaun ausgesprochen hat«. Yossi Sarid von der israelischen Meretz-Partei beeindruckte das nicht – für ihn blieb Fini ein »fieser Faschist« –, und der ehemalige israelische Justizminister Yossi Beilin nannte Finis Besuch eine »Schande für Israel«.[35]

---

* Siehe zum Beispiel »Berlusconi: Mussolini war ›gutartig‹«, *www.tagesschau.de*, 12. September 2003; Anm. d. Ü.

Nach Schoenfelds Schilderung zu urteilen ist der »rechte Rand« in Europa weit davon entfernt, eine tödliche Gefahr für Juden darzustellen. Vielmehr fänden sich genau dort wichtige potentielle Verbündete: »Vor allem [Jörg] Haider bemüht sich zu betonen, wieviel ihm an einer Freundschaft zwischen Österreich und dem Staat Israel liegt. Er hat auch schon das Holocaust-Museum in Washington besucht. Und [Jean-Marie] Le Pen hat den französischen Juden vorgeschlagen, sich mit ihm gemeinsam darum zu kümmern, daß die durch arabische Einwanderer ausgelösten Unruhen eingedämmt werden.« Es fällt auf, daß viele derjenigen Juden, die im Hinblick auf den neuen Antisemitismus Alarm schlagen, auch im Hinblick auf die wachsende arabische Präsenz in Europa Alarm schlagen.[36] Beim kalifornischen Gouverneur Arnold Schwarzenegger kam ein weiteres Motiv hinzu. Zwar gab es Zeiten, da hat Schwarzenegger Adolf Hitler und auch den ehemaligen österreichischen Präsidenten Kurt Waldheim gepriesen, doch im Wahlkampf um den Gouverneursposten erwies sich die Hauptfiliale der Israel-Lobby an der Westküste – das Simon-Wiesenthal-Zentrum – als Schwarzeneggers »standhaftester Verteidiger«. Schwarzenegger hatte Israel zuvor in den höchsten Tönen gelobt und zusätzlich – man kann ja nicht vorsichtig genug sein – auch noch eine Art Ablaßbrief erstanden: Wie aus höheren Kreisen der in Los Angeles ansässigen Institution verlautete, »ist Schwarzenegger für das Wiesenthal-Zentrum der freigebigste Spender in ganz Hollywood«. Kurz nachdem Schwarzenegger sein Amt angetreten hatte, verkündete er, daß er nach Israel reisen werde, um der Grundsteinlegung des neuen 200 Millionen Dollar teuren Museums beizuwohnen, das das Wiesenthal-Zentrum in Jerusalem errichte. Der Chef des Wiesenthal-Zentrums in Los Angeles, Rabbi Marvin Hier, würdigte Schwarzeneggers bevorstehende Reise als »einen Ausdruck der Solidarität mit dem Staat Israel«. Da hat er aber wohl etwas mißverstanden. Es dürfte eher ein Ausdruck der

Tatsache gewesen sein, daß Schwarzenegger eine zweite Amtszeit anstrebt.[37]

So wie Israel davon profitiert, daß die Vereinigten Staaten den »Krieg gegen den Terror« ausgerufen haben, so profitieren umgekehrt auch die Vereinigten Staaten vom »neuen Antisemitismus«, beeilen sich doch die glühenden Verteidiger Israels, die Kritiker der amerikanischen Politik als »Antisemiten« abzustempeln. Und so wie die Regierung Clinton den Schwindel mit der HOLOCAUST-Wiedergutmachung unterstützte, um an jüdisches Geld und jüdische Wählerstimmen zu gelangen, so unterstützt auch die Regierung Bush, zweifellos aus dem gleichen Kalkül heraus, den Schwindel mit dem neuen Antisemitismus. In einer gemeinsamen Anstrengung sorgten die Bush-Regierung, Israel und die Israel-Lobby dafür, daß das Thema »neuer Antisemitismus« auf die internationale Tagesordnung gesetzt wurde.

Im April 2004 wurde die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) genötigt, in Berlin eine Konferenz abzuhalten, die sich mit dem neuen Antisemitismus beschäftigen sollte. US-Außenminister Colin Powell reiste als Vertreter der amerikanischen Regierung an, und mit ihm zusammen kam, in einer Maschine der amerikanischen Luftwaffe, Elie Wiesel angeflogen. In Berlin sprach Wiesel, ungeachtet seiner ansonsten wie gewohnt inhaltsleeren Moralpredigt, sehr deutlich aus, worum es bei dieser Zusammenkunft eigentlich ging. Den beinahe eintausend Zuhörern erklärte er: »Es gibt zu viele Städte auf der Welt, die von verbalem und gewalttätigem Haß gegen das jüdische Volk heimgesucht werden … Auf Transparenten der radikalen Linken wird Israel ganz ungeniert verleumdet … Massenhaft wird, getarnt als antiisraelische Propaganda, zu hysterischer Gewalt aufgerufen … Jedem, der seine Solidarität mit israelischen Terroropfern bekundet, wird ganz unverschämt eine anti-arabische Gesinnung unterstellt.« Auf der OSZE-Konferenz erklärte Wiesel auch, warum er über

die Rechte der Palästinenser kein Wort verlor: »Ich kann mich nicht mit Leuten zusammentun, die ihre Kinder dazu erziehen, sich Sprengstoff umzuschnallen und zu töten« – als ob Wiesel, der nichts lieber tut, als israelische Völkerrechtsverstöße zu verteidigen, für die Rechte der Palästinenser eingetreten wäre, *bevor* es zu den ersten Selbstmordattentaten kam.[38]

Im Juni 2004 gastierte der Neue-Antisemitismus-Zirkus bei den Vereinten Nationen, und den unvermeidlichen Elie Wiesel zog es erneut in die Manege. Er zeigte sich arg verwundert. Eigentlich sei er »überzeugt« gewesen, »daß der Antisemitismus in Auschwitz gestorben« sei, doch jetzt müsse er, Wiesel, feststellen, daß der Judenhaß »60 Jahre nach der schlimmsten Katastrophe der Menschheit« wieder zunehme. In seiner OSZE-Rede beklagte Wiesel diesen Umstand ebenfalls: Nach dem Krieg sei er so »naiv gewesen anzunehmen, daß man über Jahre hinaus jeden Juden und jede Jüdin auf Händen tragen und in die Arme schließen werde, wo immer man ihnen in Europa begegnen werde«. »Hätte mir damals irgendein Schwarzseher gesagt, daß ich es noch erleben werde«, daß Juden erneut angegriffen würden, »ich hätte es nicht geglaubt. Aber jetzt ist es Realität geworden.« Der arme Elie ist schokkiert, daß es nun, urplötzlich, nach 60 Jahren Ruhe, wieder Antisemitismus gibt. Hier noch einmal Wiesel: »Hätte uns damals bei unserer Befreiung jemand gesagt, daß wir zu unseren Lebzeiten noch einmal gegen den Antisemitismus würden ankämpfen müssen, … wir hätten nicht einmal die Kraft aufgebracht, um unsere Augen von den Ruinen abzuwenden.« Und noch einmal: »Was ist am Antisemitismus bloß so anziehend, daß unser Volk erneut dieser Krankheit der Menschheit ausgesetzt werden muß? Der Antisemitismus ist zu unseren Lebzeiten erneut zur Bedrohung geworden. In aller Welt wird nun wieder mit vereinten Kräften versucht, die Juden auszugrenzen. Israel war nie so allein wie heute. Und man kann den Staat Israel nicht von dem Volk Israels trennen … Deswegen bereitet

uns Juden der neue Antisemitismus in Europa und in den USA große Sorge.«

Mit Wiesels gegenwärtigem Schock gibt es nur ein kleines Problem – die beiden eben zitierten Monologe stammen von Wiesel-Auftritten aus dem Jahr *1981.* Der Titel der Rede, der das zweite Zitat entnommen ist (gehalten im April 1981), lautete »Der neue Antisemitismus«. In seiner Rede vor den Vereinten Nationen sagte Wiesel, der Antisemitismus sei »die älteste Form kollektiven Fanatismus' in der Geschichte der Menschheit«, noch dazu eine Form, die alle anderen Formen von Fanatismus auf einzigartige Weise in sich vereinige. Alles an den Juden ist einzigartig: der Antisemitismus, der HOLOCAUST, Israel, die jüdische Nation, das jüdische Volk … Der Chauvinismus hinter dieser behaupteten Einzigartigkeit wäre schon für sich genommen schwer zu ertragen. Hinzu kommt aber noch, daß diese erkenntnistheoretisch wertlose Einzigartigkeitsdoktrin eine wichtige ideologische Funktion erfüllt: Sie erlaubt es Israel, eine moralische Vorzugsbehandlung einzufordern. Wenn das jüdische Leid einzigartig war, braucht sich Israel nicht an den gängigen moralischen Maßstäben messen zu lassen.[39]

UN-Generalsekretär Kofi Annan war offenbar nicht entgangen, daß sich ihm hier die günstige Gelegenheit bot, bei seinen Schirmherren in Washington flugs ein paar Pluspunkte zu sammeln, und so spielte er bei der Scharade gern mit. »Sechzig Jahre später [hebt] der Antisemitismus erneut sein Haupt«, tönte er. Die Welt erlebt gegenwärtig »einen besorgniserregenden Anstieg dieses Phänomens, in neuem Gewand und in neuen Manifestationen«. Annan appellierte an alle, »engagiert und kompromißlos jenen zu widersprechen, die den Holocaust oder seine Einzigartigkeit zu leugnen suchen«. Wie wird wohl die Strafe derer aussehen, die diese Einzigartigkeit leugnen? Wird man sie ins Gefängnis werfen? Zum Tode verurteilen? Sie zwingen, eine Stunde mit Ehe Wiesel zu verbringen? Man hätte

annehmen sollen, daß ein UN-Generalsekretär, der von einem Kontinent stammt, dessen Bevölkerung im Verlauf einer langen Kolonialgeschichte nur so dahingerafft wurde, gegenüber der behaupteten Einzigartigkeit des HOLOCAUST ein bißchen mehr Skepsis an den Tag legen würde, und man hätte weiter annehmen sollen, daß ein solcher UN-Generalsekretär angesichts der Tatsache, daß Afrika gegenwärtig von Hunger, Krankheit und Krieg heimgesucht wird, vielleicht Wichtigeres zu tun hätte, als die internationale Gemeinschaft auf die Einzigartigkeit des HOLOCAUST einzuschwören.

Nun, wie nicht anders zu erwarten war, dauerte es nicht lange und die ersten Konferenzteilnehmer machten sich daran, die Vereinten Nationen mit Schimpf und Schande zu überziehen. Die an der York University [Toronto; Anm.d.Ü.] lehrende Anne Bayefsky warf den Vereinten Nationen vor, der »weltweit führende Antisemitismuslieferant« zu sein, Abraham Foxman appellierte an die Vereinten Nationen, endlich »aufzuhören, das jüdische Volk zu dämonisieren und ihm die Existenzberechtigung abzusprechen«, und Malcolm Hoenlein von der »Conference of Presidents of Major American Jewish Organization« beklagte, daß die Vereinten Nationen die Meßlatte für Israel höher hängten »als für jedes Land«, und zwar »unerreichbar« hoch. Inmitten dieser Schimpfkanonade lohnt sich ein Blick darauf, wie die Vereinten Nationen in Wirklichkeit mit Israel umgehen. Der frühere israelische UN-Botschafter und ehemalige Außenminister Abba Eban bemerkte einmal, daß es beim Betrachten der »Gesamtbilanz« der Vereinten Nationen auffalle, daß sie »Israels Schicksal und Israels Status überaus positiv beeinflußt haben«. Und: »Es gibt keine um ihre Daseinsberechtigung kämpfende Nation …, die ein ähnlich starkes Maß an Unterstützung durch die Jurisprudenz einer internationalen Organisation erfahren hätte« (*Jerusalem Post,* 1988). Es stimmt zwar, daß die Vereinten Nationen das, was Israel tut, nicht mit der gleichen Elle messen wie das, was an-

dere Länder tun, doch gilt das genaue Gegenteil dessen, was Israels Apologeten nicht müde werden zu behaupten: Der Maßstab, der an Israel angelegt wird, ist in Wirklichkeit nicht höher, sondern niedriger als der, der bei anderen UN-Mitgliedstaaten Anwendung findet. Marc Weller von der Universität Cambridge hat die Situation in Israel und den besetzten Gebieten sehr sorgfaltig mit ähnlichen Situationen in anderen Teilen der Welt verglichen. Für seine Studie wählte er die Beispiele Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Ost-Timor, das besetzte Kuwait und den Irak sowie Ruanda. Weller kam zu dem Ergebnis, daß Israel »praktisch Immunität« genießt: Die Vereinten Nationen sähen bei Israel von Zwangsmaßnahmen – etwa Waffenembargos und Wirtschaftssanktionen – ab, die gegen andere UN-Mitgliedstaaten, die genau die gleichen Völkerrechtsverstöße begingen, ganz selbstverständlich verhängt würden.

Bei der UN-Konferenz zum Antisemitismus verurteilte Hoenlein auch die »Holocaustleugnung durch Vertreter der Vereinten Nationen«. Hoenlein ist wirklich genau der Richtige, um den Vereinten Nationen eine Geschichtslektion in Sachen HOLOCAUST zu erteilen. Bei einer Veranstaltung in Toronto im April 2004 erzählte er den Zuhörern, daß es nicht Hitler, sondern der palästinensische Mufti von Jerusalem gewesen sei, der die Juden hatte umbringen wollen. Hitler habe sich schließlich widerstrebend gefügt: »Hitler handelte nach den Wünschen des Mufti.« Was hätten die Angeklagten in Nürnberg um Hoenleins Beistand gegeben! Auf der UN-Konferenz wurde es auch als »Schande« verurteilt, daß sich der Internationale Gerichtshof mit Israels Trennmauer befaßte, und daß die Palästinenser in der Erklärung und im Aktionsprogramm von Durban als »Opfer eines israelischen Rassismus« bezeichnet worden waren. Angeprangert wurde außerdem, daß »Antisemiten und Antizionisten« die »verquere« Auffassung verträten, »Juden benutzten den Holocaust als Ausrede, um sich nicht um das Leid anderer Leute scheren zu müssen«. Und schließlich wurde

noch die Frage aufgeworfen, ob es denn »wirklich hilfreich« sei, »die israelische Präsenz im Gazastreifen und im Westjordanland als Besatzung zu bezeichnen«. Warum sagen wir nicht einfach, die Israelis studierten dort Land und Leute?[40]

Kapitel 3

Zeter und Mordio

Das, was derzeit als »neuer Antisemitismus« bezeichnet wird, besteht im wesentlichen aus drei Komponenten: erstens aus Vorfällen, die übertrieben dargestellt werden oder reine Phantasieprodukte sind, zweitens aus zu Unrecht als antisemitisch bezeichneter berechtigter Kritik an der israelischen Politik und drittens aus Vorkommnissen, bei denen die Kritik an Israel tatsächlich in allgemeine Kritik an Juden umschlägt, was zwar ungerechtfertigt ist, aber niemanden überraschen kann.

Übertreibungen und Phantasieprodukte

Belege für den neuen Antisemitismus stellen hauptsächlich solche Organisationen bereit, die direkt oder indirekt mit Israel verbunden sind beziehungsweise ein beträchtliches Interesse daran haben, das Ausmaß des existierenden Antisemitismus übertrieben darzustellen. Die Antisemitismus-Studie von Bergmann und Wetzel nennt zum Beispiel als wichtige Quellen die »israelische Botschaft in Kopenhagen« für die Situation in Dänemark, den »Verein der Freunde Israels« für die Situation in Finnland, die »israelische Botschaft« sowie die »Ireland-Israel Friendship League« für Irland und so weiter. Die Jahresberichte des an der Universität Tel Aviv ansässigen »Stephen-Roth-Instituts für die Erforschung des zeitgenössischen Antisemitismus und Rassismus« dienen ebenfalls als wichtige Quelle

für Datenmaterial und Analysen. In seinem für den Zeitraum 2000-2001 erstellten Überblick über Antisemitismus in aller Welt (*Antisemitism Worldwide*) wies das Stephen-Roth-Institut auf die folgende unheilvolle Entwicklung hin: »Prof. Norman Finkelsteins Buch *Die Holocaust-Industrie* [wurde] begeistert aufgenommen, vor allem in Deutschland und insbesondere von Rechtsextremisten … [Finkelsteins] Thesen haben – obwohl sie von seriösen Wissenschaftlern und Publizisten voll und ganz widerlegt wurden – in den Köpfen das Bild vom manipulierenden, gierigen, machthungrigen Juden wiederauferstehen lassen.« Quellenangaben zu diesen Widerlegungen enthält der Bericht nicht, aber wo keine Quellen, da keine Nachweise; Raul Hilberg hingegen hat die zentralen Ergebnisse des Buchs als »Durchbruch« gepriesen. Daten, die von amerikanisch-jüdischen Organisationen wie der ADL und dem Simon-Wiesenthal-Zentrum sowie von ihren Gegenstücken in Europa zum Thema Antisemitismus angeboten werden, gelten ebenfalls als verläßlich. Diese Organisationen stehen zu ihrem jeweiligen Gastland in der gleichen Beziehung wie einstmals die jeweiligen Kommunistischen Parteien, nur daß für sie nicht das stalinistische Rußland, sondern Israel die geistige Heimat ist. Wenn es Abraham Foxman von der ADL und Rabbi Hier vom Simon-Wiesenthal-Zentrum nicht mehr gelänge, Antisemiten aus dem Hut zu zaubern, würden sie sich sehr bald mit der Notwendigkeit konfrontiert sehen, sich nach richtigen Jobs umzusehen. Im Falle von Foxman und Rabbi Hier wäre das wirklich tragisch: Die beiden beziehen von ihrer jeweiligen »Wohltätigkeitsorganisation« ein Jahresgehalt von beinahe einer halben Million Dollar.[1]

Wenn wieder mal berichtet wird, daß irgendwo Antisemiten ihr Unwesen getrieben haben, stellt sich beim Nachhaken oft heraus, daß der betreffende Vorfall entweder nicht halb so dramatisch war, wie es die Schilderung vermuten ließ, oder daß er überhaupt nicht stattgefunden hat. Ein großer Artikel in der

einflußreichen amerikanischen Zeitschrift *Foreign Policy* behauptete unter der Überschrift »Die Globalisierungskritiker und ihr Judenproblem«, daß »Demonstranten beim Weltsozialforum (WSF) 2003 im brasilianischen Porto Alegre das Hakenkreuz zeigten« und »Schilder mit der Aufschrift ›Nazis, Yankees, Juden: Schluß mit auserwählten Völkern!‹ trugen«. Die Demonstrationsteilnehmer haben von diesem an die SA erinnernden Aufmarsch allerdings nichts bemerkt.[2] Die Zeitschrift *Mother Jones* brachte einen Beitrag mit dem Titel »Das häßliche Monster kehrt zurück«. Der Autor, Todd Gitlin, schrieb darin: »Da ist er wieder, dieser niederträchtige Antisemitismus, … und als ob das nicht schon schlimm genug wäre, wird dieser Schwachsinn auch noch von Studenten verbreitet. Von Studenten!« Um seinen Vorwurf zu untermauern, zitiert Gitlin eine E-Mail-Nachricht, die »um die Welt ging« und von der damaligen Direktorin für Jewish Studies an der San Francisco State University (SFSU), Laurie Zoloth, stammte. In dieser E-Mail hatte Zoloth geschrieben: SFSU »ist wie die Weimarer Republik, mit lauter Braunhemden, die sie nicht unter Kontrolle bekommt«. Die Nazis waren in diesem Fall »eine Gruppe wütender Palästinenser«. Eines schönen Frühlingstages taten sich diese Palästinenser zu einem »unkontrollierbaren Mob« zusammen und verübten einen »rohen, körperlichen Angriff« auf »betende Studenten und hochbetagte Frauen, die zu unseren ältesten Kursteilnehmern zählen und den Holocaust überlebt haben« – und die Polizei sah tatenlos zu.

Merkwürdigerweise scheint es dem gegenwärtig an der Columbia University Journalismus lehrenden Gitlin nicht in den Sinn gekommen zu sein, seine Quelle zu überprüfen. Hätte er es getan, hätte er vielleicht herausgefunden, daß sich jüdische Wortführer in der Bay Area – darunter der jetzige Direktor der Jewish Studies bei der SFSU und Augenzeuge des fraglichen Vorfalls, Dr. Fred Astren – darüber einig sind, daß Zoloth zu »starken Übertreibungen« neigt. Diese Neigung wird darauf

zurückgeführt, daß Zoloth eine »marxistisch-leninistische« Schule durchlaufen hat und sich nunmehr mit derselben Ergebenheit, die sie früher gegenüber der Sowjetunion an den Tag legte, für »den jüdischen Staat Israel, einen Staat, der mir sehr viel bedeutet«, aufopfert. Die Polizei griff nicht ein, weil ihr Einsatz nicht gefordert war. Daß Zoloths E-Mail so hohe Wellen schlug, war, wie Astren trocken bemerkte, weniger ihrem Wahrheitsgehalt als vielmehr den »technischen Möglichkeiten des Internets« zu verdanken. Um zu beweisen, daß die antisemitische »Gefahr« an den Universitäten »deutlich spürbar und gegenwärtig« ist, beruft sich Gitlin außer auf den herbeiphantasierten SFSU-Pogrom einzig darauf, daß »zwei meiner Studenten« wissen wollten, ob es stimme, daß Juden, die in den Zwillingstürmen arbeiteten, am 11. September nicht zur Arbeit erschienen seien. Kein Zweifel: »Das häßliche Monster kehrt zurück«.[3]

Die progressive amerikanisch-jüdische Monatszeitschrift *Tikkun* brachte einen Artikel, in dem sich Miriam Greenspan sehr ausführlich mit der Frage »Was ist neu am Antisemitismus?« auseinandersetzte. Dabei lobte Greenspan Phyllis Cheslers neuestes Werk als »wirklich wichtigen Beitrag, um das Wiederaufleben dieser besonders aggressiven neuen Form von Antisemitismus besser zu verstehen«. Der Beweis für diese »besonders aggressive neue Form« findet sich gleich im ersten Absatz: »Ein jüdischer Student mit einer Kippa auf dem Kopf wird in seinem Wohnheim an der Yale University von einem Palästinenser angegriffen.« Doch war der Vorfall weder dem Center for Jewish Life von Yale noch der Universitätsleitung bekannt. An der University of Chicago hatte es laut Gabriel Schoenfeld den Fall gegeben, daß »ein Lehrbeauftragter einer jüdischen Studentin mitteilte, daß er ihre BA-Abschlußarbeit nicht lesen werde, weil darin überwiegend Themen behandelt würden, die das Judentum und den Zionismus beträfen«. Doch war am Center for Jewish Life der University of Chicago dies-

bezüglich keine Beschwerde eingegangen, und als die Universitätsleitung von dem angeblichen Vorfall (der zuerst auf der rechtsgerichteten Internetseite *Campus Watch* auftauchte) erfuhr, ließ sie ihn gründlich untersuchen, fand aber nichts, was ihn bestätigt hätte.

Im Frühjahr 2004 kam die Columbia University in New York unter Beschuß. In einem von einer dubiosen Organisation gedrehten Film, der dann privat vor ausgesuchtem Publikum gezeigt wurde, klagten »pro«-israelische Studenten im Jargon politischer Korrektheit, daß ihre »Stimmen«, wann immer sie sie zur Verteidigung Israels erhöben, von Mitgliedern des Lehrkörpers »zum Schweigen gebracht« würden. Die Lokalpresse verkündete in großen Lettern, daß es an der Columbia University nur so vor Antisemiten wimmele, und verlangte im Verein mit Lokalpolitikern den Rausschmiß der betreffenden Professoren. Die Hysterie um Columbia war Teil einer viel größer angelegten Kampagne: Ein Konsortium gutbetuchter »pro«-israelischer Organisationen und Stiftungen versucht derzeit, die paar Universitäten, an denen es mittlerweile tatsächlich einigen wenigen Lehrenden gelingt, abweichende Meinungen in die Diskussion einzubringen, »zurückzugewinnen«. Das heißt, Israels Apologeten wollen die öffentliche Debatte endlich wieder *komplett* in den Griff bekommen. Im Dezember 2004 richtete der Präsident der Columbia University, Lee Bollinger, einen Ad-hoc-Ausschuß ein, der den von studentischer Seite erhobenen Beschwerden nachgehen sollte. Im März 2005 veröffentlichte der Ausschuß seine Ergebnisse. Obwohl er den Anschuldigungen in aller Ausführlichkeit nachgegangen war und unter massivem Druck stand, einen deutlichen Schuldspruch abzugeben, konnte der Ausschuß nur ein einziges Vorkommnis zutage fördern, bei dem sich ein Professor möglicherweise etwas hatte zuschulden kommen lassen: Es sei denkbar, daß sich ein palästinensischer Professor während des israelischen Einmarschs in Jenin »über eine Frage erregte, die das

israelische Vorgehen gutzuheißen schien, und daß er auf diese Frage hitzig reagierte, weil er selbst das israelische Vorgehen ablehnte«. Was den Antisemitismusvorwurf betraf, stellte der Ausschuß klar: »Wir haben keinerlei Anzeichen dafür gefunden, daß es von Seiten des Lehrkörpers Äußerungen gegeben hat, die man ernsthaft als antisemitisch hätte auffassen können.«

Bezeichnenderweise hatten sich Israels Unterstützer, wie der Ausschuß herausfand, sehr viel Schlimmeres zuschulden kommen lassen als Israels Kritiker. Der Bericht hielt fest, daß sich bei Lehrveranstaltungen von Professoren, die der israelischen Politik kritisch gegenüberstehen, nichteingeschriebene »Studenten« einfanden, um die Veranstaltungen zu stören oder heimlich zu filmen. Offenbar hatte ein Columbia-Professor sogar Studenten rekrutiert, die ihm darüber Bericht erstatten sollten, was einer dieser israelkritischen Kollegen in seinen Lehrveranstaltungen sagte, und zwar »als Teil einer Kampagne gegen ihn«. Seine schärfste Kritik behielt sich der Ausschuß genau für diesen Punkt vor: »Wir finden es in höchstem Maße beunruhigend, daß Angehörige des Lehrkörpers offenbar bereit waren, Studenten dazu zu ermuntern, ihnen über das in der Veranstaltung eines Kollegen Gesagte Bericht zu erstatten« und die Studenten dadurch »zu Informanten« zu machen. Somit war der Antisemitismusvorwurf formal widerlegt. Die Columbia University und andere Universitäten sahen sich durch diese Hysterie jedoch dermaßen eingeschüchtert, daß sie gutdotierte Lehrstühle für »Israel Studies« einrichteten. Das bedeutet: zusätzliche Lehrstühle für politische Zwecke. Die wahre Offenbarung in der Columbia-Affäre bestand weniger in der Feststellung, daß der Antisemitismusvorwurf erstunken und erlogen war, als vielmehr in der Erkenntnis, daß De-facto-Handlanger einer ausländischen Regierung sich zusammengetan haben, um die akademische Freiheit in den Vereinigten Staaten einzuschränken.[4]

Als sich Harvard-Präsident Lawrence Summers in einer vielbeachteten Rede darüber ausließ, wie sehr der Antisemitismus an Universitäten wachse und gedeihe, erntete er für seine Leistung (das Schreckgespenst heraufzubeschwören war ihm recht eindrucksvoll gelungen) viele Lorbeeren. Die Hauptaufgabe eines Universitätspräsidenten besteht nun einmal darin, den Universitätssäckel zu füllen. Wie der an der Harvard University lehrende Juraprofessor Alan Dershowitz in einem seiner Bücher schrieb, bekam er von jemandem, der für Harvard um Gelder warb, einmal zu hören, daß »Harvard [seit ein paar Jahren] praktisch von der Unterstützung durch Juden lebt«. Man muß kein Wirtschaftsfachmann vom Kaliber eines Lawrence Summers sein, um sich auszumalen, daß jüdischen Harvard-Absolventen das Geld möglicherweise ein bißchen lockerer in der Tasche sitzt, wenn der Präsident zum Kampf gegen den neuen Antisemitismus bläst. An der Harvard University erfreut sich dieses Spiel in verschiedenen Varianten großer Beliebtheit. Schon 1992 bediente sich der schwarze Professor Henry Louis Gates Jr. des geflügelten Worts vom »neuen Antisemitismus«: Als Gates damals in einem ganzseitigen Beitrag für die *New York Times* den schwarzen (neuen) Antisemitismus verurteilte, hat das seinem Ansehen an der Harvard University nicht gerade geschadet. Auf den Machtlosen herumzuhacken, um sich bei den Mächtigen einzuschmeicheln, ist das, was in elitären Kreisen als Zivilcourage bezeichnet wird; wenn es sich bei den Machtlosen auch noch um die »eigenen Leute« handelt, um so besser.[5]

»Es hat sich etwas verändert«, schrieb Paul Berman, als er zu der Erkenntnis gelangte, der Antisemitismus sei derzeit auf dem Vormarsch. Diese Erkenntnis verdankte er der folgenden Beobachtung: Bei einer Podiumsdiskussion auf der alljährlichen Konferenz Sozialistischer Wissenschaftler in New York habe eine Ägypterin »ihre Zustimmung zu den Selbstmordattentaten zum Ausdruck gebracht«, und unter den Zuhörern habe es sogar

eine Person gegeben, die sich berufen fühlte, »die Diskussionsteilnehmerin auch noch zu verteidigen«. Unterstützung für Selbstmordattentate ist für sich genommen noch kein Beleg für eine antisemitische Gesinnung, aber selbst wenn es so wäre, was würde dieser Vorfall schon beweisen? Berman berichtet, daß die Konferenz Tausende von Teilnehmern hatte, darunter »jede noch so lächerliche linke Splittergruppe«. Dennoch beweisen diese eine Podiumsdiskussionsteilnehmerin und dieser eine Zuhörer laut Berman, daß »definitiv ein neuer Wind weht«. Der wäre allerdings noch nicht einmal beim Wetterkanal registriert worden.[6]

Wenn man sich die Dinge, die angeblich von einem neuen Antisemitismus zeugen, einmal genauer ansieht, stellt man bisweilen fest, daß an den vorgelegten Beweisen überhaupt nichts dran ist. Die Anklageschrift der Antisemitismus-Studie von Bergmann und Wetzel (*Manifestations*) enthält den Hinweis auf ein »antisemitisches« Poster, das dazu aufrief, sich anläßlich von Bushs Berlinbesuch an einer Protestdemonstration zu beteiligen (siehe Abb. 1, S. 122). Die Autoren analysieren das Poster wie folgt: »Das bekannte Bild von ›Uncle Sam‹ zeigt eine ›typisch jüdische Nase‹. Außerdem impliziert das Poster die angebliche jüdische Weltverschwörung, denn am Zeigefinger von ›Uncle Sam‹ baumelt die Welt an einem Faden. ›Uncle Sam‹ als Juden zu porträtieren spielt auf den angeblichen Einfluß an, den Juden auf die Politik der Vereinigten Staaten nehmen, und verbindet antijüdische und antiamerikanische Gefühle.« Niemand, dem der Verfasser dieser Zeilen das Poster vorlegte, konnte darauf eine jüdische Nase, geschweige denn eine jüdische Verschwörung entdecken. Allerdings meinten einige der Befragten, daß sie sich bei dem abgebildeten Riechkolben ein wenig an die unter Afroamerikanern verbreitete Form erinnert fühlten. Schoenfeld entdeckt »klassischen« Antisemitismus in einer Anzeige, in der die Zeitschrift *Tikkun* ihren Protest gegen die israelische Besatzung ausdrückt (siehe Abb. 2,

S. 123). Sagt das Schild mit der Aufschrift »Juden sind keine Tyrannen und Ausbeuter«, auf dem zu allem Überfluß auch noch ein Friedenszeichen prangt, nicht schon *alles* über die dahintersteckende antisemitische Gesinnung?[7]

Foxman sieht ebenfalls überall Antisemiten am Werk. Es ist antisemitisch zu glauben, daß »Juden gegenüber Israel eine größere Loyalität empfinden als gegenüber diesem Land [den USA; Anm. d. Ü.]« – obwohl das, nach allem, was man weiß, empirisch zutreffen könnte und für viele Zionisten zutreffen *sollte.* Laut Foxman ist es auch antisemitisch, dem jüdischen Volk das Recht auf »ein eigenes Heimatland« sowie auf »Unabhängigkeit und Souveränität« in Israel abzusprechen – aber sagt er damit nicht, daß Israel in der Tat der Staat aller Juden ist, ganz gleich, wo sie wohnen? Und wer könnte bestreiten, daß Foxman seine eigene Loyalität gegenüber Israel dermaßen nach außen kehrt, daß man meinen könnte, er beziehe Prämien dafür? Als »Belgien, der Sitz des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag, … versuchte, den Ministerpräsidenten des Staates Israel wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit anzuklagen«, war das »schlicht und einfach Antisemitismus«. Das gleiche galt für die Dänen, als sie dagegen protestierten, daß Israel einen notorischen Folterer zum Botschafter in ihrem Land ernennen wollte. Seinen Antisemitismusvorwurf rechtfertigt Foxman damit, daß ähnliche Verbrecher schließlich auch nicht zur Rechenschaft gezogen wurden. Mal abgesehen davon, daß Den Haag nicht in Belgien, sondern in den Niederlanden liegt – empören sich nicht alle Verbrecher (unterstützt von ihren Verteidigern) darüber, daß ausgerechnet *ihnen* der Prozeß gemacht werden soll, wo doch so viele andere Übeltäter frei herumlaufen? Doch zu behaupten, daß es nicht nur unfair, sondern obendrein auch noch antisemitisch ist, Mörder und Folterer für ihre Verbrechen zur Rechenschaft zu ziehen, das fällt nur Leuten wie Foxman ein. Foxman ist auch der Ansicht, es sei »ein Echo altbekannter antisemitischer Verleumdungen«, wenn



Abb. 1: »Das bekannte Bild von ›Uncle Sam‹ zeigt eine ›typisch jüdische Nase.« (Gestaltung: Uta Eickworth, Berlin)

jemand behauptet, daß das American Israel Public Affairs Committee (AIPAC) israelkritische Politiker angreift – auch wenn AIPAC damit *prahlt,* daß es das tut. Nichtsdestoweniger versichert Foxman seinen Lesern, die ADL wähle das Wörtchen »antisemitisch« mit Bedacht: »Wir sind sehr vorsichtig damit, wie und wann wir es benutzen«, ja die ADL »verwendet sehr viel Mühe darauf, antisemitische Worte und Taten hinsichtlich ihrer Schärfe und ihres Ausmaßes angemessen zu unterscheiden«. Diese Besonnenheit war bei jeder der vielen Gelegenheiten, bei denen die ADL den Verfasser dieser Zeilen als »bekannten Holocaustleugner« diffamiert hat, deutlich zu erkennen. »Wenn ich in bezug auf Antisemitismusvorwürfe unbesonnen agieren würde«, wiegelt Foxman ab, »würde ich meine Glaubwürdigkeit und damit auch jede Wirksamkeit als Wortführer bei diesem Thema sehr schnell einbüßen.«



No, Mr. Sharon! Many Americans do not support your policies in the West Bank and Gaza—which are immoral and have decreased Israeli security. As a step toward ending the cycle of violence, we urge our fellow citizens to

Support the Israeli Army Reservists who say "No" to the Occupation

Will You Join

I will donate

Rabbi Michael Lerner

Abb. 2: »Eine Form von klassischem Antisemitismus.« Aus der Zeitschrift Tikkun. *(Zeichnung: Khalil Bendib)*

Foxman stärkte Ronald Reagan den Rücken, nachdem dieser auf seiner Reise nach Bitburg erklärt hatte, daß die deutschen Soldaten, die dort begraben lagen (darunter auch Mitglieder der Waffen-SS), »ebenso Opfer der Nazis waren wie die Opfer in den Konzentrationslagern«. Später ehrte Foxman Reagan mit der ADL-Auszeichnung »Torch of Liberty«. Des weiteren führte Foxman die Oberaufsicht über eine großangelegte Bespitzelungsoperation in Amerika, in die auch der israelische Geheimdienst und das südafrikanische Apartheidregime invol-

viert waren. Und auch im Fall des milliardenschweren Rohstoffhändlers Marc Rich, der zunächst in die Schweiz geflüchtet war, sich später aber wegen 51 Fällen von Steuerhinterziehung, Betrug und der Mißachtung des Wirtschaftsembargos gegen den Iran vor Gericht verantworten mußte, spielte Foxman eine unrühmliche Rolle: Nachdem er Schmiergeld von Rich kassiert hatte, sorgte er mit dafür, daß dieser während der letzten Stunden, die Clinton im Amt war, noch rasch vom Präsidenten begnadigt wurde. Die Tatsache, daß Foxman noch einen Funken Glaubwürdigkeit besitzt, bietet einen beängstigenden Einblick in die gegenwärtige politische Kultur der Vereinigten Staaten.[8]

Die Antisemitismus-Studie von Bergmann und Wetzel (*Manifestations*) nennt als einen Beleg für europäischen Antisemitismus das Ergebnis einer Umfrage, die die ADL in der Europäischen Union durchgeführt hat. Demnach stimmte fast die Hälfte der Befragten der Aussage zu: »Die Juden reden immer noch zuviel über den Holocaust.« Man muß sich jedoch wundern, daß es nicht noch mehr Europäer sind, die das chauvinistische Herumreiten auf dem HOLOCAUST leid sind und nicht länger hinnehmen wollen, daß der HOLOCAUST politisch instrumentalisiert wird. Bei der Auflistung ihrer nach Ländern geordneten Ergebnisse führen Bergmann und Wetzel auch die folgenden, angeblich antisemitischen Vorfälle auf: *Dänemark:* »Eine Frau mit Verbindungen zum Progressiven Jüdischen Forum berichtete, daß … ein Kollege einmal, als sie gerade ins Büro kam, zu ihr sagte: ›Den (d.h. ihren Stuhl) hast du aber gut besetzt, was? Ha ha‹«; *Griechenland:* »In zwei Artikeln … wurde die Ansicht vertreten, daß Juden den aus der Grausamkeit des Holocaust entstandenen Schmerz exzessiv ausnutzen«; *Italien:* »In einer Unterführung in der Stadt Prato wurde entdeckt, daß jemand in großen, fetten Buchstaben die Worte Juden Morden an die Wand gesprüht hatte« (wo überall hat man noch nachgesehen?); *Niederlande:* »Im Zentrum von Am-

sterdam hat jemand einen jüdischen Marktverkäufer mit einer Pistole bedroht und zu ihm gesagt: ›Ich schieß dich tot‹« (ist das nicht der übliche Räuberspruch?). Den Autoren der Studie war zweifellos nicht entgangen, wie dürftig – um nicht zu sagen: lächerlich – ihr Beweismaterial war. Sie gingen denn auch dazu über, »der deutschen Öffentlichkeit in starkem Maße latent vorhandene antisemitische und antizionistische Vorurteile« zu attestieren, den Italienern einen »spirituellen (oder psychologischen) Antisemitismus« zu bescheinigen, unter Griechen eine »latente Struktur« des Antisemitismus festzustellen und schließlich, wie schon oben angemerkt, zu behaupten, daß es in Großbritannien »nach Antisemitismus riecht«.[9]

Kurz nach Erscheinen der ursprünglichen, von Bergmann und Wetzel verfaßten Studie legte die Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) eine ausführlichere Studie mit dem Titel *Manifestations of Antisemitism in the EU 2002-2003* vor, in der nun, anders als beim ersten Anlauf, nicht nur ein paar Monate, sondern ein Zeitraum von zwei Jahren untersucht wurde.[10] Zwar ist auch bei dieser Studie noch zu bemängeln, daß sie zum Teil tendenziös und apologetisch ist, doch war diese zweite, offizielle EUMC-Studie (im folgenden: *Manifestations II*) um einiges genauer und nüchterner als der inoffizielle Vorgänger.[11] Da die in der zweiten Studie versammelten Ergebnisse, anders als die der ersten, nicht für sensationelle Schlagzeilen taugten, wurde *Manifestations II* von den Medien größtenteils ignoriert. (Ein sicherer Anhaltspunkt dafür, daß wir es hier mit einer einigermaßen seriösen Publikation zu tun haben, ist die Tatsache, daß Foxman seine »Enttäuschung« darüber zum Ausdruck brachte.[12]) Während des Beobachtungszeitraums von zwei Jahren hatte sich in keinem der fünfzehn untersuchten Länder ein antisemitischer Mord ereignet; bei tätlichen Angriffen, die auf Antisemitismus zurückzuführen waren, war eine Handvoll Menschen schwer verletzt worden[13]; die Zahl der Anschläge, die auf jüdi-

sche Einrichtungen verübt worden waren, war recht hoch, und einige hatten großen Schaden angerichtet.

Doch bei der überwiegenden Mehrheit antisemitischer Vorfalle handelte es sich um alle möglichen Arten von verbalen Drohungen und Beschimpfungen. Hier ein paar Beispiele: »Eine Person in Belgien erhielt einen antisemitischen Brief aus Frankreich.« »In Paris wurde ein Mann, der seine drei Kinder bei sich hatte, beschimpft. Jemand sagte zu ihm, ›Sie töten ein palästinensisches Kind‹« [sic]. »Eine Internetrecherche förderte einen Bericht über einen Bauern in Oberösterreich zutage, der vor seinem Hof eine Anschlagtafel mit der Aufschrift ›Juden erpressen die ganze Welt‹ und ›Ariel Sharon ist ein Staatsterrorist‹ aufgestellt hatte.«[14] Selbst in Frankreich, dem Land, in dem die Studie die größte Anzahl antisemitischer Vorfälle registrierte – 2002 gab es zum Beispiel drei Brandanschläge, bei denen jüdisches Gemeindeeigentum beschädigt wurde, wenn auch keine im Jahr 2003[15] –, kündeten die Untersuchungsergebnisse keineswegs von einem grassierenden Antisemitismus.

Die Studie stellte im Gegenteil fest, daß, »wie Umfragen zeigen, antisemitische Ansichten in der französischen Bevölkerung rückläufig sind«. So wurde zum Beispiel die Frage »Ist eine französische Person jüdischer Herkunft ›so französisch wie andere Franzosen auch‹?« von 89 Prozent der Befragten mit Ja beantwortet. Und obwohl die meisten antisemitischen Vorfälle in Frankreich tatsächlich auf das Konto junger Muslime gingen, lehnten »junge Leute nordafrikanischer Herkunft den Antisemitismus«, wie eine Umfrage ergab, im allgemeinen »sogar noch stärker ab als der Durchschnitt«. Und schließlich sollte man hinsichtlich der französischen Situation noch bedenken, daß »die Zahl derjenigen, die Opfer antisemitischer Übergriffe wurden, … geringer war als die Zahl von Einwanderern«, die Opfer fremdenfeindlicher Übergriffe wurden.[16]

Etwa zeitgleich mit *Manifestations II* erschien ein Bericht mit

den neuesten Umfrageergebnissen des Pew Research Centers. Das renommierte Institut hatte im Zeitraum von Ende Februar bis Anfang März 2004 Umfragen in den Vereinigten Staaten und acht weiteren Ländern durchgeführt. »Entgegen der Befürchtung, daß der Antisemitismus in Europa um sich greift, gibt es«, wie der Bericht festhält, »keinerlei Hinweise darauf, daß antisemitische Einstellungen in den letzten zehn Jahren zugenommen haben. Vielmehr ist zu konstatieren, daß Juden in Frankreich, Deutschland und Rußland derzeit positiver wahrgenommen werden, als dies noch 1991 der Fall war.« Anders ausgedrückt: An der Behauptung, es grassiere heute ein neuer Antisemitismus, ist nichts dran. Angesichts der Tatsache, daß »Europäer gegenüber Muslimen sehr viel negativere Umstellungen haben als gegenüber Juden«, gibt die Feindseligkeit gegenüber Muslimen weitaus mehr Anlaß zur Sorge. Auf einer politischen Tagesordnung, die nicht nach ideologischen Gesichtspunkten ausgerichtet wäre, würde diesem Problem ganz selbstverständlich Priorität eingeräumt.[17] Doch die Hysterie bezüglich des neuen Antisemitismus hat mit dem Kampf gegen Vorurteile nichts zu tun. Es geht dabei einzig und allein darum, die Kritik an Israel im Keim zu ersticken.

Die Verunglimpfung berechtigter Kritik an der israelischen Politik

Unter denen, die sich mit dem Thema beschäftigen, herrscht weitgehend Einigkeit darüber, daß sich der neue Antisemitismus in dem Moment am stärksten bemerkbar machte, als der israelisch-palästinensische Konflikt zuletzt eskalierte, und zwar vor allem auf dem Höhepunkt dieser Eskalation, nämlich während der Belagerung des Flüchtlingslagers Jenin im Zuge der »Operation Schutzschild« im Frühjahr 2002: »Seit im September 2000 die neue Intifada ausbrach, ist es, angefacht durch anti-

israelische Gefühle, in aller Welt zu einem ungeheuer drastischen Anstieg antisemitischer Äußerungen und tätlicher Übergriffe gekommen« (Foxman); »Bei dem heftigen Ausbruch, den wir heute in Europa und (in einem sehr viel geringeren Maße) in den Vereinigten Staaten erleben, scheint es sich in der Tat um eine Begleiterscheinung des arabisch-israelischen Konflikts zu handeln. Der Antisemitismus hat bei Ausbruch der zweiten Intifada fraglos auf beiden Kontinenten sehr stark zugenommen« (Schoenfeld); »Die Tatsache, daß es in den meisten EU-Mitgliedstaaten seit Beginn der sogenannten Al-Aqsa-Intifada einen sehr deutlich wahrnehmbaren Anstieg antisemitischer Aktivitäten gegeben hat, … weist darauf hin, daß zwischen den Ereignissen im Nahen Osten und der damit einhergehenden Kritik an der israelischen Politik einerseits und dem Anwachsen des Antisemitismus andererseits eine Verbindung besteht« (*Manifestations*); »Daß zwischen der Anzahl gemeldeter antisemitischer Vorfälle und der politischen Situation im Nahen Osten ein Zusammenhang besteht, … läßt sich daran erkennen, daß es im April 2002, als die israelische Armee in einer umstrittenen Operation mehrere palästinensische Städte besetzte, in einigen Ländern zu einem signifikanten Anstieg von Vorfällen kam« (*Manifestations II*).

Der Kausalzusammenhang scheint darin zu bestehen, daß Israels brutale Unterdrückung der Palästinenser Feindseligkeit gegenüber dem »jüdischen Staat« und jenen Juden hervorruft, die ihn im Ausland lautstark unterstützen. Dazu passen auch die Ergebnisse einer ADL-Umfrage. Diese besagen, fast zwei Drittel der Europäer glaubten, daß »der jüngste Gewaltausbruch gegenüber Juden in Europa auf antiisraelische Gefühle und nicht auf im traditionellen Sinne antisemitische beziehungsweise antijüdische Gefühle zurückzuführen« sei und daß zum Beispiel italienische »Kommentatoren die Ausbreitung des Antisemitismus als das Ergebnis der israelischen Politik gegenüber den Arabern seit dem Ausbruch der Intifada ansehen«.

Auch in *Manifestations* war zu lesen, daß die Feindseligkeit und Gewalt gegen Juden in Europa – außer von Rechtsextremisten, für die der Antisemitismus schon immer Programm war – hauptsächlich von »jungen Muslimen mit arabischem Hintergrund« ausging, die sich stark mit den Palästinensern und ihrem Kampf identifizierten. (*Manifestations II* gibt zu bedenken, daß es, »wenn man die vorhandenen Daten auswertet und die EU im ganzen betrachtet, problematisch ist, allgemeine Aussagen [darüber] zu treffen«, welche dieser beiden Gruppen für die größere Anzahl antisemitischer Vorfälle verantwortlich ist.)[18] Dieser Zusammenhang von Faktoren würde umgekehrt wohl auch erklären, warum die Antipathie gegenüber Israel und Juden während der hoffnungsvollen frühen Jahre des Oslo-»Friedensprozesses« – als viele Menschen glaubten, eine gerechte Lösung des Konflikts sei in greifbare Nähe gerückt – so rapide abnahm, daß selbst Dershowitz einräumte, der Antisemitismus sei nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern in der ganzen Welt zum Randproblem geworden.[19]

Dennoch lehnen Israels Apologeten genau diesen Kausalzusammenhang ganz entschieden ab. Wenn die israelische Politik und die breite Unterstützung, die diese Politik durch Juden erfährt, Feindseligkeit gegenüber Juden hervorruft, dann könnte das ja bedeuten, daß Israel und seine jüdischen Unterstützer selbst für diesen Antisemitismus verantwortlich sind, und das würde womöglich den Schluß nahe legen, daß Israel und seine indischen Unterstützer *im Unrecht sind.* Diesen Gedankengang läßt die Holocaust-Industrie gar nicht erst zu, denn nach ihrem Dogma kann Feindseligkeit gegenüber Juden keinesfalls daher rühren, daß Juden Unrecht getan haben. Argumentiert wird statt dessen wie folgt: Die »Endlösung« war irrational; die »Endlösung« markierte den Höhepunkt eines tausendjährigen Antisemitismus der Nichtjuden; also ist jedes einzelne Anzeichen von Antisemitismus irrational.[20] Aufgrund der Gleichsetzung von Antisemitismus mit Feindseligkeit gegenüber Juden

ist jede Feindseligkeit, die Juden entgegengebracht wird – sei es auf individueller oder kollektiver Ebene –, unbedingt als irrational anzusehen: »Der Antisemitismus … ähnelt einer Krankheit, weil er vollkommen irrational ist«, so eine typische Feststellung von Foxman. »Wer Juden haßt, tut das nicht wegen, sondern trotz der Beweislage.«

Wenn Palästinenser zu Selbstmordattentätern werden, dann ist das laut Schoenfeld nicht auf konkrete Aktionen Israels zurückzuführen, sondern vielmehr auf den Umstand, daß Israel in eine »teuflische Abstraktion« verwandelt worden ist. Nach Ansicht von Ron Rosenbaum stellt der Antisemitismus eine Nichtjuden befallende, irrationale, unerklärliche, unentrinnbare Krankheit dar: »Die Erklärung für erneuten Antisemitismus ist Antisemitismus: seine nicht auszulöschende Vorgeschichte – und seine Wirksamkeit. Er gebiert sich inzwischen selbst.« Als der milliardenschwere Finanzier George Soros, selbst Jude, auf einer Versammlung bekannter jüdischer Persönlichkeiten die gegenteilige Meinung äußerte – er sagte, der »Anstieg des Antisemitismus in Europa« sei größtenteils auf die Politik Sharons und das Verhalten von Juden zurückzuführen –, zog er sich, was nicht weiter verwunderlich ist, den Zorn des Publikums zu. Der ehemalige israelische Knessetsprecher Avraham Burg beging dieselbe Sünde, als er bemerkte: »Die wenig schmeichelhaften Ansichten der internationalen Gemeinschaft gegenüber Israel sind zum Teil auf die Politik der israelischen Regierung zurückzuführen.«

»Eines wollen wir mal klarstellen«, erwiderte Elan Steinberg vom Jüdischen Weltkongreß nach Soros' Rede: »Antisemitismus wird nicht von Juden gemacht, sondern von Antisemiten.« Foxman nannte Soros' Worte »absolut obszön«. Wenn ein Jude laut darüber nachdenkt, ob Juden womöglich selbst Antisemitismus schüren, ist das also »obszön«, und wenn ein Nichtjude es ihm gleichtut, ist das, man ahnt es schon, antisemitisch. In *Manifestations* wird ein holländischer Zeitungsartikel mit der

Überschrift »Israel mißbraucht das Antisemitismustabu« verurteilt, weil »sich der Autor des klassischen antisemitischen Stereotyps bedient, nach dem die Juden am Antisemitismus selbst schuld sind«; ebenso wird ein Leserbrief an eine österreichische Zeitung verurteilt, weil darin »den Israelis vorgeworfen wird, selbst für den wachsenden Antisemitismus verantwortlich zu sein«.[21]

Dieses Dogma, nach dem es sich beim Antisemitismus um eine Nichtjuden befallende Krankheit handle – Holocaust-Industrie-Guru Daniel Goldhagen sprach davon, daß Antisemitismus »mit tatsächlichen Juden nichts zu tun« habe, »grundsätzlich keine Antwort auf objektiv bewertetes jüdisches Handeln« darstelle und *»unabhängig* von Wesen und Handlungen der Juden« entstehe –, kennt zwei Ausnahmen. Ausnahme Nummer eins besagt: Es kann passieren, daß Juden, die *Gutes* tun, Antisemitismus hervorrufen. Die Tatsache, daß die schwarze Bürgerrechtsbewegung von amerikanischen Juden deutlich sichtbar unterstützt wurde, hat zweifellos dazu beigetragen, daß der Antisemitismus unter weißen Südstaatlern zunahm, doch wäre es den Juden nicht im Traum eingefallen, die Verantwortung für diese Art von Antisemitismus von sich zu weisen. Im Gegenteil, sie zu übernehmen war Ehrensache. Ausnahme Nummer zwei besagt: Die nichtjüdische Krankheit Antisemitismus ist zwar irrational, entspringt aber doch einer allzumenschlichen Leidenschaft: dem Ressentiment. »Der neue Antisemitismus macht vor keiner Grenze, keiner Nationalität, keiner Politik und keinem Gesellschaftssystem halt«, erklärt Mortimer Zuckerman. »So wie Neid und Ressentiment einstmals dem einzelnen Juden galten, richten sich Neid und Ressentiment heute gegen Israel.«

Die Ähnlichkeit dieses Dogmas der Holocaust-Industrie mit der politisch korrekten Interpretation des amerikanischen »Kriegs gegen den Terrorismus« ist offensichtlich: Die Araber hassen uns entweder, weil sie irrationale Fanatiker sind, oder

weil sie uns unseren Lebensstil neiden. Es kann unmöglich daran liegen, daß wir irgend etwas falsch gemacht haben – nur Apologeten des »Islamofaschismus« behaupten solchen Unsinn. Damit wir den »Grund für den Angriff auf Amerika« erfahren, erteilt Jeffrey Goldberg vom *New Yorker* einem ägyptischen Intellektuellen das Wort: »Diese Leute sind neidisch … Talent weckt in den Herzen der Untalentierten die Eifersucht.« Das »natürliche« Mitgefühl, das Israel und die Vereinigten Staaten einander seit dem 11. September entgegenbringen – »Jetzt wissen sie, wie es uns geht« (Israel) und »Jetzt wissen wir, wie es ihnen geht« (USA) –, ist in ebendieser chauvinistischen und entlastenden Ideologie verankert. Die zwei, die hier in trauter Eintracht miteinander um die Wette seufzen, sind in ihren eigenen Augen nicht nur unschuldig, sondern schlicht zu gut für diese Welt.[22]

Übrigens erklärt die Doktrin essentieller jüdischer Unschuld auch den Reiz, den Jean-Paul Sartres kleines Buch *Betrachtungen zur Judenfrage: Psychoanalyse des Antisemitismus* auf viele Juden ausübt. »Mit seiner chirurgisch präzisen Untersuchung des klassischen Antisemitismus legte sein Werk«, so die schwer beeindruckten Perlmutters, »den Grundstein« für jede zukünftige Studie. Auf den ersten Blick mag es seltsam erscheinen, daß sich ausgerechnet dieses Buch – und sein linker Autor – so großer Beliebtheit erfreuen. Immerhin geht Sartre von der These aus, daß der Begriff des jüdischen Volkes erst durch das, was ihm vom Antisemitismus zugeschrieben wird, inhaltlich gefüllt wird. »Der Antisemit *macht* den Juden«, lautet Sartres berühmte Formulierung dieser Annahme (Hervorhebung im Original). Doch von dieser Prämisse ausgehend argumentiert Sartre weiter, daß schlechte Eigenschaften, die zum stereotypen Bild des Juden gehören, von Antisemiten erfunden werden beziehungsweise daß die Schuld für diese schlechten Eigenschaften bei den Antisemiten zu suchen ist. Das bedeutet – zumindest kann es der geneigte Leser so verstehen –, daß Juden entweder gar

keine schlechten Eigenschaften haben oder daß sie, wenn sie denn welche haben, dafür nicht verantwortlich sind.

Wenn es Feindseligkeit gegenüber Juden gibt, so kann diese, laut Sartre, nicht daher rühren, daß Juden sich etwas haben zuschulden kommen lassen: »Nicht die Erfahrung schafft den Begriff des Juden, sondern das Vorurteil fälscht die Erfahrung.« Und: »Die antisemitische Leidenschaft … greift den Tatsachen vor, die sie hervorrufen sollte.« Das Motiv hinter dieser philosemitischen Doktrin war zwar sicher ein anständiges, doch ihre Folgen sind katastrophal, denn wozu dient diese Doktrin, wenn nicht dazu, völlige moralische Verantwortungslosigkeit walten zu lassen? »Wichtig … ist, daß den *Juden* nicht die Schuld am Antisemitismus gegeben wird«, schreibt Dershowitz wie ein Echo auf Sartre. »Der Antisemitismus ist das Problem der Bigotten … Nichts, was *wir* tun, kann die verqueren Gedanken des Antisemiten nachhaltig beeinflussen« (Hervorhebungen im Original). Zusammenfassend müssen wir also feststellen, daß Juden an der Antipathie, die andere ihnen entgegenbringen, niemals Schuld sein können: *Sie* sind dafür verantwortlich, nicht wir.[23]

Wenn Kritik an Israel in Kritik an Juden umschlägt

In gewissen Kreisen ist die Wut über Israels brutale Besatzung zweifellos in Feindseligkeit gegenüber Juden umgeschlagen. So beklagenswert das auch ist – wundern sollte es keinen. Die brutale amerikanische Aggression gegen Vietnam und die Aggression der Bush-Regierung gegen den Irak hatten eine allgemein antiamerikanische Stimmung zur Folge, so wie auch die völkermörderische Naziaggression während des Zweiten Weltkriegs eine allgemein antideutsche Stimmung zur Folge hatte. Wenn nun die brutale Besatzung durch einen nach eigenem Bekunden *jüdischen* Staat eine allgemeine Antipathie gegen-

über Juden hervorruft, ist das wirklich so verwunderlich? »Alle Fälle, bei denen die Juden kollektiv für die Politik der israelischen Regierung verantwortlich gemacht werden, stellen eine Form von Antisemitismus dar«, verkünden die Autoren von *Manifestations* ernst. Dementsprechend wird zum Beispiel Spanien des Antisemitismus geziehen, weil »die Massenmedien oft nicht zwischen Israel und der jüdischen Gemeinschaft unterscheiden«.

Wenn aber Juden selbst jede Unterscheidung zwischen Israel und den Juden in aller Welt ablehnen, ja wenn sie eine solche Unterscheidung bereits als antisemitisch verurteilen; wenn jüdische Mainstream-Organisationen jedwede israelische Maßnahme, ganz gleich, wie kriminell diese auch sein mag, unkritisch unterstützen, ja den Scharfmachern in Israel noch den Rücken stärken und prinzipienfesten Kritikern außerhalb Israels einen Maulkorb verpassen; wenn Israel sich selbst juristisch als souveräner Staat des jüdischen Volkes definiert, und wenn anderswo lebende Juden jede Kritik an Israel als antijüdisch bezeichnen, dann ist es doch ein wahres Wunder, daß die gegen Israel gerichtete Antipathie nicht viel öfter in Antipathie gegenüber Juden umschlägt. »Jeder, der nicht zwischen den Juden und dem jüdischen Staat unterscheidet, ist ein Antisemit«, ist sich Chesler ganz sicher. Allerdings war sie sich ein paar Seiten vorher genauso sicher, daß »die amerikanischen und die Diaspora-Juden« begreifen müssen, daß »Israel unser Herz und unsere Seele ist … Schließlich *sind* wir eine Familie« (Hervorhebung im Original). Die italienische Journalistin Fiamma Nirenstein erklärt ebenfalls, daß »Juden in aller Welt es als eine Tugend und eine Ehre ansehen sollten, wenn sie mit Israel identifiziert werden«; und eine Erkenntnis sollten »Juden in aller Welt« den Leuten unbedingt immer wieder unter die Nase reiben: »Wenn Sie Vorurteile gegenüber Israel haben, dann haben Sie etwas gegen die Juden.« Anscheinend ist beides antisemitisch: bei Israel an Juden zu denken, und bei Israel

nicht an Juden zu denken. »Antisemitische iranische Propagandisten geben sich«, laut Schoenfeld, »alle Mühe, sämtliche Unterschiede zwischen Israel, dem Zionismus und den Juden zu beseitigen.« Doch in einem Beitrag für die Zeitschrift *Commentary,* deren Chefredakteur Schoenfeld ist, schrieb Hillel Halkin: »Israel ist der Staat der Juden. Zionismus ist die Überzeugung, daß die Juden einen eigenen Staat haben sollten. Israel zu diffamieren ist dasselbe, wie die Juden zu diffamieren.« Sind Halkin und der Chefredakteur von *Commentary* vielleicht auch Antisemiten?[24]

Genauso wie es zu einfach (und zu bequem) ist, es als Antisemitismus abzutun, wenn Juden für die israelische Politik verantwortlich gemacht werden, so ist es auch zu einfach (und zu bequem), die Vorstellung von jüdischer Macht als Antisemitismus abzutun. In den Vereinigten Staaten bilden Juden heute die wohlhabendste ethnische Gruppe, und mit dieser wirtschaftlichen Macht ist auch eine gehörige Portion politischer Macht verbunden. Die jüdischen Wortführer üben diese Macht oft genug ganz ungeniert aus, um die amerikanische Politik gegenüber Israel nach ihren Wünschen zu formen. Dieselben Wortführer setzen ihre Macht aber auch bei anderen Gelegenheiten ein. So haben es amerikanisch-jüdische Organisationen gemeinsam mit Einzelpersonen aus allen Regierungsebenen und aus allen Teilen der Gesellschaft verstanden, unter dem Vorwand der Forderung von »Holocaust-Wiedergutmachung« Europa zu erpressen. Daß die Regierung Clinton der Operation ihren Segen gab, ja ihr zu jedem Zeitpunkt die entscheidende Schützenhilfe gewährte – selbst wenn dies den nationalen Interessen der Vereinigten Staaten zuwiderlief –, war dem Umstand zu verdanken, daß die Regierung am »jüdischen Geld« überaus interessiert war. Und wer soll glauben, daß die pro-jüdische Tendenz in der Berichterstattung der Medienkonzerne absolut gar nichts damit zu tun hat, daß Juden in diesen Unternehmen einflußreiche Posten bekleiden?

»Es stimmt natürlich, daß es in Hollywood unter den Produzenten und Regisseuren, unter den Leitern der Filmgesellschaften und unter den Stars Juden gibt, die sehr prominent sind«, räumt Foxman ein. »Es stimmt sogar, daß Juden in der Film-, Fernseh- und Schallplattenindustrie, proportional gesehen, immer recht stark in führenden Positionen vertreten waren.« Doch dann erklärt Foxman: »Die Juden, die in Hollywood arbeiten, sind nicht *als Juden* dort, sondern als Schauspieler, Regisseure, Drehbuchautoren, Geschäftsführer und wer weiß was noch alles«, und sie alle wollen einfach nur »Geld verdienen« (Hervorhebung im Original). Sein Beweis? »Dies erklärt das Paradoxon, um das bisher alle antisemitischen Verschwörungstheoretiker einen großen Bogen gemacht haben, nämlich die Frage, wie es kommt, daß die angeblich in der Hand von Juden befindliche Filmindustrie so wenige Filme hervorgebracht hat, in denen es erklärtermaßen um jüdische Figuren und jüdische Themen geht.« Ist das seine Begründung dafür, daß Hollywood seit 1989 lediglich 175 Filme über die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis produziert hat? Es ist selbstverständlich legitim zu fragen, ob und bei welchen Gelegenheiten Juden als Leute handeln, die eben zufällig Juden sind, und wann sie »als Juden« handeln; im Hinblick auf den zweiten Fall (der zweifellos gelegentlich eintritt) wäre dann weiter zu fragen, was es mit dieser »jüdischen Macht« auf sich hat, wie weit sie reicht und wo ihre Grenzen liegen. Diese Fragen lassen sich jedoch nur empirisch beantworten und nicht *a priori* durch politisch korrekte Floskeln. Wer schon das Interesse an diesem Thema als antisemitisch abtut und Nachforschungen ausschließt, trägt gewollt oder ungewollt dazu bei, daß sich Juden in der Gewißheit wiegen, bezüglich der Art und Weise, wie sie mit ihrer beträchtlichen Macht umgehen, niemandem Rechenschaft schuldig zu sein.

In einem ansonsten ganz vernünftigen Aufsatz über den neuen Antisemitismus behauptet Brian Klug, daß »es eine Form

von Antisemitismus ist«, wenn ein Vorwurf gegenüber Juden antisemitische Stereotype aufgreift, zum Beispiel die Vorstellung, Juden seien »mächtig, reich … und verfolgen ganz eigensüchtig nur [ihre] eigenen Interessen«. Wenn sich aber Juden genau so benehmen, wie es das Stereotyp will, dann kann man schlecht argumentieren, daß sie dazu gar nicht in der Lage seien, weil sie damit dem Stereotyp zu nahe kämen. Warum sollten sie nicht fähig sein, sich unmöglich aufzuführen, auch wenn das genau dem jüdischen Stereotyp entspräche? Es ist vielleicht politisch nicht korrekt daran zu erinnern, aber es bleibt nichtsdestoweniger ein Gemeinplatz, daß wirkungsvolle Stereotype wie auch erfolgreiche Propaganda ihre Kraft daraus beziehen, daß sie ein Körnchen Wahrheit enthalten, manchmal sogar mehr als ein Körnchen. Sollen Abraham Foxman, Edgar Bronfman und Rabbi Israel Singer etwa außerhalb jeder Kritik stehen, *weil* sie stark an traditionelle antisemitische Klischees erinnern?[25]

In meinem Buch *Die Holocaust-Industrie* habe ich unterschieden zwischen dem Begriff der systematischen Massenvernichtung der Juden durch die Nazis, also dem historischen Ereignis, und dem Begriff HOLOCAUST, also der Instrumentalisierung des tatsächlichen historischen Ereignisses durch amerikanisch-jüdische Eliten und ihre Unterstützer. Parallel dazu sollte man zwischen Antisemitismus, also den nicht zu rechtfertigenden Angriffen gegen Juden, nur weil sie Juden sind, und »Antisemitismus«, der Instrumentalisierung des tatsächlich vorhandenen Antisemitismus durch jüdische Eliten in Amerika (und anderswo), unterscheiden. Wie der HOLOCAUST wird auch der »Antisemitismus« als ideologische Waffe eingesetzt, um von der berechtigten Kritik an Israel und gleichzeitig auch von der berechtigten Kritik an mächtigen jüdischen Interessengruppen abzulenken. In seinem gegenwärtigen Wortgebrauch dient der Kampf gegen den »Antisemitismus« zusammen mit dem »Krieg gegen den Terrorismus« als

Deckmantel für einen massiven Angriff auf das Völkerrecht und die Menschenrechte. Diejenigen Juden, die den echten Antisemitismus bekämpfen wollen, müssen zunächst einmal den vermeintlichen »Antisemitismus« als Bluff entlarven. »Es gibt hier keine Patentlösung, nichts, mit dem man das Problem schnell aus der Welt schaffen könnte«, so die Schlußfolgerung der Antisemitismus-Studie von Bergmann und Wetzel. »Es ist nicht möglich, eine Strategie zu formulieren, mit der sich das Problem in jedem Land ein für alle Mal lösen ließe.«[26]

Der Verfasser dieser Zeilen ist da, mit Verlaub, anderer Meinung. Es gibt sehr wohl eine erprobte Strategie, mit der sich Antisemitismus, wie im übrigen auch Fanatismus anderer Art, bekämpfen läßt. Diese Strategie besteht darin, laut die Wahrheit zu sagen und für Gerechtigkeit zu kämpfen. Wenn es denn stimmt, was die wichtigsten Antisemitismus-Studien alle miteinander festgestellt haben, daß nämlich die gegenwärtigen Anfeindungen von Juden zeitlich mit der brutalen Unterdrükkung der Palästinenser durch Israel zusammenfallen, dann wäre die »Patentlösung« – oder das, was erforderlich ist, um »das Problem schnell aus der Welt zu schaffen« – ganz offensichtlich ein Ende der Besatzung. Ein vollständiger israelischer Rückzug aus den seit 1967 besetzten Gebieten würde darüber hinaus auch einen Rückschlag für die echten Antisemiten bedeuten – und wer wollte bezweifeln, daß es diese Leute gibt? Die echten Antisemiten nehmen die israelische Unterdrückungspolitik zum Vorwand, um Juden zu verteufeln; ein Ende der Besatzung würde diese Leute erstens einer gefährlichen Waffe berauben und zweitens ihre wahren Ziele zum Vorschein bringen. Je mehr Juden ihre Ablehnung der israelischen Besatzung offen zum Ausdruck bringen, desto weniger Nichtjuden werden fälschlicherweise annehmen, daß »die Juden« die verbrecherische israelische Politik und die unkritische Unterstützung, ja Ermunterung, die diese Politik durch die einschlägigen jüdischen Organisationen erfährt, gutheißen.

Die schlimmsten Feinde im Kampf gegen den wahren Antisemitismus sind jedoch die Philosemiten. Das macht sich vor allem in Europa bemerkbar. Weil die Philosemiten glauben, aus Rücksicht auf das historische Leid des jüdischen Volks die Augen vor israelischen Verbrechen verschließen zu müssen, versetzen sie Israel in die Lage, seinen mörderischen Weg unbehelligt weiterzugehen. Was sie dabei übersehen ist, daß *genau das* Antisemitismus schürt und schließlich auf die Selbstzerstörung Israels hinausläuft. Daß Philosemiten auch hinsichtlich der Machenschaften der amerikanisch-jüdischen Eliten gern beide Augen zudrücken, hat sich ebenfalls als katastrophal erwiesen. Wie schon gesagt, genießen die jüdischen Eliten in den Vereinigten Staaten enormen Wohlstand. Die Kombination aus wirtschaftlicher und politischer Macht hat bei ihnen, was nicht weiter verwunderlich ist, ein Gefühl jüdischer Überlegenheit entstehen lassen. Diese jüdischen Eliten hüllen sich in den Deckmantel des HOLOCAUST, inszenieren sich als Opfer – womöglich bilden sie sich in ihrem solipsistischen Universum sogar ein, Opfer zu *sein* – und tun jede Kritik als neuerliche Manifestation des »Antisemitismus« ab. Aus dieser Brühe, zu deren Zutaten ungeheure Macht, chauvinistische Arroganz, eine vorgetäuschte (oder eingebildete) Opferrolle und schließlich die Gewißheit gehört, daß Kritik aufgrund des HOLOCAUSTS ausbleibt, aus dieser Brühe schöpfen amerikanisch-jüdische Eliten eine beängstigende Rücksichtslosigkeit und Skrupellosigkeit. Neben Israel sind es vor allem diese Eliten, die dafür sorgen, daß der Antisemitismus in der heutigen Welt neue Nahrung bekommt. Um diese Leute herumzuscharwenzeln ist keine Lösung. Sich ihnen in den Weg zu stellen schon.

Teil II

»Im allgemeinen herausragend«: Israels Menschenrechtsbilanz

Einleitung

Im August 2003 veröffentlichte der an der Harvard Law School lehrende Juraprofessor und Anwalt* Alan Dershowitz sein Buch *The Case for Israel* [im folgenden: *Plädoyer für Israel*].[1] In Amerika wurde das Buch umgehend zum einflußreichen Bestseller. Es hieß, amerikanisch-jüdische Organisationen verleihen das Werk großzügig an Universitäten und würden dafür Sorge tragen, daß jeder jüdische High-School-Absolvent sein eigenes Exemplar bekäme. Das israelische Außenministerium erwarb Tausende von Exemplaren, um sie in aller Welt zu verleiten. Die israelischen Botschaften horteten das Buch in rauhen Mengen. Public-Relations-Spezialisten aus den israelisehen Ministerien benutzten es als Grundlagenwerk, und bei den Vereinten Nationen verteilte die israelische Vertretung Hunderte von Exemplaren an UN-Botschafter und andere UN-Mitarbeiter.[2] Dershowitz hat offenbar keine Mühen gescheut: Laut seiner Danksagung rekrutierte er eigens eine kleine Armee von Assistenten. Überdies ließ er seine Gedanken zum Thema über Jahrzehnte heranreifen, denn »die Anfänge dieses

* Laut dem Buchumschlag zu Dershowitz' im Jahr 2000 auf deutsch erschienenen Autobiographie handelt es sich bei ihm um »Amerikas brillantesten und umstrittensten Strafverteidiger und Staranwalt«; er vertrat unter anderem O. J. Simpson, Larry Flint und Natan Sharansky; Alan M. Dershowitz, *Chuzpe,* Europäische Verlagsanstalt: Hamburg 2000 [Alan M. Dershowitz, *Chutzpah,* Boston 1991]; Anm. d.U.

Buchs« gehen, wie er uns mitteilt, »zurück bis ins Jahr 1967« (S. 415). Bei Dershowitz' *Plädoyer für Israel* muß es sich demnach um die papiergewordene Frucht all seiner geistigen Schaffenskraft handeln.

Selbstverständlich hat sich Dershowitz auch sehr genau überlegt, was sein *Plädoyer für Israel* leisten soll. »Sinn und Zweck dieses Buches ist es«, erklärt er, »zur Reinigung [der] Atmosphäre beizutragen, indem es den Diskussionspartnern direkte und wahrheitsgemäße Erwiderungen auf falsche Anschuldigungen an die Hand gibt« (S. 33). In seinen Augen halten sich Israels »Freunde« bei der Abwehr unberechtigter Verbalattacken viel zu sehr zurück: »Die Zeit für eine offensive Verteidigung Israels vor dem Tribunal der öffentlichen Meinung ist überreif« (S. 15f.). Nun mögen Israels »Freunde« ja unter so mancher Unzulänglichkeit leiden, aber daß sie es bislang versäumt hätten, Israel aggressiv zu verteidigen, kann man ihnen eigentlich nicht nachsagen. Wie im ersten Teil dieses Buches gezeigt wurde, haben sie unter dem Vorwand, den »neuen Antisemitismus« zu bekämpfen, in den letzten Jahren vielmehr ein großes Medienspektakel veranstaltet, um Kritik an Israel abzuwehren. Nach eigener Einschätzung ist Dershowitz »als gestandener Professor, der bereit ist, seine Stimme für Israel zu erheben, ganz allein auf weiter Flur«.[3] Das zu hören dürfte einige seiner Harvard-Kollegen[4] und überhaupt jeden, der die universitären Gepflogenheiten kennt, einigermaßen überraschen. Wie dem auch sei, Dershowitz hat sich mit *Plädoyer für Israel* ein hohes Ziel gesteckt: Er will nicht nur mit den Lügen aufräumen, die die erklärten Feinde Israels in Umlauf bringen, sondern auch all jene Unwahrheiten aus der Welt schaffen, »die sogar viele israelische Friedensaktivisten zu akzeptieren bereit sind«[*], und er weiß auch, wie er dieses Ziel erreichen will. Er

[*] Diese Aussage fehlt in der deutschen Ausgabe (siehe *The Case for Israel,* S. 220); Anm. d. Ü.

gedenke seine Aussagen »mit Fakten und Zahlen zu belegen …, die zum Teil durchaus überraschen werden – vor allem jene überraschen werden, die ihre Informationen aus voreingenommenen Quellen beziehen« (S. 17). Dabei »verlasse ich mich«, so Dershowitz, »im allgemeinen nicht auf israelfreundliche, sondern hauptsächlich auf objektive und zuweilen – zur besonderen Betonung meines Arguments – sogar auf ausgesprochen israelfeindliche Quellen« (S. 25).

Man darf Dershowitz' Beteuerung, sein Buch gebe dem Leser »direkte und wahrheitsgemäße Erwiderungen auf falsche Anschuldigungen an die Hand«, jedoch nicht für bare Münze nehmen. Es kommt nicht von ungefähr, daß *Plädoyer für Israel* bei Amazon.com gern im Doppelpack mit Joan Peters' Buch *Froom Time Immemorial* angeboten wird. Peters' Buch wurde 1984 veröffentlicht, nachdem Israel im Zuge der Libanoninvasion sein erstes großes Public-Relations-Debakel erlebt hatte. Dershowitz' Buch wurde 2003 veröffentlicht, nachdem Israel im Zuge der zweiten Intifada eine weitere Public-Relations-Katastrophe zu verkraften hatte. Beide Bücher verfolgen die Absicht, die Moral getreuer Zionisten zu stärken. Auch der Modus operandi ist in beiden Fällen derselbe: Beide Bücher kommen im wissenschaftlichen Gewand daher, gehen mit den Quellen jedoch höchst unwissenschaftlich um. Was Dershowitz betrifft, muß man allerdings einschränkend hinzufügen, daß diese Aussage nur in bezug auf die wenigen Fälle gilt, in denen er überhaupt seriöse Quellen zu Rate zieht: Während sich Peters exzellent darauf verstand, Primärquellen für ihre Zwecke zurechtzubiegen, besteht Dershowitz' Spezialität darin, absurde Quellen zu zitieren oder gleich ganz auf Quellen zu verzichten und sich flugs selbst etwas auszudenken. Dershowitz verläßt sich darauf, daß er, der doch schließlich den prestigeträchtigen Felix-Frankfurter-Lehrstuhl an der Harvard Law School innehat, soviel Autorität besitzt, daß er es sich leisten kann, auf seriöse Quellen fast ganz zu verzichten.

Um Zweifel an der Stichhaltigkeit seiner Argumente gar nicht erst aufkommen zu lassen, streut Dershowitz hin und wieder so elegante Formulierungen ein wie: »Es ist dies ein Fakt, der unter vernünftigen Menschen noch nicht einmal diskutiert werden muß« (S.26). Oder: »Kein vernünftiger Mensch … wird sich über die Fakten streiten wollen« (S. 27). Oder: »Das ist schlicht eine historische Tatsache« (S. 127). Oder: »Es handelt sich hier um unbestreitbare historische Fakten, an denen kein vernünftiger Mensch zweifeln wird« (S. 129). Wenn Beteuerungen dieser Art überhaupt irgendeinen Zweck erfüllen, dann allenfalls den, den Leser mit der Nase drauf zu stoßen, daß der Wahrheitsgehalt der betreffenden Behauptung aller Wahrscheinlichkeit nach gegen null tendiert. Auf seine Lesereise anläßlich der Veröffentlichung von *Plädoyer für Israel* angesprochen berichtete Dershowitz: »Egal, wo ich meine Vorträge halte – meistens sagen die Studenten hinterher zu mir, ›Das haben wir ja gar nicht gewußt‹.«[5] Das könnte damit zusammenhängen, daß vieles von dem, was Dershowitz erzählt, nie stattgefunden hat. Bei einer Fernsehdiskussion über sein Buch versprach Dershowitz, »der PLO 10 000 Dollar zu geben«, wenn es seinem Gesprächspartner (oder irgend jemandem sonst) gelänge, »in meinem Buch eine einzige historische Tatsache zu finden, die nachweislich falsch ist«.[6] Die wahre Herausforderung besteht indes darin, in *Plädoyer für Israel* überhaupt irgendeine historische Tatsache von Bedeutung zu finden.[7]

In seinem Buch geht es Dershowitz vor allem darum, Israels Umgang mit den Menschenrechten zu verteidigen. Er hat sich vorgenommen,

> die These zu belegen, daß keine andere Nation der Weltgeschichte, die sich – weder von innen noch außen – vergleichbaren Bedrohungen ausgesetzt sah, größere Anstrengungen unternommen hat, [ihre] hohen Grundsätze

> hinsichtlich [der] Herrschaft des Rechts zu erfüllen, und daß keine andere Nation diesem Ziel näher gekommen ist als der jüdische Staat. Und dennoch hat die internationale Gemeinschaft die ganze Weltgeschichte hindurch keine andere zivilisierte Nation … wiederholt derart unfair und scheinheilig verurteilt und kritisiert. Fazit dieser Tatsache ist, daß die *Kluft* zwischen Israels *tatsächlicher* und *vermeintlicher* Bilanz in Sachen Rechtsherrschaft größer ist als bei irgendeiner anderen Nation der Geschichte. (S. 352; Hervorhebungen im Original)

Es scheint in der Tat eine ziemlich tiefe Kluft zu sein, die sich da auftut, denn nach Meinung von Dershowitz ist Israels Menschenrechtsbilanz »im allgemeinen herausragend« (S. 325). Um diese These zu beweisen, muß Dershowitz allerdings ein schwieriges Hindernis überwinden. Seit den späten 1970er Jahren, und verstärkt seit dem Aufstand der Jahre 1987 bis 1993, als sich Israels Menschenrechtsverletzungen in den besetzten palästinensischen Gebieten nicht länger ignorieren ließen, wird das israelische Vorgehen von mehreren Menschenrechtsorganisationen unter die Lupe genommen, und zwar sowohl von Organisationen mit Sitz in Israel – so dem Israelischen Informationszentrum zur Lage der Menschenrechte in den besetzten Gebieten (B'Tselem), dem Antifolterkomitee »Public Committee against Torture in Israel« (PCATI) und der Ärzteorganisation »Physicians for Human Rights – Israel« (PHR-Israel) – als auch von Organisationen mit globalem Mandat wie Amnesty International und Human Rights Watch. Darüber hinaus wird der Umgang Israels mit den Menschenrechten auch von Einrichtungen der Vereinten Nationen sowie von anderen Institutionen, die generell mit der Überwachung des internationalen Menschenrechtsschutzes befaßt sind, beobachtet. Obwohl all diese unabhängigen Organisationen ihre eigenen Mitarbeiter ins Feld schicken und eigenständig recherchieren, sind ihre

Ergebnisse in bezug auf Israel und die besetzten Gebiete oft kaum voneinander zu unterscheiden. Das gilt für die einzelnen registrierten Vorfälle ebenso wie für deren rechtliche Interpretation, und es gilt für den Gesamteindruck ebenso wie für die Details.

Amnesty International schreibt in einer Studie zu Menschenrechtsverletzungen während der zweiten Intifada: »Es hat eine Vielzahl von Untersuchungen zur Situation in Israel und in den besetzten Gebieten gegeben – durch die Vereinten Nationen … ebenso wie durch internationale und lokale Menschenrechtsorganisationen. Die Ergebnisse, zu denen diese Institutionen gelangten, und die Empfehlungen, die sie in ihren Abschlußberichten aussprachen, zeugen von einem bemerkenswerten Konsens.«[8] Dershowitz' Problem besteht darin, daß diese Ergebnisse, die den Konsens aller Menschenrechtsorganisationen widerspiegeln, nicht geeignet sind, seine These von der »im allgemeinen herausragenden« israelischen Menschenrechtsbilanz zu stützen. Ganz im Gegenteil. Die grundlegendste und aufschlußreichste Erkenntnis in bezug auf die Menschenrechtskapitel in *Plädoyer für Israel* ist, *daß Dershowitz zur Bekräftigung seiner Thesen kein einziges Mal auf Aussagen der bekannten Menschenrechtsorganisationen verweist.* Nicht daß er gern darauf verzichtete, aber da war nun einmal nichts zu machen. Und so mußte er sich zur Bekräftigung seiner Thesen notgedrungen auf Quellen beziehen, deren Einseitigkeit offenkundig ist. Das, was die Quellen nicht hergaben, dachte er sich unter dreister Mißachtung wissenschaftlicher Gepflogenheiten kurzerhand selbst aus. Hätte Dershowitz seine Ausführungen auf die Erkenntnisse der bekannten Menschenrechtsorganisationen gestützt, hätte er sich wohl oder übel einen anderen Buchtitel ausdenken müssen, denn ein Plädoyer für Israel wäre das nicht geworden.

Nicht genug damit, daß Dershowitz die Menschenrechtsberichte systematisch ignoriert – er gibt sich auch alle Mühe, die

Organisationen selbst zu diskreditieren, um sein eigenes Vorgehen zu rechtfertigen. Denn erstens ist seine These, solange die Glaubwürdigkeit dieser Organisationen unangetastet bleibt, unhaltbar, und zweitens sind ihm diese Organisationen, die sich ja dem Schutz der Menschenrechte verschrieben haben, ein Dorn im Auge. An diesen beiden Punkten wird schon sichtbar, worin Dershowitz' Dilemma besteht. »Die Parteinahme für Israel kann und sollte nicht um den Preis von Kompromissen bei den Prinzipien Gerechtigkeit, Egalitarismus, bürgerliche Freiheiten und Liberalismus erfolgen, sondern auf diese erhabenen Prinzipien Bezug nehmen«, schrieb Dershowitz in seiner Autobiographie *Chuzpe.*[9] Da er sich liberal gibt und den Ruf eines Bürgerrechtlers genießt, ist Dershowitz verpflichtet, »diese erhabenen Prinzipien« zu verteidigen, doch als treuer »Freund« Israels bleibt ihm gar nichts anderes übrig, als sie über den Haufen zu werfen: Die israelische Besatzung ist auf rohe Gewalt angewiesen; wenn anerkannt würde, daß das Völkerrecht in den besetzten palästinensischen Gebieten Anwendung finden muß – und wenn es dann vor allen Dingen auch durchgesetzt würde –, ließe sich die Besatzung nicht länger aufrechterhalten. So kommt es, daß Dershowitz, während er in den Vereinigten Staaten den großen Bürgerrechtler mimt und die israelische Politik im Namen der genannten Prinzipien rechtfertigt, nichts anderes tut, als unablässig die schlimmsten israelischen Menschenrechtsverletzungen zu verteidigen.

Um zu demonstrieren, daß Amnesty International, was die Objektivität angeht, »die Nagelprobe nicht bestanden« hat, zitiert Dershowitz zweimal eine Zeitungskolumne, in der zu lesen war, daß eine Amnesty-Vertreterin bei einer UN-Konferenz fälschlicherweise behauptet habe, unter den palästinensischen Selbstmordattentätern seien keine Minderjährigen gewesen (S. 211, 312). Da weder Dershowitz noch die Kolumnistin die betreffende Amnesty-Sprecherin beim Namen nennt, läßt sich die Aussage nicht verifizieren. In den vorbereiteten

Stellungnahmen und offiziellen Wortmeldungen von Amnesty – also in den Konferenzbeiträgen, die wirklich zählen und die im übrigen auch jeder nachlesen kann – ist eine solche Behauptung nicht enthalten. Nehmen wir einmal an, diese im Kontrast zum überprüfbaren Material stehende angebliche Äußerung wäre tatsächlich gefallen – was würde sie schon beweisen? Allenfalls, daß eine Amnesty-Vertreterin in einem informellen Rahmen eine unzutreffende Bemerkung gemacht hat.[10] Dershowitz behauptet auch, Amnesty habe in bezug auf die israelische Folterpraxis gelogen – dabei ist er derjenige, der die Tatsachen nach Belieben verdreht (siehe Kapitel 6).

Im Falle der israelischen Organisation B'Tselem behauptet Dershowitz sogar, daß es dieser überhaupt nicht um die »Menschenrechte« gehe: »Sie untersucht ja nur Israel und die [palästinensischen] Gebiete.« In seiner Autobiographie hatte Dershowitz der angesehenen palästinensischen Menschenrechtsorganisation Al-Haq ähnliches vorgeworfen. Dort hielt er Menschenrechtsorganisationen, die nur »ihre beschränkten Interessen propagieren« und »die selbstsüchtige Vertretung ihrer eigenen Rechte und Interessen« im Auge haben, authentische »Organisationen für *Menschenrechte*« entgegen, die sich um »die universalen Rechte *aller* Menschen« kümmern, so etwa die »Anti-Defamation League« (Hervorhebungen im Original).[11] Sparen wir uns den Kommentar zu Dershowitz' Beispiel einer authentischen Menschenrechtsorganisation, das schon für sich genommen Bände spricht.[12] Halten wir an dieser Stelle nur fest, daß Dershowitz nach dieser Logik auch einwenden müßte, daß die ACLU [»Amerikanische Bürgerrechtsvereinigung«] keine echte Bürgerrechtsorganisation ist, weil sie sich nur um *amerikanische* Bürgerrechte kümmert, und daß die NAACP [»Nationale Vereinigung zur Förderung Farbiger«] keine echte Bürgerrechtsorganisation ist, weil sie sich nur um die Belange von *Schwarzen* kümmert. Interessanterweise verkneift sich Dershowitz jeden gehässigen Kommentar zu Human

Rights Watch, obwohl diese Organisation ebenso hohes Ansehen genießt wie Amnesty und obwohl deren Berichte über Israel und die besetzten palästinensischen Gebiete dieselben vernichtenden Schlußfolgerungen enthalten wie die Amnesty-Berichte. Nach dem Grund für dieses Stillschweigen muß man nicht lange suchen. Human Rights Watch ist eine Organisation, die ihren Sitz in *Amerika* hat; viele ihrer führenden Mitglieder gehören zur Prominenz des Establishments. Um diese Leute als antisemitisch hinzustellen, bedürfte es schon *echter* Chuzpe, nicht der billigen Kopie, die für Dershowitz zum einträglichen Geschäft geworden ist.

Ginge es in den folgenden Kapiteln dieses Buches allein darum, Dershowitz zu »entlarven«, wäre ihr Wert doch arg begrenzt. Meine Absicht ist es vielmehr, *Plädoyer für Israel* als Aufhänger zu benutzen, um die Menschenrechtsfragen des israelisch-palästinensischen Konflikts zu erörtern. Auf den folgenden Seiten gebe ich einen umfassenden Überblick über Israels Umgang mit den Menschenrechten, wie er von den bekannten Menschenrechtsorganisationen ermittelt wurde. Anhand einzelner Beispiele mache ich deutlich, welche Diskrepanz zwischen dem Konsens dieser Organisationen und der Dershowitz'schen Schilderung der Menschenrechtslage besteht. Wenn Wahrheit und Gerechtigkeit die stärksten Waffen im Arsenal der Unterdrückten sind, dann stellen die vielfältigen Berichte dieser Menschenrechtsorganisationen die am stärksten vernachlässigte Ressource im Kampf um eine gerechte Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts dar, denn offenbar werden diese Berichte nur selten gelesen und so gut wie nie zitiert. Daß es denjenigen, die Israel blind verteidigt sehen wollen, gelingt, bezüglich der israelischen Menschenrechtsbilanz so viele Mythen zu produzieren und diese als Fakten zu verkaufen, liegt vor allen Dingen daran, daß diese absolut zuverlässigen Berichte weitgehend unbeachtet bleiben und vielerorts nur als Staubfänger dienen. Wäre der Inhalt die-

ser Menschenrechtsberichte allgemein bekannt, würden sich die Leute bezüglich der Frage, ob Israels Besatzung moralisch vertretbar ist oder nicht, keine Illusionen mehr machen.

Kapitel 4

Unreinheit der Waffen*

Während der ersten Wochen der zweiten Intifada, die im September 2000 begann, betrug das Verhältnis von palästinensischen zu israelischen Todesopfern 20 zu 1. Die überwiegende Mehrheit der Palästinenser kam »bei Demonstrationen ums Leben, und zwar in Situationen, in denen das Leben von Angehörigen der [israelischen] Sicherheitskräfte nicht in Gefahr war« (Amnesty International).[1] Für die ersten drei Jahre der zweiten Intifada (September 2000 bis einschließlich November 2003) hat B'Tselem die folgenden Daten zusammengetragen:

Palästinenser	**Israelis**
2236 Palästinenser, darunter 428 Minderjährige, wurden in den besetzten Gebieten von israelischen Sicherheitskräften getötet.	196 israelische Zivilisten, darunter 30 Minderjährige, wurden in den besetzten Gebieten von Palästinensern getötet.
32 Palästinenser, darunter drei Minderjährige, wurden in den besetzten Gebieten von israelischen Zivilisten getötet.	178 Angehörige der israelischen Sicherheitskräfte wurden in den besetzten Gebieten von Palästinensern getötet.

* Dies bezieht sich auf den Moralkodex der israelischen Armee: »Reinheit der Waffen«; Anm. d.Ü.

48 in den besetzten Gebieten wohnhafte Palästinenser, darunter ein Minderjähriger, wurden in Israel von israelischen Sicherheitskräften getötet.	376 israelische Zivilisten, darunter 74 Minderjährige, wurden in Israel von Palästinensern aus den besetzten Gebieten getötet.
	77 Angehörige der israeli--schen Sicherheitskräfte wurden in Israel von Palästinensern aus den besetzten Gebieten getötet.
Gesamt: 2316	Gesamt: 827

Die Gesamtzahl aller palästinensischen Opfer wäre sogar noch um einiges höher anzusetzen: So sind beispielsweise »Palästinenser, die starben, weil sie aufgrund der eingeschränkten Bewegungsfreiheit nicht rechtzeitig ärztlich behandelt werden konnten«, in dieser Statistik »nicht enthalten«. Für den Zeitraum vom Beginn der ersten Intifada (Dezember 1987) bis Ende Mai 2003 hat B'Tselem 3650 palästinensische und 1142 israelische Todesopfer gezählt.[2]

Opferzahlen

Alan Dershowitz stellt den Wert dieser Zahlen in Frage. Dazu führt er drei Argumente an, die er mehrfach wiederholt:

- Wer behauptet, daß während der zweiten Intifada dreimal mehr Palästinenser als Israelis getötet wurden, »übersieht dabei geflissentlich«, so Dershowitz, »daß palästinensische Terroristen Tausende weitere Israelis zu töten *versucht* hatten« – schließlich sei es den israelischen Behörden gelungen,

eine Vielzahl von Anschlägen zu verhindern (S. 31, 201 f.; Hervorhebung NGF). Doch wie die israelische Zeitung *Maariv* unter Berufung auf israelische Geheimdienstkreise berichtet, »hat die israelische Armee während der ersten Tage der Intifada in Judäa und Samaria* rund 700 000 und im Gazastreifen rund 300 000 Kugeln und andere Munition verschossen. Insgesamt wurden etwa eine Million Kugeln und andere Geschosse verbraucht.« Die israelische Armee spendierte also, um es mit den Worten eines israelischen Offiziers auszudrücken, »jedem Kind eine Kugel«.[3] Sollen wir diese verschossene Munition mit aufführen, um zu belegen, daß die israelische Armee *versucht* hat, während der ersten Tage der Intifada eine Million palästinensischer Kinder zu töten? Zu den »etwa 2000« Palästinensern, die während der zweiten Intifada getötet wurden, zählen, so Dershowitz, auch »mutmaßliche Kollaborateure …, die von ihren eigenen Leuten hingerichtet« wurden, ja sogar die Selbstmordattentäter selbst (S. 31f., 201, 204). Doch B'Tselem zählt die mutmaßlichen Kollaborateure keineswegs mit zu den Opfern; zudem weist B'Tselem ausdrücklich daraufhin, daß »Palästinenser, die durch einen selbstgezündeten oder an ihrem Körper befindlichen Sprengsatz getötet wurden, in diesen Zahlen nicht enthalten sind«. Dershowitz bemängelt außerdem, daß die Opferstatistik auch »bewaffnete« Palästinenser berücksichtigt (S. 204); daß sie aber gleichzeitig auch die Opfer aus den Reihen der israelischen Sicherheitskräfte berücksichtigt, deren Zahl fast ein Drittel aller getöteten Israelis ausmacht, stört ihn nicht.

»Zählt man nur unschuldige Zivilisten«, so Dershowitz, »sieht das Verhältnis gleich ganz anders aus, denn dann sind mehr Israelis umgekommen als Palästinenser« (S. 32, 205-

* Mit »Judäa und Samaria« ist das Westjordanland gemeint; Anm. d. Ü.

207,237). Sein einziger Beleg für diese Behauptung ist »eine interne Analyse« der israelischen Armee (S. 205). Doch nicht nur B'Tselem, auch Amnesty International ist zu dem Ergebnis gekommen, daß während der zweiten Intifada dreimal mehr Palästinenser als Israelis getötet wurden. Amnesty berichtet: »Auf beiden Seiten besteht die überwiegende Mehrheit der Toten und Verwundeten aus unbewaffneten Zivilisten und Unbeteiligten.«[4] Selbst wenn wir einmal annehmen, das 51 Prozent der palästinensischen und 100 Prozent der israelischen Opfer Zivilisten waren – was, wie wir wissen, nicht der Fall ist –, bleibt es bei der Feststellung, daß auf palästinensischer Seite sehr viel mehr Zivilisten getötet wurden als auf israelischer Seite.

Tötungsabsicht

Dershowitz behauptet mehrfach, daß man den Tod eines Palästinensers nicht mit dem Tod eines Israelis vergleichen könne, da ein Israeli, der einen Palästinenser töte, ohne Vorsatz handle. Wenn ein Israeli einen Palästinenser töte, dann allenfalls »unbeabsichtigt« oder »versehentlich« (S.32, 197, 201, 208, 304, 307). Dershowitz belegt seine Behauptung wie folgt: »Wenn [ein Israeli] versehentlich einen Zivilisten tötet, so fuhrt das zu interner Kritik, zu Untersuchungsausschüssen und manchmal sogar zur Bestrafung« (S. 208). Dershowitz weist auf einen Fall hin, bei dem ein israelischer Soldat dafür, daß er einen palästinensischen Jungen getötet hatte, für »49 Tage ins Gefängnis« mußte (S. 404 Anm. 21) - was in der Tat eindrucksvoll belegt, welchen Wert Israel dem Leben eines Palästinensers beimißt. Dershowitz hätte ebensogut den folgenden beispielhaften Fall nennen können: »Das Jerusalemer Bezirksgericht … verurteilte Nahum Korman, einen 37jährigen Israeli, zu sechs Monaten gemeinnütziger Arbeit, nachdem er ein elfjähriges palästinen-

sisches Kind namens Hilmi Shawasheh getötet hatte. Zusätzlich mußte er zur Strafe 70 000 Schekel [ca. 13 000 Euro] an die Familie des Opfers zahlen. Dieses Strafmaß steht im krassen Gegensatz zu der sechseinhalbjährigen Gefängnisstrafe, die Suad Hilmi Ghazal, einer aus dem nahe Nablus gelegenen Dorf Sebastia stammenden Palästinenserin, auferlegt wurde. Diese war jm Dezember 1998 – im Alter von 15 Jahren und zu einer Zeit, in der sie mit psychologischen Problemen zu kämpfen hatte – mit dem Messer auf einen israelischen Siedler losgegangen und hatte diesen verletzt.« Dershowitz hätte auch den Fall eines israelischen Soldaten anführen können, der, nachdem er »eine 95-jährige Palästinenserin gelötet hatte, … eine Haftstrafe von 65 Tagen« erhielt.[5] Diese lächerlichen Urteile wurden lediglich in den – äußerst seltenen, jedoch meist von großem Medienrummel begleiteten – Fällen gesprochen, die *überhaupt* strafrechtlich verfolgt wurden. Unter der Überschrift »Al-Aqsa-Intifada: Erste Verurteilung eines Israelis, der den Tod eines Palästinensers verschuldet hat«, berichtet B'Tselem von dem folgenden Fall: »Am 3. Mai 2004 verurteilte ein Militärgericht Hauptmann Zvi Kortzky zu zwei Monaten Gefängnis, vier Monaten Arbeitsdienst beim Militär und sechs Monaten auf Bewährung. Er war für schuldig befunden worden, Muhammad Zid, 16, erschossen zu haben … Dies ist das erste Mal während der Al-Aqsa-Intifada, daß ein israelischer Soldat für die fahrlässige Tötung‹ eines Palästinensers verurteilt wurde … Die Verurteilung von Hauptmann Kortzky ist eine von nur drei Verurteilungen in Fällen, in denen Zivilisten getötet oder verwundet wurden … In lediglich 72 Fällen, in denen Zivilisten getötet oder schwer verwundet wurden, hat [Israel] militärpolizeiliche Ermittlungen eingeleitet. Bei nur 13 dieser Fälle kam es zu einer Anklage, und in lediglich drei Fällen wurde der Angeklagte auch verurteilt. Kortzky hat einen Minderjährigen getötet, der zu Hause saß und für die Soldaten keinerlei Gefahr darstellte; angesichts des milden Urteils drängt

sich der Verdacht auf, daß das Leben eines Palästinensers wertlos ist.«[6]

Der Konsens der Menschenrechtsorganisationen, der in der folgenden Übersicht zum Ausdruck kommt, lautet, daß die israelischen Sicherheitskräfte in den besetzten Gebieten rücksichtslos Gewalt angewandt haben und sich dabei nicht im geringsten um den Verlust von Menschenleben scherten. B'Tselem ist zu der Schlußfolgerung gelangt: »Wenn so viele Zivilisten getötet und verwundet werden, ist die Frage, ob Absicht dahintersteckt oder nicht, irrelevant; Israel hat es zu verantworten.«[7] Hinzu kommt, wie Amnesty International feststellt, daß Israel die Möglichkeit hätte, die Gewaltanwendung erheblich zu reduzieren: »Daß die israelischen Sicherheitskräfte durchaus in der Lage sind, bei Einsätzen gegen gewalttätige Demonstranten ohne den Gebrauch von Schußwaffen auszukommen, haben sie bei Ausschreitungen jüdischer Gruppen bewiesen … Bei Veranstaltungen jüdischer Gruppen ist noch nie auf Demonstranten geschossen worden, auch nicht mit Gummigeschossen.«[8] Eine weitere Schlußfolgerung von Amnesty International soll an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben – sie betrifft die Verantwortung der Vereinigten Staaten für die fortwährenden Greueltaten: »Die überwiegende Mehrheit der Fälle, in denen Palästinenser in Israel oder in den besetzten Gebieten ungesetzlichen Tötungen zum Opfer fielen oder verwundet wurden, ist darauf zurückzuführen, daß die israelische Armee ein Übermaß an Gewalt angewandt hat. Zudem hat die israelische Armee übermäßige Härte demonstriert, als sie bei Raketenangriffen US-Hubschrauber einsetzte, obwohl niemandes Leben unmittelbar bedroht war. Auch hat Israel Kampfhubschrauber eingesetzt, um außergerichtliche Hinrichtungen zu vollstrecken und Angriffe zu fliegen, die dazu führten, daß Zivilisten, darunter auch Kinder, getötet wurden. Viele seiner Kampfhubschrauber und Ersatzteile bezieht Israel von den USA, Kanada und Großbritannien.«[9]

Die Anwendung tödlicher Gewalt durch Israel in den besetzten palästinensischen Gebieten

Human Rights Watch

Quelle: *Investigation into the Unlawful Use of Force in the West Bank, Gaza Strip and Northern Israel,* New York 2000, S. 1.

»[Human Rights Watch] hat beobachtet, daß die israelische Armee wiederholt nach einem ganz bestimmten Muster vorgegangen ist: Bei Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und palästinensischen Demonstranten hat die Armee ein Übermaß an Gewalt angewandt, und zwar in Situationen, in denen die Demonstranten unbewaffnet waren und weder das Leben der Sicherheitskräfte (oder Unbeteiligter) gefährdeten noch irgend jemanden ernsthaft zu verletzen drohten. In den Fällen, in denen unsere Ermittlungen ergaben, daß palästinensische Sicherheitskräfte oder bewaffnete Demonstranten tatsächlich von Schußwaffen Gebrauch gemacht hatten, hatte die israelische Armee tödliche Gewalt angewandt, die nicht gegen die eigentliche Bedrohung gerichtet, sondern willkürlich war. Auf diese Weise das Gesetz durchzusetzen ist völkerrechtswidrig.«[10]

Amnesty International

Quelle: *Excessive Use of Lethal Force,* London 2000, S. 5-6.

»Die meisten Menschen, die getötet wurden, hatten an Demonstrationen teilgenommen, bei denen abgesehen von Steinen keinerlei Waffen eingesetzt wurden … Unter den Verletzten und Getöteten gab es einen hohen Anteil an Kindern. (Die Kinder nehmen üblicherweise an den Demonstrationen teil, bei denen sie dann oft mit Steinen werfen.) Auch Passanten, Krankenwagenpersonal und Leute, die zu Hause geblieben waren, wurden getötet. Manche Personen waren offenbar Opfer von Geschossen, die ihr eigentliches Ziel verfehlten, doch in zahlrei-

chen Fällen … scheinen die Opfer gezielt unter Beschuß genommen worden zu sein. Bei vielen Fällen, in denen Kinder getötet wurden, drohte weder akut tödliche Gefahr noch bestand Grund zu der Annahme, daß die Situation eskalieren würde.«[11]

B'Tselem

Quelle: *Trigger Happy: Unjustified Shootingand Violation of the Open-Fire Regulations during the al-Aqsa Intifada,* Jerusalem 2002, S.7, 11-13, 16,39-41.

»Die Vorschriften [zum Gebrauch von Schußwaffen] erlauben es anscheinend, daß in Situationen geschossen wird, in denen keine konkrete und akut lebensgefährliche Bedrohung auszumachen ist, ja selbst in Situationen, in denen überhaupt keine tödliche Gefahr besteht.«[12]
»Das Ermittlungsteam der Militärpolizei hat bei Verstößen gegen die Schußwaffenverordnungen fast gar keine Ermittlungen eingeleitet… In den Fällen, die militärpolizeilich untersucht wurden, waren die Ermittler weder aufrichtig noch ernsthaft um Wahrheitsfindung bemüht… In nur zwei Fällen wurde Anklage wegen unberechtigten Schußwaffengebrauchs erhoben, und in beiden Fällen war seit dem Vorfall bereits mehr als ein Jahr vergangen.«[13]
»Während der ersten Monate der Al-Aqsa-Intifada haben Palästinenser Hunderte von Demonstrationen organisiert … Bei den allermeisten dieser Demonstrationen wurden von palästinensischer Seite keinerlei Schüsse abgegeben. Die Soldaten haben auf diese Demonstrationen mit übertriebener, unangemessener Gewalt reagiert, weswegen viele Menschen, darunter auch Kinder, getötet wurden.«
»[Die Vorschriften] … erlauben es den Soldaten, automatisch auf jeden Palästinenser zu schießen, der sich im Gazastreifen in die Nähe sogenannter ›Gefahrenzonen‹ begibt … Letztlich bedeutet es für jede Person, die sich – ob absichtlich oder aus

Versehen – einer Siedlungsumzäunung, bestimmten Straßen oder dem Grenzzaun nähert, das Todesurteil … Ein solcher Befehl ignoriert im übrigen völlig, daß viele Palästinenser nur deshalb versuchen, heimlich über die israelische Grenze zu gelangen, weil sie Arbeit suchen, und nicht, weil sie israelischen Soldaten oder Zivilisten etwas antun wollen.«

Dershowitz versucht anhand einzelner Beispiele zu beweisen, daß Israel bei der Anwendung von Gewalt in den besetzten palästinensischen Gebieten Milde walten läßt. Die folgenden Abschnitte »Keinerlei Hinweise«, »Möglichst wenige Tote« und »Unnötige Opfer vermeiden« machen deutlich, wieviel von Dershowitz' Argumenten zu halten ist. Die beiden anschließenden, mit »Abtreibung nach Terroristenart« und »Teuflische Pläne« überschriebenen Abschnitte zeugen von Dershowitz' Phantasiereichtum: Hier versucht er zu beweisen, daß die Bedrohung, der sich Israel ausgesetzt sieht, so abgrundtief böse ist, daß der Armee bedauerlicherweise gar nichts anderes übrigbleibt, als tödliche Gewalt anzuwenden.

Keinerlei Hinweise

Um zu beweisen, daß Israelis Palästinenser nicht mit Absicht töten, merkt Dershowitz in *Plädoyer für Israel* (S. 205) mit Bezug auf die israelische Belagerung Jenins im April 2002 an:

> Es gibt keinerlei Hinweise darauf, daß israelische Soldaten dabei auch nur einen einzigen Zivilisten getötet haben.

In einer umfangreichen Studie über die militärischen Operationen in Jenin hat Human Rights Watch festgestellt, daß »viele der getöteten Zivilisten« von der israelischen Armee »vorsätzlich und auf ungesetzliche Weise getötet wurden«. Ein Bei-

spiel: »Am 10. April wurde Kamal Zgheir, ein 57jähriger, an den Rollstuhl gefesselter Mann, auf einer der Hauptstraßen außerhalb des Flüchtlingslagers unter Beschuß genommen und von einem Panzer überrollt, und das, obwohl an seinem Rollstuhl eine weiße Fahne angebracht war.«[14] Ebenso hat Amnesty International in einer umfangreichen Studie über die militärischen Operationen in Jenin und Nablus viele Fälle dokumentiert, »in denen die Umstände, unter denen diese Menschen getötet oder verwundet wurden, die Vermutung nahelegen, daß sie nicht nur auf ungesetzliche Weise, sondern auch vorsätzlich angegriffen wurden«. Ein Beispiel: »Am 6. April 2002 wurde der 33jährige Jamal al-Sabbagh von israelischen Soldaten erschossen, nachdem sie ihn in Gewahrsam genommen hatten«, und das, obwohl er laut einer Zeugenaussage »unbewaffnet gewesen war und für die Soldaten, die ihn festgenommen hatten, keinerlei Gefahr darstellte«.[15]

In *Plädoyer für Israel* (S. 235) behauptet Dershowitz außerdem, die Belagerung Jenins gelte »vielen als Vorbild für das Vorgehen gegen Terroristen, die sich unter der städtischen Zivilbevölkerung verstecken«. Human Rights Watch gelangte zu der folgenden Erkenntnis: »Während ihres Einmarschs in das Flüchtlingslager Jenin hat sich die israelische Armee schwerwiegender Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht schuldig gemacht; bei einigen dieser Verstöße handelt es sich *prima facie* um Kriegsverbrechen.« Amnesty International gelangte ebenfalls zu der Erkenntnis, daß »die israelische Armee bei ihren Aktionen gegen den internationalen Menschenrechtsschutz und das humanitäre Völkerrecht verstoßen hat; manche dieser Aktionen stellen Kriegsverbrechen dar«.[16]

Möglichst wenige Tote

Um zu zeigen, wie umsichtig Israel agiert, wenn es darum geht, das Leben der Palästinenser zu schonen, merkt Dershowitz in *Plädoyer für Israel* (S. 208) an:

> So versucht Israel nach Möglichkeit, Gummigeschosse und andere nichttötende Waffen einzusetzen, und israelische Soldaten versuchen auf die Beine zu zielen.

Eine im November 2000 erschienene Studie der Ärzte-Organisation »Physicians for Human Rights« (PHR) hat ergeben, daß im Gazastreifen »fast allen Opfern in den Kopf geschossen worden war. Es gab einige Opfer, die in den Rücken getroffen beziehungsweise von hinten erschossen worden waren, und in einem Fall gab es Indizien, die darauf hindeuteten, daß das Opfer am Boden lag, als es erschossen wurde … In einigen dieser Fälle konnte PHR nachweisen, daß die israelische Armee im Vorfeld der Schüsse keiner unmittelbaren Gefahr ausgesetzt gewesen war.« PHR schrieb, daß »sich die durch Schnellfeuerwaffen verursachten Wunden in den Beinen – vor allem in den Oberschenkeln – als typisch erwiesen. Diese Wunden heilen nur sehr schwer … Die meisten Opfer… werden bleibende Schäden davontragen … Viele der Opfer, denen solche Wunden zugefügt wurden, hatten allerhöchstens Steine geworfen.« PHR kam zu folgendem Schluß: »Angesichts der zahlreichen Kopf- und Augenverletzungen sowie des hohen Anteils von Oberschenkelwunden und Kopfschüssen mit Todesfolge und schließlich der Tatsache, daß über einen Zeitraum von mehreren Wochen ähnliche Aktionen zu beobachten waren, lassen sich zwei beunruhigende Handlungsmuster erkennen: 1.) Israelische Soldaten schießen nicht nur in lebensbedrohlichen Situationen; 2.) Israelische Soldaten zielen auf Kopf und Oberschenkel, und sie tun dies in der Absicht, jemanden zu verletzen

beziehungsweise zu töten, und nicht, weil sie sein Leben schonen und Verletzungen vermeiden wollen.«[17] In einer Studie vom März 2002 zitierte B'Tselem den Mann, der die für den Einsatz von Gummigeschossen notwendige Vorrichtung entwickelt hat, Generalmajor Mickey Levi. Gummigeschosse gehören, wie er sagte, »nicht in die Kategorie ›Nichttödlich‹«. Die B'Tselem-Studie gibt auch Aussagen israelischer Soldaten wieder, die belegen, daß »viele Soldaten ihre Gummigeschosse präparieren, um möglichst sicherzugehen, daß sie ihre tödliche Wirkung entfalten«.[18] Amnesty International schrieb in einer im Oktober 2002 veröffentlichten Studie, daß die israelische Armee Gummigeschosse »regelmäßig« gegen demonstrierende Kinder einsetzt und daß »der vorgeschriebene Mindestabstand bei weitem nicht eingehalten wird … Das Verletzungsschema läßt erkennen, daß die übliche Praxis der israelischen Armee nicht darin besteht, Demonstranten in die Beine zu schießen, denn die Mehrzahl von Verletzungen, die Kindern durch Gummigeschosse zugefügt wurden, betrafen Kopf und Oberkörper.« Amnesty gelangte zu der folgenden Schlußfolgerung: »Die hohe Anzahl von Kindern, die während der letzten zwei Jahre in den gesamten besetzten Gebieten von der israelischen Armee getötet oder verletzt wurden, sowie die Tatsache, daß den meisten getöteten oder verletzten Kindern in den Kopf oder in den Oberkörper geschossen wurde, machen deutlich, daß die israelische Armee beständig gegen internationale Standards verstößt, die die Anwendung von Gewalt und den Gebrauch von Schußwaffen reglementieren.«[19]

Unnötige Opfer vermeiden

Um zu beweisen, »daß Verhältnismäßigkeit und Vermeidung unnötiger Opfer unter der Zivilbevölkerung für Israel mehr als nur hohle Worte sind«, führt Dershowitz in *Plädoyer für Israel* (S. 238) als Beispiel den »israelischen Angriff auf Salah Sheha-

deh, den Mitbegründer und Kommandeur des militärischen Flügels der Hamas« an, »einen Mann, der für Hunderte von Terroranschlägen verantwortlich war«. Dershowitz schreibt weiter:

> Die israelische Armee ließ [zuvor] mehrere Gelegenheiten für einen Angriff verstreichen, »weil er mit Frau und Kindern zusammen war. Jede dieser Gelegenheiten, in denen man sein Leben verschonte, bezahlte man mit weiteren Selbstmordanschlägen gegen Israel.« Anders gesagt, Israel war bereit, das Leben seiner eigenen Zivilbevölkerung aufs Spiel zu setzen, um das Leben palästinensischer Zivilisten zu schonen, selbst das der Frau eines gesuchten Terroristen wie Shehadeh.

Das Binnenzitat stammt aus einem Artikel des *Boston Globe,* der wiederum einen israelischen Offizier zitiert, der mit dieser Aussage ein gutes Bild abzugeben suchte. Dershowitz vergißt zu erwähnen, wie der »israelische Angriff auf Salah Shehadeh« vonstatten ging. Der Autor des *Globe*-Artikels hatte diese Information gleich im ersten Absatz untergebracht: »Ein F-16-Kampfjet der israelischen Luftwaffe warf eine tonnenschwere Bombe auf das Wohnhaus in Gaza-Stadt, in dem Salah Shehadeh lebte.« Dabei wurden außer Shehadeh »noch 14 weitere palästinensische Zivilisten, darunter neun Kinder, getötet«.[20] (Dutzende wurden verletzt; viele Häuser wurden zerstört.) Im Radiosender der israelischen Armee sagte Luftwaffenkommandeur Generalmajor Dan Halutz zu diesem Anschlag: »Wir wußten, daß seine Frau bei ihm war, als wir den Angriff flogen.«[21] Amnesty International verurteilte den Anschlag auf Shehadeh als »unverhältnismäßig« und »vollkommen inakzeptabel«. Obwohl sogar eine Untersuchung der israelischen Armee zu dem Schluß kam, daß die bei dem Anschlag eingesetzten Mittel »unangemessen« waren, gab Generalmajor Dan

Halutz den Piloten, die die tonnenschwere Bombe abgeworfen hatten, den folgenden Rat: »Jungs, schlaft gut heute Nacht. Ich schlafe übrigens auch immer gut.« Ministerpräsident Sharon lobte den Bombenangriff als »großen Erfolg«.[22]

Abtreibung nach Terroristenart

In *Plädoyer für Israel* (S. 213) schreibt Dershowitz über Frauen, die Selbstmordanschläge verübten:

> Einige dieser Frauen wurden durch emotionelle und kulturelle Erpressung dazu genötigt. So im Falle von Andalib Suleiman, einer 21jährigen aus Bethlehem, die einer der Terroristen ganz bewußt verführte, und als sie dann schwanger wurde, redete man ihr ein, es gebe nur eine Möglichkeit, der Schande zu entgehen, und das sei der Märtyrertod. Sie erklärte sich daraufhin bereit, sich auf einem Jerusalemer Markt in die Luft zu sprengen, tötete dabei sechs Zivilisten, darunter auch zwei Arbeiter aus China. Ähnlich verhielt es sich mit Ayat Al-Ahras [sic], einer 18jährigen aus Dehaisi [sic], die sich in einem Supermarkt in die Luft sprengte und dabei zwei Zivilisten mit in den Tod nahm; auch sie hatte man ganz bewußt verführt und geschwängert. Diese [Abtreibung nach Terroristenart][*] ist ein besonders abscheuliches Beispiel dafür, neues Leben zu schaffen, um damit zu töten. Es gibt Beispiele dafür, daß man junge Frauen vergewaltigt hat, nur um Schande über sie und ihre Familie zu bringen, die angeblich einzig und allein durch den Märtyrertod zu til-

[*] Änderung entsprechend dem amerikanischen Original (»method of terrorist abortion«; Alan M. Dershowitz, *The Case for Israel*, Hoboken/New Jersey 2003, S. 131). In der deutschen Ausgabe wurde diese »Abtreibung nach Terroristenart« in Anführungszeichen gesetzt und als »Abtreibungsmethode« wiedergegeben; Anm. d. Ü.

gen sei. In einem Fall hat die Familie von den Absichten der Tanzim*, ihre Tochter zu erpressen, erfahren und schmuggelte sie aus der Stadt. Sie lebt heute in einem Versteck.

Worauf stützt sich Dershowitz, um zu belegen, daß die Palästinenser »Abtreibung nach Terroristenart« praktizieren? Allein auf einen »Bericht des israelischen Außenministeriums vom 12. Februar 2002«.[23] Dieser Bericht stützt sich wiederum auf einen vertraulichen »israelischen Militärgeheimdienstbericht«, der sich seinerseits auf »zuverlässige palästinensische Quellen« stützt. Um welche Quellen es sich im einzelnen handelt, erfahren wir nicht, und von unabhängiger Seite bestätigt werden sie auch nicht.

In ihrem kürzlich erschienenen Buch *Shahidas* bietet Barbara Victor eine »Innenansicht der Welt palästinensischer Selbstmordattentäterinnen«. Victor berichtet, daß »Hunderte« palästinensischer Frauen »darum bäten, Selbstmordattentate durchführen zu dürfen«, und daß »allein in Bethlehem … zweihundert Mädchen bereit [sind], sich für Palästina zu opfern«. Angesichts der Tatsache, daß sich so viele Palästinenserinnen freiwillig für Selbstmordanschläge zur Verfügung stellen, fragt man sich, weshalb Terroristen auf die Idee verfallen sollten, Frauen zu vergewaltigen. Der Entschluß einer palästinensischen Frau, ein Selbstmordattentat zu verüben, ist in Victors Augen »ein irregeleiteter und bedauernswerter Versuch der Befreiung«. Männer, die Selbstmordattentäterinnen rekrutieren, handeln für Victor »verwerflich«. Die Autorin hat für ihr Buch ausgiebig Beamte des israelischen Staatsapparats sowie Militärangehörige und sogenannte Terrorismusexperten befragt. Sie kolportiert einige israelische Behauptungen, die längst diskreditiert sind, so etwa daß sich in den Flüchtlings-

---

* Tanzim: militante Fatah-Aktivisten; Anm. d. Ü.

lagern Sabra und Shatila im September 1982 »zwischen zwei- und dreitausend Terroristen unter der Zivilbevölkerung versteckt« haben sollen. Victor ist auch der Ansicht, daß Yassir Arafat der »vielleicht unmoralischste« aller Führer gewesen sei. Doch obwohl sie allein Andalib Suleiman aus Bethlehem und Ayat al-Akhras aus dem Flüchtlingslager Dheisheh beinahe 30 Seiten widmet und obwohl ihre Sympathien eindeutig bei Israel liegen, behauptet Victor an keiner Stelle, Suleiman, Al-Akhras oder irgendeine andere Palästinenserin habe sich in die Luft gesprengt, weil sie sexuell verführt oder vergewaltigt worden sei.[24] Der Jerusalem-Korrespondent der Zeitschrift *Newsweek,* Joshua Hammer, hat sich in seinem 2003 erschienenen Buch ebenfalls eingehend mit dem Al-Akhras-Fall beschäftigt. Wie er überzeugend darlegt, handelte Al-Akhras aus eigenem Entschluß. Niemand hatte sie rekrutiert. Vielmehr hatte sie von sich aus Kontakt zu dem Mann aufgenommen, der ihr helfen sollte, den Anschlag auszuführen. Daß Al-Akhras verführt wurde oder schwanger war, behauptet Hammer nicht. Er behauptet noch nicht einmal, daß sie durch romantische Gefühle oder eine sexuelle Beziehung zu ihrer Tat verleitet wurde.[25]

Teuflische Pläne

In *Plädoyer für Israel* (S. 207) schreibt Dershowitz:

> Terroristen versuchen alles nur mögliche, um die Zahl der Toten zu maximieren; sie gehen, wie man hört, sogar so weit, *die Nägel, die sie in ihren gegen Personen gerichteten Sprengkörpern verwenden, in Rattengift zu tauchen, um eine Gerinnung des Blutes zu verhindern.* Israelische Ärzte haben bereits die Sorge geäußert, am Tatort verspritztes Blut, ja selbst die Knochenteile einiger Selbstmordattentäter, mit denen das medizinische Personal in Kontakt kommt, könnte hepatitis-

> oder aidsinfiziert sein, *was Anlaß zu der Befürchtung gibt, Terroristenführer könnten Selbstmordbomber in Träger biologischer Kampfstoffe umwandeln,* indem sie sie [infizieren]* oder von vorneherein infizierte Menschen auswählen. Über den ersten dokumentierten Fall dieser Art berichtete im Juli 2002 das *Israel Medical Association Journal.* [Hervorhebungen NGF]

Weiter unten (S. 308) schreibt Dershowitz:

> [Es gibt] dennoch keine moralische Äquivalenz zwischen der *Zündung* [*einer Splitterbombe voller in Rattengift getauchter Nägel,* deren]** einziger Sinn und Zweck darin besteht, eine größtmögliche Zahl von Zivilisten zu töten, und dem gezielten Schlag gegen Terroristen, bei dem aller Wahrscheinlichkeit nach auch die eine oder andere unschuldige Zivilperson zu Schaden kommen kann. [Hervorhebung NGF]

Auf welche Informationen stützt sich Dershowitz, um die Existenz dieser teuflischen Pläne nachzuweisen? Er nennt drei Artikel (*Medical Post, National Review* online, *The Straits Times*)[26], doch in diesen Artikeln geht es lediglich um folgendes: Nachdem sich herausgestellt hatte, daß ein Selbstmordattentäter offenbar mit Hepatitis B infiziert war, fragten sich israelische Ärzte, ob womöglich noch weitere Selbstmordattentäter mit diesem Virus oder anderen ansteckenden Krankheits-

---

* Änderung entsprechend dem amerikanischen Original (»by injecting them«, *The Casefor Israel,* S. 127). In der deutschen Ausgabe heißt es: »indem sie sie impfen«; Anm. d. Ü.

** Änderung entsprechend dem amerikanischen Original (»an antipersonnel bomb made of nails soaked in rat poison«, *The Case for Israel,* S. 193). In der deutschen Ausgabe heißt es: »eines mit vergifteten Nägeln gefüllten Sprengkörpers«; Anm. d. Ü.

erregern infiziert sein könnten, ob also das Blut und die Knochen der Attentäter ein potentielles Gesundheitsrisiko für Israelis darstellten. Keine einzige der angegebenen Quellen erwähnt die Befürchtung, daß die Selbstmordattentäter vor ihrer Entsendung absichtlich infiziert würden. Die Berichte behaupten noch nicht einmal, daß die Selbstmordattentäter (oder deren Auftraggeber) überhaupt etwas von ihrer ansteckenden Krankheit *wußten*. Keine einzige der angegebenen Quellen erwähnt mit Rattengift verseuchte Splitterbomben. Ein Journalist, der herausfinden wollte, ob an der Rattengiftgeschichte, die von den amerikanischen Medien immer wieder gern einmal aufgewärmt wird, irgend etwas dran ist, stellte fest, daß für diese Behauptung »keinerlei forensische Beweise« vorliegen. Sein Fazit: Das ist »so ein Fall, bei dem zynische Nachrichtenreporter zu sagen pflegen, die Geschichte sei doch ›für eine Überprüfung viel zu schade‹. Wir möchten so gern glauben, daß die Palästinenser dreckige Bomben mit Rattengift bauen, daß wir für diese Behauptung noch nicht einmal Belege verlangen.«[27] Selbst die rechtsgerichtete *Jerusalem Post* schrieb unter Berufung auf den Generaldirektor eines israelischen Krankenhauses, daß es »lächerlich ist, den Verdacht nahezulegen«, ein mit Hepatitis B infizierter Selbstmordattentäter sei »extra deswegen für den Anschlag ausgewählt worden, weil er dieses Virus in sich trug«: »Hepatitis B ist im Nahen Osten weitverbreitet und kommt gerade in sozioökonomisch schwachen Gruppen häufiger vor. Daß das Virus gefunden wurde, ist nicht weiter verwunderlich.«[28] Die bislang ausführlichste Studie über palästinensische Selbstmordattentäter stammt von Human Rights Watch. Die genannten Anschuldigungen werden darin mit keinem Wort erwähnt. Hingegen wurde Israel von Amnesty International aufgefordert, gegen israelische Siedler vorzugehen, die das Land palästinensischer Bauern mit »giftigen Chemikalien verseuchen«.[29]

Verantwortung

Dershowitz behauptet: »Die Schuld für den Tod aller im israelisch-palästinensischen Konflikt getöteten Zivilisten liegt ausschließlich bei den palästinensischen Terroristen. Schließlich haben sie absichtlich eine Situation geschaffen, in der Zivilisten ums Leben kommen.«[30] Die Abschnitte »Menschliche Schutzschilde«, »Kindergärten in Gefahr«, »Selbst schuld« und »Ritualmordlegende« untersuchen, wie er diese Behauptung zu belegen sucht. Der Abschnitt »Kultur des Todes« befaßt sich etwas allgemeiner mit der Frage nach der Verantwortung für den gewaltsamen Tod von Kindern. Die Abschnitte »Gewaltfreiheit unterstützen« und »Unverbesserlicher Terrorist« zeigen, wie es um Dershowitz' Unterstützung für diejenigen steht, die Terrorismus verurteilen.

Menschliche Schutzschilde

Um zu beweisen, daß die Palästinenser selbst schuld sind, wenn palästinensische Zivilisten ums Leben kommen, behauptet Dershowitz in *Plädoyer für Israel* (S. 196), daß die Palästinenser

> Frauen (selbst Schwangere) und Kinder als menschliche Schilde … mißbrauchen.[31]

Als menschliche Schutzschilde werden Zivilisten bezeichnet, die für einen Einsatz bei militärischen Operationen herangezogen werden. Dershowitz gibt für die Behauptung, daß Palästinenser menschliche Schutzschilde benutzen, keine Quelle an. Menschenrechtsorganisationen haben zwar belegt, daß »es vorkam, daß bewaffnete Palästinenser Zivilisten gefährdeten, da ihr Beschuß israelischer Stellungen in der jeweiligen Situation dazu führen mußte, daß die Zivilisten in die Schußlinie der

Soldaten gerieten, sobald diese das Feuer erwiderten« (Human Rights Watch); doch behauptet keine dieser Organisationen, bewaffnete Palästinenser hätten Zivilisten für lebensgefährliche Einsätze zwangsrekrutiert. Obwohl aber die Berichte der Menschenrechtsorganisationen sehr ausführlich dokumentieren, daß *Israel* Palästinenser als menschliche Schutzschilde einsetzt, geht Dershowitz nicht explizit darauf ein. Vielmehr schreibt er in *Plädoyer für Israel* (S. 243f.):

> [Die israelische Armee hat] eine Taktik ausgearbeitet, die sie das »Nachbar-Verfahren« nennt: Zuerst verlangt man über Lautsprecher die Kapitulation. Wenn das zu nichts führt, schickt man einen palästinensischen Nachbarn mit der Aufforderung an den Terroristen, sich zu ergeben, ins Haus … Im Sommer 2002 führte das Verfahren zum erstenmal zum Tod eines Palästinensers …, der von einem Terroristen erschossen wurde, der ihn für einen israelischen Soldaten gehalten hatte … Infolge dieser Tragödie … klagten mehrere israelische Menschenrechtsorganisationen beim Obersten Gericht, um der Armee den weiteren Einsatz des »Nachbar-Verfahrens« zu untersagen … Der Oberste Israelische Gerichtshof verhandelte den Fall nicht nur, er verbot [der israelischen Armee] das Verfahren sogar.

Menschenrechtsorganisationen stellen die Situation anders dar. In einem im April 2002 veröffentlichten Bericht schrieb Human Rights Watch, daß »die israelische Armee systematisch palästinensische Zivilisten« – darunter auch Minderjährige – »zwingt, sie bei militärischen Einsätzen zu unterstützen«. Zum Beispiel »werden Freunde, Nachbarn und Verwandte ›gesuchter‹ Terroristen bei vorgehaltener Waffe dazu gezwungen, an Türen zu klopfen, verdächtig aussehende Pakete zu öffnen und Häuser, in denen die israelische Armee bewaffnete Palästinenser vermutet, zu durchsuchen. Es ist auch mehrfach vorgekommen,

daß eine Familie sich damit abfinden mußte, daß die israelische Armee ihr Haus mit Beschlag belegte und sämtlichen Familienmitgliedern befahl, während der Kampfhandlungen im Haus zu bleiben.«[32] In einem im November 2002 veröffentlichten Bericht schrieb B'Tselem, daß Palästinensern darüber hinaus auch befohlen wurde, »vor den Soldaten herzugehen, um diese vor Beschuß zu schützen. Dabei hielten ihnen die Soldaten ihre Gewehre in den Rücken und schossen gelegentlich über ihre Schultern hinweg.« Der Bericht hielt auch fest, daß »die betreffenden Soldaten sich diese Praktiken nicht selbst ausgedacht haben; vielmehr ist der Einsatz menschlicher Schutzschilde ein fester Bestandteil der Befehle, die sie bekommen«.[33]

Im Mai 2002 riefen Menschenrechtsorganisationen Israels Oberstes Gericht an, um den Einsatz menschlicher Schutzschilde zu verbieten. Der Staat willigte ein, Menschen fortan nicht mehr als »lebendige Schilde« zum Schutz gegen Gewehrfeuer und andere Angriffe einzusetzen, doch behielt er sich das Recht vor, Palästinensern zu befehlen, andere Palästinenser zum Verlassen ihrer Häuser zu bewegen – also das »Nachbar-Verfahren« beizubehalten. B'Tselem erschien diese Unterscheidung »unbegreiflich«: »In all den genannten Beispielen gefährden Soldaten das Leben unschuldiger Zivilisten, um sich selbst zu schützen. Deshalb sind all diese Fälle gleichermaßen verboten.« Im August 2002 wurde ein Palästinenser getötet, als ihn die israelische Armee zwang, sich im Sinne des »Nachbar-Verfahrens« dem Haus eines Hamas-Aktivisten zu nähern. Daraufhin erließ das Oberste Gericht eine einstweilige Verfügung, der zufolge der Einsatz der menschlichen Schutzschilde und des »Nachbar-Verfahrens« zu unterlassen war. Um die Zustimmung des Obersten Gerichts für eine Wiederaufnahme dieser Praxis zu erreichen, gab der Staat dem »Nachbar-Verfahren« im Dezember 2002, wie unschwer zu erkennen war, lediglich einen neuen Anstrich: Als Ersatz für das »Nachbar-Verfahren« sollte nun »Einsatzdirektive: Vorwarnung« geneh-

migt werden. »Zwar war das Verfahren, oberflächlich betrachtet, leicht verbessert worden, aber es blieb«, wie B'Tselem betonte, »illegal und unmoralisch.« Im Januar 2003 verbot das Oberste Gericht den Einsatz menschlicher Schutzschilde, erlaubte dem Staat aber, »das neue Verfahren einzuführen«. In Wirklichkeit wurden Palästinenser also nach wie vor gezwungen, die israelische Armee bei lebensgefährlichen Einsätzen zu schützen.[34] Im März 2004 meldete B'Tselem: »Israelische Armee setzt bei Festnahmen immer noch Zivilisten als menschliche Schutzschilde ein.«[35]

Kindergärten in Gefahr

Um zu beweisen, daß die Palästinenser selbst schuld sind, wenn palästinensische Zivilisten ums Leben kommen, behauptet Dershowitz in *Plädoyer für Israel* (S. 196, 215, 271, 357f.), daß die Palästinenser

- Bomben neben Kindergärten basteln,
- ihre Bombenfabriken neben Kindergärten und Grundschulen … legen,
- ihre Bomben ganz bewußt neben Schulen … bauen,
- ihre Bombenfabriken neben Kindergärten einrichten.

Die einzige Quelle, die Dershowitz für diese wiederholte Behauptung angibt, lautet: »[Aussagen] von Slaim Haga, einem der Führer der Hamas, und Ahmed Moughrabi, einem Agenten der Tanzim, 27. Mai 2002« (S. 404, Anm. 33). Näheres ist aus der Quellenangabe nicht zu erfahren. Wenn man aber die relevanten Suchbegriffe bei Google eingibt, landet man auf der Website des israelischen Außenministeriums.[36] Die dort ins Netz gestellten Informationen gründen sich auf »geheimdienstliche israelische Quellen«. Haga und Moughrabi haben angeblich »während eines Verhörs mit der ISA [einem israelischen

Sicherheitsdienst] gestanden«. Schon möglich, aber man darf dabei nicht vergessen, wie israelische Geheimdienstler Palästinenser dazu bringen, Geständnisse abzulegen. Mehr dazu in Kapitel 6, wenn wir uns dem Thema Folter zuwenden.

Selbst schuld

Um zu beweisen, daß die Palästinenser selbst schuld sind, wenn ihre Kinder ums Leben kommen, schreibt Dershowitz in *Plädoyer für Israel* (S. 212, 214f.):

> Je konsequenter die palästinensische Führungsspitze das Tabu bricht, Kinder als Terroristen einzusetzen, desto mehr Kinder und Jugendliche werden in diesem Konflikt sterben. Dieses bewußte Verheizen von Kindern ist nichts weiter als eine extreme Form von Kindesmißhandlung, und die Verantwortung dafür liegt ganz und gar auf der Seite derer, die sich dieses Mißbrauchs schuldig machen, nicht etwa derer, die sich ganz legitim gegen Brandsätze und Selbstmordattentäter wehren, die in diesem Fall »zufällig« Jugendliche und Kinder sind.
>
> Die Schuld … liegt… bei denen, die sich entschlossen haben, ihre Kinder als Überbringer tödlicher Sprengladungen zu mißbrauchen … Die einzige Methode, dem Töten von Kindern, Jugendlichen und Frauen durch israelische Soldaten bzw. Polizei Einhalt zu gebieten, besteht darin, die Palästinenser dazu zu bringen, ihre Kinder nicht weiter als Terroristen einzusetzen.

Menschenrechtsorganisationen haben bewaffnete palästinensische Gruppen dafür verurteilt, daß sie Kinder rekrutierten (»Abscheulichkeit«, »Kriegsverbrechen«).[37] Auch die palästinensische Zivilgesellschaft hat diese Praxis scharf kritisiert.[38]

Keine Menschenrechtsorganisation spricht Israel jedoch angesichts dieses Unrechts von seiner Pflicht frei, palästinensische Kinder anständig zu behandeln. In einem im Jahr 2001 erschienenen Bericht schrieb Amnesty International: »Manche Kinder waren offenbar Opfer von Geschossen, die ihr eigentliches Ziel verfehlt hatten; andere … scheinen gezielt unter Beschuß genommen worden zu sein. In vielen Fällen, in denen Kinder getötet wurden, drohte weder akut tödliche Gefahr noch bestand Grund zu der Annahme, daß die Situation eskalieren würde … Die israelischen Streitkräfte dürfen tödliche Angriffe auf Kinder, die mit Steinen werfen, nicht als militärisches Ziel begreifen. Die Tatsache, daß die israelische Armee Kinder getötet und verwundet hat, zeigt, wie rücksichtslos die Soldaten vorgegangen sind und wie wenig sie darum bemüht waren, Leben zu schonen.« Weiter: »Bei allen Fällen von Kindestötungen, die Amnesty International untersucht hat, handelte es sich allem Anschein nach um ungesetzliche Tötungen.« Und schließlich: »Nach Berichten offizieller israelischer Sprecher verstecken sich bewaffnete Palästinenser oft hinter Kindern … Amnesty International hat keinen einzigen Fall in Erfahrung bringen können, bei dem sich bewaffnete Palästinenser unter die Demonstranten gemischt oder hinter ihnen versteckt hätten, um dann aus dieser geschützten Stellung heraus auf Israelis zu schießen.«[39] In einem Bericht aus dem Jahr 2002 kam Amnesty International zu dem Ergebnis: »Die überwältigende Mehrheit der in den besetzten Gebieten getöteten palästinensischen Kinder kam ums Leben, als Angehörige der israelischen Armee bei Demonstrationen (oder bei anderen Zwischenfällen, bei denen Steine geworfen wurden) mit übermäßiger und unverhältnismäßiger Gewalt vorgingen, und als die israelische Armee rücksichtslos Wohngebiete beschoß, unter Artilleriefeuer nahm oder aus der Luft bombardierte.« »Die meisten dieser Kinder wurden in Situationen getötet, in denen es keinerlei Schußwechsel gab und in denen das Leben von Soldaten nicht in Ge-

fahr war.« »Soweit wir wissen, hat kein Fall, bei dem ein palästinensisches Kind in den besetzten Gebieten von der israelischen Armee getötet wurde, eine gerichtliche Untersuchung nach sich gezogen.«[40]

In diesem Zusammenhang sei auch auf eine B'Tselem-Studie aus dem Jahr 2001 hingewiesen, die Fälle von Folter bei palästinensischen Minderjährigen untersucht hat:

> Um [die Kinder und Jugendlichen] festzunehmen, drangen israelische Sicherheitskräfte – zum Teil maskiert oder auch mit schwarz angemalten Gesichtern – mitten in der Nacht in ihre Häuser ein … Auf der Polizeiwache angekommen, unterzogen die Polizisten die Häftlinge einem Verhör unter schwerer Folter. Sie sollten dazu gebracht werden, die ihnen zur Last gelegten Verbrechen zu gestehen beziehungsweise Informationen über Dritte preiszugeben. Die Zeugenaussagen [der betroffenen Kinder und Jugendlichen] haben ergeben, daß einige Verhörmethoden routinemäßig angewandt wurden: Die Häftlinge wurden zum Teil schwer verprügelt, mit kaltem Wasser Übergossen (die Vorfälle ereigneten sich im Winter), mit dem Kopf in eine Toilettenschüssel gestoßen, bedroht und beschimpft.

Die Studie hob auch hervor, daß sich israelische Ärzte bei dieser Folter palästinensischer Minderjähriger zu Komplizen machten:

> Die meisten Häftlinge wurden gleich nach ihrer Ankunft auf der … Polizeiwache … einem Arzt vorgeführt… Der Arzt nahm dann eine oberflächliche Untersuchung vor, die sich in manchen Fällen in einem flüchtigen Blick erschöpfte. Anschließend attestierte der Arzt den Häftlingen beste Gesundheit. Es kam vor, daß Häftlinge die ärztliche Untersu-

> chung in Handschellen oder mit verbundenen Augen über sich ergehen lassen mußten. Manche Häftlinge wurden, nachdem sie verhört und gefoltert worden waren, dem Arzt vorgeführt. Dieser behandelte sie und schickte sie dann zur weiteren Vernehmung zurück.

B'Tselem kam zu dem Schluß, daß die in dem Bericht geschilderten »schockierenden« Fälle gefolterter palästinensischer Minderjähriger »keine Einzelfälle darstellten und auch nicht auf ungewöhnliches Fehlverhalten bestimmter Polizeibeamter zurückzuführen waren; vielmehr handelte es sich um Foltermethoden, die auf der Polizeiwache fester Bestandteil des Vernehmungsablaufs waren und gegen Dutzende Häftlinge angewandt wurden. An der Durchführung dieser Methoden waren viele Polizeibeamte beteiligt, und sie waren sich über das, was dort geschah, im klaren … Trotz wiederholter Versprechen und obwohl höhere Beamte die Gewalt der Polizisten verurteilten, hat es von seiten der Behörden keinen ernsthaften Versuch gegeben, der Sache auf den Grund zu gehen. Ebensowenig hat es Bemühungen gegeben, die gewalttätigen Polizeibeamten vor Gericht zu stellen.«[41] Dem von Human Rights Watch verfaßten Überblick über die im Jahr 2001 weltweit begangenen Menschenrechtsverletzungen war zu entnehmen, daß »laut Berichten mehr als 300 der seit Oktober 2000 verhafteten palästinensischen Minderjährigen … mit eiskaltem Wasser übergossen, verprügelt und ihres Schlafs beraubt wurden und für die Dauer der Verhöre einen Sack über den Kopf gestülpt bekamen«.[42]

Ritualmordlegende

Um zu beweisen, daß Israel aus reiner Bosheit kritisiert wird, schreibt Dershowitz in *Plädoyer für Israel* (S. 248):

> Ignoranz allein vermag die angebliche »Reportage« eines »Journalisten« wie Chris Hedges nicht zu erklären, der behauptete, persönlich beobachtet zu haben, wie israelische Soldaten »Kinder wie Mäuse in eine Falle gelockt und sich einen Spaß daraus gemacht haben, sie zu ermorden«.

Dershowitz vergleicht diesen Vorwurf mit der Ritualmordlegende.[43]

Daß Hedges in einem wesentlichen Punkt recht hat, wurde von jemandem bestätigt, von dem man es nicht unbedingt erwartet hätte. In einer Studie über den ungerechtfertigten Schußwaffengebrauch der israelischen Armee gibt B'Tselem die Aussage eines israelischen Soldaten wieder. B'Tselem schreibt:

> Die Soldaten fuhren mit ihren Jeeps in Gegenden hinein, in denen es öfters zu Reibereien kam. Ihr Ziel war es, die Palästinenser so zu provozieren, daß sie mit Steinen und Molotowcocktails werfen würden. Wenn die Palästinenser dann näher herankamen, eröffneten Soldaten, die auf zuvor vereinbarten Posten Stellung bezogen hatten, das Feuer. Das erklärte Ziel dieses Verfahrens bestand darin, die Demonstranten zurückzudrängen. Doch in Wirklichkeit ging es, wie der Soldat sagte, um folgendes: »Man macht sich irgendwie einen Spaß daraus zu versuchen, so viele Molotowcocktailwerfer wie möglich zu ›entfernen‹ – viele sind ganz versessen drauf, die zu erwischen. Man nennt das den ›Versuch, Kontakt herzustellen‹. Was mir zu denken gibt, ist aber: Wenn die Jeeps da nicht aufgekreuzt wären, wäre es in der Gegend ganz friedlich zugegangen.«[44]

Dershowitz versucht gar nicht erst zu belegen, daß Hedges' Bericht nicht der Wahrheit entspricht.

Gideon Levy, »Daß wir Kinder töten, regt hier niemanden mehr auf«, *Haaretz*, 17. Oktober 2004*

Während der ersten zwei Wochen der Operation »Tage der Buße« wurden im Gazastreifen mehr als 30 palästinensische Kinder getötet. Es ist kein Wunder, daß viele Leute angesichts so vieler getöteter Kinder von »Terror« sprechen. Die allgemeine Opferstatistik besagt, daß während der Intifada bisher dreimal mehr Palästinenser als Israelis getötet wurden. Wenn man nur die Kinder zählt, beträgt das Verhältnis 5 zu 1. laut der Menschenrechtsorganisation B'Tselem waren bereits vor der gegenwärtigen Operation im Gazastreifen 557 palästinensische Minderjährige (unter 18 Jahren) getötet worden; auf israelischer Seite waren es HO Minderjährige.
Palästinensische Menschenrechtsorganisationen sind sogar zu noch höheren Zahlen gelangt: Die »Palestinian Human Rights Monitoring Group« spricht von 598 getöteten palästinensischen Kindern (bis zum Alter von 17 Jahren), der Rote Halbmond von 828 toten Minderjährigen (bis 18 Jahre). Das Alter der Opfer verdient besondere Beachtung. Laut der B'Tselem-Statistik, die vor rund einem Monat auf den neuesten Stand gebracht wurde, waren 42 der getöteten Kinder zehn Jahre alt, 20 von ihnen waren sieben Jahre alt und acht waren zwei Jahre alt, als sie ums Leben kamen. Die jüngsten Opfer waren 13 Neugeborene, die noch am Kontrollpunkt starben, an dem sie auf die Welt kamen.

* Übersetzung nach der englischen Ausgabe von *Haaretz* (»Killing children is no longer a big deal«); der Artikel ist auch in dem Band Gideon Levy, *Schrei, geliebtes Land: Leben und Tod unter israelischer Besatzung,* Melzer. Neu-Isenburg 2005, enthalten; Anm. d. Ü.

Angesichts solch schauerlicher Statistiken sollte man meinen, daß die Frage, wer hier der Terrorist ist. jedem Israeli seit langem schwer zu denken gibt. Doch weit gefehlt: Die Frage wird in der öffentlichen Diskussion gar nicht erst gestellt. Kinder töten? Das bringen nur die Palästinenser. Unsere Soldaten verteidigen nur uns und sich selbst, also hör mir bloß auf mit Statistiken.

Doch die unleugbare Tatsache, die es offen auszusprechen gilt, lautet: Das Blut von Hunderten palästinensischen Kindern klebt an unseren Händen. Keine gewundene Erklärung der Armeesprecher oder anderer Militärvertreter, die uns erklären wollen, welche Gefahr die Kinder für die Soldaten darstellten, und keine fragwürdigen Ausflüchte der Public-Relations-Abteilung des Außenministeriums, die uns erklärt, daß die Palästinenser ihre Kinder in den Kampf schicken, wird an dieser Tatsache etwas ändern. Eine Armee, die so viele Kinder tötet, ist eine Armee, die keinerlei Zurückhaltung kennt. Eine Armee, die sich von ihrem Moralkodex verabschiedet hat.

Wie Parlamentsmitglied Ahmed Tibi (Hadash) in einer besonders emotionalen Rede vor der Knesset sagte, kann niemand mehr behaupten, daß all diese Kinder aus Versehen getötet wurden. Eine Armee irrt sich nicht tagtäglich, erwischt nicht über 500 Mal die falsche Person. Nein, ein Versehen ist das nicht. Es handelt sich vielmehr um das katastrophale Ergebnis einer Politik, bei der es vor allem darum geht, den Finger schnell am Abzug zu haben und den Palästinensern ihre Menschenwürde abzusprechen. Auf alles zu schießen, was sich bewegt – und seien es Kinder –, das gilt mittlerweile als selbstverständlich. Noch nicht einmal der kleine (und schnell wieder verhallte) Aufschrei, den es gab, als die » bestätigte Tötung« des 13jährigen Mädchens Iman Alhamas gemeldet wurde, führte zur Debatte über das eigentliche Pro-

blem.* Der Skandal hätte durch die Tötung selbst ausgelöst werden müssen, nicht nur durch das. was darauf folgte.

Iman war nicht die einzige. Mohammed Aaraj aß gerade ein Stück Brot vor seinem Haus, dem letzten Haus vor dem Friedhof des Flüchtlingslagers Balata in Nablus, als ihn ein Soldat aus nicht allzu großer Entfernung erschoß. Er war sechs, als er starb. Kristen Saada war nach einem Verwandtenbesuch zusammen mit ihren Eltern unterwegs nach Hause, als Soldaten ihr Auto mit Kugeln durchsiebten. Sie war zwölf, als sie starb. Die Brüder Jamil und Ahmed Abu Aziz waren am hellichten Tag mit ihren Fahrrädern unterwegs, um ein paar Süßigkeiten zu kaufen, als israelische Soldaten eine Panzergranate auf sie abfeuerten. Jamil war 13, als er starb, Ahmed sechs.

Muatez Amudi und Subah Subah wurden von einem Soldaten erschossen, der auf dem Dorfplatz von Burkin wild um sich schoß, nachdem Steine geflogen waren. Radir Mohammed aus dem Flüchtlingslager Khan Yunis saß in ihrem Klassenzimmer, als sie von Soldaten erschossen wurde. Sie war zwölf, als sie starb. Sie alle wurden von Soldaten, die in unserem Namen handeln, umgebracht, obwohl sie vollkommen unschuldig waren.

Zumindest in einigen dieser Fälle war den Soldaten bewußt, daß sie auf Kinder schössen, aber das war für sie kein Hindernis. Palästinensische Kinder finden nirgends Zuflucht: Egal, ob sie zu Hause bleiben, in der Schule sind oder auf die Straße gehen – überall lauert tödliche Gefahr.

* Am 5. Oktober 2004 schoß ein Hauptmann der israelischen Armee – um »die Tötung zu bestätigen« – dem bereits verwundet am Boden liegenden 13jährigen palästinensischen Schulmädchen Iman Alhamas aus kürzester Entfernung zwei Kugeln in den Kopf, fm Weggehen drehte er sich noch einmal um und durchlöcherte Imans Körper mit mindestens 20 weiteren Kugeln, wobei er ihr sieben weitere Male in den Kopf schoß. – NGF

Kein einziges der Hunderte von Kindern, die getötet wurden, hat den Tod verdient. Da es kein Geheimnis ist, wer sie getötet hat, gibt man den Soldaten die folgende Botschaft mit auf den Weg: Wenn Kinder getötet werden, ist das erstens nicht so schlimm und zweitens nicht eure Schuld.

Der lauernde Tod stellt für ein palästinensisches Kind natürlich die akuteste, aber bei weitem nicht die einzige Gefahr dar, der es sich ausgesetzt sieht. Laut einer Statistik des palästinensischen Bildungsministeriums wurden im Laufe der Intifada 3409 Schulkinder verwundet. Einige von ihnen werden für den Rest ihres Lebens schwerbehindert sein. Zehntausende junge Palästinenser durchleben ein Trauma nach dem anderen, ihre Kindheit und Jugend besteht aus einer Aneinanderreihung schrecklicher Erlebnisse. Ihre Häuser werden zerstört; sie müssen mit ansehen, wie ihre Eltern gedemütigt werden; mitten in der Nacht dringen Soldaten in ihr Zuhause ein; Panzer eröffnen das Feuer auf ihre Klassenzimmer. Psychologisch betreut werden sie nicht. Hat schon einmal jemand von einem palästinensischen Kind gehört, das »unter Ängsten leidet«?

Die Gleichgültigkeit der israelischen Öffentlichkeit gegenüber diesem nicht enden wollenden und durch nichts gemilderten Leid macht alle Israelis zu Komplizen eines Verbrechens. Selbst Eltern, die wissen, wie es ist, Angst davor zu haben, daß dem eigenen Kind etwas zustoßen könnte, wenden sich ab und wollen von den Ängsten auf der anderen Seite des Zauns nichts wissen. Wer hätte gedacht, daß israelische Soldaten Hunderte von Kindern töten würden und daß die Mehrheit der Israelis es nicht für nötig befinden würde, dagegen aufzubegehren? Die Entmenschlichungskampagne hat nicht einmal vor den palästinensischen Kindern haltgemacht. Daß wir Hunderte von ihnen toten, regt hier niemanden mehr auf.

Kultur des Todes

Um zu beweisen, daß die Palästinenser für den Tod ihrer Kinder selbst verantwortlich sind, schreibt Dershowitz in *Plädoyer für Israel*(S. 211):

> Die Philosophin Jean Bethke Elshtain von der University of Chicago vergleicht in ihrem Buch *Just War against Terror* islamische Terroristenführer, die behaupten, »die Jugend des Islam lieb[e] den Tod«, mit Nazigrößen, die während der letzten Tage des Kampfs um Berlin noch »5000 Kinder zwischen acht und 17 Jahren« in den so gut wie sicheren Tod schickten.

Dershowitz signalisiert Zustimmung und zitiert die Autorin weiter mit den Worten: »Die Bereitschaft, seine Kinder zu opfern, ist Zeichen einer Kultur des Todes« (S. 212).

1. Kurz nach der »Reichskristallnacht« sagte der Führer der zionistischen Bewegung, David Ben-Gurion: »Wenn ich wüßte, daß es durch Transporte nach England möglich wäre, alle [jüdischen] Kinder aus Deutschland zu retten, durch Transporte nach Palästina aber nur die Hälfte von ihnen gerettet werden könnte, würde ich mich für letzteres entscheiden – denn wir werden nicht nur von diesen Kindern zur Rechenschaft gezogen, sondern müssen dem jüdischen Volk historische Rechenschaft ablegen.« Und am Ende des Krieges, im Jahr 1945, sperrte sich die zionistische Führung mit Ben-Gurion dagegen, daß man Kinder, die den Holocaust überlebt hatten und die nun bei schwacher Gesundheit in elenden Lagern für Displaced Persons ausharrten, in Europa ein neues Zuhause gab – man befürchtete, daß eine solche Umsiedlung »den Kampf für das Recht jüdischer Flüchtlinge, sich in Palästina niederzulassen, schwächen könnte«.[45]

2. Um international für ihre Sache zu werben und das Mitleid von Menschen in aller Welt zu erheischen, versuchte die zionistische Bewegung im Jahr 1947, allem britischen Widerstand zum Trotz, die *Exodus* nach Palästina auslaufen zu lassen. Das Schiff war völlig überladen. An Bord waren Holocaust-Überlebende, die Hälfte von ihnen Kinder, vor allem Waisen. »Die Augenpaare all jener Kinder … sind eng mit dieser Geschichte verwoben«; diese Waisenkinder »vermögen doch die wahre Geschichte der Exodus zu erzählen«, so der Biograph des Schiffskapitäns.[46] Leon Ulis verewigte diese Geschichte später in seinem Bestseller *Exodus,* der für die amerikanischen Zionisten zu einem kanonischen Text werden sollte.[47] Welche *kulturellen Werte* feierte Uris – und mit ihm das amerikanische Judentum – in diesem halb-fiktionalisierten Bericht? Uris erzählt, wie jüdische Waisen auf ein Schiff gebracht wurden, das aussah, »als würde es im nächsten Augenblick auseinanderfallen«. Der Maschinenraum war mit Dynamit gefüllt, und die Zionisten warnten die Briten, bloß nicht auf das Schiff zu schießen – sonst »sprengen wir uns in die Luft!« Die Briten fragten sich: »Wenn die Absichten der Zionisten wirklich so lauter sind, weshalb gefährden sie dann das Leben von dreihundert unschuldigen Kindern?« Uris läßt seinen zionistischen Helden, Ari ben Kanaan, darauf wie folgt antworten: »Ich nehme mit Staunen zur Kenntnis, daß Whitehall Krokodilstränen darüber vergießt, daß wir das Leben von Kindern aufs Spiel setzen … Wenn Whitehall wirklich so besorgt um das Wohl dieser Kinder ist, dann fordere ich die Engländer auf, den Pressevertretern die Erlaubnis zu geben, das Lager bei Caraolos [wo die jüdischen Flüchtlinge untergebracht waren] in Augenschein zu nehmen. Es ist nicht mehr und nicht weniger als ein Konzentrationslager: Stacheldraht, Wachttürme mit Maschinengewehren, unzureichende Ernährung, zu wenig Wasser, ungenügende sanitäre Einrichtungen.« (Wie im Ga-

zastreifen?) Als nächstes verordnet Ari ben Kanaan den Waisenkindern an Bord der *Exodus* einen Hungerstreik: »Jeden, der ohnmächtig wird, werden wir oben an Deck hinlegen, damit ihn die Engländer sich ansehen können … Meinen Sie, es macht mir Spaß, eine Horde von Waisenknaben verhungern zu lassen? Geben Sie mir irgendeine andere Waffe! Geben Sie mir etwas, womit ich auf diese [Panzer] und die Zerstörer schießen kann!« (Auch diese Klage kommt einem seltsam bekannt vor.) Nachdem Uns die Szenen mit den sterbenden Kindern geschildert hat, läßt er Ari ben Kanaan bekanntgeben, welche Prüfung den Waisenkindern nun noch bevorsteht: Er verlangt, daß »täglich zehn Freiwillige auf der Brücke des Schiffes in aller Öffentlichkeit und vor den Augen der Engländer Selbstmord begehen«.[48]

3. Jüdische Familien, die in den besetzten Gebieten siedeln, haben sich aus zionistischer Überzeugung und aus eigenem Antrieb in einem Kriegsgebiet niedergelassen. Die israelische Regierung bemüht sich intensiv darum, jüdische Familien zum Umzug in dieses Krisengebiet zu bewegen, und zwar ausdrücklich vor dem Hintergrund, daß dadurch der zionistische Besitzanspruch auf dieses Land bekräftigt würde. Um ihre politischen Ziele in die Tat umzusetzen, bringen die jüdischen Siedler und die jüdische Regierung wissentlich und absichtlich das Leben Hunderttausender jüdischer Kinder in Gefahr.

»Die Bereitschaft, seine Kinder zu opfern, ist Zeichen einer Kultur des Todes.«

Gewaltfreiheit unterstützen

Im Jahr 2002 klagte Alan Dershowitz darüber, daß die Palästinenser »nie zivilen Ungehorsam oder andere gewaltfreie Mittel

angewandt« hätten, und er vermutete, daß »die Palästinenser früher zu ihrem eigenen Staat gekommen wären, … wenn sie sich statt dessen der Taktik des gewaltfreien zivilen Ungehorsams verschrieben hätten«.[49] In *Plädoyer für Israel* (S. 274f.) läßt sich an Dershowitz' Beschreibung der von Palästinensern geleiteten, im Jahr 2001 gegründeten Organisation »International Solidarity Movement« (ISM)[50] ablesen, inwieweit er gewaltfreie Taktik unterstützt. Für ihn ist ISM

> eine radikale propalästinensische Gruppe von Eiferern die ausschließlich den Terror der Palästinenser … unterstützt … Sie dienen als menschliche Schilde, arbeiten eng mit palästinensischen Terroristengruppen zusammen … Wofür auch immer sie stehen mögen, der Friede jedenfalls ist es nicht. Ganz im Gegenteil, diese Eiferer befürworten den Sieg des palästinensischen Terrors über die israelische Selbstverteidigung … Die Medien sollten aufhören, solche Leute als Friedensaktivisten zu bezeichnen, und sagen, was sie wirklich sind: aktive Sympathisanten und Förderer des palästinensischen Terrorismus.

Israels einflußreichste Tageszeitung, *Haaretz,* beschreibt dieselbe Organisation mit folgenden Worten:

> ISM ist eine internationale pazifistische Organisation, die ihre Inspiration aus einem Zitat von Albert Einstein bezieht: »Die Welt ist viel zu gefährlich, um darin zu leben – nicht wegen der Menschen, die Böses tun, sondern wegen der Menschen, die daneben stehen und sie gewähren lassen.« Seit Beginn der Intifada haben Hunderte Ausländer, in der Mehrzahl Studenten, an einer intensiven Schulung zu gewaltfreier Theorie und Praxis teilgenommen. Nach dem Kurs werden die Freiwilligen in palästinensischen Dörfern und Städten untergebracht, damit sie von den Ereignissen

> dort berichten, so zum Beispiel von Vorkommnissen an Kontrollpunkten, von Auswirkungen der Ausgangssperre in einem bestimmten Dorf und von Häuserzerstörungen. Die Freiwilligen sind auch im Einsatz, wenn es darum geht, in belagerten Gebieten humanitäre Hilfe zu leisten oder kranke Palästinenser auf ihrem Weg zum Krankenhaus zu begleiten.

Ein anderer *Haaretz*-Artikel, der aus erster Hand schildert, wie eine ISM-Schulung abläuft, beschreibt ISM als »einen Zusammenschluß von Organisationen und Einzelpersonen, die die gewaltfreie direkte Aktion als Mittel einsetzen, um die israelische Besatzung der palästinensischen Gebiete zu beenden, und die den Palästinensern dabei helfen, ihren Alltag zu bewältigen«. Der Artikel weist ferner darauf hin, daß sich jeder ISM-Freiwillige schriftlich »zu Gewaltfreiheit in Wort und Tat« bekennen muß; während der Schulung werde ausdrücklich betont, daß »die tätliche wie verbale Gewalt … bei allen ISM-Aktionen absolut verboten ist«. Dershowitz zitiert zwar aus diesem Artikel, übersieht diese Bemerkungen aber geflissentlich (S. 274; S. 408, Anm. 2 zu Kap. 24).[51] Dershowitz zieht es vor, frei erfundene Anschuldigungen aus rechtsgerichteten israelischen Medien zu kolportieren, in denen zu lesen gewesen war, ISM werde von palästinensischen Terroristen finanziert und gewähre diesen auch Unterschlupf. Laut ISM sind etwa 20 Prozent derer, die für die Organisation als freiwillige Helfer tätig werden, Juden.[52]

Rachel Corrie, eine 23jährige Amerikanerin aus Olympia im Bundesstaat Washington, die sich als Freiwillige bei ISM verpflichtet hatte, wurde getötet, als sie ein palästinensisches Wohnhaus vor der Zerstörung durch israelische Bulldozer zu bewahren suchte. Laut Dershowitz' Schilderung »warf« sie sich »vor einen der Bulldozer« (S. 274). Mehrere Leute haben persönlich mit angesehen, wie Corrie zu Tode kam, so auch Tom

Dale, ein ISM-Freiwilliger, der derzeit an der Universität Oxford eingeschrieben ist. Hier sein Bericht:

> Es ist jetzt zwei Tage her. Ich war nur zehn Meter entfernt. Ich will erzählen, wie es passierte:
> Wir hatten die zwei Bulldozer schon seit ungefähr zwei Stunden beobachtet und gelegentlich bei ihrer Arbeit behindert, als einer der beiden in Richtung eines Hauses abdrehte, das, wie wir wußten, von der Zerstörung durch die Armee bedroht war. Rachel ging hin und versperrte dem Bulldozer den Weg, indem sie sich hinkniete. Sie befand sich 10 bis 20 Meter vor dem Bulldozer. Sie war deutlich zu sehen. Im Umfeld von mehreren Metern gab es außer ihr nichts und niemanden, und die Leute im Bulldozer hatten sie direkt in ihrem Blickfeld. Sie standen auch in Funkkontakt zu einer Panzerbesatzung, die das Geschehen aus der seitlichen Perspektive verfolgte. Es ist völlig ausgeschlossen, daß die Leute im Bulldozer Rachel von ihrem erhöhten Sitz aus nicht gesehen haben. Sie wußten, daß sie da war, da gibt es gar keinen Zweifel. Der Bulldozer fuhr langsam auf Rachel zu und schaufelte dabei gleichzeitig Erde auf. Rachel rührte sich nicht vom Fleck. Sie blieb auf ihren Knien. Als der Bulldozer sie erreichte, begann sie sich aufzurichten, und dabei stieg sie auf die aufgehäufte Erde. Sie schien ins Führerhaus zu schauen. Der Bulldozer schob Rachel immer weiter, bis sie schließlich auf dem Haufen Erde ausrutschte. Dabei drehte sie sich um. Ihr Gesicht verriet, daß sie panische Angst hatte. Wir erkannten, daß die Gefahr bestand, daß der Bulldozer Rachel unter sich begraben würde.
> Alle Aktivisten schrieen, der Bulldozer solle anhalten. Wir gestikulierten, um die Leute im Bulldozer auf Rachels Lage aufmerksam zu machen. Wir waren genauso deutlich zu sehen, wie Rachel es vorher gewesen war, doch sie machten weiter. Sie schoben Rachel erst unter die Schaufel, dann un-

> ter den Schild, und dann immer weiter, bis ihr Körper unterm Führerhaus lag. Für ein paar Sekunden ließen sie den Bulldozer über ihr stillstehen, dann setzten sie zurück. Beim Zurücksetzen ließen sie den Schild am Boden, so daß er noch ein weiteres Mal über ihren Körper schleifte. Ich habe die ganze Zeit gedacht, sie müssen doch endlich aufhören, aber das taten sie nicht.[53]

Dershowitz hatte bei seiner Schilderung des Geschehens offenbar noch die ursprüngliche Version der Armee im Kopf, nach der Corrie vor den Bulldozer gerannt war. Die israelische Armee hat ihre Version der Geschichte allerdings mehrfach geändert. So behauptete die Armee zum Beispiel einmal, »Corrie wurde nicht von einem Baumaschinenfahrzeug überfahren, sondern vielmehr von einem harten Gegenstand getroffen, aller Wahrscheinlichkeit nach von einem Stück Beton«.[54] Wie schon zu Stalins Zeit wird es Apparatschiks nicht eben leicht gemacht, in bezug auf die Parteilinie immer auf dem neuesten Stand zu sein.

Unverbesserlicher Terrorist

Kurz nachdem Professor Edward Said im September 2003 an Krebs gestorben war, druckte eine Zeitschrift des Amerikanisch-Jüdischen Kongresses einen Nachruf aus Dershowitz' Feder. Titel: »Edward Said: der palästinensische Meir Kahane«.* Unter anderem behauptete Dershowitz darin, daß Said

* Edward Said, der an der Columbia University (New York) Englische und Vergleichende Literaturwissenschaft lehrte und mit seinem Werk *Orientalism* (1978) Furore machte, rief im Goethejahr 1999 gemeinsam mit Daniel Barenboim den arabisch-israelischen Musikworkshop »Westöstlicher Diwan« ins Leben. Für ihr Engagement erhielten die beiden 2002 den Prinz-von-Asturien-Preis für

dem Terror das Wort geredet und ihn obendrein auch noch selbst praktiziert habe:

> Said predigte nicht nur Gewalt und Blutvergießen, er wurde auch selbst gewalttätig. Einmal warf er gemeinsam mit seinem Sohn an der libanesischen Grenze mit Steinen nach Israelis … Er weigerte sich, sehr viel tödlichere Gewaltakte gegen unschuldige israelische Zivilisten zu verurteilen …
> Said weigerte sich, den Terrorismus zu verurteilen, und bekundete auch symbolisch seine Unterstützung für Terroristen.[55]

Während er es feierte, daß Israel nach mehr als zwei Jahrzehnten brutaler Besatzung aus dem Libanon abziehen mußte, warf Said einen Stein in Richtung israelisch-libanesischer Grenze. War Said, über diese furchterregende Tat hinaus, ein Freund des Terrorismus? In seinem Buch *The Politics of Dispossession* schrieb Said rückblickend: »In den späten 70er Jahren habe ich Parolen, die in Beirut groß in Mode waren – etwa die vom ›bewaffneten Kampf‹ –, scharf kritisiert; und als 1980 mein Buch *The Question of Palestine* erschien, wurde ich sowohl von der Fatah als auch von der Volksfront heftig dafür angegriffen, daß ich mich erstens für die Anerkennung Israels und zweitens für eine Zwei-Staaten-Lösung einsetzte. Die Idee der Zwei-Staaten-Lösung habe ich selbst mitentwickelt. Ich habe terroristisches Abenteurertum und unmoralische Gewalt schon immer unmißverständlich verurteilt. Aber natürlich habe ich die israelische Seite auch nicht gerade mit Kritik verschont.«[56] In seinen Schriften und auch bei seinen öffentlichen Äußerungen hat Said

---

Völkerverständigung. Der extremistische New Yorker Rabbi Meir Kahane gründete, nachdem er 1972 nach Israel ausgewandert war, die rassistische Partei und Terrororganisation Kach. Er wurde 1990 ermordet; Anm. d. Ü.

Terroranschläge gegen israelische Zivilisten ausdrücklich als »moralisch inakzeptabel«[57] verurteilt und betont: »Ich bin gegen Terror – das ist die reine Willkür, schrecklich.«[58]

Medizinische Versorgung

Dershowitz schreibt, daß die Palästinenser in nicht geringem Maß selbst dafür verantwortlich sind, wenn ihre Leute sterben, weil die medizinische Versorgung so schlecht ist. In *Plädoyer für Israel* (S. 203) berichtet er:

> Die Palästinensische Autonomiebehörde hat beschlossen, verwundete Palästinenser nicht weiter in israelische Krankenhäuser zu bringen … Israels Gesundheitsminister »hat mehrmals angeboten, alle Palästinenser, die bei der zweiten Intifada verwundet werden, in israelischen Krankenhäusern und auf Israels Kosten zu behandeln«. Der Minister wies darauf hin, daß »palästinensische medizinische Einrichtungen viele der auftretenden Verletzungen nicht adäquat zu behandeln vermögen«. Die Palästinenser wiesen das Angebot zurück, laut israelischem Gesundheitsministerium, »weil sie es vorziehen, daß wir die genaue Zahl ihrer Verwundeten nicht erfahren«. Wie immer die tatsächlichen Gründe aussehen mögen, Tatsache ist, daß bedeutend weniger Palästinenser ihren Verletzungen erlegen wären, wären ihre Führer willens gewesen, sie der erstklassigen medizinischen Versorgung einer israelischen Notaufnahme zu überlassen, anstatt den nicht selten inkompetenten Ärzten und mangelhaften Krankenhäusern der Palästinenser.

Die einzige Quelle, die Dershowitz für diese kühnen Behauptungen nennt, ist eine unbestätigte Angabe des israelischen Ge-

sundheitsministers gegenüber der *Jerusalem Post*.[59] Ich habe bei der palästinensischen Autonomiebehörde, bei palästinensischen und israelischen Menschenrechtsorganisationen und bei im Gesundheitsbereich tätigen palästinensischen und israelischen Nichtregierungsorganisationen nachgeforscht: Niemand wußte etwas von einer Entscheidung der palästinensischen Autonomiebehörde, keine Verwundeten mehr nach Israel zu schicken. Auch von einem israelischen Angebot, all diese palästinensischen Patienten kostenlos zu behandeln, hatte niemand erfahren. Vielmehr war den verschiedenen Rückmeldungen zu entnehmen, daß die Autonomiebehörde sehr wohl einzelne Patienten zur Behandlung in israelische Krankenhäuser schickt. Der Hauptgrund dafür, daß nicht noch mehr Kranke dorthin geschickt würden, liege in den überaus hohen Kosten, denn Israel verlange fast immer die Übernahme der Behandlungskosten (oder ziehe die entsprechende Summe von Beträgen ab, die Israel an die Autonomiebehörde zu überweisen habe).[60]

Das umfangreiche Material, das Menschenrechtsorganisationen zusammengetragen und analysiert haben, um aufzuzeigen, welche Auswirkungen die israelische Politik auf die Gesundheitsversorgung in den besetzten Gebieten hat, läßt Dershowitz dagegen links liegen. Nehmen wir nur einmal seine abfällige Bemerkung über die »inkompetenten Ärzte … der Palästinenser«. In einer detaillierten Studie schrieb die Ärzte-Organisation »Physicians for Human Rights – Israel« (PHR-Israel), daß Israel seit der Besetzung der palästinensischen Gebiete im Jahr 1967 »keinerlei Konzept entwickelt hat, um im Gesundheitsbereich die Ausbildung eines zukünftigen Kaders palästinensischer Fachkräfte zu gewährleisten; vielmehr beschränkte sich Israel darauf, Schnellkurse anzubieten und zum Teil sehr spezielles Wissen zu vermitteln. In manchen Fällen waren Fachkräfte, die im Ausland an Fortbildungskursen teilnahmen, gezwungen, die Lehrgänge abzubrechen und in die Region zu-

rückzukehren, weil Israel drohte, ihnen andernfalls den Status als Einwohner [der besetzten Gebiete] abzuerkennen. Andere hatten gar nicht erst die Möglichkeit, sich im Ausland beruflich fortzubilden, weil die israelischen Sicherheitskräfte ihnen die Ausreise aus den besetzten Gebieten verweigerten.« Im Gazastreifen sollten sich die Hindernisse als besonders schwierig erweisen, denn hier verstand es Israel mit Hilfe willkürlicher Bestimmungen »zu verhindern, daß Palästinenser das Medizinstudium aufnahmen«. PHR-Israel kam zu dem Schluß, daß es schon »ein beachtliches Maß an Zynismus erfordert«, den Palästinensern vorzuwerfen, daß es um die Ausbildung medizinischer Fachkräfte in den besetzten Gebieten nicht zum besten steht.[61]

Es ist zwar »über den gesamten Zeitraum der israelischen Besatzung hinweg zu beobachten, daß das palästinensische Gesundheitswesen stark eingeschränkt wurde und daß Israel versucht hat, die palästinensischen Bemühungen um eine unabhängige Gesundheitspolitik zu torpedieren«[62], doch im Laufe der zweiten Intifada hat sich die Situation dramatisch verschlechtert. Bisheriger Höhepunkt dieses massiven Angriffs auf die palästinensische Gesundheitsversorgung war die »Operation Schutzschild« (März/April 2002), als Israel »ein noch nicht dagewesenes Maß an Geringschätzung menschlichen Lebens an den Tag legte und noch gravierender als schon zuvor gegen die medizinische Neutralität verstieß, … was den beinahe vollständigen Kollaps der medizinischen Versorgung [in den besetzten Gebieten] zur Folge hatte«. Das Ärzte-Establishment in Israel reagierte auf diesen medizinischen Notstand in den palästinensischen Gebieten »bestenfalls mit Stillschweigen, schlimmstenfalls mit Kollaboration«.[63] Die Beispiele in der folgenden Übersicht verdeutlichen die Auswirkungen der israelischen Politik auf die palästinensische Gesundheitsversorgung während der zweiten Intifada. Der Abschnitt »Terrorkrankenwagen« veranschaulicht, wie Dershowitz zu beweisen

sucht, daß sich Israel allen palästinensischen Provokationen zum Trotz aufrichtig um eine funktionierende Gesundheitsversorgung in den besetzten Gebieten bemüht.

Die Gesundheitsversorgung in den besetzten Gebieten

(1) Angriffe auf Krankenwagen

Physicians for Human Rights
Quelle: *Evaluation of the Use of Force in Israel, Gaza and the West Bank,* November 2000, S. 14.

»Zwischen dem 1. und 23. Oktober 2000 hat die israelische Armee, wie PHR-Israel berichtete, 17 palästinensische Krankenwagen › vollkommen zerstört ‹. Ferner berichtete PHR-Israel, daß allein zwischen dem 19. und dem 23. Oktober weitere 26 Krankenwagen durch Schüsse beschädigt wurden.«[64]

Physicians for Human Rights – Israel
Quelle: *Medicine under Attack: Critical Damage Inflicted on Medical Services in the Occupied Territories,* April 2002, o. S.

»Am 4. März 2002 machte sich ein Krankenwagen des Roten Halbmonds mit einem Arzt und drei Mitarbeitern auf den Weg ins Flüchtlingslager Jenin, um Verletzte zu evakuieren. Die Fahrt des Krankenwagens war zuvor mit dem Roten Kreuz und der israelischen Zivilverwaltung abgestimmt worden. Trotz der Koordination eröffneten die Sicherheitskräfte das Feuer auf den Krankenwagen. Er explodierte. Dr. Khalil Suleiman konnte sich nicht aus dem brennenden Wagen befreien und kam in den Flammen um. Die anderen Insassen schafften es, aus dem Fahrzeug zu springen, und retteten so ihr Leben. Alle drei erlitten schwere Verbrennungen … Ein paar Tage später… eröffneten Sicherheitskräfte das Feuer auf einen … Krankenwagen in der Gegend von Tulkarem … Der Fahrer … wurde getötet,

zwei Mitarbeiter wurden verletzt. Zur gleichen Zeit wurde auch ein Krankenwagen des Roten Halbmonds unter Beschuß genommen; der Fahrer … wurde getötet, zwei Mitarbeiter wurden verletzt. In beiden Fällen war die Krankenwagenfahrt zuvor abgesprochen worden.«

(2) Angriffe auf medizinisches Personal

Physicians for Human Rights – Israel

Quelle: *A Legacy of Injustice: A Critique of Israeli Approaches to the Right to Health of Palestinians in the Occupied Territories,* November 2002, S. 61-63.

»30. März 2002: Fünf Mitglieder des palästinensischen Roten Halbmonds wurden von der israelischen Armee verhaftet, als sie gerade mit einem Krankenwagen … unterwegs zu einer schwangeren Frau waren, bei der die Wehen eingesetzt hatten. Die Frau sollte evakuiert werden … Ein Rot-Kreuz-Vertreter sah drei Mitglieder des Krankenwagenteams später am selben Tag; man hatte ihnen Handschellen angelegt und ihnen die Augen verbunden… 2. April 2002: Drei Krankenwagen des palästinensischen Roten Halbmonds fuhren los, um kranke und verletzte Personen zu evakuieren … Um 9.00 Uhr morgens wurden sie von israelischen Panzern an der Weiterfahrt gehindert. Den Teams … wurde befohlen, die Krankenwagen zu verlassen und im Regen zu den Panzern zu kriechen… Um 19.30 Uhr wurde das Krankenwagenteam freigelassen. Vier Mitarbeiter mußten ärztlich behandelt werden.«
»Am 4. April 2002 … drangen israelische Sicherheitskräfte in das Entbindungsheim des Roten Halbmonds in El-Bireh ein… Die Soldaten versammelten alle Krankenhausmitarbeiter und alle Patientinnen, darunter auch Frauen, die erst kurz zuvor entbunden hatten, sowie Säuglinge, die erst drei bis zehn Stunden alt waren. Anschließend durchsuchten die Soldaten … die Krankenhausräume. Wenn sie eine Tür nicht öffnen konnten,

brachen sie sie mit Eisenstangen auf… Später wurden alle Anwesenden in den Eingangsbereich des Krankenhauses gebracht …, wo sie einer ganzen Reihe von Demütigungen ausgesetzt wurden. Ein paar Soldaten ließen sich mit der Gruppe fotografieren, während sie untereinander Spaße machten. Etwa sieben Anwesende … wurden aufgefordert, sich auf die Seite zu stellen. Die Soldaten verbanden ihnen die Augen und fesselten ihre Hände auf dem Rücken … [Zwei wurden freigelassen.] Die übrigen Palästinenser wurden zu einem gepanzerten Truppenfahrzeug gebracht.«[65]

B'Tselem

Quelle: *Harm to Medical Personnel: The Delay, Abuse and Humiliation of Medical Personnel by the Israeli Security Forces,* Dezember 2003, S. 14.

»Im Verlauf der letzten zwölf Monate haben Krankenwagenteams … von mindestens 28 Fällen berichtet, in denen Soldaten und Grenzpolizisten medizinisches Personal gedemütigt und geschlagen haben … Im Verlauf der Al-Aqsa-Intifada kam es immer häufiger vor, daß Soldaten und Grenzpolizisten Palästinenser demütigten und schlugen. Obwohl diese Vielzahl von Fällen Vertretern des Verteidigungsministeriums zur Kenntnis gebracht wurde, haben sie die Vorkommnisse weiterhin als › Einzelfälle ‹ und die Täter als ›schwarze Schafe ‹ bezeichnet. Die Behörden haben es bisher versäumt, sich ernsthaft mit diesem Phänomen auseinanderzusetzen. In bezug auf das Problem der Gewalt gegen medizinisches Personal blieben die Behörden genauso untätig.«

---

(3) Angriffe auf medizinische Einrichtungen

Physicians for Hyman Rights – Israel
Quelle: *Medicine under Attack: Critical Damage Inflicted on Medical Services in the Occupied Territories,* April 2002, o. S.

»Krankenhäuser sind auf verschiedene Art und Weise zum militärischen Angriffsziel geworden … Neben einer Vielzahl von Gebäuden, in denen medizinische Einrichtungen untergebracht sind, fuhren Panzer auf… Kranken Personen wird der ungehinderte Zugang zu diesen medizinischen Zentren verwehrt, und Krankenwagen werden daran gehindert, die Kliniken zu verlassen … In der Nacht vom 3. auf den 4. April [2002] wurde das Regierungskrankenhaus in Jenin unter Artilleriefeuer genommen und von Panzern umzingelt. Die Sauerstoff-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung wurde unterbrochen, und die Fenster im nördlichen Teil gingen zu Bruch. Am 4. April um 21.30 Uhr… drängten sich die Patienten gemeinsam mit dem Personal im Treppenhaus im Innern des Gebäudes, um sich vor dem unablässigen Granatenbeschuß und anderen Geschossen zu schützen.«

(4) Verweigerter oder verzögerter Zugang zu ärztlicher Behandlung

Physicians for Human Rights – Israel
Quelle: *A Legacy of lnjustice: A Critique of Israeli Approaches to the Right to Health of Palestinians in the Occupied Territories,* November 2002, S. 49-52, 57.

»Da Straßen absichtlich uneben gemacht oder mit Betonblöcken versperrt werden, ist es kranken Menschen … nicht möglich,… zu medizinischen Einrichtungen zu gelangen … Unbemannte Straßensperren – in Form großer Betonblöcke, aufgehäufter Erde oder zerstörter Straßenabschnitte – wurden

jetzt an sehr vielen Orten im Westjordanland errichtet … Viele Straßensperren sind (weil sie entweder aus einem leblosen Objekt bestehen oder weil der Abstand der dort stationierten Soldaten zu den am Kontrollpunkt eintreffenden Einwohnern sehr groß ist) extra so angelegt, daß sich im Notfall keine Ausnahmeregelung treffen läßt und daß ein Patient keinerlei Möglichkeit hat, dem Soldaten, der ihn an der Weiterfahrt hindert, seine Situation zu erklären.«

»Bevor ein Krankenwagen einen Patienten abholen kann, muß die Fahrt nun, unabhängig von der Dringlichkeit des Falls, im Vorfeld abgesprochen werden. Jeder Patient benötigt, ebenso wie jeder Arzt, einen Passierschein. Um diesen Schein zu bekommen, muß sich der Patient im Bezirkskoordinationsbüro einfinden. Er oder sie wird den Weg zu Fuß bestreiten müssen, denn es ist nur Israelis erlaubt, die Straße zu befahren. Bei der Ankunft müssen die Patienten am Tor warten, in der Hoffnung, daß der wachhabende Soldat es ihnen erlaubt, das Büro zu betreten. Wenn der Passierschein nicht fertig ist, wird die ganze Prozedur am nächsten Tag wiederholt. In vielen Fällen liegt der Passierschein erst vor, wenn der für die Untersuchung oder Operation vereinbarte Termin bereits verstrichen ist. Dann muß der Patient ganz von vorn anfangen.«[66]

B'Tselem über die »Operation Schutzschild«*

Am Freitag, den 5. April 2002 setzten bei Tahani Ali Asad Fatouh, einer Apothekerin aus AI Msakan Ash Shaabiya im Bezirk Nablus, die Wehen ein. Ihr Mann, Dr. Ghassan Ali Nashat Shaar. rief einen Krankenwagen, um seine Frau, die im siebten Monat schwanger war, ins Krankenhaus 211 brin-

* B'Tselem, *Operation Defensive Shield: Soldiers' Testimonies, Palestinian Testimonies,* Jerusalem, September 2002, S. 23.

gen. Aufgrund der Ausgangssperre, die über die Gegend verhängt worden war, gelang es dem Krankenwagen nicht, zum Haus des Ehepaars vorzudringen, so daß nur Dr. Shaar und sein Nachbar Dr. Sulfeh der Frau dabei helfen konnten, ihr Kind zur Welt zu bringen. Die Geburt verlief ohne Komplikationen. Während der Geburt versuchte das Krankenwagenteam weiter, das Haus des Ehepaars zu erreichen, weil der Säugling einen Brutkasten benötigen würde, doch alle Versuche waren vergebens. Etwa 30 Minuten nach der Geburt begann sich der Gesundheitszustand des Babys zu verschlechtern. Dr. Shaar schaffte es zweimal, seinen Sohn wiederzubeleben. Beim dritten Versuch starb das Baby. Tahani Fatouh war schwanger geworden, nachdem sie wegen geringer Fruchtbarkeit vier Jahre lang medizinisch behandelt worden war. Das Krankenhaus liegt nur zwei Kilometer vom Haus des Ehepaars entfernt.

Terrorkrankenwagen

Um zu beweisen, daß Israel bestrebt ist, den Palästinensern ungeachtet ihrer Provokationen Zugang zu medizinischer Hilfe zu gestatten, schreibt Dershowitz in *Plädoyer für Israel* (S.295):

> Der Oberste Israelische Gerichtshof… hat dem israelischen Militär ausdrücklich verboten, Krankenfahrzeuge anzugreifen, und das obwohl man diese immer wieder zum Transport von Sprengstoffen und Selbstmordattentätern mißbraucht.

Um seine Behauptung bezüglich des Obersten Gerichts in Israel zu belegen, beruft sich Dershowitz – abgesehen von einer erbaulichen Rede, die eine an ebendiesem Gericht tätige Richterin bei einer Konferenz der Vereinten Jüdischen Gemeinden in

Philadelphia hielt – einzig auf eine Gerichtsentscheidung vom April 2002 (PHR v. Kommandeur der Truppen im Westjordanland).[67] Die Ärzte-Organisation PHR-Israel bewertete diese Entscheidung wie folgt:

> PHR-Israel hat beim Obersten Gericht einen Antrag eingereicht, um die Sicherheitskräfte zu zwingen, sich an grundlegende Konventionen zu halten und von Angriffen auf Krankenwagen abzusehen … Hintergrund war, daß das Krankenwagensystem lahmgelegt ist, daß Israel palästinensische Krankenhäuser im Westjordanland mit Mörsergranaten angreift und daß Kranke und Verwundete daran gehindert werden, zu den Krankenhäusern zu gelangen … Obwohl der Antrag eine ganze Reihe von Übergriffen einzeln aufführte und diese vor dem Hintergrund des Lebens von Zivilisten, der medizinischen Versorgung und des Verlusts von Menschenleben schilderte, schloß sich Israels Oberstes Gericht der Sicht des Staates an: Es bescheinigte den Soldaten der israelischen Armee, daß sie im Einklang mit humanitären Grundsätzen handelten, und befand außerdem, daß es angesichts der Kämpfe in den palästinensischen Gebieten unmöglich sei, die im Antrag genannten Fälle im einzelnen zu prüfen. Dementsprechend beschränkte sich das Oberste Gericht in seiner Entscheidung darauf, einen sehr allgemein gehaltenen Kommentar abzugeben, in dem es die israelische Armee an ihre Verpflichtung gegenüber dem humanitären Völkerrecht erinnerte.[68]

Um zu belegen, daß Palästinenser Krankenwagen »immer wieder zum Transport von Sprengstoffen und Selbstmordattentätern mißbrauchen« und daß sie dies »auch nach dieser Entscheidung« vom April 2002 noch taten (S. 295f.), beruft sich Dershowitz allein auf die unbestätigte Angabe eines »höheren

Sicherheitsbeamten«.[69] In einer Studie vom November 2002 hielt PHR-Israel fest: »In nur einem einzigen Fall hat Israel Beweise für einen solchen Mißbrauch vorgelegt.«[70] Selbst in diesem einen Fall ist der Mißbrauch keineswegs erwiesen. Zu diesem »einzigen Fall, bei dem, wie aus zahlreichen Medienberichten zu erfahren war, am 27. März 2002 ein Sprengstoffgürtel in einem Krankenwagen gefunden wurde«, schrieb Amnesty International:

> Mehrere Umstände lassen den Fall verdächtig erscheinen. Der Krankenwagen passierte auf dem Weg nach Jerusalem vier Kontrollpunkte, ohne durchsucht zu werden (was normalerweise nie vorkommt). Und als der Wagen schließlich angehalten wurde, verstrich mehr als eine Stunde, bevor mit der Durchsuchung begonnen wurde, weil die israelische Armee erst die Ankunft der Fernsehteams abwarten wollte (was die Vermutung nahelegt, daß die Armee zumindest schon wußte, daß sie dort eine Entdeckung machen würde).[71]

Abgesehen von diesem angeblichen Zwischenfall im März 2002 war es bei allen Fällen, in denen Krankenwagen erwiesenermaßen zweckentfremdet wurden, stets *die israelische Armee,* die sich dieses Mißbrauchs schuldig machte. Zum Beispiel »zwängten sich Soldaten in einen kugelsicheren Krankenwagen, um so schnell wie möglich zum Haus« eines gesuchten Palästinensers zu gelangen; »in Nablus wurden mehrere Krankenwagenfahrer von israelischen Soldaten gezwungen anzuhalten, aus ihren Wagen auszusteigen und sich zwischen die Soldaten und die Steinewerfer zu stellen«; »Soldaten nahmen einen Krankenwagen in Beschlag, um damit die Zufahrt zum Krankenhaus in Tulkarem zu versperren«. B'Tselem hat diese Vorkommnisse und die israelischen Anschuldigungen wie folgt kommentiert:

> Die Tatsache, daß die israelische Armee Krankenwagen für militärische Zwecke benutzt, ist besonders beunruhigend, wenn man bedenkt, daß die Armee den Palästinensern wiederholt vorgeworfen hat, Krankenwagen für den Transport von Waffen und Sprengstoff einzusetzen … Es gilt festzuhalten, daß die israelische Armee, von einer einzigen Ausnahme abgesehen, keinerlei Beweise für diese Behauptung vorgelegt hat, obwohl sie sowohl von den »Physicians for Human Rights« als auch vom Internationalen Roten Kreuz mehrfach darum gebeten wurde. Nicht einmal in Reaktion auf Anträge, die beim Obersten Gericht eingereicht wurden, hat die Armee Beweise beigebracht.

Und noch einmal: »Offizielle [israelische] Quellen behaupten immer wieder und ohne dafür Beweise vorzulegen, daß Palästinenser Krankenwagen zum Transport von Waffen und Sprengstoff einsetzen.«[72] Zwei Dinge sollten an dieser Stelle noch betont werden: Erstens hat die israelische Armee schon lange *vor* dem angeblichen Zwischenfall vom März 2002 palästinensische Krankenwagen angegriffen und auch noch lange *nach* der Entscheidung des Obersten Gerichts vom April 2002 »absichtlich Krankenwagen beschädigt«. Und zweitens: Selbst wenn wir einmal annehmen, daß der Zwischenfall vom März 2002 ein echter Zwischenfall war, so »lassen sich dadurch keine vorsätzlichen Angriffe auf ein ganzes Netzwerk von Krankenwagen rechtfertigen, die einen medizinischen Auftrag zu erfüllen haben und gesetzlich geschützt sind« (PHR-Israel).[73]

Kapitel 5

Kurzer Prozeß

»Zwar wurden die Attentate erst im Laufe der Al-Aqsa-Intifada zur offiziellen [israelischen] Politik erklärt«, wie Menschenrechtsorganisationen berichten, »doch hat es diese Attentate auf palästinensische Aktivisten und jene, die verdächtigt wurden, Anschläge auf Israelis zu organisieren oder auszuführen, auch schon früher gegeben.« Mit den Liquidierungen wurde in den 1970er Jahren begonnen, und bereits in der Anfangsphase der ersten Intifada (1987-1993) gehörten Attentate auf »gesuchte«, vermummte und Steine werfende Palästinenser zur gängigen Praxis – der damalige stellvertretende Generalstabschef Ehud Barak organisierte zu dieser Zeit verdeckt operierende Kommandos für diese Tötungen. Im Jahr 1992 wurde diese Praxis »verstärkt angewandt«, denn als Yitzhak Rabin Ministerpräsident wurde, sanktionierte er die Zerstörung palästinensischen Eigentums, wenn dadurch »gesuchte« Palästinenser festgenommen oder getötet werden konnten. »Dies hatte zur Folge, daß Hunderte Palästinenser, denen nicht das geringste vorgeworfen wurde, obdachlos wurden.« Mehr als 120 Palästinenser wurden bei diesen Operationen getötet oder nach ihrer Festnahme hingerichtet.

Eine 1992 erschienene Studie des Palästinensischen Informationszentrums für Menschenrechte ergab, daß »Festnahmen nicht ernsthaft in Erwägung gezogen« worden waren und daß nur sehr wenige Anschlagsopfer zur Zeit des Attentats eine Waffe bei sich getragen hatten oder in Widerstandsaktivitäten

verwickelt gewesen waren. »Die meisten von ihnen gingen gerade ihren ganz alltäglichen Beschäftigungen nach.« Eine ebenfalls 1992 erschienene Studie von B'Tselem kam zu ähnlichen Ergebnissen: Bei einem »großen Prozentsatz« der von den »Tötungskommandos« Hingerichteten »bestand die Möglichkeit, die Verdächtigen gefangenzunehmen, statt sie zu töten«. Und: Auch wenn »der Prozentsatz derjenigen Personen, die zum Zeitpunkt des Aufeinandertreffens mit den Geheimkommandos bewaffnet waren, in den letzten Monaten gestiegen ist, … beträgt der Anteil der Unbewaffneten immer noch 50 Prozent«.

Human Rights Watch schrieb in einer 1993 erschienenen Studie: »Die verdeckt operierenden Einheiten gehen nach einem klar erkennbaren Schema vor, auch wenn dies von offizieller Seite bestritten wird … Diese Regeln erlauben es den Geheimkommandos, ›gesuchte‹ und vermummte Verdächtige zu töten, und dies auch in vielen Situationen, in denen die Anwendung tödlicher Gewalt nicht gerechtfertigt ist … Zwar wird von offizieller Seite versichert, daß sich die geheimen Einheiten bei ihren Einsätzen auf die Verfolgung des ›harten Kerns‹ konzentrieren, daß ihre Aktionen mithin auf ›gesuchte‹ Aktivisten abzielen, die Blut an den Händen haben. Doch lauern die Kommandos gewohnheitsmäßig auch vermummten Aktivisten auf, die zum Beispiel Straßensperren besetzen oder Ladeninhabern befehlen, einen Streik einzuhalten, also Aktivitäten nachgehen, die keineswegs lebensbedrohlich sind. Die Richtlinien erlauben es den geheimen Einheiten, Palästinenser auch bei Aktivitäten dieser Art zu töten.« Wie die Studie ferner ergab, galt weniger als die Hälfte der bei diesen Attentaten getöteten Palästinenser als »gesucht«. Vielmehr handelte es sich bei den meisten von ihnen um vermummte Jugendliche, Steinewerfer und dergleichen mehr, und sie »waren weder bewaffnet noch stellten sie für die verdeckt operierenden Einheiten oder irgend jemanden sonst eine unmittelbare Bedrohung dar«.[1]

Die gegenwärtige, öffentlich eingestandene Praxis politischer Liquidierungen wurde nach dem Ausbruch der zweiten Intifada von Ministerpräsident Ehud Barak eingeführt. Unter Ariel Sharon, der ihm 2001 im Amt nachfolgte, kam diese Methode verstärkt zur Anwendung. Von November 2000 bis Mitte 2003 haben die israelische Armee und die israelischen Sicherheitsdienste bei Attentaten mehr als 100 Palästinenser ermordet und dabei auch »Dutzende Unbeteiligte getötet sowie Hunderte Unbeteiligte verletzt – palästinensische Männer, Frauen und Kinder«. Es soll »nicht weniger als 175 Liquidierungsversuche« oder »alle fünf Tage einen Versuch« gegeben haben. »Israel ist das einzige demokratische Land«, so B'Tselem in einem Positionspapier des Jahres 2001, »das ein derartiges Vorgehen für legitim hält.«[2]

Dershowitz hat diese Praxis vor allem gegenüber *israelischen* Kritikern verteidigt. In Kapitel 25 von *Plädoyer für Israel* stellt er den böswilligen Anschuldigungen des »Anklägers« B'Tselem die »Realität« der politischen Liquidierungen gegenüber. Nachdem eine Gruppe von Reservisten der israelischen Luftwaffe in einem Offenen Brief angekündigt hatte, daß sie sich als Piloten weigerten, sich weiterhin an den »illegalen und unmoralischen« politischen Liquidierungen zu beteiligen, flog Dershowitz, der »mit dem Brief der Piloten nicht einverstanden war«, nach Israel, »um die Piloten der israelischen Luftwaffe zu unterstützen und ihnen zu versichern, daß gezieltes Töten weder in rechtlicher noch in moralischer Hinsicht zu beanstanden« sei; auch traf sich Dershowitz »mit den Kommandeuren der Luftwaffe, um mit ihnen zu besprechen, wie am besten mit dem Brief der Piloten zu verfahren« sei. In der deutschen Tageszeitung *Die Welt* verteidigte Dershowitz das Liquidieren von Palästinensern mit den Worten: »Es stärkt die bürgerlichen Freiheiten, nicht der Israelis, sondern der Palästinenser.« Das Motiv derjenigen, die die Liquidierungen kritisieren, meinte Dershowitz auch bereits erkannt zu haben: Die Kritiker – und

das schließt wohl auch die B'Tselem-Mitarbeiter und die protestierenden Piloten ein – »lieben tote Juden«.[3]

Die Behauptung, daß die israelische Liquidierungspolitik die bürgerlichen Freiheiten der Palästinenser »stärkt«, fügt sich nahtlos in Dershowitz' übliche Argumentation ein. »Die Tötung Scheich Yassins war ein moralischer und gesetzlicher Akt präventiver Selbstverteidigung«, beteuert Dershowitz – schließlich war Yassin »nach jeder vernünftigen Lesart als Kombattant einzustufen, und Kombattanten … stellen während eines andauernden Krieges wie dem, den die Hamas Israel erklärt hat, geeignete militärische Angriffsziele dar«.[4] Es will nicht recht einleuchten, wie man ein und dieselbe politische Liquidierung gleichzeitig als »präventive Selbstverteidigung« und als die Beseitigung eines »Kombattanten« in einem »andauernden Krieg« rechtfertigen kann. Als präventive Selbstverteidigung hätte die Tötung *vor* Ausbruch bewaffneter Auseinandersetzungen stattfinden müssen, und hätte sie im Verlauf von Kampfhandlungen stattgefunden, würde sich jeder Hinweis auf präventive Selbstverteidigung erübrigen. In *Plädoyer für Israel* erläutert Dershowitz seine beiden Argumente einzeln und rechtfertigt die Liquidierungen wie folgt:

> *Es ist legitim, Palästinenser zu liquidieren, weil sie Kombattanten und keine Zivilisten sind.* »Nach internationalem Recht wie nach Kriegsrecht ist es völlig legitim, einen feindlichen Kombattanten zum Ziel zu erklären, der sich nicht ergeben will. Palästinensische Terroristen – seien es nun die Selbstmordattentäter selbst oder die, die sie rekrutieren und führen, oder die Köpfe der betreffenden Gruppe – sind zweifelsohne feindliche Kombattanten«. (S. 281)

> *Es ist legitim, Palästinenser zu liquidieren, wenn man sie nicht festnehmen kann, wenn sie eine unmittelbare Gefahr darstellen und wenn dabei keine Unbeteiligten verletzt wer-*

> *den.* »Meiner Ansicht nach sollte die gezielte Liquidierung, auch in Fällen, die das Kriegsrecht ausdrücklich erlauben würde, nur als letztes Mittel eingesetzt werden, wenn keine Möglichkeit besteht, den Mörder dingfest zu machen und der Terrorist in eine laufende Aktion verwickelt ist; daß man dabei Unbeteiligte nicht über Gebühr Risiken aussetzen sollte, versteht sich von selbst.« (S. 282f.)

Nach dem Völkerrecht sind folgende Personen als Kombattanten zu bezeichnen: »Mitglieder von Streitkräften einer am Konflikt beteiligten Partei sowie Mitglieder von Milizen und Freiwilligenkorps, die in diese Streitkräfte eingegliedert sind«; »Mitglieder anderer Milizen und Freiwilligenkorps«, die »eine für ihre Untergebenen verantwortliche Person an ihrer Spitze haben«, »ein bleibendes und von weitem erkennbares Unterscheidungszeichen führen«, »die Waffen offen tragen« und »bei ihren Kampfhandlungen die Gesetze und Gebräuche des Krieges einhalten«.[5] Die Menschenrechtsorganisationen sind sich darüber einig, daß diese Kriterien auf die palästinensischen Opfer der israelischen Liquidierungspolitik nicht zutreffen.[6] Vielmehr sind sie, wie alle anderen unter Besatzung lebenden Zivilisten auch, rechtlich geschützt. Sie »dürfen in keinem Fall getötet werden, außer wenn sie gerade selbst auf israelische Soldaten oder Zivilisten schießen oder diese auf andere Art und Weise unmittelbar bedrohen. Da sie keine Kombattanten sind, ist es auch dann nicht gerechtfertigt, sie zu töten, wenn sie zu einem früheren Zeitpunkt an einem bewaffneten Übergriff beteiligt waren.« Ein Attentat auf einen Zivilisten stellt eine Form von außergerichtlicher Hinrichtung dar. Das heißt, es handelt sich hierbei um »eine ungesetzliche, vorsätzliche Tötung, die auf Regierungsbefehl erfolgt …, um eine bestimmte Person zu beseitigen, anstatt sie festzunehmen und vor Gericht zu stellen«.[7] Die Attentate, die Israel auf Palästinenser verübt, stellen solche außergerichtlichen Hinrichtungen dar: Demjenigen, dem

das Attentat gilt, wird a) das Recht versagt, sich vor Gericht zu verteidigen, obwohl er b) niemandes Leben unmittelbar bedroht und obwohl es c) möglich wäre, ihn festzunehmen und ihm den Prozeß zu machen.

a) »Die Entscheidungen für Attentate werden«, wie B'Tselem berichtet, »in Hinterzimmern gefallt, ohne daß die Geheimdienstinformationen, auf die sich die Entscheidungen gründen, gerichtlich überprüft würden. Den Anschlagsopfern wird keine Gelegenheit gegeben, etwas zu ihrer Verteidigung vorzubringen oder die gegen sie erhobenen Anschuldigungen zu widerlegen.« Ähnlich argumentieren das israelische Antifolterkomitee »Public Committee Against Torture in Israel« (PCATI) und die palästinensische Menschenrechtsorganisation »Palestinian Society for the Protection of Human Rights« (LAW) in einer gemeinsamen Studie: »Bis jetzt hat das israelische Militär noch in keinem Fall öffentlich nachgewiesen, daß seine gegen die Anschlagsopfer erhobenen Vorwürfe begründet waren. Vielmehr gibt sich das israelische Militär nach jedem Attentat nur die allergrößte Mühe, über die Medien zu verbreiten, daß der Getötete in Terroranschläge verwickelt gewesen sei. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, daß die Bevölkerung die Liquidierungen unterstützt. Beweise für die erhobenen Anschuldigungen liefert das Militär nie. Es läßt sich daher nicht feststellen, wie viele der Getöteten tatsächlich, wie von den israelischen Behörden behauptet, an gewaltsamen Aktionen beteiligt gewesen waren, und wie viele von ihnen als unschuldige Opfer eines drakonischen Systems getötet wurden, das man eher von einer finsteren Diktatur als von einem demokratischen Staat des 21. Jahrhunderts erwarten würde.«[8]

b) PCATI und LAW erinnern daran, wie die israelischen Liquidierungen in der Praxis aussehen, und stellen klar: »Ob nun ein Pilot von seinem Hubschrauber aus eine Rakete auf eine

Wohnung abfeuert, in der sich ein Verdächtiger gerade aufhält, oder ob ein Heckenschütze eine Person, die gerade vor ihrem Haus sitzt, ins Fadenkreuz nimmt, oder ob ein Geheimkommando das Auto eines Verdächtigen mit Sprengstoff präpariert – in all diesen Fällen handelt es sich um vorsätzlichen Mord. Der Aspekt der Selbstverteidigung fehlt völlig. Von den Verdächtigen geht keine akut lebensgefährliche Bedrohung aus.«[9] In *Plädoyer für Israel* (S. 283) schreibt Dershowitz: »Nach vernünftigen Maßstäben beurteilt, hat die israelische Politik gezielter Liquidierungen von Terroristen, auf die die Definition der ›tickenden Bombe‹ zutrifft, die scharfe Verurteilung, mit der man sie bedacht hat, nicht verdient.« Doch zum einen erlauben es die israelischen Liquidierungsrichtlinien, daß die Armee »gegen bekannte Terroristen vorgeht, auch wenn diese nicht kurz davorstehen, einen größeren Anschlag zu verüben«, und zum anderen »hat die israelische Armee keinerlei Beweise dafür vorgelegt, daß die liquidierten Palästinenser im Begriff gewesen waren, Anschläge zu verüben, oder daß sie sich gar schon auf den Weg zu ihrem Anschlagsziel gemacht hatten. Diejenigen, die Attentaten zum Opfer fielen, befanden sich in den besetzten Gebieten, und zwar an Orten, die von möglichen israelischen Angriffszielen (wie Siedlungen, Siedlerstraßen und Armeeposten) weit entfernt waren.«[10]

c) »Die israelische Armee hat bewiesen, daß sie in den besetzten Gebieten, einschließlich jener Gebiete, die unter die Rechtsprechung der palästinensischen Autonomiebehörde fallen, die volle und effektive Kontrolle ausüben kann und tatsächlich auch ausübt«, merkte Amnesty International im Sommer 2003 an. »In den letzten zwei Jahren haben die israelische Armee und die Sicherheitsdienste Zehntausende Palästinenser verhaftet. Einigen warfen sie vor, israelische Soldaten oder Zivilisten persönlich angegriffen zu haben, anderen sagten sie eine Beteiligung an der Planung beziehungsweise

Durchführung solcher Angriffe durch andere Palästinenser nach. Verhaftungen dieser Art sind in den besetzten Gebieten an der Tagesordnung. Manche Palästinenser werden in Gruppen festgenommen, andere einzeln. Es macht keinen Unterschied, ob sie sich gerade zu Hause oder in der Wohnung anderer Leute aufhalten, ob sie an der Universität oder im Studentenwohnheim sind, ob sie sich an ihrem Arbeitsplatz oder an einem Kontrollpunkt befinden, ob sie sich frei in der Öffentlichkeit bewegen oder in den Untergrund geflüchtet sind … Palästinenser, die sich angeblich bereits auf den Weg gemacht hatten, um Selbstmordanschläge zu verüben oder andere Angriffe auszuführen, wurden von der israelischen Armee und den Sicherheitskräften im Westjordanland und im Gazastreifen ebenso festgenommen wie in Israel, und an den Kontrollpunkten ebenso wie bei dem Versuch, die Kontrollpunkte zu umgehen und die Grenze an anderer Stelle zu überqueren.«
Da die israelischen Sicherheitskräfte offenbar imstande sind, Palästinenser zu schnappen, wie und wo und wann es ihnen beliebt, kam Amnesty zu dem Schluß: »Die israelischen Beteuerungen, daß der Staat Attentate nur in den Fällen anordnet, in denen er sich einem nicht anders abzuwendenden, unmittelbaren Sicherheitsrisiko ausgesetzt sieht, sind nicht glaubwürdig, und … diese Praxis ist nicht zu rechtfertigen.«
PCATI und LAW schrieben ebenfalls: »Die vielen Fälle, in denen das israelische Militär gesuchte Palästinenser entführt hat, … beweisen, daß das israelische Militär sehr wohl in der Lage ist, gesuchte Personen zu überwältigen, wenn es dies für angebracht hält. Es trifft also ganz offensichtlich nicht zu, daß Israel nichts anderes übrigbleibt, als sich dieser Personen durch Attentate zu entledigen.«[11]

Im Zuge der Liquidierungen werden überdies zahlreiche Unbeteiligte willkürlich getötet und verletzt. »Von Seiten der israeli-

schen Regierung und des Militärs wird immer wieder betont, daß alle nur erdenklichen Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden, damit bei der Ausführung der Attentate keine anderen Palästinenser zu Schaden kommen«, bemerkt Amnesty. »Die Fakten sprechen jedoch eine andere Sprache. Im Zuge der Attentate – auch der fehlgeschlagenen Attentate –, die die israelische Armee auf Palästinenser verübt hat, wurden Dutzende unbeteiligter Männer, Frauen und Kinder getötet, Hunderte wurden verletzt… Es wird immer wieder beteuert, die Armee bemühe sich, Unbeteiligte zu schonen. Diese Beteuerungen vertragen sich jedoch nicht mit der Praxis, Attentate auf belebten Straßen oder inmitten dichtbesiedelter Wohngebiete zu verüben.« PCATI und LAW kommen zu demselben Schluß wie Amnesty: »In vielen Fällen hat das israelische Militär Zivilisten verletzt, die nicht hätten angegriffen werden dürfen. Die Tatsache, daß immer wieder Zivilisten zu Schaden kommen, verdeutlicht einmal mehr, wie rücksichtslos und übertrieben das Militär Gewalt anwendet. Selbst wenn man einmal annimmt, daß von den Personen, denen die Attentate gelten, wirklich Gefahr ausgeht (was keineswegs erwiesen ist), so steht die angewandte militärische Gewalt in keinem Verhältnis zu dieser Bedrohung.«[12]

Nach israelischem Strafrecht stellt ein staatliches Attentat auf einen gesuchten Palästinenser »vorsätzlichen Mord« dar, während das Völkerrecht ein solches Attentat als »Kriegsverbrechen« einstuft. Dershowitz selbst hat zu Protokoll gegeben, daß »die gezielte Liquidierung … nur als letztes Mittel eingesetzt werden« sollte, nämlich nur dann, »wenn keine Möglichkeit besteht, den Mörder dingfest zu machen«, »der Terrorist in eine laufende Aktion verwickelt ist« und »wenn man dabei Unbeteiligte nicht über Gebühr Risiken aussetzt« (*Plädoyer für Israel,* S. 282f.). Die israelische Strategie politischer Liquidierungen läßt sich noch nicht einmal nach Dershowitz' eigenen Maßstäben rechtfertigen. »Von all den Menschenrechts-

verletzungen, bei denen offizielle Vertreter des Staates das Recht auf Leben mißachten, stellen die Attentate die schlimmsten Verstöße dar«, so die Schlußfolgerung von PCATI und LAW. »Es handelt sich dabei nicht um fahrlässige Tötung, um eine Situation, in der dem Schützen in einem bestimmten Augenblick womöglich nichts anderes übrigblieb, als sein Gegenüber zu erschießen, oder um eine Aktion, die, nachdem sie zunächst ein legales Ziel verfolgt hatte, plötzlich außer Kontrolle geriet. Es handelt sich vielmehr um eine im voraus geplante Operation, deren Ziel von vornherein eine Menschenrechtsverletzung darstellt. Sie auszuführen ist deshalb in rechtlicher wie ethischer Hinsicht ein schändliches Verbrechen.« Durch die Anwendung solcher Methoden »gesellt sich Israel zu einer berüchtigten Gruppe von Staaten, die in schwerwiegender Weise gegen grundlegende moralische und humane Normen verstoßen, die die internationale Gemeinschaft für bindend hält«.[13]

Lassen wir die durch die Liquidierungspraxis aufgeworfenen moralischen und rechtlichen Fragen einmal beiseite und wenden wir uns der Frage zu, wie sich diese Maßnahmen politisch auswirken. »Ob diese Strategie wirklich effektiv ist, steht zu bezweifeln«, schreibt B'Tselem. »Diejenigen, die auf die Wirksamkeit dieser Methode schwören, haben keinerlei Beweise dafür erbracht, daß sich diese Politik auch nur im geringsten positiv auf die Sicherheitslage auswirkt.« Hochrangige israelische Sicherheitsbeamte haben ebenfalls daraufhingewiesen, daß die Liquidierungen durchaus nicht zu Israels Sicherheit beitragen, sondern die Lage, im Gegenteil, eher verschlimmern. Der frühere Chef des israelischen Inlandgeheimdienstes Shin Bet*, Ami Ayalon, glaubt, »statt vereinzelter Selbstmordattentäter werden

---

* Der israelische Inlandgeheimdienst Shin Bet wird auch Shabak oder Allgemeiner Sicherheitsdienst genannt. In der englischsprachigen Literatur – so auch im Anmerkungsteil des vorliegenden Buches – wird er zumeist als General Security Service (GSS) bezeichnet; Anm. d. Ü.

wir Dutzende oder Hunderte bekommen«, wenn die Liquidierungspolitik weiterverfolgt wird.[14]

Das israelische Vorgehen deutet stark darauf hin, daß *die hauptsächliche, erwartete und erwünschte Wirkung der politischen Liquidierungen gerade darin besteht, weitere Terroranschläge zu provozieren.* »Wer auch immer grünes Licht für diese Liquidierung gegeben hat, wußte sehr genau, daß er damit auf einen Schlag das Gentlemen's Agreement zwischen der Hamas und der palästinensischen Autonomiebehörde zunichte machte«, schrieb der israelische Journalist Alex Fishman in *Yediot Ahronot* nach dem Attentat auf einen Hamas-Führer im November 2001. »Nach dieser Übereinkunft hatte sich die Hamas verpflichtet, in der nächsten Zeit von Selbstmordanschlägen innerhalb der Grünen Linie* abzusehen.« »Nach der Zerstörung von Häusern in Rafah und Jerusalem hielten sich die Palästinenser immer noch zurück«, schrieb Shulamit Aloni von der israelischen Meretz-Partei im Januar 2002 in *Yediot Ahronot.* »Sharon und seinem Armeeminister graute offenbar vor der Aussicht, womöglich wieder an den Verhandlungstisch zurückkehren zu müssen. Sie beschlossen, das drohende Unheil abzuwenden, indem sie Raed Karmi [einen örtlichen Milizführer] liquidierten. Sie wußten, daß diese Aktion nicht unbeantwortet bleiben würde und daß wir sie mit dem Blut unserer Bürger bezahlen würden.«

Im Juli 2002 erzielten militante palästinensische Organisationen einschließlich der Hamas eine vorläufige Übereinkunft, der zufolge Anschläge in Israel einzustellen waren – eine Übereinkunft, die vielleicht den Weg zu einer Rückkehr an den Verhandlungstisch geebnet hätte. Nur 90 Minuten, bevor die Übereinkunft bekanntgegeben werden sollte, sorgte die israelische

---

* Das heißt, innerhalb der international anerkannten israelischen Staatsgrenzen, also innerhalb jener Grenzen, die vor dem Junikrieg von 1967 bestanden (Waffenstillstandslinien von 1949); Anm. d. Ü.

Führung – die über die unmittelbar bevorstehende Verlautbarung vollkommen im Bilde war- dafür, daß ein F-16-Kampfjet eine tonnenschwere Bombe auf ein dichtbesiedeltes Wohngebiet in Gaza-Stadt abwarf. Dabei wurden neben dem Hamas-Führer Salah Shehadeh 14 palästinensische Zivilisten, darunter neun Kinder, getötet und 140 Menschen verletzt. (Siehe den Abschnitt »Unnötige Opfer vermeiden« in Kapitel 4 dieses Buches.) Wie vorauszusehen war, wanderte die Verlautbarung daraufhin in den Papierkorb, und palästinensische Anschläge wurden mit aller Härte wiederaufgenommen. »Kann mir hier mal einer den tieferen Sinn erklären?«, fragte ein führendes Mitglied der Meretz-Partei. »Jedesmal, wenn wir drauf und dran sind, die Chance zu bekommen, so etwas wie einen Waffenstillstand auszuhandeln oder auf diplomatischem Wege etwas zu erreichen, wird das gleiche Spiel gespielt: Kaum ist es mal für eine Weile ruhig, liquidieren wir jemanden.«[15] »Die Geschichte des palästinensischen Terrorismus … zeigt eindeutig, daß der Terror zunimmt, wann immer Israel den Frieden anbietet«, schreibt Dershowitz in *Plädoyer für Israel* (S. 288). »Terror wird seit jeher ganz bewußt als Taktik eingesetzt, jeden Schritt hin zu einem Frieden im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung zu sabotieren.« Womit Dershowitz die Dinge wieder mal auf den Kopf gestellt hätte.

Kapitel 6

Israels Abu Ghraib

Die systematische Folter palästinensischer Häftlinge durch Israel ist von Menschenrechtsorganisationen umfassend belegt worden.[1] »Seit 1967«, so Amnesty International, »haben die israelischen Sicherheitsdienste in den besetzten Gebieten Palästinenser, die sie politischer Vergehen bezichtigten, routinemäßig gefoltert.«[2] Zwar waren schon zu Beginn der Besatzung Foltervorwürfe laut geworden, doch wurde ihnen erst verstärkt Aufmerksamkeit geschenkt, als die Londoner Zeitung *Sunday Times* 1977, nach außerordentlich akratischer Recherche, eine mit vielen Einzelheiten aufwartende Reportage veröffentlichte. Die fünfmonatige Untersuchung hatte ergeben, daß »israelische Vernehmungsbeamte arabische Gefangene routinemäßig mißhandeln und oft foltern« und daß sie dies »den ganzen Zeitraum der zehnjährigen israelischen Besatzung hindurch« getan hatten. Zu den Foltermethoden schrieb die *Times* unter anderem: »Es kommt oft vor, daß Gefangenen ein Sack über den Kopf gestülpt wird, daß man ihnen die Augen verbindet und daß man sie über einen langen Zeitraum hinweg an ihren Handgelenken aufhängt. Viele werden sexuell mißbraucht. Manchen werden Elektroschocks verabreicht. In mindestens einem Gefängnis gibt (oder gab) es einen speziellen ›Schrank‹. Dieser ist etwa 1,50 Meter hoch und hat kaum mehr als einen halben Quadratmeter Grundfläche. In den Boden dieses ›Schranks‹ sind Betonspitzen eingelassen.« Anschließend veröffentlichte die *Times* die Antwort Israels auf die erhobenen Vorwürfe –

und nahm die israelischen Einwände Punkt für Punkt auseinander.[3]

Nach der Veröffentlichung der *Times*-Reportage wurde die israelische Praxis, palästinensische Häftlinge zu mißhandeln und zu foltern, von zahlreichen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen untersucht, so zum Beispiel vom US-Außenministerium, der Schweizer Menschenrechtsliga, der Internationalen Menschenrechtsliga, der Internationalen Vereinigung Katholischer Juristen, der in den USA ansässigen Anwältevereinigung »National Lawyers Guild« und Amnesty International. Die internationale Presse – die israelische und amerikanische nicht ausgenommen – brachte ebenfalls Berichte zu diesem Thema. Während der Amtszeit Menachem Begins (1977-1983) ging die Zahl der Fälle, in denen Palästinenser mißhandelt oder gefoltert wurden, im Vergleich zu den Vorjahren merklich zurück, denn der Ministerpräsident hatte den Vernehmungsbeamten, offenbar in Reaktion auf die Enthüllungen der *Times,* hinsichtlich ihrer Verhörmethoden Beschränkungen auferlegt. Kurz nach Begins Rücktritt, im Jahr 1984, berichteten Menschenrechtsorganisationen jedoch, daß Palästinenser wieder sehr viel öfter mißhandelt und gefoltert würden.

In der einflußreichen Studie *»Wer der Folter erlag …«: Ein Bericht über die Anwendung der Folter in den 80er Jahren* wies Amnesty International darauf hin, daß die Organisation »ständig weitere Meldungen über Gefangenenmißhandlungen« in israelischen Gefängnissen bekam. »Die Häufigkeit und die Übereinstimmung dieser Berichte lassen darauf schließen, daß man einer Reihe von Palästinensern aus den besetzten Gebieten, die aus Sicherheitsgründen verhaftet … wurden, zunächst Kapuzen über den Kopf gezogen und Handschellen angelegt hat, um sie dann an mehreren Tagen zu zwingen, jeweils viele Stunden lang regungslos zu stehen. Unbekleidet mußten sie lange Zeit unter kalten Duschen oder Kaltluftventilatoren ver-

harren. Darüber hinaus waren die Häftlinge Nahrungs- und Schlafentzug unterworfen; man verweigerte ihnen den Zugang zu den Toiletten und medizinische Versorgung. Sie waren Mißhandlungen, Beleidigungen und Drohungen gegen sie selbst und gegen weibliche Familienangehörige ausgesetzt.« Auch lag Amnesty International »eine Reihe von detaillierten Berichten einzelner Gefangener aus den besetzten Gebieten vor, die während der Verhöre zum Teil schwer geschlagen wurden«. In einem dieser Fälle hatte ein palästinensischer Häftling ausgesagt, »daß er über einen Zeitraum von zwei Wochen immer wieder mit Knüppeln und Fäusten am ganzen Körper, auch auf die Genitalien, geschlagen worden sei; dabei sei er manchmal entkleidet worden und habe Handschellen und eine Kapuze tragen müssen. Er erhielt wiederholt Hiebe auf den Kopf, und man schlug ihn mit dem Kopf derart gegen die Wand, daß er sich Verletzungen zuzog, die ärztlich behandelt werden mußten.«[4] In einer von der palästinensischen Menschenrechtsorganisation Al-Haq verfaßten Studie aus demselben Jahr wurden ähnliche Verhörtechniken geschildert. Außerdem berichtete Al-Haq von Fällen sexueller Erniedrigung und anderen persönlichen Demütigungen, die die *Sunday Times* in ihrer Untersuchung ebenfalls nachgewiesen hatte.[5]

Mit Beginn der ersten Intifada im Dezember 1987 erschienen zunehmend mehr Menschenrechtsberichte, die Israel vorwarfen, palästinensische Häftlinge zu foltern. In den Jahresberichten für 1988 und 1989 analysierte Al-Haq die israelischen Foltermethoden im Detail, und Amnesty International stellte fest: »Tausende Palästinenser wurden von Angehörigen der israelischen Streitkräfte geschlagen oder in Haftzentren gefoltert und mißhandelt … Zu den verschiedenen Methoden zählten Schläge auf verschiedene Körperteile, das Überstülpen von Kapuzen, langes Stehen, Schlafentzug und Einzelhaft in Zellen von der Größe eines Sarges.«[6] In Israel erschienen ebenfalls Presseberichte über Folter, und Menschenrechtsorganisationen

wie das israelische Antifolterkomitee PCATI wurden gegründet, um die Mißstände anzuprangern. Im März 1991 veröffentlichte B'Tselem eine Studie, in der es hieß, »Formen von Mißhandlungen, die nach herkömmlichen Definitionen als Folter zu bezeichnen sind, sind weitverbreitet und werden von Agenten des Shin Bet routinemäßig angewandt«. Überdies stellte B'Tselem fest, daß »fast 50 Prozent der Verhöre eingestellt werden, ohne daß es zu einer Anklage gegen den Häftling kommt oder daß anderweitig gegen ihn vorgegangen wird«.[7] Kurz nach B'Tselem veröffentlichten auch die großen Menschenrechtsorganisationen Studien zum Thema Folter. Sie kamen zu denselben Ergebnissen.[8]

B'Tselem über die israelischen Verhörmethoden*

»Schrank« und »Kühlschrank«

Zu den Verhörmethoden gehört es, Verdächtige in Einzelhaft zu nehmen. Hierfür stehen die »Tzinok« genannten Isolationszellen … sowie zwei Arten sehr viel kleinerer Zellen zur Verfügung:

Der »Schrank« Der »Schrank« ist eine sehr kleine Zelle. In manchen Gefangnissen hat sie einen Quadratmeter Grundfläche, in anderen Gefängnissen ist sie noch kleiner. In dieser Zelle herrscht Dunkelheit, und der Raum ist fast luftdicht abgeschlossen. Die einzige Vorrichtung für die Luftzufuhr ist ein schmaler Schlitz in der Tür oder in der Decke. Die Häftlinge werden für mehrere Stunden in diese »Schränke« gesperrt, manche werden zusätzlich gefesselt oder bekommen einen Sack über den Kopf gestülpt. Manche »Schränke« ha-

* B'Tselem. *The Interrogation of Palestinians During the Intifada: Ill-treatment, »Moderate Physical Pressure« or Torture?,* Jerusalem 1991, S. 43-59.

ben eine eingebaute Steinstufe, so daß die Häftlinge darin nur sitzen können. Bei anderen »Schränken« ist es nicht möglich, sich hinzusetzen oder hinzulegen, und den Häftlingen bleibt nichts anderes übrig, als darin zu stehen.

Der »Kühlschrank« Diese Zelle ähnelt dem beschriebenen »Schrank«. In ihr herrscht ebenfalls Dunkelheit. Hinzu kommt aber, daß es darin auch sehr kalt ist. Aus dem Westjordanland ist uns kein Fall bekannt, bei dem ein solcher »Kühlschrank« zum Einsatz gekommen wäre, aber jeder einzelne der von uns befragten Häftlinge aus Gazas Zentralgefängnis berichtete davon, in eine Kühlschrankzelle gesperrt worden zu sein. In Gaza werden die Häftlinge üblicherweise abwechselnd geschlagen und in den »Kühlschrank« gesperrt.

Fesseln (»al-Shabah«)

Am häufigsten kommt es vor, daß die Häftlinge gefesselt werden. Ausnahmslos alle Befragten waren über mehrere Stunden vor oder zwischen den Verhören gefesselt gewesen. Das herkömmliche Aufnahmeverfahren im Gefängnis besteht darin, den Häftling zunächst einmal über mehrere Stunden in Fesseln zu legen und ihm Wasser und Nahrung vorzuenthalten. Manche der gefesselten Häftlinge müssen diese Zeit draußen verbringen, egal welche Wetterverhältnisse herrschen. Damit werden Häftlinge gleich zu Beginn ihrer Haft auf das, was sie erwartet, »vorbereitet«. Die »al-Shabah« genannte Methode gehört in jeder Haftanstalt zum Standardrepertoire. Soldaten, Polizeibeamte oder Gefängnismitarbeiter fesseln die Hände des Häftlings hinter seinem Rücken und über dem Kopf. In den meisten Haftanstalten werden die gefesselten Hände an Rohren oder Stangen befestigt, die in die Wände eingelassen sind. In der Regel werden

die Hände dabei in einer Höhe festgebunden, die es dem Häftling kaum möglich macht, sich auf den Beinen zu halten, zumal diese ebenfalls gefesselt sind. Hinzu kommt noch, daß dem Häftling in der Regel die Augen verbunden werden oder daß ihm ein Sack über den Kopf gestülpt wird. »Al-Shabah« wird entweder zwischen einzelnen Verhören für die Dauer von fünf bis sechs Stunden oder über Nacht für die Dauer von zwölf Stunden angewandt.

Die »Banane«

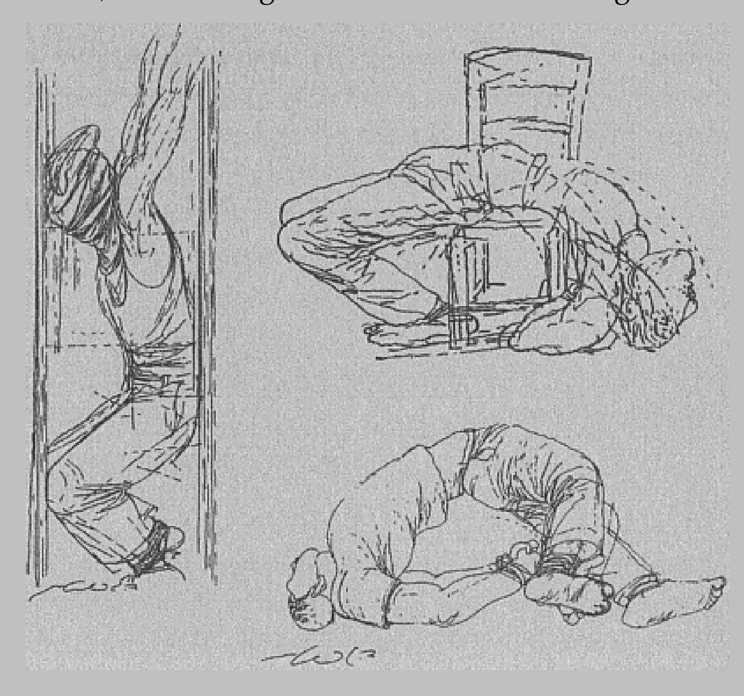
Die meisten Befragten berichteten davon, daß sie bei Verhören, während derer sie von den Vernehmungsbeamten mit Schlägen traktiert wurden, gefesselt waren. Eine besonders brutale Methode, den Gefangenen zu fesseln, ist die »Banane«. Im Gazastreifen und auch in den meisten Haftanstalten im Westjordanland ist dies die gängige Methode. Die »Bananen«-Methode kommt in zwei Varianten vor. Bei der einen Variante werden die Beine des Verdächtigen an den vorderen Beinen eines Hockers festgebunden, und seine Hände werden an den hinteren Beinen des Hockers befestigt. Bei der anderen Variante werden die Hände des Häftlings an seinen eigenen Beinen festgebunden, und zwar so, daß sein Körper nach hinten gebogen wird. Diese Methode führt dazu, daß der Körper des Gefangenen wie eine Banane gekrümmt und somit den Schlägen der Vernehmungsbeamten schutzlos ausgeliefert ist.

Schläge

Von allen 41 Befragten ist nur ein einziger (ein Journalist) nicht geschlagen worden. Alle anderen wurden im Verlauf der Verhöre routinemäßig geschlagen. Die Vernehmungsbe-

amten schlugen entweder mit ihren Fäusten zu oder nahmen Stöcke, Schuhe oder was auch immer sonst gerade greifbar war zur Hand, beispielsweise einen elektrischen Wasserkocher oder einen Ast. In [der Haftanstalt von] Dahariya wurden drei der von uns Befragten mit einer schraubenförmigen und mit Plastik überzogenen Metallstange geschlagen. In den Haftzentren von Shati (Gaza) kam ein dreißig bis vierzig Zentimeter langer Plastikstock zum Einsatz. Die Vernehmungsbeamten schlagen die Verdächtigen ins Gesicht, auf die Brust, auf die Hoden, in den Bauch, ja am ganzen Körper. Während ein Häftling verprügelt wird, wird sein Kopf manchmal auch mit Wucht gegen die Wand oder auf den Fußboden geschlagen oder er bekommt Tritte in die Beine.

Abb. 3: Der »Schrank«. Abb. 4: Die »Banane«. (Zeichnungen von David Gerstein. B'Tselem, The Interrogation of Palestinians During the Intifada)



Alan Dershowitz hat sich während dieser Zeit in mindestens zwei Fällen persönlich in die Debatte um die israelischen Mißhandlungen und Folterungen palästinensischer Häftlinge eingeschaltet. Bevor wir uns diese beiden Fälle ansehen, sollten wir jedoch einen Blick auf einen der allerersten Fälle werfen, bei denen Dershowitz großes Engagement in Sachen palästinensische Menschenrechte an den Tag legte. In allen drei Fällen gab Dershowitz sich alle Mühe, ausgerechnet denjenigen, deren Menschenwürde gerade mit Füßen getreten wurde, jeglichen Schutz zu verweigern. Anhand dieser persönlichen Initiativen wird deutlich, daß Dershowitz schon seit Jahrzehnten alles tut, um die Wahrheit über Israels Menschenrechtsverletzungen zu verschleiern – und daß er seine akademischen Weihen und seinen Ruf als Bürgerrechtler für die Durchsetzung einer menschenverachtenden Politik mißbraucht.

Der Fall Foyzi El-Asmar. Im Jahr 1969 wurde Fouzi El-Asmar, ein palästinensischer Dichter, der als Bürger Israels Kritisches über den israelischen Umgang mit den Palästinensern geschrieben hatte, in Administrativhaft[*] genommen. Nach 15 Monaten, während derer im In- und Ausland für seine Freilassung gekämpft worden war, wurde El-Asmar schließlich aus dem Gefängnis entlassen. In Israel hatten sich unter anderem der Herausgeber der Wochenzeitschrift *Haolam Hazeh,* Uri Avnery[**], sowie ein prominenter rechter israelischer Politiker und die Israelische Liga für Menschen- und Bürgerrechte für El-Asmar eingesetzt, während im Ausland unter anderem Amnesty International seine Freilassung gefordert und zu diesem Zweck eine Briefkampagne gestartet hatte. Als El-Asmar schließlich aus der

---

[*] Administrativhaft bedeutet Haft ohne Anklage und ohne Gerichtsverfahren; mehr dazu im Abschnitt »Furchterregende Anordnung« in Kap. 9; Anm. d. Ü.

[**] Von dem im Jahr 1933 aus Deutschland ausgewanderten Uri Avnery liegen einige Werke auf Deutsch vor; Anm. d. Ü.

Administrativhaft entlassen wurde, war es ihm ein Jahr lang verboten, die Stadt Lydda zu verlassen. Als er im Anschluß an diesen Arrest die Einladung zu einer Vortragsreise in den Vereinigten Staaten bekam, nahm El-Asmar die Einladung an. Er entschied sich im Land zu bleiben, behielt aber seinen israelischen Paß.[9] Während seiner Administrativhaft bekam El-Asmar Besuch von Alan Dershowitz. Dieser schrieb nach der Begegnung einen langen Artikel, in dem er erklärte, israelische Geheimdienstler hätten ihm Beweise für ihre Behauptung vorgelegt, daß El-Asmar der Kopf einer auf Morde spezialisierten Terrorgruppe sei. Dershowitz fügte hinzu: »Ich persönlich bin überzeugt …, daß Fawzi al-Asmar der Anführer einer Terrorgruppe ist.« Der Artikel erschien zunächst in der Zeitschrift *Commentary,* anschließend, mit bedeutenden Änderungen, auch im Israelischen Jahrbuch für Menschenrechte sowie in einer von amerikanischen »Sozialdemokraten« herausgegebenen Aufsatzsammlung und schließlich als Pamphlet, das in den Vereinigten Staaten überall dort verteilt wurde, wo El-Asmar öffentliche Auftritte hatte.[10] Nach Erscheinen des Artikels druckte *Commentary* drei Leserbriefe ab, in denen neben El-Asmar auch zwei israelische Juden – Felicia Langer und Israel Shahak – Dershowitz' Behauptungen widerlegten.[11]

Zuerst hatte Dershowitz zum Beispiel behauptet, El-Asmars Vater sei »schon vor dem Sechstagekrieg mit den Behörden in Konflikt geraten, weil er illegale Kontakte zur Regierung eines arabischen Landes unterhalten hatte«. In seiner Erwiderung schrieb El-Asmar: »Alles, was Mr. Dershowitz über meinen Vater schreibt, ist gelogen. Der beste Beweis dafür ist die Tatsache, daß mein Vater 30 Jahre lang – davon viele Jahre unter der israelischen Regierung – Beamter war. Hätte man ihn je für schuldig befunden, ›illegale Kontakte zur Regierung eines arabischen Landes [zu unterhalten]‹, hätte man ihn unverzüglich seines Amtes enthoben.« In der überarbeiteten Fassung von Dershowitz' Artikel war von dieser Anschuldigung nichts

mehr zu lesen. Des weiteren hatte Dershowitz in der ursprünglichen Textfassung »Felicia Langer, eine jüdische Kommunistin«, als El-Asmars Anwältin genannt. Da jedoch Langer und El-Asmar in ihren Briefen an *Commentary* sehr deutlich hervorhoben, daß Langer *nicht* seine Anwältin war, wurde auch diese Behauptung klammheimlich gestrichen. In jeder Fassung seines Artikels versicherte Dershowitz: »Wann immer es mir möglich war, habe ich mir die Details von unabhängiger Seite bestätigen lassen.« Es ist schon schlimm genug, daß Dershowitz es nicht für nötig befand, sich in dieser Angelegenheit einmal mit El-Asmars Anwalt zu unterhalten, aber *Dershowitz wußte noch nicht einmal, wer überhaupt El-Asmars Anwalt war* – und das, obwohl er versicherte, sich durch eigene Recherchen sowie durch Bestätigungen von unabhängiger Seite persönlich von der Schuld El-Asmars überzeugt zu haben. Auf die Frage, warum El-Asmar aus der Administrativhaft entlassen wurde, wenn er doch der Anführer einer Terrorgruppe sei, antwortete Dershowitz: »Es gehört zur israelischen Gefängnispolitik, jeden Häftling nach einer angemessenen Zeit freizulassen, ganz egal wie gefährlich er ist.« Ein Land, das Mordkomplotte schmiedende Anführer von Terrorgruppen in die Freiheit entläßt, ist schon etwas Besonderes. Und einen Bürgerrechtsanwalt, der einem staatlichen Geheimdienst so viel Vertrauen entgegenbringt, findet man auch nicht alle Tage. Nachdem sich El-Asmar im Ausland niedergelassen hatte (israelische Sicherheitsbeamte hatten ihn während der Haft zu diesem Schritt »ermutigt«), konnte er sich in Israel und in den besetzten Gebieten ungehindert bewegen. Hin und wieder wurde sein Name auch in der israelischen Presse wohlwollend erwähnt. Die Zeitung *Haaretz* brachte im Jahr 1991 ein großes Porträt El-Asmars, in dem unter anderem daran erinnert wurde, daß er aus der Administrativhaft entlassen worden war, »nachdem man ihn fälschlicherweise beschuldigt hatte, der Volksfront für die Befreiung Palästinas anzugehören«. Der Artikel wies ferner

darauf hin, daß »für die Anschuldigungen [gegen El-Asmar] nie Beweise vorgelegt wurden« und daß es »nie zu einem Gerichtsverfahren gegen ihn gekommen ist«. Dershowitz' Auffassung, nach der es sich bei El-Asmar um einen »Terroristenanführer« handelte, wurde von *Haaretz* ironisch kommentiert: »Wie es scheint, hat Israel heute keine allzu große Angst mehr vor El-Asmar. Wenn er, so selten wie das vorkommt, einmal für einen Besuch nach Israel reist, wird er noch nicht einmal mehr von den Sicherheitsleuten verhört, obwohl sonst so gut wie jeder Araber, der nach Israel zurückkommt, routinemäßig dieser Prozedur unterworfen wird.«[12] Während man sich in Israel über die einstmals gegen El-Asmar erhobenen Vorwürfe lustig machte, blieb Dershowitz stur bei seiner Auffassung: »Fouzi El-Asmar … saß als mutmaßlicher Terrororganisator eine Zeitlang in einer israelischen Haftanstalt ein, nachdem ein gefangener jordanischer Terrorist ausgesagt hatte, daß El-Asmar ›auf den Gebieten Sabotage und Terrorismus sehr umtriebig‹ sei.«[13]

Der Fall Sami Esmail. Im Dezember 1977 verhaftete Israel einen palästinensischen Amerikaner namens Sami Esmail am Flughafen von Tel Aviv. Esmaii war auf dem Weg ins Westjordanland, wo er seinen Vater besuchen wollte, der im Sterben lag. Israel warf Esmail vor, ein Terrorist zu sein, und verurteilte ihn, nachdem er ein Geständnis abgelegt hatte. Esmail gab jedoch an, daß man ihm dieses Geständnis abgepreßt habe. Er sei nackt ausgezogen und erniedrigt worden. Man habe ihn seines Schlafes beraubt, zur Einzelhaft in eine winzige Zelle gesteckt und ihn gezwungen, stundenlang einen Stuhl über seinem Kopf zu halten und sich dabei nicht vom Fleck zu rühren. Außerdem sei er mündlichen Drohungen ausgeliefert gewesen: »Du wirst einen langsamen Tod sterben … Du wirst in dieser Zelle verrotten … Wir werden deine Familie verhaften.« Er sei auch tätlich angegriffen worden: Man habe ihn geschlagen, getreten, geohrfeigt und an den Haaren gezogen. Erst als er

schließlich vor lauter Angst und Erschöpfung Selbstmordgedanken hegte, habe er die selbstbezichtigende Aussage gemacht. Seine Anwältin war Felicia Langer, eine bekannte Fürsprecherin palästinensischer Häftlinge. Dershowitz und Monroe Freedman – ein weiterer für seine »originelle und einflußreiche Arbeit auf dem Gebiet der anwaltlichen Standesregeln« gerühmter Bürgerrechtsanwalt – befaßten sich im Juni 1978 in einem gemeinsamen Gastkommentar für die *New York Times* ausführlich mit dem Fall Esmail.[14] In seiner 1991 erschienenen Autobiographie *Chuzpe* beschreibt Dershowitz die gemeinsame Intervention wie folgt:

> Im Jahr 1978 reiste ich gemeinsam mit einem anderen Juradozenten auf Geheiß einer Gruppe von Menschenrechtsanwälten nach Israel, um Foltervorwürfen nachzugehen, die von Anhängern eines Amerikaners arabischer Herkunft namens Sami Esmail erhoben wurden, dem in Israel gerade der Prozeß gemacht wurde, weil er in Libyen von der Volksfront zur Befreiung Palästinas als Terrorist ausgebildet worden sei. Wir sprachen mit Esmail, seinen Anwälten und den israelischen Behörden. Wir untersuchten sorgfältig jede einzelne Behauptung und kamen zu dem Ergebnis, daß die meisten durch nichts zu belegen waren. Statt von der Außenwelt abgeschnitten gewesen zu sein, wie er behauptet hatte, war Esmail sowohl vor als auch nach dem Geständnis seiner Verbrechen von seinem Bruder und mehreren amerikanischen Konsulatsbeamten besucht worden. Es gab keine Beweise für Schlafentzug und physische Folter.[15]

Zwar ist es hier, wie in den meisten Fällen, nicht möglich, zweifelsfrei nachzuweisen, daß die Verhörmethoden exakt so waren, wie der Häftling sie beschreibt; doch die Schilderung dieses Falls durch Dershowitz und Freedman in der *New York Ti-*

mes ist ebenso wie die Schilderung in Dershowitz' Autobiographie in wesentlichen Punkten nachweislich falsch. Dies wurde im Jahr 1989 deutlich, als Dershowitz und Freedman in einem anderen Fall, bei dem es um die Auslieferung eines weiteren angeblichen palästinensischen Terroristen ging, als sachverständige Zeugen vor Gericht erschienen. (Dazu gleich mehr.)[16]

1. *War Esmail von der Außenwelt abgeschnitten?* In seinem im Jahr 1978 erschienenen Gastkommentar für die *New York Times* und in seiner 1991 erschienenen Autobiographie behauptete Dershowitz glatt, Esmail sei nie von der Außenwelt abgeschnitten gewesen. Doch beim Kreuzverhör der erwähnten Gerichtsverhandlung des Jahres 1989 gab Dershowitz zu, daß »es da sicherlich eine Zeit gab, in der Sami Esmail sicherlich nicht die Möglichkeit hatte, seinen Anwalt zu sehen, das stimmt schon«. Auch räumte Dershowitz bei dieser Gelegenheit ein, daß es eine »ziemlich ernste Sache« sei, wenn ein Häftling ohne jede Möglichkeit des Kontakts zur Außenwelt gelassen werde.[17] Auch Freedman gestand im Kreuzverhör ein, daß Esmail »für einen nicht unbeträchtlichen Zeitraum« von der Außenwelt abgeschnitten war und daß es »außer Frage« stehe, daß er (Freedman) sich »ganz schön Sorgen machen würde«, wenn man einem seiner eigenen Mandanten eine solche Behandlung angedeihen ließe.[18]
2. *Hatte Langer eingewandt, daß Esmails Geständnis unter Zwang abgelegt worden war?* Im Gastkommentar für die *New York Times* und anfänglich auch während der besagten Gerichtsverhandlung im Jahr 1989 hatten Dershowitz und Freedman noch behauptet, Esmails Verteidigerin Felicia Langer habe *nicht* »eingewandt oder sich darüber beschwert«, daß Esmail das Geständnis abgepreßt worden sei; auch habe sie »nicht behauptet, daß das Geständnis im ganzen oder im wesentlichen nicht beweiskräftig oder nicht zulässig sei«.[19] Doch als Dershowitz beim Kreuzverhör 1989 mit unanfecht-

baren Beweisen konfrontiert wurde, die seinen eigenen Aussagen genau widersprachen, mußte er schließlich doch zugeben, daß Langer den Vorwurf erhoben hatte, ihrem Mandanten sei das Geständnis abgepreßt worden, und zwar unter anderem durch »Schläge« von israelischen Vernehmungsbeamten.[20] Auch Freedman gab schließlich beim Kreuzverhör zu, daß Langer »bei ihren Mißhandlungsvorwürfen blieb«.[21] Die Behauptung, Langer habe nie eingewandt, daß Esmail sein Geständnis nicht aus freien Stücken abgelegt hatte, ist absurd. Das zeigt schon ein Blick auf das Procedere. In Israel hat die Verteidigung das Recht, ein »Verfahren innerhalb des Verfahrens« beziehungsweise ein »kleines Verfahren« zu verlangen, wenn sie angibt, auf diese Weise die Beweiskraft eines unter Zwang abgelegten Geständnisses anfechten zu wollen. Es steht aktenmäßig fest, daß Langer die Durchführung eines »kleinen Verfahrens« beantragte und daß es auch durchgeführt wurde. Das Gericht entschied zwar gegen den Angeklagten, aber allein die Tatsache, daß es ein »kleines Verfahren« gegeben hat, beweist schon, daß Langer das Geständnis *angefochten* hat. Wenn Dershowitz der politischen Einstellung der Kommunistin Langer auch kritisch gegenüberstand, so ließ er es sich doch nicht nehmen, ihre Professionalität in den höchsten Tönen zu loben. Er beschrieb Langer als »eine außergewöhnlich fähige Anwältin«, »eine sehr engagierte Anwältin, die einen hervorragenden Ruf genießt und ihre rechtlichen Grundsätze sehr ernst nimmt. Sie verhandelt ihre Fälle vor Gericht sehr, sehr gut, sie ist sehr korrekt.« Und weiter: »Wenn sie ihre Sache im Gerichtssaal vorträgt, läßt sie ihre politische Meinung außen vor. Sie hält sich strikt an die Regeln und konzentriert sich ganz auf jeden einzelnen Fall. Sie ist mit ihren Fällen sehr vertraut.«[22] Langer hat von Dershowitz (und Freedman) indes keine so hohe Meinung. Vielmehr bezeichnet sie die Behauptung, daß sie Esmails Geständnis nie angefochten habe, als »große Lüge«

und »widerwärtige Lüge«. Im übrigen hatte Langer wegen der Mißhandlungen ihres Mandanten, noch bevor sie ihre Verteidigungsrede im »kleinen Verfahren« hielt, bei einem anderen israelischen Richter Beschwerde eingereicht und der amerikanischen Botschaft in Israel eine Kopie gegeben. Nachdem Langer in einem Brief an mich weitere Beispiele für Dershowitz' Verdrehung der Tatsachen aufgelistet hatte, schloß sie mit den Worten: »Ich glaube, er weiß nicht, wovon er spricht.«[23] Während sich Dershowitz und Freedman, wie sie notgedrungen einräumen mußten, bei der Arbeit von ihren eigenen politischen Interessen hatten leiten lassen, um Sami Esmail zu diskreditieren, hatte Langer eine ganz andere Rolle gespielt – eine Rolle, die Anerkennung verdient. Als Esmail während der besagten Gerichtsverhandlung im Jahr 1989 gefragt wurde, ob Felicia Langer für ihn »eine zuverlässige und gewissenhafte Anwältin« gewesen sei, antwortete er: »Für mich war Felicia Langer wie eine Mutter. Ich sage das mit Stolz. Ich bin kürzlich Vater einer Tochter geworden, und ich habe sie nach Felicia Langer genannt. Damit möchte ich meine Dankbarkeit darüber zum Ausdruck bringen, daß sie mir das Leben gerettet hat. Für mich ist sie eine zweite Mutter, in jeder Hinsicht.«[24] Anläßlich des 50jährigen Bestehens des Staates Israel wurde Felicia Langer im Jahr 1998 von der israelischen Frauenzeitschrift *AT* (»Du«) zu einer der 50 wichtigsten Frauen der israelischen Gesellschaft gewählt. Im Jahr 1990 erhielt Langer für ihre Verdienste um die Menschenrechte den Alternativen Nobelpreis.*

* Mehr zu Esmail sowie weitere Beispiele für Langers Engagement als Anwältin in ihrer Autobiographie: *Zorn und Hoffnung,* Lamuv: Göttingen 1991. Zur Verleihung des Alternativen Nobelpreises siehe deren Fortsetzung, *Brücke der Träume: Eine Israelin in Deutschland,* Lamuv: Göttingen 1994. Siehe auch Hans-Dieter Schutt, *»Nicht gegen mein Gewissen«: Gespräche mit Felicia Lan-*

Dershowitz und Freedman benutzten ihren Gastkommentar in der *New York Times* nicht nur dazu, wesentliche Aspekte im Fall Esmail falsch darzustellen; sie betrachteten den Beitrag auch als willkommene Gelegenheit, den Vorwurf, Israel foltere und mißhandle palästinensische Häftlinge, generell zu diskreditieren. »Behauptungen, nach denen Folter systematisch angewandt wird«, und »Behauptungen, nach denen Israel systematisch die Menschenrechte verletzt, müssen«, so der dringende Rat dieser zwei selbsternannten Bürgerrechtler, »mit einem gehörigen Maß an Skepsis betrachtet werden«. Zu dieser Einschätzung waren die beiden gelangt, obwohl (oder wohl doch eher *weil)* die Londoner *Sunday Times* umfangreiches Beweismaterial zusammengetragen hatte, das die israelischen Behörden nicht zu entkräften vermochten und das gezeigt hatte, daß israelische Vernehmungsbeamte arabische Gefangene schon seit Beginn der Besatzung »routinemäßig« mißhandelten und »oft« folterten. »Israels Justizsystem« ist, davon hatten sich die beiden persönlich überzeugen können, »eines der zivilisiertesten und kultiviertesten der Welt.« Amerikanische Kommunisten zeigten sich im Hinblick auf die sowjetischen Säuberungsprozesse ähnlich beeindruckt.

Der Fall Mahmoud el-Abed Ahmad. In seiner Autobiographie *Chuzpe* präsentierte Dershowitz sein Eingreifen in der besagten Gerichtsverhandlung aus dem Jahr 1989, bei der es um die Auslieferung des Palästinensers Mahmoud el-Abed Ahmad [alias Mahmoud Abed Atta; Anm. d. Ü.] ging, wie folgt:

> Die strafrechtliche Verfolgung Sami Esmails durch Israel im Jahr 1978 wurde 1989 zum Gegenstand in einem amerikani-

---

ger, Dietz: Berlin 2005. Weitere Ehrungen u.a.: 1990: Ehrenbürgerin der Stadt Nazareth; 1991: Preis der Bruno-Kreisky-Stiftung; 2005: Erich-Mühsam-Preis; Anm. d. Ü.

> schen Gerichtssaal. Ein Palästinenser namens Mahmoud Abed Atta wurde von der israelischen Regierung beschuldigt, mit einem Maschinengewehr das Feuer auf einen Bus eröffnet zu haben, der unterwegs von Tel Aviv nach Jerusalem war, wobei er den Fahrer tötete und mehrere Fahrgäste verletzte. Atta wurde in den Vereinigten Staaten verhaftet, und Israel forderte seine Auslieferung. Er sträubte sich mit der Begründung, in Israel würde er gefoltert und geschlagen, genauso, wie Sami Esmail es von sich behauptet hatte. Sami Esmail, der nach einer kurzen Gefängnisstrafe von Israel auf freien Fuß gesetzt worden war, fungierte als Starzeuge Attas. Ich wurde von der US-Regierung, die das israelische Auslieferungsersuchen unterstützte, als Experte in den Zeugenstand geladen.[25]

Bei seiner Zeugenaussage als »Experte«[*] hob Dershowitz vor allem auf Israels Verhörmethoden ab. Dabei muß man im Hinterkopf behalten, daß er seine Aussage im Jahr 1989 machte: *nachdem* die Londoner *Sunday Times* 1977 nachgewiesen hatte, daß Israel palästinensische Häftlinge folterte und mißhandelte; *nachdem* Amnesty International und Al-Haq in ihren 1984 erschienenen Berichten nachgewiesen hatten, daß Israel palästinensische Häftlinge folterte und mißhandelte; und *nachdem* im Jahr 1987 die erste Intifada ausgebrochen war und Amnesty, B'Tselem und andere Menschenrechtsorganisationen und auch israelische Printmedien darüber berichtet hatten, daß Israels Geheimdienst Tausende palästinensischer Häftlinge folterte und mißhandelte.

Es folgen Auszüge dessen, was Dershowitz *unter Eid* aussagte :

---

[*] Dershowitz fungierte hier als »expert witness«, d. h. als jemand, der ein Sachverständigengutachten in Form einer Zeugenaussage vorträgt; Anm. d. Ü.

- »Mir stellt sich die Situation insgesamt so dar, daß die israelischen Geheimdienste, um Geständnisse zu bekommen, überwiegend mit Tricks arbeiten, und daß diese Tricks dafür sorgen, daß der Verhörte annehmen und befürchten muß, daß körperlich Druck auf ihn ausgeübt werden wird… Die härtesten Methoden bei dem Versuch, einen Verhörten zum Aussagen zu bewegen, zielen darauf ab, ihm Angst einzujagen und ihm einzureden, daß ihm eine schlimmere Zeit bevorsteht, als es dann in Wirklichkeit der Fall sein wird; das gilt sowohl für das Entlocken von Geständnissen, die vor Gericht verwendet werden, als auch – ja, vor allem – für das Sammeln von Informationen, die im Kampf gegen den Terrorismus benutzt werden.«
- »Alle meine Informationsquellen haben die Frage, ob bei dem Versuch, Geständnisse zu erhalten, tatsächlich Folter im Sinne von direkter Gewaltanwendung, also direkter Zufügung von Schmerzen, zum Einsatz kommt, mit Nachdruck verneint. Sie gaben aber zu, daß Folterandrohungen und die Angst vor Folter eine Rolle spielen … Die tatsächliche Anwendung körperlicher Folter im Sinne der unmittelbaren Zufügung von Schmerzen, um auf diese Weise eine Aussage oder ein Geständnis zu erhalten, ist sowohl nach israelischem Recht als auch nach den internen Richtlinien des [Inlandgeheimdienstes Shin Bet] verboten, und das war sie schon immer.«
- »Kein einziger Anwalt oder Professor, mit dem ich gesprochen habe, behauptet, daß Folter in dem Sinne, wie ich sie definiert habe – also die direkte Zufügung körperlicher Schmerzen zur Erlangung von Aussagen oder Geständnissen-, eingesetzt wird.«
- »Es kommt zwar gelegentlich vor, daß die Leute vom Shin Bet den Verhörten schubsen, also Körperkontakt herstellen, aber dieses Berühren ist wohldosiert und dient nur dazu, dem Verhörten klarzumachen, daß die Vernehmungsbeam-

> ten bei der Herstellung des Körperkontakts keine große Hürde zu überwinden haben… [Es handelt sich dabei] nicht um Folter im Sinne von Schmerzzufügung um des Schmerzes willen, … sondern es geht den Vernehmungsbeamten darum, dem Verhörten glaubwürdig zu vermitteln, daß sie willens und in der Lage sind, den Körperkontakt auszuweiten.«[26]

Kurzum, Dershowitz sagte unter Eid aus, daß die »härtesten« Methoden, derer sich israelische Vernehmungsbeamte bedienen, »Tricks« sind, wobei die Vernehmungsbeamten die Verhörten zwar »gelegentlich« mal »schubsen« oder anderweitig »Körperkontakt« herstellen, ihnen jedoch nur Angst einflößen und keine Schmerzen zufügen. Nachdem Dershowitz dem Gericht die israelischen Verhörmethoden aus seiner Sicht geschildert und – den Konsens von Menschenrechtsorganisationen und einzelnen Experten ignorierend – zu Protokoll gegeben hatte, daß die israelischen Verhörmethoden *nicht* den Tatbestand der Folter erfüllen, hatte der Richter eine Frage. Er wollte wissen, ob der Experte Dershowitz also der Auffassung sei, daß es rechtlich nicht den Tatbestand der Folter erfülle, sondern lediglich »unmenschliche« Behandlung darstelle, wenn »ein Mensch für lange Zeit ohne jede Möglichkeit des Kontakts zur Außenwelt gelassen wird; wenn er erniedrigt wird; wenn ihm kalte Duschen verabreicht werden; wenn man ihn bezüglich dessen, was ihn körperlich erwartet, belügt; und wenn man dafür sorgt, daß er Angst vor tätlichen Angriffen hat«. Darauf Dershowitz: »Diese Frage kann ich nicht mit Ja beantworten.«[27] In seiner Autobiographie schrieb Dershowitz mit stolzgeschwellter Brust: »Unter Bezug auf meine Aussage kam der Richter zu dem Schluß, daß das im Verlauf der Auslieferungsanhörung vorgelegte Beweismaterial zeige, daß es unwahrscheinlich sei, daß Atta gefoltert würde … Es wurde angeordnet, Atta für den Prozeß an Israel auszuliefern.«[28] Stalinistische Schreiberlinge hätten Dershowitz' Auftritt an sich bestimmt gar nicht übel gefunden,

aber sein Eigenlob hätte vermutlich noch dem Abgestumpftesten unter ihnen die Schamesröte ins Gesicht getrieben.

»Ein tyrannisches Regime zeichnet sich«, wie Alan Dershowitz anmerkt, »durch die Anwendung von Folter aus.«[29] Demnach müßte er eigentlich recht gut nachvollziehen können, warum die Palästinenser die israelische Besatzung als Tyrannei empfinden, nur daß er in *Plädoyer für Israel* immer noch abstreitet, daß Israel palästinensische Häftlinge foltert. Die Abschnitte »Gelegentlicher Mißbrauch«, »Amnesty lügt«, »Folter light«, »Ein körperliches Leiden«, »Tickende Bombe«, »Doppelmoral« und »Gefoltert wird nicht mehr« veranschaulichen, mit welchen Mitteln Dershowitz versucht, die von Menschenrechtsorganisationen erhobenen Vorwürfe zurückzuweisen.

Gelegentlicher Mißbrauch

Im September 1999 fällte Israels Oberstes Gericht ein Urteil zur Folterung palästinensischer Häftlinge.[30] In *Plädoyer für Israel* (S. 219) berichtet Dershowitz:

> Vor dieser höchstrichterlichen Entscheidung hatten israelische Sicherheitskräfte sich gegen mutmaßliche Terroristen *zuweilen* physischer Maßnahmen ähnlich derer, wie die USA sie einsetzen, bedient. (Hervorhebung NGF)

Diese physischen Maßnahmen bezeichnet Dershowitz als »eine gemäßigte Art nichttödlicher Folter«*. Sparen wir uns den

* Änderung entsprechend dem amerikanischen Original (»a modified form of nonlethal torture«; Alan M. Dershowitz, *The Case for Israel,* Hoboken/New Jersey 2003, S. 134). In der deutschen Ausgabe ist dieser Ausdruck mit »irgendeine Art von Folter …, und wir sprechen hier von nicht tödlicher Folter« (S. 218f.) wiedergegeben; Anm. d. Ü.

Kommentar zu Dershowitz' Euphemismus. Wichtiger ist: Aus den einschlägigen Menschenrechtsberichten geht eindeutig hervor, daß Israel nicht nur »zuweilen«, sondern routinemäßig zu Foltermethoden griff:

Amnesty International[31]

1991 »Tausende Palästinenser wurden als Strafmaßnahme mit Schlägen traktiert oder in anderer Weise gefoltert oder mißhandelt.«
1992 »Palästinenser waren bei Verhören systematischen Folterungen und Mißhandlungen ausgesetzt.«
1993 »Palästinenser sahen sich bei Verhören systematischen Folterungen und Mißhandlungen ausgesetzt.«
1994 »Palästinenser waren während der Verhöre systematischen Folterungen und Mißhandlungen ausgesetzt.«
1995 »Nach wie vor sahen sich Häftlinge während der Verhöre systematischen Folterungen ausgesetzt.«
1996 »Nach wie vor sahen sich Palästinenser während der Verhöre systematischen Folterungen oder Mißhandlungen ausgesetzt.«
1997 »Nach wie vor wurden Palästinenser während der Verhöre systematisch gefoltert und mißhandelt und dieses Vorgehen [wurde] von offizieller Seite sanktioniert.«
1998 »Folterungen und Mißhandlungen während der Verhöre fanden nach wie vor systematisch statt und wurden von offizieller Seite sanktioniert.«
1999 »Folterungen und Mißhandlungen an aus Sicherheitsgründen festgenommenen Personen während der Verhöre waren nach wie vor weitverbreitet und wurden von offizieller Seite sanktioniert.«

In einer 2003 veröffentlichen Studie zum Thema Folter berichtete Amnesty: »Seit 1967 haben die israelischen Sicherheits-

dienste in den besetzten Gebieten Palästinenser, die sie politischer Vergehen bezichtigten, routinemäßig gefoltert.«[32]

Human Rights Watch

»Die beiden wichtigsten israelischen Vernehmungsdienste in den besetzten Gebieten greifen bei dem Versuch, den aus Sicherheitsgründen festgenommenen Palästinensern Geständnisse abzupressen oder ihnen Informationen über Dritte zu entlocken, ganz systematisch zu Methoden, die nach der international gültigen Definition als Mißhandlung und Folter zu bezeichnen sind.«

»Fast alle Palästinenser, die Verhören unterzogen werden, müssen die gängigen Methoden in der einen oder anderen Kombination über sich ergehen lassen … Die Zahl der Palästinenser, die bei Verhören während der Intifada gefoltert oder schwer mißhandelt wurden, bewegt sich daher in einer Größenordnung von mehreren Zehntausend – eine Zahl, deren Bedeutung erkennbar wird, wenn man sich vor Augen führt, daß es im Westjordanland und im Gazastreifen zusammengenommen weniger als eine Dreiviertelmillion palästinensischer Männer und männlicher Jugendlicher gibt.«[33]

B'Tselem

»Die Vernehmungsbeamten des Shin Bet haben Tausende, wenn nicht gar Zehntausende Palästinenser gefoltert.«

»Bei rund 85 Prozent der vom Shin Bet verhörten Personen wurden Methoden angewandt, die den Tatbestand der Folter erfüllen.«[34]

Amnesty lügt

Mit Bezug auf die Entscheidung des Obersten Gerichts in Israel vom September 1999[35] schreibt Dershowitz in *Plädoyer für Israel(S.* 222):

> Im Lichte dieser mutigen Entscheidung nimmt es sich wie eine Ironie aus, daß sich im Mai 1999 die holländische Sektion von Amnesty International öffentlich dagegen aussprach, dem Autor dieser und vieler weiterer Menschenrechtsurteile einen Menschenrechtspreis zuzuerkennen. Man hörte auf palästinensische Behauptungen und entschied, »die Entscheidungen des Israelischen Höchsten Gerichts [seien] vom Standpunkt der Menschenrechte gesehen … verheerend gewesen«. Insbesondere behauptete Amnesty International, »Israel [sei] das einzige Land der Welt, das die Folter effektiv legalisiert« habe. Es braucht nicht weiter zu überraschen, daß so einige Verfechter der Menschenrechte den Glauben verloren haben, was Amnesty Internationals Objektivität anbelangt, wenn es um die Berichterstattung über Israel geht.

Wie aber war es um die rechtlichen Bestimmungen für die israelische Folterpraxis *vor* der Gerichtsentscheidung vom September 1999 bestellt, als Amnesty den Einwand äußerte? Die Verhörmethoden, die der israelische Inlandgeheimdienst Shin Bet bei palästinensischen Häftlingen anwandte, stützten sich auf die 1987 ausgesprochenen geheimen Empfehlungen einer gerichtlichen Kommission unter der Führung von Moshe Landau, einem Richter des Obersten Gerichts im Ruhestand.[36] »Die Kommission sorgte am Ende dafür, daß die Anwendung von Folter legitimiert wurde«, so B'Tselem.[37] Die von der Kommission empfohlenen Methoden (die im Nachhinein »noch weiter verbessert« wurden) wurden »systematisch« angewandt und außerhalb Israels übereinstimmend als »Folter« bewertet.[38] Der Mann, dem der Menschenrechtspreis verliehen werden sollte, war der Präsident des Obersten Gerichts, Aharon Barak – einer der gewichtigsten Befürworter der Landau-Empfehlungen, die die Anwendung von Folter billigten. Barak war der Auffassung, daß »die von der Landau-Kommission vorgeschlagene

Lösung der Probleme, vor die sich der Shin Bet bei Verhören gestellt sieht, ›angemessen ist‹«.[39] Das Gericht fällte denn auch eine ganze Reihe von Urteilen, »die es dem Shin Bet erlauben, körperliche Gewalt anzuwenden und einige weitere spezifische ›Druckmittel‹ einzusetzen … Israels Oberstes Gericht hat sich auf die Seite der Regierung gestellt und die Anwendung von Gewalt gegen Häftlinge sanktioniert.«[40] B'Tselem gelangte zu dem gleichen Ergebnis wie Amnesty: »Israel war das einzige Land der Welt, das Folter gerichtlich sanktionierte.«[41]

Dershowitz nimmt die Gerichtsentscheidung vom September 1999 mehrfach zum Anlaß, Israel Lob und Anerkennung auszusprechen: »Israel ist das einzige Land der Welt, dessen Gesetzgeber sich dem schwierigen Problem gestellt hat, ob es je gerechtfertigt sein könnte, auch nur [eine gemäßigte Art nicht-tödlicher Folter][*] zur Erpressung von Informationen anzuwenden« (S. 218; siehe auch S. 295, 318). Wenn aber Israel das einzige Land der Welt war, das dafür sorgte, daß sich sein Oberster Gerichtshof mit der Rechtmäßigkeit der Anwendung von Folter befaßte, so liegt das daran, daß Israel auch das einzige Land der Welt war, das die Anwendung von Folter zunächst einmal legalisiert hatte. Außerdem: Hätten die Menschenrechtsorganisationen, über die Dershowitz in *Plädoyer für Israel* herzieht, nicht den nötigen Druck ausgeübt, hätte sich das Oberste Gericht gar nicht erst mit der Angelegenheit befaßt:

> Eine große Antifolterkampagne wurde gestartet. Auf der nationalen Ebene führte sie unter anderem dazu, daß einige Fälle vor Gericht gebracht wurden und Menschenrechtsanwälte beim Obersten Gericht Anträge einreichten. Auf der internationalen Ebene ging es unter anderem darum, die

[*] Änderung entsprechend dem Original, siehe Fußnote S. 235; Anm. d. Ü.



Abb. 5: Demütigung während des Verhörs. Public Committee Against Torture in Israel, Back to a Routine of Torture: Torture and Ill-treatment of Palestinian Detainees during Arrest, Detention and Interrogation, September 2001 – April 2003, *Jerusalem, April 2003, S. 51.*



Abb. 6: »Shabeh«, eine typische Foltermethode. Public Committee Against Torture in Israel, Back to a Routine of Torture, *S. 55.*

> internationale Öffentlichkeit zu mobilisieren. Gleichzeitig wurde die Folterpraxis auch von UN-Organen und -Einrichtungen stärker unter die Lupe genommen, so beispielsweise vom Ausschuß gegen Folter und vom Menschenrechtsausschuß. Auf diese Weise wurde der Druck auf das Oberste Gericht verstärkt. Bis zum Jahr 1998 hatte dieses es im großen und ganzen immer wieder akzeptiert, wenn die Sicherheitskräfte ihr Vorgehen damit rechtfertigten, daß gewisse Verhörmethoden im Kampf gegen den »Terrorismus« »unerläßlich« seien.[42]

Folter light

Dershowitz schreibt in *Plädoyer für Israel* (S. 223f.) bezüglich der von Israel bei palästinensischen Häftlingen angewandten »Verhörmethoden«, daß sie

> weltweit als Folter [bezeichnet wurden], obwohl sie in keinem der Fälle tödlich endeten und obwohl man den Betroffenen nicht über längere Zeiträume hinweg Schmerzen zufügte.

Lassen wir einmal beiseite, daß »Verhörmethoden«, deren Absicht es ist, den Tod des Befragten herbeizuführen, ihren Zweck zu verfehlen scheinen, und daß wir uns bei einer beabsichtigten Herbeiführung des Todes nicht mehr über Folter, sondern über außergerichtliche Tötungen zu unterhalten hätten. Bleibt die Frage: Stimmt es, daß man den Gefangenen »nicht über längere Zeiträume hinweg Schmerzen zufügte«? Israel erkennt an, daß es dem (aus zehn Experten zusammengesetzten) UN-Ausschuß gegen Folter obliegt, die Antifolterkonvention zu interpretieren. Im Mai 1997 zeigte der Ausschuß zwar ausdrücklich Verständnis für »das schreckliche Dilemma, dem Israel sich bei dem Versuch, gegen terroristi-

sche Bedrohungen vorzugehen, ausgesetzt sieht«; doch gleichzeitig hielt der Ausschuß – in einem Urteil, das Dershowitz selbst zitiert (S. 224) – fest, daß Israels »Verhörmethoden … gemäß Artikel 1 der Konvention den Tatbestand der Folter erfüllen«.[43] Im selben Jahr stellte einer der führenden Experten auf dem Gebiet, UN-Sonderberichterstatter über Folter Nigel Rodley, in seinem Jahresbericht an die UN-Menschenrechtskommission ebenfalls klar, daß Israels Verhörmethoden »nur als Folter bezeichnet werden können«. Es könne wohl sein, so Rodley, daß jede dieser Methoden für sich genommen »möglicherweise keine besonders starken Schmerzen hervorruft und dem Gefangenen auch anderweitig kein großes Leid zufügt«. Aber »wenn diese Methoden zusammen zum Einsatz kommen – und sie werden oft miteinander kombiniert –, so ist davon auszugehen, daß sie dem Häftling sehr wohl starke Schmerzen bereiten und großes Leid zufügen, vor allem, wenn diese Methoden über einen längeren Zeitraum hinweg, etwa für mehrere Stunden, angewandt werden. Und offenbar werden sie in der Tat bisweilen mehrere Tage hintereinander, ja sogar über Wochen angewandt.«[44] B'Tselem hält fest, daß »Israel bislang keinen einzigen internationalen Experten und keine einzige internationale Organisation davon überzeugen konnte, daß diese Methoden keine Folterungen oder Mißhandlungen darstellen«. Wie B'Tselem anmerkt, hat eine im Jahr 1998 durchgeführte Umfrage ergeben, daß selbst 76 Prozent der Israelis der Meinung sind, daß diese Methoden als Folter zu bezeichnen sind.[45] Und schließlich hat auch Israels Oberstes Gericht in einer wegweisenden – und von Dershowitz gepriesenen – Entscheidung über Folter festgehalten, daß die beim Verhör palästinensischer Häftlinge angewandten Methoden »Schmerz und Leid verursachen«.[46]

Ein körperliches Leiden

Um zu beweisen, daß die israelischen »Verhörmethoden« »in keinem der Fälle tödlich endeten und … man den Betroffenen nicht über längere Zeiträume hinweg Schmerzen zufügte«, teilt Dershowitz in *Plädoyer für Israel* (S. 405 Anm. 9) am Rande mit:

> In einem Fall starb ein Gefangener beim »Schütteln«; eine unabhängige Untersuchung ergab jedoch, daß der Tod als Folge eines körperlichen Leidens eintrat, das den Verhörspezialisten nicht bekannt war. Siehe dazu *Public Committee Against Torture,* HCJ (Israelischer Oberster Gerichtshof) 5100/94.

Wie Menschenrechtsorganisationen berichten, ist es indes schon oft vorgekommen, daß palästinensische Häftlinge die israelischen Verhöre nicht überlebten. So schreibt etwa Amnesty International im *Jahresbericht 1993* (»Israel und besetzte Gebiete«): »Palästinenser sahen sich bei Verhören systematischen Folterungen und Mißhandlungen ausgesetzt. Der Tod von vier Häftlingen stand in direktem Zusammenhang mit ihrer Behandlung während der Verhöre.« Und nach Aussagen von PCATI »kamen während der ersten Intifada etwa 20 palästinensische Häftlinge bei Verhören und in der Haft unter fragwürdigen Umständen ums Leben«.[47]

Im April 1995 starb der palästinensische Häftling Abd al-Samad Harizat, nachdem er während eines israelischen Verhörs ins Koma gefallen war. Die israelischen Behörden versuchten zunächst, Harizats Tod auf ein bereits bestehendes körperliches Leiden zurückzuführen. »Doch es war nun einmal so, daß Abd al-Samad Harizat bis zu seinem plötzlichen Tod in guter körperlicher Verfassung war«, wie Amnesty International betonte. Dr. H. Kugel und Dr. B. Levi vom Institut für Forensische Me-

dizin in Tel Aviv nahmen die amtliche Autopsie vor, während ein an der Universität Dundee (Schottland) lehrender Professor für Forensische Pathologie, Dr. D. Pounder, der Autopsie stellvertretend für die Familie beiwohnte. Pounder führte Harizats Tod auf eine Gehirnblutung zurück, die durch »plötzliche, ruckartige Bewegungen des Kopfes« – mit anderen Worten: durch »gewaltsames Schütteln« – ausgelöst worden sei. Die beiden forensischen Pathologen aus Israel stellten in ihrem Autopsiebericht ebenfalls fest, daß Harizat an einem »durch schnelle Rotationsbewegungen des Kopfes verursachten Hirnschaden« gestorben war. Der kriminalpolizeiliche Bericht kam ebenfalls zu dem Ergebnis, daß Harizat »das Bewußtsein verlor«, nachdem die Vernehmungsbeamten ihn viele Male »heftig geschüttelt« hatten. Das »Expertengutachten«, das der Direktor des Instituts für Forensische Medizin, Dr. Y. Hiss, zu dem amtlichen Autopsiebericht verfaßte, führte Harizats Tod ebenfalls auf einen »durch Schütteln verursachten … tödlichen Hirnschaden« zurück.[48] Das israelische Justizministerium stellte ebenfalls fest, daß Harizats Tod »auf schnelles Drehen des Kopfes zurückzuführen ist«.[49] Der von Dershowitz zitierten Entscheidung des Obersten Gerichts (HCJ 5100/94) ist ebenfalls zu entnehmen, daß »alle übereinstimmend feststellen«, daß Harizat »verschied, nachdem er geschüttelt wurde«.[50] Eine »unabhängige Untersuchung«, die ergeben hätte, daß Harizats Tod »als Folge eines körperlichen Leidens eintrat, das den Verhörspezialisten nicht bekannt war«, wird in der Gerichtsentscheidung nicht erwähnt. Nach allem, was bekannt ist, hat es diese »unabhängige Untersuchung« nie gegeben.

Tickende Bombe

In *Plädoyer für Israel* (S. 227) schreibt Dershowitz, daß der Zweck der bei palästinensischen Häftlingen angewandten israelischen Verhörmethoden die »Erzwingung lebensrettender Informationen« sei.[51]

»Die ›speziellen‹ Verhörmethoden waren« jedoch, wie Professor David Kretzmer von der Hebräischen Universität in einer wichtigen wissenschaftlichen Studie schrieb, »bei Vernehmungen von Palästinensern praktisch an der Tagesordnung, zumindest waren sie keineswegs auf den klassischen Fall einer ›tickenden Bombe‹ beschränkt.«[52] Zwar bedient sich die israelische Regierung »oft… des furchterregenden Szenarios einer ›tickenden Bombe‹, um gewalttätige Verhörmethoden durch den Shin Bet zu rechtfertigen«, doch ist diese Behauptung, wie B'Tselem umfangreich belegt hat, »in den meisten Fällen … vollkommen unbegründet«. Der Shin Bet behauptet, daß er palästinensische Häftlinge über längere Zeiträume hinweg ihres Schlafes berauben muß, um die Gefahr einer »tickenden Bombe« abzuwenden. B'Tselem hat jedoch folgende Beobachtung gemacht: »Die tödliche Bombe tickt werktags vor sich hin. Zum Wochenende stellt die Bombe das Ticken dann wie durch Zauberhand ein, und sie fängt erst wieder zu ticken an, wenn die Vernehmungsbeamten nach ihrem Ruhetag an ihre Arbeitsstätte zurückgekehrt sind.«[53]

»In Wirklichkeit war die Anwendung von Folter«, so B'Tselem in einer anderen Studie, »nicht nur nicht auf Personen beschränkt, die ›tickende Bomben‹ gelegt hatten«:

> Die Folter war noch nicht einmal auf Personen beschränkt, die der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung verdächtigt wurden. Ebensowenig war sie auf Personen beschränkt, denen Israel vorwarf, eine Straftat begangen zu haben. Zu dem vom Shin Bet regelmäßig gefolterten Personen-

> kreis gehörten: politische Aktivisten islamischer Bewegungen; Studenten, die Israel verdächtigte, pro-islamisch gesinnt zu sein; weise Männer, Scheichs und religiöse Führer; Personen, die sich in islamischen Wohltätigkeitsorganisationen engagierten; Brüder und andere Verwandte von Personen, nach denen gefahndet wurde (um auf diese Weise zu versuchen, an Informationen über sie heranzukommen); Palästinenser, die in Berufen arbeiteten, die ihnen die Herstellung von Sprengsätzen erleichtern könnten – eine nahezu endlose Liste von Personen. Es kam auch öfter vor, daß Frauen, deren Männer im Gefängnis saßen, festgenommen wurden; um den Druck auf die Häftlinge noch zu erhöhen, mißhandelten die Vernehmungsbeamten sogar deren Ehefrauen. Auch um Kollaborateure zu rekrutieren, griffen die Mitarbeiter des Shin Bet zu Foltermethoden.

Schließlich betont B'Tselem noch, daß diejenigen, die behaupten, Folter sei in einer Situation mit »tickender Bombe« unverzichtbar, »nicht den geringsten Beweis dafür vorgelegt haben, daß die Anwendung körperlicher Gewalt bei der Verhinderung von Anschlägen das einzige oder das wirkungsvollste Mittel darstellt«.[54]

Doppelmoral

Bezüglich der israelischen Verhörmethoden schreibt Dershowitz in *Plädoyer für Israel* (S. 220, 298):

> England setzte bei der Befragung mutmaßlicher irischer Terroristen ähnliche Taktiken ein, wie man sie in Israel eingesetzt hatte – unbequeme Körperhaltungen, laute Musik, Kapuzen usw. Aber nur Israel wurde wiederholt und derart bösartig für eine Praxis an den Pranger gestellt, die

> gegenwärtiges israelisches Recht nicht einmal mehr zuläßt.
>
> Israel… [hat] sich … weit enger an das Prinzip der Rechtsherrschaft gehalten … als irgendein anderes Land, das sich einer vergleichbaren Bedrohung gegenübersah.

Lassen wir einmal beiseite, was »gegenwärtiges israelisches Recht« zuläßt.[55] In einem Bericht vom Januar 2000 unterzog B'Tselem die israelische Folterpraxis in den besetzten palästinensischen Gebieten einem systematischen Vergleich mit der britischen Folterpraxis in Nordirland. Die Ergebnisse sind es wert, hier ausführlicher zitiert zu werden:

> In den frühen 1970er Jahren durchlebte Nordirland die gewalttätigste Phase seiner jüngeren Geschichte: Von 1971 bis März 1975 wurden mehr als 1100 Personen getötet und 11500 weitere verletzt. Allein in den Jahren 1971 und 1972 explodierten 1130 Bomben, die von einer bewaffneten Gruppe, der IRA, gelegt worden waren. Im Jahr 1971 setzten die britischen Sicherheitskräfte in Nordirland gegen 14 mutmaßliche IRA-Mitglieder kurzzeitig gewaltsame Verhörmethoden ein. Diese »Fünf Vernehmungstechniken« waren Gegenstand der Klage *Irland v. Vereinigtes Königreich* [vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte]…
>
> Die vom Shin Bet angewandten Methoden sind denen, derer sich die Briten im Jahr 1971 bedienten, vergleichbar: Schlafentzug, Zufügung körperlicher Schmerzen, Sinnesberaubung. Da der Shin Bet diese Methoden jedoch über einen längeren Zeitraum anwandte, hatte dies weitaus stärkere Schmerzen und größeres Leid zur Folge. Zusätzlich wandte der Shin Bet auch direkt Gewalt an … Von daher

> steht fest, daß … die Methoden des Shin Bet in der Praxis sehr viel schlimmere Auswirkungen hatten als die Methoden, die die Briten im Jahr 1971 anwandten …
>
> Hinzu kommt, daß die britische Regierung bereits im März 1972 – mitten in einer Welle von Terroranschlägen und noch bevor der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte mit seiner Entscheidung den Einsatz der »Fünf Vernehmungstechniken« verbot – bekanntgab, daß diese Methoden nicht länger angewandt würden …
>
> Das heißt also, Israel hielt im Jahr 1999 an Verhörmethoden fest, die Großbritannien 1971, 28 Jahre zuvor, nur für sehr kurze Zeit und bei lediglich 14 Personen angewandt hatte, und die überdies unverzüglich eingestellt und absolut verboten wurden. Seitdem ist das Verbot von Folter und Mißhandlung in der europäischen und internationalen Gesetzgebung wie auch im Fallrecht kontinuierlich gestärkt worden…
>
> Die Terroranschläge in England und Nordirland wurden in den 1970er Jahren keineswegs eingestellt. Dennoch wurde der Gefangenenschutz stetig verbessert … Dies hatte zur Folge, daß die Zahl von Beschwerden über Folterungen und Mißhandlungen stark zurückging.

»Der normative Unterschied zwischen Israel und anderen demokratischen Ländern läßt sich daran ablesen, inwieweit bei Verhören Foltermethoden zum Einsatz kommen«, stellt B'Tselem abschließend fest. »Während Israel routinemäßig Tausende foltert, ist Folter in anderen liberalen Demokratien eine Seltenheit. Der Rückgriff auf Foltermethoden ist dort die große Ausnahme.«[56]

Gefoltert wird nicht mehr

Im Hinblick auf die israelische Gerichtsentscheidung vom 6. September 1999 schreibt Dershowitz in *Plädoyer für Israel* (S.328):

> [Der] Oberste Israelische Gerichtshof [hat] den Einsatz jeglichen physischen Drucks verboten, um potentiellen Terroristen Informationen abzupressen. Israel ist das einzige Land im Nahen Osten, das jede Art von Folter abgeschafft hat, und zwar sowohl gesetzlich als auch in der Praxis.[57]

Im Jahr 2002 hatte Dershowitz hingegen selbst zugegeben, daß diese Gerichtsentscheidung keineswegs ein absolutes Folterverbot bedeutete: »Das Oberste Gericht ließ die Möglichkeit offen, daß ein Geheimdienstmitarbeiter seine härtere Gangart bei einem Verhör dadurch rechtfertigte, daß er angab, ehrlich davon überzeugt gewesen zu sein, Menschen, deren Leben unmittelbar in Gefahr war, nur auf diese Weise retten zu können.«[58] PCATI führte daneben noch weitere Gesetzeslücken auf:

> Das Gericht hat es vermieden, sich am Völkerrecht zu orientieren und Folter in jeder Situation zu verbieten. Somit können sich Folterer, vorausgesetzt, daß gerade irgendwo »eine Bombe tickt«, nach wie vor auf ihre »Notwehrsituation« berufen. Dadurch wird die tatsächliche Anwendung von Folter nicht nur ermöglicht, sondern diesem verabscheuungswürdigen Verbrechen wird durch die Gerichtsentscheidung überdies auch noch rechtliche und ethische Legitimität verliehen. Das Gericht hat es, wenn auch mit Einschränkungen, für zulässig befunden, daß Häftlinge ihres Schlafes beraubt und über längere Zeiträume hinweg gefesselt werden. So wurden gesetzliche Schlupflöcher geschaffen,

> die sich der Shin Bet umgehend zunutze machte, um seinen Folter- und Mißhandlungsmethoden einen legalen Anstrich zu geben. Im Endergebnis bedeutet dies, daß palästinensische Häftlinge immer noch nicht vor Folter und Mißhandlung sicher sind.[59]

Zwar »machten die Vernehmungsbeamten in den Tagen nach der Entscheidung des Obersten Gerichts vom 6. September selten bis gar nicht von Foltermethoden Gebrauch«[60]; doch wie PCATI später in einer wichtigen Studie feststellte, sollte der Shin Bet – mit freundlicher Unterstützung des Obersten Gerichts – die systematische Folterpraxis gegenüber palästinensischen Häftlingen schon bald wieder aufnehmen: »Von den Errungenschaften der Gerichtsentscheidung aus dem Jahr 1999, die der weitverbreiteten Folterpraxis und den allgegenwärtigen Mißhandlungen eigentlich ein Ende hätte bereiten sollen, … ist nicht mehr viel übrig. Das liegt nicht zuletzt daran, daß das Oberste Gericht nicht willens ist, internationalen Standards, die Folter und Mißhandlungen unter allen Umständen verbieten, Geltung zu verschaffen … Anstatt ihren Pflichten als Hüter und Beschützer des Gesetzes nachzukommen, sorgen das Oberste Gericht, die Staatsanwaltschaft und der Generalstaatsanwalt* gemeinsam dafür, daß der Shin Bet in seinen Folterkammern ungestört weiterarbeiten kann.« Und noch einmal: »Die Errungenschaften der Entscheidung des Obersten Gerichts aus dem Jahr 1999 wurden zunichte gemacht.« PCATI schätzte: »Jeden Monat werden Hunderte von Palästinensern in der einen oder anderen Form gefoltert oder anderweitig grausam und unmenschlich behandelt oder erniedrigt.« PCATI kam zu dem Ergebnis, daß Foltermethoden wieder »systematisch und routinemäßig« angewandt werden und daß

* Der Generalstaatsanwalt ist der oberste Justizbeamte Israels; Anm. d. Ü.

»Shin-Bet-Agenten die palästinensischen Häftlinge, die sie verhören, routinemäßig foltern, erniedrigen und anderweitig mißhandeln«. Die Zahl derer, »die in keiner Weise mißhandelt wurden, ist verschwindend gering«.[61] In einer im Jahr 2003 veröffentlichten Studie stellte Amnesty International ebenfalls fest, daß »viele der altbekannten Methoden wiederaufgenommen« worden waren: »Daß der Shin Bet die Palästinenser bei seinen Verhören folterte, war nun wieder die gängige Praxis.«[62]

Über die systematische Folter palästinensischer Häftlinge hinaus haben Menschenrechtsorganisationen dokumentiert, daß die Palästinenser auch im Alltag routinemäßig brutal behandelt werden. »Während der ersten Wochen der Intifada wurden«, wie Amnesty International in einer 2001 veröffentlichten Studie berichtete, »mehr als tausend Menschen – Palästinenser aus den besetzten Gebieten, aber auch jüdische und palästinensische israelische Staatsbürger – von den israelischen Behörden festgenommen, darunter viele Kinder. Die Festnahmen waren von Polizeibrutalität gekennzeichnet, die als Folter oder andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung bezeichnet werden muß und willkürlich gegen Demonstranten eingesetzt wurde.«[63]

B'Tselem wies in einer ebenfalls 2001 erschienenen Studie über die Brutalität der Sicherheitskräfte während der Al-Aqsa-Intifada daraufhin, daß »das Phänomen« zwar »seit vielen Jahren beobachtet werden kann«, daß Palästinenser in letzter Zeit aber »zunehmend häufiger geschlagen oder mißhandelt werden«. In der Studie hieß es weiter: »In den meisten Fällen wird die Mißhandlung in ›kleinen Dosen‹ verabreicht: eine Ohrfeige, ein Fußtritt, eine Beleidigung, eine grundlose Verzögerung am Kontrollpunkt, eine Demütigung. Über die Jahre sind all diese Dinge zu einem integralen Bestandteil des palästinensischen Alltags in den besetzten Gebieten geworden. Manchmal nimmt die Gewalt allerdings auch schärfere Formen an.« So

dokumentierte die Studie beispielsweise den Fall »eines dreijährigen Kindes, dem Grenzpolizisten eine Hand brachen«. Nicht genug damit, daß Palästinenser »andauernd« von Grenzpolizisten attackiert werden – die Grenzpolizisten »fotografierten ihre Übergriffe auch noch«; »für viele besteht der Anreiz, Grenzpolizist zu werden, darin, ›Araber zu verhauen‹.« Wie B'Tselem schrieb, haben es die israelischen Behörden trotz des großen Ausmaßes der Mißhandlungen in keinem einzigen Fall für nötig befunden, der Beschwerde eines Palästinensers nachzugehen: »Alle Ermittlungen wurden eingestellt, ohne daß irgendwelche Maßnahmen ergriffen wurden.« Weiter hieß es in der Studie: »Die Armee hat es genauso wie die Grenzpolizei bislang versäumt, den in den besetzten Gebieten dienenden Sicherheitskräften unmißverständlich klarzumachen, daß es absolut verboten ist, Palästinenser zu mißhandeln und zu schlagen.« B'Tselem kam zu folgendem Schluß: »Wenn den Sicherheitskräften eine Botschaft mit auf den Weg gegeben wird, so lautet sie, daß … das Leben und die Menschenwürde von Palästinensern nicht weiter von Bedeutung sind und daß die Sicherheitskräfte innerhalb ihres jeweiligen Aufgabenbereichs ruhig damit fortfahren können, die Palästinenser, mit denen sie zu tun haben, zu mißhandeln, zu erniedrigen und zu schlagen.«[64]

Kapitel 7

Rückkehr der Wandalen

Seit Beginn der zweiten Intifada im September 2000 »ist Israel dabei, die Zerstörung palästinensischer Häuser in den besetzten Gebieten im großen Stil zu betreiben«, berichtet B'Tselem. »In diesem Zeitraum hat Israel rund 4170 Häuser zerstört.«[1] Diese ungeheuerliche Politik wurde schon zu Beginn der Besatzung, gleich nach dem Junikrieg von 1967 ersonnen, wobei zu ihrer Rechtfertigung unterschiedliche Gründe angeführt werden: Die Häuserzerstörungen kommen mal als Strafmaßnahme, mal als Verwaltungsmaßnahme, mal als Sicherheitsmaßnahme daher. Sehen wir uns diese drei Begründungen der Reihe nach an.

Häuserzerstörungen als Strafmaßnahme

Mit der Zerstörung ihrer Häuser werden Palästinenser bestraft, die verdächtigt werden, die Sicherheit des Staates Israel bedroht zu haben. Wie B'Tselem schreibt, wird die Maßnahme gegen Palästinenser eingesetzt, die »verdächtigt werden, Israelis in irgendeiner Form gewaltsam angegriffen zu haben. Dabei ist es unerheblich, welche Folgen die betreffende Tat gehabt hat- ob sie beispielsweise in Verbindung mit einem Selbstmordanschlag stand, der viele Tote und Verletzte forderte, oder ob es sich um den gescheiterten Versuch handelte, einen Soldaten zu verletzen«; des weiteren richtet sich die Maßnahme »gegen Palästinenser, die Anschläge in die Wege geleitet

oder geplant haben, sowie gegen diejenigen, die geholfen haben, Anschläge auszuführen«. Die israelische Regierung hat selbst zugegeben, daß »bei 40 Prozent der Anschläge, auf die Israel mit Häuserzerstörungen reagierte, keine Israelis getötet worden waren«. Überdies fällt auf, so B'Tselem, daß Israel »israelische Zivilisten noch nie mit der Zerstörung ihrer Häuser bestraft hat, auch wenn sie Straftaten begingen, die denen der Palästinenser vergleichbar waren«.[2] Während der ersten zwei Jahrzehnte der israelischen Besatzung (1967-1987) zerstörte (oder versiegelte) Israel rund 1400 Häuser als Strafmaßnahme. Während der ersten Intifada (1988 –1992) waren es noch einmal 700 Häuser. Seit Beginn der zweiten Intifada bis einschließlich Oktober 2004 hat Israel, um Palästinenser zu bestrafen, mehr als 600 Häuser (in denen fast 4000 Menschen lebten) vollständig zerstört.[3] »Die Folgen, die diese Zerstörungen für die einzelnen Familien haben, sind«, so Amnesty International, »verheerend: In fast allen Fällen handelt es sich um Häuser, die die Familien selbst für sich gebaut haben und die (zum Teil aus Mangel an anderen Investitionsmöglichkeiten) einen größeren Anteil des familieneigenen Vermögens darstellen, als dies in nichtbesetzten Ländern der Fall ist. Zu dem Verlust des Hauses selbst kommt noch der (emotionale und finanzielle) Verlust der Einrichtung und der persönlichen Gegenstände hinzu: In dem Moment, wo die Truppen anrücken – und es kann sein, daß seit dem Abrißbescheid mehrere Jahre ins Land gegangen sind –, sind die Familien oft zu aufgewühlt und zu verängstigt, als daß sie in der Frist, die die Soldaten ihnen für die Räumung ihrer Häuser setzen (höchstens eine Stunde), ihr Hab und Gut retten könnten. Wird das Grundstück nach der Zerstörung beschlagnahmt, verlieren die Familien neben ihrem Haus auch noch das Land selbst.«[4] Wie Middle East Watch berichtete, hat außer Israel bisher nur ein Land der Welt »die Familien mutmaßlicher Straftäter bestraft, indem es deren Häuser zerstörte«: der Irak unter Saddam Hussein.[5]

»Die Entscheidung, das Haus eines Verdächtigen zu zerstören, fallt auf dem Verwaltungsweg, ohne Gerichtsverfahren; die Schuld des Verdächtigen muß vor keiner gerichtlichen Instanz bewiesen werden«, schreibt B'Tselem. »In der Mehrzahl der Fälle wird die Strafe vor jedweder Verurteilung vollstreckt. Mit anderen Worten, diese Art der Bestrafung wird vorwiegend gegen Personen eingesetzt, die lediglich verdächtigt werden, eine Straftat begangen zu haben.« Ist der Verdächtige bereits tot, »wird das Haus manchmal schon abgerissen, bevor überhaupt eine Autopsie vorgenommen und die Identität des Toten zweifelsfrei festgestellt wurde«.[6] Vor der zweiten Intifada sah das Verfahren üblicherweise so aus, daß die israelische Armee den Abriß anordnete und die palästinensischen Hausbewohner dann 48 Stunden Zeit hatten, den Befehl des Militärkommandeurs anzufechten; hatten sie damit keinen Erfolg, konnten sie Israels Oberstes Gericht anrufen. Heute läuft das etwas anders. B'Tselem weiter: »In der Regel gibt die israelische Armee keine Vorwarnung. Ausnahmen von dieser Regel gibt es so gut wie nie.« Das Oberste Gericht bestätigte in einer Entscheidung, daß die israelische Armee nicht dazu verpflichtet ist, eine palästinensische Familie von der bevorstehenden Zerstörung ihres Hauses in Kenntnis zu setzen. Weiter ließ das Gericht verlauten: »Bewohner der Region, die befürchten, ihr Haus könne Schaden nehmen, weil ihre terroristischen Verwandten den Verlust von Menschenleben herbeigeführt haben, können sich mit ihrem Gesuch an den Beklagten [d. h. an den Kommandeur der israelischen Armee] wenden. Bei dieser Gelegenheit können sie dem Beklagten Informationen vorlegen, die nach Meinung der Familie Einfluß auf seine Entscheidung haben sollten … Vorausgesetzt, daß vor dem geplanten Abrißtermin noch ausreichend Zeit bleibt, wird der Beklagte das betreffende Haus nicht ohne vorherige Prüfung der vorgelegten Informationen zerstören.« B'Tselem bemerkte sarkastisch:

> Mit dieser Entscheidung hat das Oberste Gericht den Militärkommandeur nicht nur mit der Macht ausgestattet, darüber zu befinden, ob und wann unschuldige Personen bestraft werden sollen, sondern es hat ihn auch mit der absoluten Macht ausgestattet, zu bestimmen, ob diesen Personen eine Anhörung gewährt werden soll oder nicht. Damit hat das Oberste Gericht jegliche gerichtliche Prüfung für überflüssig erklärt und das Schicksal der potentiellen Opfer in die Hände des Militärkommandeurs gelegt … Die Entscheidung des Obersten Gerichts entbindet den Staat von seiner Pflicht, eine betroffene Person von der bevorstehenden Zerstörung ihres Hauses zu unterrichten. Gleichzeitig wird der betroffenen Person die Pflicht auferlegt, gegen den Schaden, den sie zu erleiden fürchtet, Einwände vorzubringen – womit der Schaden nicht mehr abzuwenden sein dürfte. Überdies vermittelt die Entscheidung des Obersten Gerichts den Eindruck, als sei es nicht etwa die Armee, sondern die betroffene Person, die die bestehenden Verhältnisse zu ändern suche. Daß die Verantwortlichkeit nunmehr bei der betroffenen Familie liegen soll, ist insofern besonders verwunderlich, als die Familienmitglieder oft nicht einmal wissen, was ihrem Verwandten vorgeworfen wird. Der Staat schafft auf diese Weise eine absurde Situation: Er verlangt praktisch von den Palästinensern, auf die israelische Armee zuzugehen und ihr Haus als geeigneten Abrißkandidaten zu präsentieren.[7]

Menschenrechtsorganisationen und Juristen sind sich einig, daß derartige Häuserzerstörungen illegal sind, denn das humanitäre Völkerrecht (die Haager Landkriegsordnung und die Genfer Konvention) verbietet die Zerstörung von Eigentum als Strafmaßnahme ebenso wie es Kollektivstrafen allgemein verbietet.[8] Der frühere Präsident des Obersten Gerichts in Israel, Shimon Agranat, hat die Zerstörung von Häusern als eine »unmensch-

liche« Strafe bezeichnet.[9] Dershowitz hält die Zerstörung palästinensischer Häuser dennoch aus mehreren Gründen für gerechtfertigt:

1. Die Zerstörung eines Hauses ist eine »milde« Strafe.

In *Plädoyer für Israel* behauptet Dershowitz, wenn Israel »die Häuser von Terroristen« oder von »Menschen, die ihnen Unterschlupf gewähren«, abreiße, dann sei das »eine milde Art von Kollektivstrafe gegen das Eigentum derer, bei denen man einen gewissen Grad von Komplizenschaft sieht« (S. 274). »Das wesentliche Problem bei der Zerstörung von Häusern«, erklärt Dershowitz, ist nicht, daß Unschuldigen Leid zugefügt wird — im Gegenteil, die Maßnahme »gehört zu den moralischsten und abgewogensten Reaktionen« –, sondern »daß sie sich im Fernsehen nicht sonderlich gut macht«. Schließlich »[ruft] die unvermeidliche Einblendung einer weinenden Frau, die den Verlust ihres Heims betrauert, [Mitgefühl hervor]«* (S. 275 f.). Dershowitz verteidigte diese »milde« Strafmaßnahme bereits während der ersten Jahre der israelischen Besatzung. Im Jahr 1971 behauptete er auf einem Symposium in Tel Aviv, die Zerstörung von Häusern sei, »realistisch« betrachtet, sehr wohl eine akzeptable Maßnahme, auch wenn sie »formaljuristisch die Verletzung einer gewissen Konvention« bedeute: Als rein »finanzielle Strafe« sei diese Maßnahme doch weitaus weniger schlimm als wenn, sagen wir, der Angeklagte eine Gefängnisstrafe bekäme.[10] Dershowitz' Argumentation ist in den Augen angesehener israelischer Rechtsgelehrter völlig absurd. Professor Yoram Dinstein, Israels führender Völkerrechtsexperte und

---

* Änderung entsprechend dem amerikanischen Original (»creates sympathy«; Alan M. Dershowitz, *The Case for Israel,* Hoboken/New Jersey 2003, S. 171). In der deutschen Ausgabe heißt es: »sorgt … für Sympathien«; Anm. d. Ü

ein Mann, der sich im allgemeinen eher zurückhaltend äußert, fand Dershowitz' Argument »beinahe grotesk«:

> Solange noch über den Wortlaut eines internationalen Vertrags gestritten wird, besteht die Möglichkeit, widerstrebende Interessen und Werte zu berücksichtigen. Wenn der Text aber erst einmal steht, hat sich jede Vertragspartei buchstabengetreu daran zu halten … Wenn es jeder Besatzungsmacht freistünde, sich durch den Verzicht auf ein ihr zustehendes Recht einseitig von einer lästigen Vertragspflicht zu entbinden, so würde dies das humanitäre Völkerrecht »ins Chaos stürzen«. Die Gefahr, die dem Dershowitz'schen Ansatz innewohnt, wird durch seine eigene Einschätzung noch unterstrichen: Seiner Ansicht nach sind »Gefängnisstrafen sehr viel gravierender als wirtschaftliche Strafen, zumal wenn es sich um Häuserzerstörungen handelt«. Viele, die sowohl das eine wie das andere zu erleiden hatten, dürften die Sache etwas anders sehen.

In der Tat versteht Israel die Zerstörung eines Hauses in der Regel nicht als Alternative zur Gefängnisstrafe, sondern vielmehr als *zusätzliche* Strafe.[11] Und schließlich verdient die Skala, nach der Dershowitz in *Plädoyer für Israel* die Härte einer Strafe bemißt, noch unter einem anderen Gesichtspunkt Beachtung. Wenn das Haus einer palästinensischen Familie zerstört wird, so ist das für Dershowitz nichts weiter als eine »milde« wirtschaftliche Strafe (S. 271, 274). Nicht auszudenken indes, welchen Schaden Sanktionen gegen Israel anrichten würden: Für Dershowitz ist klar, daß diese »wirtschaftlich einem Todesurteil gleichkämen« (S. 334).

2. Die Begriffe »kollektive Verantwortung« and »Kollektivstrafe« sind irreführend.

Wenn ein Haus zerstört wird, ist der mutmaßliche Gewalttäter, dessen Delikt die Bestrafung nach sich zog, keineswegs der Hauptleidtragende – schließlich hat er selbst entweder eine lange Gefängnisstrafe anzutreten oder er befindet sich, wenn er nicht bereits tot ist, auf der Flucht; die Hauptleidtragenden sind vielmehr seine Angehörigen und oft genug auch all diejenigen, die zufällig im selben Gebäude wohnen.[12] Folglich sind sich Menschenrechtsorganisationen einig, daß die Zerstörung von Häusern »eine eklatante Kollektivstrafe« darstellt und »gegen ein Grundprinzip des Völkerrechts verstößt« (Amnesty International). Die Zerstörung von Häusern ist ein »schwerer Verstoß gegen das Verbot, Kollektivstrafen zu verhängen; eine drakonische Maßnahme gegen Familienangehörige, die für das Vergehen des mutmaßlichen Täters keinerlei Verantwortung tragen und denen auch gar nicht vorgeworfen wird, irgend etwas verbrochen zu haben« (B'Tselem). »Es handelt sich eindeutig um eine Kollektivstrafe, denn hier werden Menschen bestraft, denen keinerlei Gesetzesübertretung zur Last gelegt wird« (Al-Haq).[13] Israels Oberstes Gericht versucht zwar abzustreiten, daß es sich bei den Häuserzerstörungen um Kollektivstrafen handelt, doch angesehene israelische Rechtsgelehrte haben die vorgebrachten Argumente für nicht stichhaltig befunden (»ein ziemlich armseliger Versuch«).[14]

An anderer Stelle verurteilte Dershowitz die Verhängung von Kollektivstrafen als »die unmoralischste« Taktik im Kampf gegen den Terrorismus. Sie sei ein typisches Kennzeichen »tyrannischer Regime«. Um ein besonders widerwärtiges Beispiel für eine Kollektivstrafe zu nennen, wies Dershowitz darauf hin, daß Hitler nach dem Attentat auf Reinhard Heydrich »das gesamte tschechische Dorf Lidice zerstören ließ«. »Unschuldige unmittelbar zu bestrafen ruft ganz unmißver-

ständliche moralische Bedenken hervor, ist aber auch äußerst wirkungsvoll«, so Dershowitz. »Ungeachtet der Wirksamkeit dieser extremen Kollektivstrafe sehen wir jedoch aus moralischen Gründen – und weil es gesetzlich verboten ist – davon ab, diese Strafe zu verhängen.«[15] Obwohl sich Menschenrechtsorganisationen ebenso wie Rechtsgelehrte einig sind, daß die Zerstörung eines Hauses eine Kollektivstrafe darstellt, und obwohl Dershowitz Kollektivstrafen verurteilt, hat er sich im Falle Israels dennoch die Verteidigung dieser Strafmaßnahme auf die Fahnen geschrieben. Er hat dafür zweierlei Erklärungen parat:

a) Strafen sind oftmals Kollektivstrafen.

Dershowitz weist in *Plädoyer für Israel* darauf hin, daß Unschuldige bei Strafmaßnahmen oft zu Schaden kämen: »Die Atombomben von Hiroshima und Nagasaki bestraften Tausende unschuldiger Japaner der Verbrechen ihrer Regierung wegen mit dem Tod« (S. 269). Lassen wir mal beiseite, daß das *beste* Argument, das Dershowitz bei seinem Plädoyer für Israels Politik der Häuserzerstörungen einfällt, ein Vergleich mit Hiroshima und Nagasaki ist. Wichtiger ist, daß Israels Oberstes Gericht ebenfalls darauf hinweist, daß Unschuldige oft unter Strafmaßnahmen zu leiden haben, und daß das Gericht dabei ähnlich wie Dershowitz argumentiert: Die »zur Strafe befohlene Zerstörung eines Hauses unterscheidet sich nicht von einer Gefängnisstrafe, die gegen ein Familienoberhaupt verhängt wird: Wenn es sich um einen jungen Familienvater handelt, bleiben dessen kleine Kinder ohne ihren Ernährer zurück«. Professor Kretzmer fand den Vergleich zwischen kollektivem Leid, das durch die Verhaftung eines Familienoberhaupts verursacht wird, und kollektivem Leid, das durch die Zerstörung eines Hauses verursacht wird, »nicht überzeugend«.

Den grundlegenden Unterschied zwischen diesen beiden Maßnahmen erläuterte Kretzmer wie folgt: »Der *eigentliche Sinn und Zweck* einer Gefängnisstrafe besteht darin, einen Straf-

täter seiner Bewegungsfreiheit zu berauben; daß außer ihm auch noch andere unter seiner Gefängnisstrafe leiden, ist die vielleicht unvermeidliche Folge dieser Maßnahme, aber nicht ihr Sinn und Zweck. Wenn es möglich wäre, die negativen Auswirkungen, die der Gefängnisaufenthalt des Schuldigen auf seine Familie hat, zu vermeiden, verlöre die Strafe deswegen nicht ihren Sinn. Wenn ein Mann aber bereits verhaftet wurde und gar nicht mehr in dem Haus wohnt, das zerstört werden soll (er hat vermutlich eine lebenslange Freiheitsstrafe anzutreten), besteht der *unmittelbare Sinn und Zweck* dieser Strafmaßnahme – zumal wenn der Mann bereits tot ist – nicht darin, einen Schuldigen seiner Rechte und Freiheiten zu berauben, sondern darin, seiner Familie Leid anzutun« (Hervorhebungen im Original).[16] Dershowitz ist sich der Unterscheidung zwischen einer Strafmaßnahme, die unbeabsichtigt auch Unschuldigen Leid zufügt, und einer Strafmaßnahme, deren *wesentlicher oder einziger Sinn und Zweck* es ist, Unschuldigen Leid zuzufügen, sehr wohl bewußt: »Kriminelle direkt zu bestrafen, auch wenn man erkennt, daß Unschuldige dabei ebenfalls zu Schaden kommen, ist eine Sache; der Abschreckung halber oder zur Bestrafung von Schuldigen gezielt gegen Unschuldige vorzugehen, ist natürlich eine andere«, schrieb er an anderer Stelle.[17] Die israelischen Häuserzerstörungen rechtfertigt er dennoch, obwohl das »explizite Ziel« dieser Strafe, wie B'Tselem betont, darin besteht, »als Abschreckungsmaßnahme zu dienen und den Leuten zu verstehen zu geben, daß eine Gewalttat nicht nur für den Täter selbst, sondern auch für seine Familie Konsequenzen haben wird«.[18]

b) Verantwortung ist oftmals kollektive Verantwortung.

In *Plädoyer für Israel* spricht sich Dershowitz gegen eine »klare Trennlinie« aus, »die … Zivilisten und Kämpfer trennt«. Um den Grad der Verantwortung richtig einschätzen zu können, muß man nach Dershowitz' Ansicht von einem »fließen-

den Übergang zwischen dem einen und dem anderen Extrem« ausgehen. Wer bei einer strafbaren Handlung moralischen Beistand leiste, sei der »moralischen Komplizenschaft« schuldig und müsse demzufolge auch mit Strafmaßnahmen rechnen. Als Beispiel führt Dershowitz Nazi-Deutschland an: »So war es meiner Ansicht nach durchaus richtig, … das gesamte deutsche Volk dafür büßen zu lassen, was die von ihm gewählte Führung der Welt angetan hatte … Die große Mehrheit der Deutschen hätte man für ihre Komplizenschaft mit dem Bösen zur Rechenschaft ziehen sollen … Das gehört nun mal zur Definition einer Nation, eines Volkes. Wer einen Krieg anzettelt und verliert, der bringt Leid über sein Volk. Eine etwas willkürliche Gerechtigkeit, sicher«, in Dershowitz’ Augen aber dennoch ein verdientes Los (S. 270-275). Die »mindeste angemessene« Strafe für die »kollektive Verantwortung des deutschen Volkes« – einschließlich derer, die Hitler »passiv« unterstützten, »um sich ein schönes Leben zu machen« – »hätte aus einer Generation Armut … bestehen müssen«, schrieb Dershowitz in seiner Autobiographie.[19]

Auf einem israelischen Symposium im Jahr 2003 drückte er das Ganze noch etwas drastischer aus (»in einer Nation ist jeder für die Taten der politischen Führung verantwortlich; wenn man ein Teil einer Nation, Teil einer Gruppe ist, trägt man auch einen Teil der Verantwortung«[20]), doch wollen wir das an dieser Stelle nicht weiter vertiefen. Sehen wir uns nur einmal Dershowitz' nicht ganz so verwegene Behauptung an, nach der »eine Nation, ein Volk« im ganzen bestraft zu werden verdient, wenn weite Teile der Zivilbevölkerung die kriminelle Politik ihres Staates gutheißen. Man sollte vielleicht, will man den Grad kollektiver Verantwortung messen, noch einen »fließenden Übergang« anderer Art berücksichtigen: In einer offenen, freien Gesellschaft gibt es für »eine Nation, ein Volk« vielfältige Möglichkeiten, sich zu informieren und abweichende Meinungen zu äußern. Daher tragen Menschen in einer offenen,

freien Gesellschaft eine größere Verantwortung für kriminelle Handlungen ihres Staates als Menschen in totalitären Gesellschaften. Wenn wir Dershowitz' Argument konsequent zu Ende denken, stellt sich die Frage, ob nicht gegen das amerikanische Volk (einschließlich Dershowitz) massive Sanktionen hätten verhängt werden müssen. Schließlich hat »die große Mehrheit« der Amerikaner das Unheil, das die US-Regierung über Vietnam brachte – um nur ein Land aus einer ganzen Reihe von Ländern herauszugreifen, die von der amerikanischen Politik verwüstet wurden –, die meiste Zeit unterstützt, noch dazu in einer besonders freien Gesellschaft. Aber es ist natürlich sehr viel einfacher, seine moralischen Prinzipien auf die Situation anderer Leute anzuwenden und die eigene dabei außen vor zu lassen.

Was Israel betrifft, so rechtfertigt Dershowitz die Verhängung von Strafen wie Häuserzerstörungen damit, daß die Palästinenser laut Umfragen größtenteils »hinter einer Fortsetzung des Terrors stehen« und daß sie sich deshalb »der Komplizenschaft mit Terroristen schuldig gemacht haben« (S. 271, 273). Dabei befürwortet Dershowitz nicht einmal nur die Zerstörung einzelner Häuser. Wenn es nach ihm ginge, würde Israel jeden palästinensischen Anschlag mit der »Zerstörung eines kleinen Dorfes« beantworten, »das als Terrorbasis gedient hat … Die Reaktion müßte ganz automatisch erfolgen.« Nach Dershowitz' Einschätzung käme man mit Zerstörungen dieser Größenordnung dem »hehren Ziel«, eine friedliche Welt ohne Terroristen zu schaffen, ein Stück weit näher.[21] Israel bezeichnet Anschläge auf sein militärisches Personal als Terrorismus; das tschechische Volk hat das Attentat auf Heydrich zweifellos begrüßt. Abgesehen davon, daß im Falle des palästinensischen Dorfes Juden und nicht Deutsche die Maßnahme durchführen würden, scheint sich Dershowitz' Vorschlag nicht wesentlich von der nationalsozialistischen Zerstörung Lidices – die Dershowitz nach eigenem Bekunden verabscheut – zu unterscheiden.

»Im allgemeinen herausragend«: Israels Menschenrechtsbilanz

Sehen wir uns nun noch an, was passiert, wenn wir Dershowitz' Kriterium der kollektiven Verantwortung auf Israelis anwenden: (i) Als Israel im Juni 1982 den Libanon angriff, um »die Besatzung des Westjordanlandes zu sichern« (Yehoshafat Harkabis Formulierung), schossen die Umfragewerte für Verteidigungsminister Ariel Sharon und Ministerpräsident Begin in die Höhe, und mehr als 80 Prozent der Israelis befanden die Invasion für vollkommen gerechtfertigt. Als die israelische Bombardierung Beiruts im August 1982 die Barbarei noch auf die Spitze trieb, unterstützte immer noch mehr als die Hälfte der Israelis die Begin-Sharon-Regierung, und mehr als 80 Prozent unterstützten weiterhin die Invasion – eine Invasion, die am Ende 20 000 Libanesen und Palästinensern, fast ausschließlich Zivilisten, den Tod brachte, und die von der UN-Generalversammlung mit 143 zu 2 Stimmen (USA und Israel) verurteilt wurde, weil sie »unter der palästinensischen Zivilbevölkerung großen Schaden angerichtet, sehr viele Menschenleben gekostet, unerträgliches Leid gebracht und gewaltige materielle Zerstörungen herbeigeführt hat«.[22] Erst als der Preis, den Israel für seinen Angriff auf den Libanon zu zahlen hatte, zu hoch wurde – zuerst durch den weltweiten Aufschrei angesichts der Massaker von Sabra und Shatila, später durch die steigende Zahl gefallener Soldaten –, fand ein Sinneswandel in der Bevölkerung statt, (ii) Als Israel im Jahr 1989, während der ersten Intifada, mit immer brutaleren Mitteln gegen die Palästinenser vorging, unterstützte mehr als die Hälfte der Israelis eine noch »härtere Gangart«, um den überwiegend gewaltfreien zivilen Aufstand zu ersticken (nur ein Viertel der Befragten sprach sich für eine Verringerung der Unterdrückung aus), und »eine überwältigende Mehrheit von 72 Prozent … sah zwischen der Reaktion der Armee auf den Aufstand und ›den demokratischen Werten der Nation‹ keinen Widerspruch«.[23] (iii) Obwohl die palästinensische Gesellschaft unter der »Operation Schutzschild« (März/April 2002) immens zu leiden hatte und die Operation

darin gipfelte, daß die israelischen Streitkräfte in Jenin und Nablus schwerwiegende Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht sowie Kriegsverbrechen begingen, wurde sie von nicht weniger als 90 Prozent der Israelis unterstützt.[24] Die Unterstützung, die Israelis für Verbrechen ihres Staates zum Ausdruck bringen, ist im übrigen keine rein gefühlsmäßige: Israel verläßt sich darauf, daß die staatliche Politik von seiner Bürgerarmee umgesetzt wird. Die kollektive Verantwortung des israelischen Volkes geht somit weit über »moralische Komplizenschaft« hinaus.[25]

Noch ein letzter Punkt: Ohne die bedingungslose politische und wirtschaftliche Unterstützung der Vereinigten Staaten könnte Israel diese Verbrechen nicht begehen. Und es sind Leute wie Dershowitz, die mit ihrer blindwütigen Verteidigung der israelischen Politik und ihrer grotesken Verzerrung der Wirklichkeit entscheidend dazu beitragen, daß es bei dieser bedingungslosen Unterstützung bleibt. Was, wenn die »milde Form von kollektiver Verantwortlichkeit« (S. 271), die Dershowitz für Palästinenser so dringend empfiehlt, auch auf ihn und seine eigenen vier Wände angewandt würde?

Eine Verwaltungsmaßnahme: Die Zerstörung »illegaler« palästinensischer Häuser

Um zu beweisen, daß Israel kein »rassistischer Staat« ist, zitiert Dershowitz eine hinsichtlich ihrer Bedeutung und Folgen zwiespältige Entscheidung des Obersten Gerichts aus dem Jahr 2000, die bestätigt, daß es auch israelischen Arabern gestattet sein muß, staatseigene Grundstücke in Israel zu erwerben.[26] Dershowitz erwähnt indes nicht, daß aufgrund der Diskriminierung bei der Vergabe von Baugenehmigungen in den besetzten Gebieten massenhaft palästinensische Häuser zerstört werden. In einer Studie über die umfangreichen Zerstörungen pa-

lästinensischer Häuser im Westjordanland berichtete B'Tselem im Jahr 1997, daß »Israel im Verlauf der letzten Jahrzehnte im Westjordanland eine Situation geschaffen hat, in der es für Tausende Palästinenser unmöglich geworden ist, für die Bebauung ihres Grundstücks eine Genehmigung zu erhalten. Folglich sind sie gezwungen, ohne Genehmigung zu bauen.« Palästinenser, die sich »illegal« ein Haus bauen, tun dies nicht aus politischer Motivation heraus, sondern, wie B'Tselem betont, aus einem ganz persönlichen Grund: »Ihr Handeln ist nicht als politische Aussage oder als Gegenmittel gegen die israelische Kontrolle in der Region gedacht; da die israelische Politik es ihnen nicht gestattet, ihren Bedarf an Wohnraum zu decken, ist dies nichts weiter als ihr Versuch, sich und ihrer Familie eine Unterkunft zu beschaffen.«

Israel gibt zwar vor, daß die Entscheidung, diese »illegalen« palästinensischen Häuser zu zerstören, ausschließlich unter dem Gesichtspunkt fehlender Baugenehmigungen getroffen wird, doch die Wirklichkeit sieht anders aus: »Palästinensische Häuser werden im Rahmen einer Politik zerstört, deren erklärtes Ziel es ist, die israelischen Siedlungen im Westjordanland zu stärken und auszubauen, und bei der es darum geht, unumstößliche Tatsachen zu schaffen« – mal müssen die Palästinenser dem Bau einer Umgehungsstraße weichen, die dann nur von Juden benutzt werden darf, ein andermal sollen die Palästinenser aus der Nachbarschaft einer (illegalen) Siedlung verschwinden, die ebenfalls nur Juden offensteht. Auch wenn nach palästinensischen Anschlägen Häuser zur Vergeltung und als Kollektivstrafe zerstört werden, muß zur Begründung bisweilen das »Planungskriterium« herhalten. Sollte an dem diskriminierenden Charakter der Zerstörungen noch irgendein Zweifel bestehen, so wird er durch Israels Umgang mit illegal errichteten jüdischen Gebäuden in den besetzten Gebieten ausgeräumt: »Israelische Siedler haben Tausende von Wohneinheiten, öffentliche Anlagen und Industriebetriebe ohne Genehmigung

errichtet«, so B'Tselem weiter. »Was die ohne Genehmigung errichteten Bauten in den Siedlungen betrifft, so ist bei den Behörden eine nachsichtige Haltung zu verzeichnen. Soweit uns bekannt ist, hat es in den Siedlungen nur einen einzigen Fall gegeben, bei dem ein nicht genehmigtes Gebäude zerstört wurde. Normalerweise wird dort von Zerstörungen abgesehen, ja die Behörden beeilen sich vielmehr, die Baupläne bereits bestehender Gebäude rückwirkend zu genehmigen.«

B'Tselem stellt abschließend fest, daß diese auf diskriminierenden »Planungskriterien« beruhende Zerstörung palästinensischer Häuser gegen wichtige Bestimmungen internationaler Verträge verstößt, die Israel unterzeichnet hat, und folglich illegal ist.[27]

Amnesty International berichtete in einer 1999 veröffentlichten Studie ebenfalls darüber, wie verheerend sich Israels Zerstörung »illegaler« palästinensischer Häuser in den besetzten Gebieten auswirkt: »Tausende palästinensischer Häuser sind zerstört worden. Manche wurden schon vor Jahren gebaut und sind seitdem bewohnt und voller Einrichtungsgegenstände. Oft wohnt mehr als nur eine Familie mit vielen Kindern darin, und oftmals werden den Bewohnern nicht mehr als 15 Minuten zugestanden, um ihr Hab und Gut aus dem Haus herauszuholen und zu verschwinden. Es kann sein, daß ein Trupp von Arbeitern anrückt und die Möbel auf die Straße wirft; es kann aber auch sein, daß die Möbel noch alle im Haus sind, wenn die Familie sieht, daß die Bulldozer kommen. Manche Häuser sind zwar noch unbewohnt, doch hat ihr Bau bereits mehrere Monate Arbeit verschlungen und überdies in manchen Fällen die gesamten Ersparnisse der Familie aufgezehrt.«

Amnesty schätzte vorsichtig, daß in den Jahren 1987 bis 1999 nicht weniger als 2400 Häuser zerstört und damit 14 500 Palästinenser (darunter 6000 Kinder) obdachlos gemacht wurden. Der Osloer »Friedensprozeß« hat nicht dazu geführt, daß weniger Häuser zerstört wurden, vielmehr blieb die Anzahl zerstör-

ter Häuser »gleichbleibend hoch«. Amnesty machte die gleiche Beobachtung wie B'Tselem: Israel behaupte zwar, diese »illegalen« palästinensischen Häuser würden nur aufgrund fehlender Baugenehmigungen abgerissen; in Wirklichkeit hätten die Zerstörungen jedoch diskriminierenden Charakter: »Palästinenser sind von der Maßnahme einzig und allein deshalb betroffen, weil sie Palästinenser sind«, und der Zweck der Maßnahme bestehe schlicht darin, das für jüdische Besiedlung zur Verfügung stehende Land so weit wie möglich auszudehnen: »Die rechtmäßige Erschließung palästinensischen Baulands ist praktisch vollkommen unterbunden worden. Das Ergebnis ist die Zerstörung von Häusern, die Palästinenser in Ermangelung der Möglichkeit, eine Baugenehmigung zu erhalten, schließlich ohne Genehmigung bauen mußten. Ziel dieser Politik ist es offensichtlich, die palästinensische Bautätigkeit auf die bestehenden städtischen Gebiete zu beschränken, damit zukünftig ein möglichst großer Teil des übrigen Landes von Israel beschlagnahmt und für die jüdische Besiedlung bereitgestellt werden kann.«

Ähnliches beobachtete Amnesty in Ost-Jerusalem. Dort bestehe der Zweck der Häuserzerstörungen darin, »den ethnischen Charakter des annektierten Gebiets von einem arabischen in einen jüdischen zu verwandeln«. »Im Hinblick auf die palästinensische Bautätigkeit verfolgt Israel hauptsächlich, ja ausschließlich das Ziel, diese einzuschränken – um dadurch das Wachstum der palästinensischen Bevölkerung so weit wie möglich einzudämmen.« Zwischen 1987 und 1999 wurden in Ost-Jerusalem 284 palästinensische Häuser zerstört, und im Jahr 1999 mußten bereits »weit mehr als ein Drittel der palästinensischen Einwohner Ost-Jerusalems die Zerstörung ihrer Häuser fürchten«. Nicht genug damit, daß Israel Palästinensern keine Möglichkeit gibt, legal zu bauen, und dann ihre »illegalen« Häuser zerstört. *Palästinenser müssen für die Zerstörung ihrer Häuser auch noch selbst aufkommen und zusätzlich oft auch*

noch ein beträchtliches Bußgeld zahlen (»welches 100 000 Schekel [ca. 18 300 Euro] oder mehr betragen kann«). Wie schon B'Tselem gelangte auch Amnesty International zu dem Ergebnis, daß »Israel durch die Zerstörung von Häusern und die Beschlagnahme von Land sowie durch seine gegen die palästinensische Bevölkerung gerichteten Bauplanungsgesetze das humanitäre Völkerrecht und den internationalen Menschenrechtsschutz verletzt«, ja sich »schwerwiegender Verstöße« gegen die Genfer Konvention schuldig gemacht hat.[28] In einer im November 2004 erschienenen Studie stellte B'Tselem fest, daß Israel im Westjordanland und in Ost-Jerusalem in den Jahren 2001 bis 2004 fast eintausend »illegale« palästinensische Häuser zerstört hat.[29]

Häuserzerstörungen als Sicherheitsmaßnahme

Neben den Zerstörungen, die Israel damit rechtfertigt, daß sie entweder der Bestrafung dienten oder aufgrund fehlender Baugenehmigungen zu erfolgen hätten, zerstört Israel Häuser und anderes Eigentum auch deswegen in großem Stil, weil dies angeblich aus militärischen Gründen beziehungsweise aus Gründen der nationalen Sicherheit notwendig sei. B'Tselem berichtete in einer im Februar 2002 erschienenen Studie über die Zerstörung von Häusern und Agrarland im Gazastreifen, daß Israel dort seit Beginn der zweiten Intifada (September 2000) rund 600 Häuser zerstört – und somit mehr als 5000 Palästinenser obdachlos gemacht – sowie Tausende von Bäumen ausgerissen und Tausende Morgen Land zerstört hat: »Israel hat damit Personen geschädigt, denen es noch nicht einmal vorwirft, selbst in Anschläge gegen israelische Zivilisten oder Sicherheitskräfte verwickelt gewesen zu sein oder auch nur versucht zu haben, diese anzugreifen.« Die Häuserzerstörungen »finden in der Regel mitten in der Nacht statt, ohne daß die Be-

Amnesty International über Häuserzerstörungen*

Fallstudie: Die Häuser der Familie Jaber Die Familie Jaber bewirtschaftet ihr Land in der Nähe von Hebron schon mindestens seit osmanischer Zeit. Da dieses Land nunmehr allerdings auch in der Nähe einer Umgehungsstraße und der sich immer weiter ausbreitenden Siedlung Givat Harsina liegt, nützt der Familie der Hinweis auf den eigenen Grundbesitz gar nichts. Für 13 Häuser in der Gegend liegen Abrißbescheide vor. Am 19. August 1998 zerstörte die israelische Armee das Haus von Atta Jaber, der ohne Genehmigung gebaut hatte. Am nächsten Tag beschloß er sein Haus wieder aufzubauen, doch einen Monat später, am 16. September, wurde es erneut zerstört. Fünf Monate später war das Haus von Atta Jabers Bruder, dem 22jährigen Fayez Jaber, an der Reihe – ein Haus, dessen zwei Zimmer sich zwölf Familienmitglieder teilten. Am 4. Februar 1999 um 7 Uhr morgens tauchten – ohne Vorankündigung und in Begleitung vieler Soldaten –- Beamte der Zivil verwaltung und des Obersten Planungsrates bei der Familie auf, um das Haus zu zerstören. Die Soldaten wandten Gewalt an und schlugen den 18jährigen Fadi Jaber. Im Mai kamen sie zurück, um drei Regenwasserzisternen zu zerstören, die im Winter das Wasser der umliegenden Berge auffingen, damit es im Sommer zur Verfügung stand. Die Zivil Verwaltung behauptete, das Wasser in den Zisternen sei von der Hebroner Wasserversorgung abgezweigt worden, doch gab es dafür keinerlei Anhaltspunkte. Vielmehr waren mehrere kleine Kanäle vorhanden, die das Wasser auf die traditionelle Art und Weise in die Zisternen hinableiteten. Zur gleichen Zeit erhielt auch Attas Bruder Ismail einen Abrißbescheid für sein Haus, und sowohl Ismail als auch Qaid Jaber wurde untersagt, ihr Land zu bewirtschaften.

* Amnesty International, *Demolition and Dispossession: The Destruction of Palestinian Homes,* London, Dezember 1999, S. 3.

wohner irgendwie vorgewarnt würden … In vielen Fällen mußten die Bewohner aus ihren Häusern fliehen, nachdem sie durch den Lärm der Panzer und Bulldozer, die schon vor ihrer Haustür standen, geweckt worden waren.« »Die Armee kündigte auch nicht an, daß sie beabsichtigte, Felder und Obstplantagen zu zerstören. Wären die Palästinenser gewarnt gewesen, hätten sie wenigstens Teile der Bewässerungsanlagen und anderes landwirtschaftliches Gerät in Sicherheit bringen können.«

Zwar erlaubt das Völkerrecht die begrenzte Zerstörung von Häusern, wenn sie »militärisch notwendig« ist, doch wie B'Tselem schrieb, deutete das »extreme Ausmaß« der Zerstörung und die Art und Weise, wie sie vonstatten ging, »klar und unmißverständlich« darauf hin, daß »der Schaden, der der Zivilbevölkerung dadurch entstand, unangemessen hoch war«. Hier einige Beispiele: »Die Armee hat ganze Wohnbezirke zerstört und dies damit gerechtfertigt, daß es unter einigen dieser Häuser Tunnel gab, die für den Waffenschmuggel genutzt worden seien. In anderen Fällen zerstörte die Armee Dutzende von Häusern mit dem Hinweis darauf, daß aus dieser Gegend auf israelische Soldaten geschossen worden sei.« »In manchen Fällen zerstörte die israelische Armee die Häuser gleich im Anschluß an palästinensische Angriffe auf israelische Zivilisten oder Sicherheitskräfte, allerdings nicht unbedingt an dem Ort, an dem sich der Angriff ereignet hatte. Dieses Phänomen gibt Anlaß zu der Sorge, daß das Ziel dieser Zerstörungen darin bestand, die Palästinenser für ihren Angriff zu bestrafen, und andere, die vielleicht ähnliche Angriffe planten, abzuschrecken … Die Durchsetzung politischer Maßnahmen, die Tausenden von Unschuldigen schadet und deren Folgen so gravierend und so langwierig sind, kann nur als Kollektivstrafe bezeichnet werden.« B'Tselem schrieb, daß das Internationale Komitee vom Roten Kreuz ebenso wie Delegationen der UN-Menschenrechtskommission und sogar die amerikanische Mitchell-Kommission »Israels umfassende Zerstörung im Gazastreifen scharf

kritisiert haben«. Abschließend hielt B'Tselem fest, daß diese Maßnahmen »das humanitäre Völkerrecht in eklatanter Weise verletzen«. Die völkerrechtlich vorgeschriebene Entschädigung für diese illegalen Zerstörungen lehnt Israel ab.[30]

In einer im Mai 2004 erschienenen Studie über Israels Zerstörungspolitik befaßte sich Amnesty International ebenfalls mit den jüngsten Verwüstungen, die Israel – zumeist im Namen militärischer Notwendigkeit beziehungsweise unter Verweis auf die nationale Sicherheit – in den besetzten Gebieten anrichtete:

> In den vergangenen dreieinhalb Jahren hat die von der israelischen Armee in den besetzten Gebieten angerichtete Zerstörung ein nie zuvor dagewesenes Ausmaß erreicht. Opfer der Zerstörungen sind oft diejenigen, die ohnehin schon zu den Ärmsten gehören und am meisten benachteiligt sind … In den meisten zerstörten Häusern … lebten Flüchtlingsfamilien, die während des Krieges nach der Staatsgründung Israels im Jahr 1948 entweder von israelischen Soldaten vertrieben worden oder vor diesen geflohen waren… Es wurden mehr als 3000 Häuser, Hunderte von öffentlichen Gebäuden und privaten Geschäftsgrundstücken sowie unermeßlich viel Ackerbauland zerstört… Zehntausende Männer, Frauen und Kinder wurden gewaltsam aus ihren Häusern vertrieben und somit obdachlos gemacht oder ihrer Einkommensquelle beraubt. Tausende von anderen Häusern und Immobilien wurden beschädigt, viele so stark, daß sie nicht mehr zu reparieren sind. Hinzu kommt, daß derzeit Zehntausende weitere Wohnhäuser von der Zerstörung bedroht sind und ihre Bewohner mit der Angst vor gewaltsamer Vertreibung und Obdachlosigkeit leben müssen… Für die Zerstörungen nutzt die israelische Armee die in den USA hergestellten Bulldozer der Firma Caterpillar. Diese Bulldozer haben bereits die Häuser und

> das Hab und Gut Tausender Familien unter sich begraben. Wenn die Soldaten ihr Zerstörungswerk vollendet haben, kehren die Männer, Frauen und Kinder zu den Ruinen ihrer Häuser zurück und versuchen, so viele Gegenstände wie möglich aus den Trümmern zu retten.

Zu den wirtschaftlichen Folgen der Zerstörung palästinensischen Ackerlands notierte Amnesty weiter: »Hunderttausende von Olivenbäumen, Zitrusgewächsen, Mandelbäumen, Dattelpalmen und anderen Bäumen wurden ausgerissen … Die entwurzelten Bäume und zerstörten Obstplantagen … stellten für Hunderttausende von Menschen eine wichtige – und in vielen Fällen die einzige – Erwerbsquelle dar… Viele Palästinenser hatten ihre gesamten Ersparnisse in den Ausbau und die Verbesserung ihrer Familienbetriebe gesteckt und teure Gewächshäuser und Bewässerungsanlagen angeschafft – nur um dann mit ansehen zu müssen, wie das alles, oftmals noch bevor sie ihre Ernte einbringen konnten, von den Bulldozern der israelischen Armee zerstört wurde.«

Den Beginn der gegenwärtigen Runde massenhafter willkürlicher Zerstörungen datierte Amnesty auf die »Operation Schutzschild«, Israels Einmarsch ins Westjordanland im März/April 2002: »Wo immer die Soldaten einrückten – in jedem Flüchtlingslager und in jeder Stadt hinterließen sie eine Spur der Verwüstung.« Auf dem Höhepunkt der »Operation Schutzschild« ließ Israel weite Teile des Flüchtlingslagers Jenin dem Erdboden gleichmachen. Viertausend Palästinenser wurden dadurch obdachlos. Israel behauptete zwar, daß die Zerstörungen im Verlauf der Kampfhandlungen stattgefunden hätten, doch »das vorliegende Beweismaterial, zu dem auch Luftaufnahmen des Flüchtlingslagers gehören, deutet darauf hin, daß die Auseinandersetzungen zwischen israelischen Soldaten und bewaffneten Palästinensern zum überwiegenden Teil bereits beendet waren, als die israelische Armee begann, die palästinensi-

schen Häuser mit Bulldozern zu zerstören. Die bewaffneten Palästinenser waren zu diesem Zeitpunkt bereits überwältigt worden oder hatten sich ergeben.« Die umfassendste Zerstörung der letzten Jahre fand allerdings, wie Amnesty schrieb, im Gazastreifen statt: Vom Oktober 2000 bis zum Oktober 2003 wurden dort mehr als 2150 Häuser zerstört und mehr als 16 000 beschädigt. Überdies wurden mehr als zehn Prozent des Ackerlands zerstört.

Das an Ägypten angrenzende Flüchtlingslager Rafah war von den Häuserzerstörungen am schlimmsten betroffen. Dort »wird die Zerstörung … immer weiter vorangetrieben. Die Soldaten nehmen sich eine Häuserreihe nach der anderen vor – was im Widerspruch zu den offiziellen Verlautbarungen israelischer Behörden steht, nach denen nur solche Häuser zerstört werden, aus denen Palästinenser auf israelische Grenzsoldaten geschossen haben oder unter denen sich Tunnel verbergen, durch die Waffen aus Ägypten in den Gazastreifen geschmuggelt werden.« Amnesty fügte hinzu: »Abgesandte von Amnesty International, Mitarbeiter humanitärer Hilfsdienste und Menschenrechtsaktivisten sowie Journalisten und andere Beobachter aus aller Welt haben mehrfach mit eigenen Augen gesehen, wie israelische Soldaten Häuser, Land und anderes Eigentum zerstörten und beschädigten, ohne daß es zu dem jeweiligen Zeitpunkt irgendwelche Unruhen oder Auseinandersetzungen mit Palästinensern gegeben hätte.«

In diesem Zusammenhang legte Amnesty auch Wert darauf daran zu erinnern, daß Israel trotz mehrfacher Bitten der internationalen Gemeinschaft »einen Einsatz internationaler Beobachter beständig und vehement abgelehnt hat«. Dabei »könnten diese eine wichtige Rolle spielen, wenn es darum geht herauszufinden, inwieweit die von beiden Seiten erhobenen Anschuldigungen berechtigt sind«. Amnesty bekam von israelischer Seite auch Ausflüchte zu hören, nach denen die von der israelischen Armee zerstörten Häuser »verlassen« oder »unbe-

wohnt« gewesen seien. Diese Ausflüchte kommentierte Amnesty wie folgt: »Der Anblick von Töpfen mit frisch zubereitetem Essen, von halbvollen Getränke- und Shampooflaschen, von Überresten der Zeitung vom Vortag, von zertrümmerten Kühlschränken und Fernsehgeräten sowie von Kleidung, Kinderspielzeug und Schulbüchern, die mitten in dem ganzen Schutt herumliegen, läßt sich mit den Behauptungen der israelischen Armee schwerlich vereinbaren.« Wie schon B'Tselem kommt auch Amnesty zu dem Schluß, daß Israels »umfassende Zerstörung von Wohnhäusern und anderem Eigentum im Westjordanland und im Gazastreifen … nicht durch militärische Notwendigkeit gerechtfertigt ist«. »Manche der Zerstörungen bedeuten schwere Verstöße gegen die Vierte Genfer Konvention und stellen Kriegsverbrechen dar.«[31]

Im Oktober 2004 veröffentlichte auch Human Rights Watch eine Studie über die massenhaften Häuserzerstörungen im Gazastreifen. Die Studie ergab, daß das israelische Militär seit Beginn der zweiten Intifada »mehr als 2500 palästinensische Häuser im besetzten Gazastreifen zerstört hat«, und zwar vor allem in dem besonders dichtbevölkerten Flüchtlingslager Rafah an der Grenze zu Ägypten: »Sechzehntausend Menschen- das heißt mehr als zehn Prozent der Einwohner von Rafah – haben ihr Zuhause verloren. Die meisten von ihnen sind Flüchtlinge. Vielen von ihnen wurde damit zum zweiten oder gar dritten Mal alles genommen.« »Das Zerstörungsmuster deutet«, so Human Rights Watch, »stark darauf hin, daß die israelischen Streitkräfte die Häuser massenweise abgerissen haben, unabhängig davon, ob diese eine spezifische Bedrohung darstellten.« Während eines »großen Feldzugs« im Mai 2004 hat die israelische Armee

> entlang der Pufferzone ganze Häuserreihen dem Erdboden gleichgemacht, aber auch mitten in Rafah umfassende Zerstörungen vorgenommen. Gepanzerte Caterpillar-Bulldozer

> vom Typ D9 walzten durch Häuser und Geschäfte, rissen wahllos Straßen auf, zerstörten Anlagen der Wasserversorgung und Kläranlagen und verwandelten fruchtbare Felder in Ödland. Zwischen dem 12. und 24. Mai, als die Armee immer wieder in Rafah einfiel, sollen 59 Palästinenser getötet worden sein, darunter elf Personen unter 18 Jahren und 18 bewaffnete Männer. Bei diesen Einfällen wurden insgesamt 254 Häuser zerstört. Fast 3800 Menschen verloren dadurch ihr Zuhause. Weitere 44 Häuser wurden im selben Monat bei kleineren Operationen in der Umgebung von Rafah dem Erdboden gleichgemacht.

Israelische Behauptungen, nach denen die massive Zerstörung aufgrund militärischer Notwendigkeit erfolgte, läßt Human Rights Watch nicht gelten. In ihrer Studie verweist die Organisation darauf, daß der »bewaffnete palästinensische Widerstand … gering und begrenzt war und bei jedem Einmarsch binnen weniger Stunden niedergerungen wurde«. Bei einem Angriff zerstörte die israelische Armee in einem »zeitaufwendigen und vorsätzlichen Akt«, der jeder militärischen Berechtigung entbehrte, einen Zoo in Rafah: »Der Zoo war in einem überfüllten Flüchtlingslager, dessen Einwohnern wegen der israelischen Siedlungen seit vier Jahren der Zugang zum Meer verwehrt wird, einer der ganz wenigen Erholungsorte. Tausende von Tieren, darunter Jaguare, Krokodile, Wölfe, Schlangen und Vögel, entkamen während der Zerstörung des Zoos oder wurden getötet.« Unterdessen hat die israelische Regierung im Mai 2004 einen Plan gebilligt, der »die Zerstörung von etwa 30 Prozent des zentralen Flüchtlingslagers zur Folge hätte« und nach dem »Zehntausende von palästinensischen Zivilisten, die schon jetzt in einer der am dichtesten besiedelten Gegenden der Welt leben, zwangsumgesiedelt würden«.

Nach israelischen Angaben stellt ein weitreichendes Netz von Tunneln, die Waffenschmuggler auf der ägyptischen Seite

der Grenze mit Häusern in Rafah verbinden, den »erklärten Hauptgrund« für die kontinuierlichen Angriffe auf den Ort dar. Human Rights Watch stellte jedoch fest, daß Israel das Ausmaß dieses unterirdischen Netzwerks »übertrieb«. Überdies zerstörte Israel auch Häuser über »Tunneln, die gar nicht mehr in Betrieb waren«, Häuser, deren Tunneleingänge »leicht mit Beton zu versiegeln« gewesen wären, und sogar Häuser, deren »Tunneleingänge bereits [von der palästinensischen Autonomiebehörde] versiegelt worden waren«. Im übrigen »gibt es weitaus weniger zerstörerische Methoden, mit denen sich Schmuggeltunnel wirksam aufspüren und unbrauchbar machen lassen«. Ein Beispiel: »An der Grenze zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko wurden keine Gebäude zerstört, um Tunnel zu schließen, obwohl manche der betroffenen Häuser ebenfalls dicht beieinander standen und nur wenige Meter von der Grenze entfernt waren.«

Bis vor kurzem machte sich die israelische Armee nicht einmal die Mühe, die Tunnel selbst zu verschließen – sie begnügte sich damit, die palästinensischen Häuser über den Tunneleingängen platt zu walzen. Daß »derart ineffiziente Maßnahmen zwei Jahre lang zum Einsatz kamen, ist höchst verwunderlich«, bemerkte Human Rights Watch. »Diese Praxis steht in scharfem Kontrast zu der Behauptung, daß Israel es hier mit einer sehr ernsten, seit langem bestehenden Bedrohung zu tun hat.« Laut Human Rights Watch besteht der Zweck der massiven Häuserzerstörungen durch Israel in Wahrheit nicht darin, die Sicherheit der israelischen Armee zu erhöhen, sondern darin, entlang der Grenze freie Bahn zu bekommen, um – auch nach dem »Rückzug« – »die langfristige Kontrolle über den Gazastreifen zu erleichtern«.

Palästinenser »können sich in Israel nirgendwohin wenden, um rechtlichen Schutz gegen die ungesetzlichen Zerstörungen und gewaltsamen Vertreibungen einzufordern«, stellte Human Rights Watch abschließend fest. Israel hat »keine der ungesetz-

lichen oder unvorschriftsmäßig durchgeführten Zerstörungen untersucht«; »Israels Oberstes Gericht hat völkerrechtswidrige Maßnahmen der israelischen Armee, einschließlich der Häuserzerstörungen, beständig sanktioniert«; »nach israelischem Gesetz darf für Schäden, die ›im Kampf‹ entstanden sind, keinerlei Entschädigung geleistet werden – womit … praktisch alle Aktivitäten der israelischen Armee [in den besetzten Gebieten] abgedeckt wären«. Unter den von Human Rights Watch ausgesprochenen Empfehlungen ist auch ein Appell an die Regierungen der Geberländer, »von Israel zu verlangen, entweder Wiedergutmachung an die Opfer zu leisten oder aber die Geberländer für Gelder, die für den Wiederaufbau ungesetzlich zerstörter Häuser verwendet wurden, direkt zu entschädigen«. Human Rights Watch ruft die Vereinigten Staaten dazu auf, »Israels Einsatz von gepanzerten Caterpillar-Bulldozern des Typs D9 ebenso wie von Apache- und Cobra-Kampfhubschraubern und anderen amerikanischen Waffensystemen, mit denen der internationale Menschenrechtsschutz und das humanitäre Völkerrecht systematisch verletzt werden, einzuschränken«. Außerdem sollten die Vereinigten Staaten, wie Human Rights Watch dringend rät, »Israels Regierung davon in Kenntnis setzen, daß jede weitere militärische Unterstützung von seiten der Vereinigten Staaten davon abhängen wird, ob die israelische Regierung deutlich macht und nachweisen kann, daß sie alles unternimmt, um die von ihren Sicherheitskräften im Westjordanland und im Gazastreifen begangenen schweren und systematischen Verstöße gegen den internationalen Menschenrechtsschutz und das humanitäre Völkerrecht zu unterbinden«. Der Caterpillar-Bulldozer des Typs D9 ist »für die israelische Armee das wichtigste Gerät, um im Gazastreifen und im Westjordanland Wohnhäuser und andere Gebäude sowie landwirtschaftliche Nutzflächen zu zerstören«. In einer separaten Empfehlung wandte sich Human Rights Watch direkt an die Firma Caterpillar und rief sie dazu auf, den »Verkauf von D9-Bulldo-

zern und Ersatzteilen an die israelische Armee einzustellen und auch keine Wartungsdienste mehr zu leisten«, solange Israel gegen das humanitäre Völkerrecht verstößt. »Ansonsten wird Caterpillar auch in Zukunft eine Mitschuld daran zu tragen haben, daß die israelische Regierung unter Einsatz der von der Firma gelieferten Bulldozer übermäßige und unberechtigte Zerstörungen vornehmen läßt und somit das humanitäre Völkerrecht verletzt.«[32] In einer im November 2004 veröffentlichten Studie hielt B'Tselem fest, daß »im Verlauf israelischer ›Räumungsoperationen ‹« seit Beginn der zweiten Intifada mehr als 2500 palästinensische Häuser, die fast 24 000 Palästinensern ein Dach über dem Kopf geboten hatten, zerstört wurden.[33]

Der Abschnitt »Leere Häuser« zeigt, wie Dershowitz den Eindruck zu erwecken sucht, daß die arabische beziehungsweise muslimische Darstellung israelischer Häuserzerstörungen nicht der Wahrheit entspricht.

Leere Häuser

In *Plädoyer für Israel* (S. 276, 348) schreibt Dershowitz:

> In einigen muslimischen Ländern [sieht es für die Fernsehzuschauer so aus], als würde man die Häuser abreißen, ohne sie zuvor zu evakuieren!
>
> Vielen Palästinensern, Arabern und Muslimen in der ganzen Welt… [zeigt das Fernsehen] den Abriß von Häusern, ohne zu sagen, daß man diese Häuser geräumt hat, bevor die Bulldozer auffuhren.

In einer Studie über die israelische Belagerung Jenins im April 2002 schrieb Human Rights Watch: »Zwar gab die israelische Armee in einigen Fällen Warnungen aus, doch viele Zivilisten

B'Tselem über Häuserzerstörungen während der »Operation Schutzschild«*

Flüchtlingslager Jenin, 6. April 2002: Aussage von Fathiya Suliman (70)

Als die Bulldozer kamen und anfingen, die Häuser in unserer Nachbarschaft zu zerstören, rannten wir aus dem Haus. Es war schon dunkel. Wir waren zu siebt: mein Mann, meine Schwiegertochter, meine Tochter und drei meiner Söhne. Einer meiner Söhne, Jamal (38 Jahre alt), ist taub und querschnittsgelähmt. Wir flüchteten uns ins Haus meines Schwagers. Als sich einer der Bulldozer auf unser Haus zubewegte – es steht gleich neben dem Haus meines Schwagers –, baten wir die Soldaten um die Erlaubnis, Jamal aus dem Haus zu holen. Die Soldaten lehnten das ab. Ein paar andere Frauen, ein Nachbar, der hebräisch spricht, und ich flehten die Soldaten aber weiter an. Zuerst sagten sie, der befehlshabende Offizier schlafe gerade. Dann erklärte sich ein Soldat doch damit einverstanden, daß wir Jamal aus dem Haus holten – aber nur wir Frauen dürften reingehen, sagte er. Wir gingen also hinein, aber der Bulldozerfahrer weigerte sich, uns auch nur eine Minute Zeit zu lassen, um Jamal herauszuholen. Die Soldaten, die uns gesagt hatten, daß wir ins Haus gehen dürften, riefen dem Soldaten, der den Bulldozer fuhr, zu, er solle mal für einen Moment aufhören, aber er lehnte das ab. Wir rannten schnell ins Haus, während sich der Bulldozer schon in unser Haus fraß. Meine Tochter Amal, ein paar Nachbarinnen und ich fanden Jamal unter den Trümmern. Dann begann das Haus einzustürzen, und wir rannten um unser Leben. Das Haus brach über Jamal zusammen. Es wurde vollständig zerstört.

* B'Tselem, *Operation Defensive Shield: Soldiers' Testimonies, Palestinian Testimonies,* Jerusalem, September 2002, S. 15.

erfuhren erst von der drohenden Gefahr, als die Bulldozer bereits anfingen, ihre Häuser zu zerstören. Jamal Fayid, ein 37jähriger querschnittsgelähmter Mann, wurde getötet, weil die israelische Armee seiner Familie keine Zeit ließ, ihn herauszuholen, und das Haus über ihm zum Einsturz brachte. Der 65-jährige Muhammad Abu Sabaa mußte einen Bulldozer-Fahrer der israelischen Armee anflehen, damit aufzuhören, sein Haus zu zerstören, in dem sich noch seine Familie befand. Als er zu seinem halbzerstörten Haus zurückging, wurde er von einem israelischen Soldaten erschossen.«[34] Auch Amnesty International schrieb in einer Studie über die israelische Belagerung Jenins im April 2002: »Die Armee zerstörte Häuser, ohne in jedem Fall sicherzustellen, daß sich niemand mehr darin aufhielt«; »sechs [Personen] wurden unter den Trümmern begraben«. Amnesty hielt überdies fest, daß die israelische Armee auch in Nablus »einige Häuser mit D9-Bulldozern zerstörte und dabei in mindestens zwei Fällen Bewohner lebendig unter dem einstürzenden Haus begrub. Die Soldaten machten sich weder die Mühe nachzusehen, ob die Häuser leer waren, noch versuchten sie, die Menschen zu retten, die in den Trümmern eingeschlossen waren.«[35] B'Tselem stellte in einer Studie über die Belagerung vom April 2002 ebenfalls fest: »Viele Bewohner des Flüchtlingslagers [Jenin] wurden nicht davon in Kenntnis gesetzt, daß ihr Haus zerstört werden sollte. Und in den Fällen, in denen sie vorab informiert wurden, kamen die Warnungen zu spät: Aufgrund des heftigen Geschützfeuers konnten die Menschen ihre Häuser nicht mehr verlassen. Menschen wurden lebendig unter den Trümmern begraben. Manche wurden gerettet, andere nicht.«

Als Bewohner des Flüchtlingslagers versuchten, die in den Trümmern eingeschlossenen Menschen zu befreien, »schossen die israelischen Soldaten auf die Retter und fuhren in Begleitung eines Panzers auf sie zu, woraufhin die Retter flohen«, schrieb B'Tselem. Und: »Die israelische Armee erlaubte es aus-

Amnesty International über Kinder, die bei Häuserzerstörungen getötet wurden*

In Jenin, Nablus und an anderen Orten zerstörte die israelische Armee einige Häuser mit Bulldozern, während die Bewohner, unter ihnen auch Kinder, noch im Haus waren. Es ist auch mehrfach vorgekommen, daß die israelische Armee Häuser in die Luft sprengte, ohne vorher die umliegenden Häuser, die bei der Explosion ebenfalls zerstört oder beschädigt wurden, zu evakuieren. Es gab Fälle, bei denen Zivilisten, unter ihnen auch Kinder, getötet oder unter den Trümmern des zerstörten Hauses lebendig begraben wurden. In den Fällen, bei denen Amnesty International Nachforschungen angestellt hat, war den Zivilisten offenbar keinerlei Gelegenheit gegeben worden, ihre Häuser vor der Zerstörung zu verlassen.

Drei Kinder, Abdallah, Azam und Anas al-Shubi (4, 7 und 9 Jahre alt), wurden gemeinsam mit ihrer schwangeren Mutter und vier weiteren Verwandten unter den Trümmern ihres Hauses begraben, als dieses am 6. April 2002 von der israelischen Armee zerstört wurde. Das Haus stand in der Altstadt (Qasbah) von Nablus, und die israelische Armee hatte zu dieser Zeit eine strikte Ausgangssperre verhängt. Beinahe eine Woche nach der Zerstörung des Hauses konnten zwei Überlebende aus den Trümmern geborgen werden. Die von Amnesty International befragten Nachbarn der Familie sagten aus, daß die israelische Armee angefangen habe, das Haus mit Bulldozern zu zerstören, ohne die Familie zu warnen. Außerdem gaben die Nachbarn an, von den Soldaten unter Beschuß genommen worden zu sein, als sie

* Amnesty International, *Killing the Future: Children in the Line of Fire.* London, Oktober 2002. S. 7.

sich über die Ausgangssperre hinwegsetzten, um in den Trümmern des zerstörten Hauses nach Überlebenden zu suchen.

Ein Cousin der Kinder, Mahmud Umar al-Shubi, erklärte gegenüber Amnesty International, daß er sich, als die Ausgangssperre am 12. April nachmittags für zwei Stunden aufgehoben wurde, auf die Suche nach seinem Vater und seiner Schwester gemacht hatte. Als er beim Haus der Familie eintraf, fand er es zerstört vor. Mahmud sagte, er habe dann gemeinsam mit Nachbarn begonnen, in dem Trümmerhaufen zu graben, in der Hoffnung, daß seine Verwandten noch lebten. Als es zu regnen anfing und der Sand zu Schlamm wurde, wurde ihre Suche noch erschwert. Mahmud grub immer weiter, auch als die Ausgangssperre wieder galt. Er wurde mehrmals unter Beschuß genommen.

Spät in der Nacht fanden die Retter schließlich dort, wo sich früher das Erdgeschoß befunden hatte, eine kleine Öffnung. In diesem kleinen Teil des Hauses, der noch existierte, fanden sie seinen 68jährigen Onkel Abdallah und dessen 67jährige Frau Shamsa – die beiden hatten überlebt. Die Retter gruben in dieser Nacht immer weiter. Um 1.30 Uhr fanden sie schließlich die übrigen Familienmitglieder, die einen Kreis gebildet und sich eng aneinandergeschmiegt hatten, tot vor: Mahmuds Vater Umar, seine Schwester Fatima, seinen Cousin Samir und dessen im siebten Monat schwangere Frau, Nabila, sowie deren drei Kinder Abdallah, Azam und Anas und einen weiteren Cousin namens Abir.

Später erfuhr Mahmud von Nachbarn, daß diese die Schreie der Familie trotz des Bulldozerlärms hatten hören können, daß es ihnen aber nicht möglich gewesen war, der Familie zu Hilfe zu kommen, und daß der Bulldozer am Ende sogar selbst in den Trümmern des am Hang gebauten Hauses eingebrochen war.

ausländischen Rettungsdiensten nicht, das Flüchtlingslager zu betreten und dabei zu helfen, verschüttete Opfer aus den Trümmern zu befreien.« B'Tselem gab in dieser Studie auch das Zitat eines Bulldozerfahrers wieder, der sich öffentlich mit seinen Taten gebrüstet hatte: »Bei mir hatten die keine Chance. Ich hab nicht lang gefackelt. Nach dem ersten Schlag 'ne Pause einlegen und warten, bis alle draußen sind, das läuft bei mir nicht. Ich hab bei jedem Haus immer gleich voll drauflosgedonnert, damit es so schnell wie möglich einstürzt.«[36]

In einem im Februar 2002 erschienenen Bericht über Häuserzerstörungen im Gazastreifen schrieb B'Tselem: »Die Zerstörungen finden in der Regel mitten in der Nacht statt, ohne daß die Bewohner irgendwie vorgewarnt würden … In vielen Fällen mußten die Bewohner aus ihren Häusern fliehen, nachdem sie durch den Lärm der Panzer und Bulldozer, die schon vor ihrer Haustür standen, geweckt worden waren.« Human Rights Watch wies in einer Presseerklärung vom Oktober 2002 auf das »sehr verstörende Muster« hin, das bei den Häuserzerstörungen zu beobachten sei, und berichtete vom Fall eines »zweijährigen Jungen«, der »in den Trümmern seines Hauses starb, … als israelische Soldaten ein Nachbarhaus zerstörten … Die Menschen in der Nachbarschaft konnten ihre Häuser nicht verlassen, und die Sprengung des Hauses erfolgte ohne Vorwarnung.«[37]

Kapitel 8

Abgeschnürte Lebensader

In *Plädoyer für Israel* behauptet Alan Dershowitz, die israelische Besatzung habe die Lebensbedingungen der Palästinenser spürbar verbessert. Er gibt zu bedenken, »daß die israelische Besetzung, im krassen Gegensatz zu so vielen anderen gegenwärtigen Okkupationen, den Besetzten auch beträchtliche Dividenden in Form einer längeren Lebenserwartung, einer besseren Gesundheitsversorgung und Bildung gebracht hat. Auch ein Rückgang der Kindersterblichkeit gehört dazu« (S. 260). Lassen wir einmal beiseite, daß Dershowitz nicht mitteilt, mit welchen anderen »gegenwärtigen« Besatzungen er die israelische Besatzung vergleicht (wahrscheinlich mit gar keiner) und daß, historisch betrachtet, viele, ja vielleicht sogar die meisten Völker, deren Land besetzt wurde, in gewisser Hinsicht von der jeweiligen Besatzung profitierten. Es stimmt, daß die Palästinenser vor allem während der ersten Jahre der Besatzung laut Standardindizes ein gewisses Maß an Wohlstand genossen. Um diesen Wohlstand angemessen bewerten zu können, muß man ihn jedoch im Gesamtgefüge der wirtschaftlichen Entwicklung sehen.

Zuallererst sollte man sich in Erinnerung rufen, daß sich der Lebensstandard der Palästinenser bereits während der britischen Mandatszeit aufgrund der jüdischen Besiedlung signifikant verbesserte. Der zuverlässige, 1937 erschienene Bericht der königlich-britischen Peel-Kommission gelangte nach eingehender Prüfung der Argumente und Gegenargumente zu folgen-

dem Schluß: »Im großen und ganzen haben die Araber von den mit der jüdischen Einwanderung verbundenen materiellen Verbesserungen in nicht geringem Maße profitiert.«[1] Als die zionistische Bewegung Palästina im Jahr 1948 ethnisch säuberte, war es mit diesen Verbesserungen jedoch schlagartig vorbei. Es wäre *eine* Sache, wenn die ethnische Säuberung den Umständen geschuldet, wenn sie also unvorhergesehen und unbeabsichtigt gewesen wäre. Doch die Historiker sind sich in zunehmendem Maße darüber einig, daß die Vertreibung der palästinensischen Araber geplant, ja zutiefst in der zionistischen Zielsetzung verankert war – schließlich bestand dieses Ziel darin, in einem überwiegend von Nichtjuden bewohnten Gebiet einen überwiegend von Juden bewohnten Staat zu gründen.[2] So gesehen ist es müßig darüber zu diskutieren, inwieweit die Palästinenser während der Mandatszeit von der jüdischen Besiedlung profitierten, denn dieser Wohlstand der Palästinenser war lediglich eine kurze Zwischenetappe auf dem Weg zu ihrer geplanten Enteignung. Das gleiche Grundprinzip gilt für den Wohlstand, den die Palästinenser während der ersten Jahre der Besatzung des Westjordanlandes und des Gazastreifens genossen. Während es einzelnen Palästinensern vorübergehend finanziell relativ gut ging, verleibte sich Israel lebenswichtige Ressourcen und weite Teile des Landes ein. Die einheimische Wirtschaft wurde mit Methode und voller Absicht zerstört. Sie steht heute vor dem totalen Zusammenbruch.

Die an der Harvard University ausgebildete, gegenwärtig am Harvard-Zentrum für Nahoststudien forschende Volkswirtschaftlerin Sara Roy hat in einer wichtigen Studie dargelegt, daß die israelische Besatzung die palästinensische Wirtschaft noch stärker beeinträchtigt, als dies sonst für kolonialisierte oder anderweitig von außen kontrollierte Gebiete typisch ist.[3] Der Grund dafür ist in der israelischen Zielsetzung zu suchen: Nicht auf die Ausbeutung der Palästinenser kommt es Israel an, sondern auf deren Enteignung, denn Ziel ist es, so viel palästi-

nensisches Land wie möglich für eine rein jüdische Besiedlung zu gewinnen. Die Wechselfälle der palästinensischen Wirtschaft – dazu gehören »ein Jahrzehnt rapiden Wirtschaftswachstums« und »deutliche Verbesserungen des Lebensstandards« – müssen, so Roy, vor dem Hintergrund einer Politik der »Zurückentwicklung« (»de-development«) betrachtet werden. Die von Israel betriebene systematische Entwendung lebenswichtiger palästinensischer Güter zum Wohle der jüdischen Bevölkerung geht dabei einher mit der Vertreibung der Palästinenser, die im Zuge dieser Landnahme überdies ihres Status als Nation beraubt werden.

Mit seiner Behauptung, »daß die israelische Besetzung im krassen Gegensatz zu so vielen anderen gegenwärtigen Okkupationen« steht, mag Dershowitz also gar nicht einmal so falsch liegen; was aber in Wirklichkeit das Besondere an der israelischen Besatzung ist, geht aus den von ihm genannten Gründen nicht hervor. »Israels ideologische und politische Ziele haben sich als noch ausbeuterischer erwiesen als die Ziele anderer Siedlerregime«, schreibt Roy, »denn sie berauben die einheimische Bevölkerung ihrer wichtigsten Ressourcen – Land, Wasser und Arbeit – und darüber hinaus auch ihrer Fähigkeit und Möglichkeit, die verbliebenen Ressourcen selbst weiterzuentwickeln.«[4] Roy beschäftigte sich in dieser Studie hauptsächlich mit dem Gazastreifen und stellte fest, daß sich die diskriminierende Politik Israels, aufgrund derer die Palästinenser nur begrenzt Zugang zu Wasser haben, hier »besonders schlimm ausgewirkt hat, und zwar sowohl auf die Landwirtschaft, d. h. den Sektor, der den höchsten Wasserverbrauch hat und traditionell den bedeutendsten Wirtschaftszweig darstellt, als auch auf den häuslichen Verbrauch«. Der Pro-Kopf-Wasserverbrauch der jüdischen Siedler im Gazastreifen lag bei rund 2240 Kubikmetern, während der Verbrauch der dort lebenden Palästinenser bei nur 140 Kubikmetern lag – ein Verhältnis von 16 zu 1. Außerdem beschlagnahmte Israel illegal mehr als die Hälfte des

Landes im Gazastreifen und teilte 25 Prozent des Landes jüdischen Siedlern zu, deren Zahl laut dem Israelischen Zentralamt für Statistik zuletzt 7500 betrug. Damit stellten die Siedler 0,5 Prozent der Gesamtbevölkerung im Gazastreifen (1,3 Millionen). »Daß der Staat [Israel] immer mehr Land vereinnahmte und die jüdische Besiedlung immer weiter vorantrieb, hat die Entwicklung des Gazastreifens«, so Roy, »stark beeinträchtigt«, zum Beispiel durch den Verlust von Agrarland und durch die im Zusammenhang mit enormer Überbevölkerung unweigerlich entstehenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme. In einem der am dichtesten bevölkerten Landstriche der Welt wurde jedem jüdischen Siedler 85 Mal mehr Land zugesprochen als einem Palästinenser.[5]

Diskriminierende Maßnahmen werden überall in den besetzten Gebieten durchgesetzt. Für Israel und die besetzten Gebiete gibt es zwei Wasserversorgungssysteme: den Bergaquifer und das Jordanbecken. Israel nutzt das Wasser aus dem Bergaquifer zu 79 Prozent und das Wasser aus dem Jordanbecken zu 100 Prozent, während die Palästinenser das Wasser aus dem Bergaquifer nur zu 21 Prozent nutzen und auf das Wasser des Jordanbeckens gar keinen Zugriff haben. »Die Palästinenser sind in bezug auf die Nutzung des ihnen zustehenden Anteils der gemeinsamen Ressourcen noch nicht zu ihrem Recht gekommen«, berichtet B'Tselem, »und die Verteilung dieser Ressourcen ist mit der Zeit diskriminierend und ungerecht geworden.« Der jährliche Pro-Kopf-Wasserverbrauch für den häuslichen, städtischen und industriellen Bedarf beträgt in Israel 128 Kubikmeter, während er bei den im Westjordanland lebenden Palästinensern 26 Kubikmeter beträgt – ein Verhältnis von 5 zu 1.

Als ein typisches Beispiel für die israelische Politik führt B'Tselem das folgende an: »Einige Städte im Westjordanland sind, vor allem im Sommer, gezwungen, die Bevölkerung nach dem Rotationsprinzip mit Wasser zu versorgen, um die geringe verfügbare Wassermenge zu verteilen. Dies bedeutet, daß die

Wasserversorgung nur mit Unterbrechungen funktioniert: Zunächst werden die Bewohner eines bestimmten Stadtviertels versorgt; nach ein paar Stunden wird ihnen das Wasser abgedreht, damit auch die anderen Stadtviertel versorgt werden können, und die Bewohner müssen abwarten, bis ihr Viertel wieder an der Reihe ist … Das Rotationsprinzip ist erforderlich, weil in der heißen Jahreszeit ein erhöhter Wasserbedarf besteht. Während aber der Wasserbedarf sowohl bei den Palästinensern als auch bei den israelischen Siedlern steigt, geht [Israel] das Problem in diskriminierender Weise an: Nur den Siedlern wird eine höhere Wassermenge zugestanden. Die palästinensischen Städte erhalten hingegen nicht mehr, sondern eher weniger Wasser.«[6] In einer anderen Studie bemerkte B'Tselem: »Dadurch, daß die [jüdischen] Siedlungen im Jordantal von der Landwirtschaft leben, … wird den palästinensischen Bewohnern dort die Möglichkeit genommen, die Wasserressourcen der Region in größerem Umfang zu nutzen.« Der Wasserverbrauch der weniger als 5000 im Jordantal lebenden jüdischen Siedler entspricht 75 Prozent des häuslichen und städtischen Wasserverbrauchs der gesamten zwei Millionen im Westjordanland lebenden Palästinenser.[7]

In einer Studie zur israelischen Siedlungspolitik im Westjordanland stellte B'Tselem fest, daß Israel beinahe die Hälfte des Westjordanlandes (ohne Ost-Jerusalem) illegal konfisziert und den dort illegal lebenden 200 000 jüdischen Siedlern, die weniger als 10 Prozent der Westjordanlandbevölkerung ausmachen, mehr als 40 Prozent des Landes zugewiesen hat. Die jüdischen Siedlungen »verhindern, daß die einzelnen palästinensischen Gemeinden auf sinnvolle Art und Weise territorial miteinander verbunden bleiben«, was wiederum »die Gründung eines unabhängigen und lebensfähigen palästinensischen Staates unmöglich macht«. Außerdem werden, wie B'Tselem weiter ausführt, »die Möglichkeiten, die den Palästinensern bleiben, um ihre Wirtschaft im allgemeinen und ihre Landwirtschaft im beson-

deren zu stärken, durch die Siedlungen drastisch verringert«; die Siedlungen »verringern auch die Möglichkeiten, die den palästinensischen Gemeinden bleiben, um die Stadtentwicklung voranzutreiben, wobei diese Möglichkeiten in manchen Fällen schon fast gar nicht mehr bestehen«.

B'Tselems Schlußfolgerung verdient besondere Beachtung: »Israel betreibt in den besetzten Gebieten eine auf Diskriminierung beruhende Segregation: In ein und demselben Gebiet gelten zwei verschiedene Rechtssysteme, und das Recht des Einzelnen hängt von seiner Nationalität ab. Dieses Regime ist weltweit das einzige seiner Art und erinnert an abstoßende Regime früherer Zeiten, so zum Beispiel an das südafrikanische Apartheidregime.«[8] Dershowitz schreibt, die »Analogie« zwischen der israelischen Politik und der südafrikanischen Apartheid sei »nachweislich falsch« (S. 325). Er versucht jedoch gar nicht erst, B'Tselems Schlußfolgerung zu widerlegen. Dershowitz behauptet auch, daß es »weder intellektuell noch moralisch ein Argument dafür gibt, ausgerechnet Israel für ein … Divestment [d.h. für den Abbruch aller finanziellen Beziehungen, also einen Boykott; Anm. d. Ü.] herauszugreifen« (S. 316). Wenn es aber ein Argument dafür gab, Südafrika für ein »Divestment« herauszugreifen, dann scheint es auch ein Argument dafür zu geben, das dem Apartheidregime in einzigartiger Weise gleichende israelische Besatzungsregime für ein »Divestment« herauszugreifen.

Als der Direktor der Nahostabteilung des Internationalen Währungsfonds, George Abed, vor dem Ausbruch der zweiten Intifada die Zukunftsaussichten für die palästinensische Wirtschaft untersuchte, stellte er fest: »Aufgrund des Erbes einer seit 27 Jahre andauernden Besatzung und einer sich sehr ungünstig auswirkenden, seit vier Jahren bestehenden ›Zwischenlösung‹ ist es um die Zukunft der palästinensischen Wirtschaft sehr schlecht bestellt. Das Pro-Kopf-Realeinkommen sank in dieser Zeit um fast 25 Prozent.«

> Es gibt gar keinen Zweifel, daß die Besatzung … das Human- und Sachkapital, die Rohstoffbasis, die Außenwirtschaftsbeziehungen sowie alle anderen Aspekte des Lebens stark beeinträchtigt hat … Einige der Vorzüge, die das Westjordanland (und zu einem geringeren Teil auch der Gazastreifen) am Vorabend der Besatzung aufzuweisen hatte – einen produktiven Agrarsektor ohne Wasserbeschränkungen, blühenden Handel mit dem Osten Jordaniens sowie mit anderen arabischen Ländern, einen starken Tourismussektor, eine adäquate Infrastruktur, ein (für die damalige Zeit) hervorragendes Grundausbildungssystem, eine wachsende Zahl von Akademikern und Unternehmern – wurden im Verlauf der seit 27 Jahren andauernden wirtschaftlichen Unterdrückung und Isolation zunichte gemacht. Deswegen ist die wirtschaftliche Situation … gemessen an den Fortschritten, die andere Länder in der Region in der Zwischenzeit gemacht haben, heute schlechter, als sie es im Jahr 1967 war.[9]

Die jahrzehntelange Besatzung stellte für die israelische Staatskasse übrigens nie eine Steuerlast dar. »Im Gegenteil, die Palästinenser beteiligen sich mit hohen Summen an den israelischen Staatsausgaben«, was einer der besten israelischen Kenner der besetzten Gebiete, Meron Benvenisti, als »Besatzungssteuer« bezeichnet hat. Der Reingewinn, den Israel den Palästinensern entlockt, »widerlegt«, so Benvenisti, »die israelischen Behauptungen, nach denen der Grund dafür, daß die israelischen Staatsausgaben und Investitionen [in den besetzten Gebieten] so gering ausfallen, in einem begrenzten Staatshaushalt zu suchen ist. Wären die Steuermittel für Investitionen [in den besetzten Gebieten] anstatt für Staatsausgaben in Israel genutzt worden, hätten die Kommunalleistungen erheblich verbessert werden können. Vor allem wäre es dann auch möglich gewesen, die lokale wirtschaftliche Infrastruktur auszubauen.«[10]

»Im allgemeinen herausragend«: Israels Menschenrechtsbilanz

Seit dem Ausbruch der zweiten Intifada stehen die besetzten Gebiete laut einer Studie der Vereinten Nationen am Rande einer »humanitären Katastrophe«.[11] Ein ausführlicher Bericht der Weltbank nannte die folgenden trostlosen Zahlen: Das Bruttoinlandsprodukt und das Bruttonationaleinkommen (Bruttosozialprodukt) sanken zwischen 1999 und 2002 pro Kopf um 40 beziehungsweise 45 Prozent. Die Arbeitslosenquote liegt bei 40 Prozent, während 60 Prozent der palästinensischen Bevölkerung mit weniger als 2,10 US-Dollar pro Tag auskommen müssen und somit unterhalb der Armutsgrenze liegen. Der Nahrungsmittelverbrauch ist seit 1998 um 25 Prozent zurückgegangen, und »die kürzlich im Gazastreifen festgestellte Häufigkeit von Fällen akuter Unterernährung (13,3 Prozent) zeugt von schlimmer Not, die die palästinensische Gesundheit und Entwicklung langfristig schwer beeinträchtigen wird«. Der völlige Zusammenbruch der palästinensischen Gesellschaft wurde bisher allein dadurch abgewendet, daß die Geberländer (hauptsächlich die Arabische Liga, aber auch, in geringerem Maße, die Europäische Union) Nothilfe geleistet und daß die Palästinenser selbst Einfallsreichtum bewiesen und sich gegenseitig unterstützt haben.

In bezug auf den letztgenannten Punkt schrieb die normalerweise unsentimentale Weltbank: »Die Palästinenser haben gezeigt, daß sie stark zusammenhalten und sich nicht unterkriegen lassen. Trotz der Gewalt, der wirtschaftlichen Not und der tagtäglichen Belastung eines Lebens unter Ausgangssperren und Abriegelungen wird allerorten alles mögliche verliehen oder mit anderen geteilt, und die Familien sind größtenteils intakt geblieben. Ungeachtet des Mangels an formalen sozialen Auffangnetzen ist das Ausmaß völliger Mittellosigkeit begrenzt, denn diejenigen, die ein Einkommen haben, teilen es in der Regel mit denjenigen, die keines haben. Der Bevölkerung des Westjordanlandes und des Gazastreifens ist es gelungen, mit einem Ausmaß von Arbeitslosigkeit zurechtzukommen, das

das soziale Gefüge vieler anderer Gesellschaften gesprengt hätte.« Die Weltbank bezeichnete diese Leistung als »recht bemerkenswert«. Da gegen das UN-Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge im Nahen Osten, UNWRA, immer wieder schwere Vorwürfe erhoben werden, sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, was die Weltbank über diese Organisation schrieb, die nach der palästinensischen Autonomiebehörde der zweitgrößte Anbieter sozialer Dienste in den besetzten Gebieten ist und sich um Gesundheits- und Schulwesen sowie um humanitäre Hilfe für Flüchtlinge (die Hälfte der Gesamtbevölkerung und 70 Prozent der im Gazastreifen lebenden Palästinenser) kümmert: »Die Hilfsprogramme der UNRWA … werden von der Bevölkerung nach wie vor sehr geschätzt.«[12]

Die »Hauptursache für die palästinensische Wirtschaftskrise« ist, so die Weltbank, »die Abriegelungspolitik«, also die von Israel verfügte eingeschränkte Bewegungsfreiheit der Palästinenser und die Behinderung des palästinensischen Warenverkehrs sowohl innerhalb der besetzten Gebiete als auch über deren Grenzen hinaus. »Die *Conditio sine qua non* für die Erlangung wirtschaftlicher Stabilität besteht«, laut der Analyse der Weltbank, »zum einen in der erheblichen Lockerung des gegenwärtigen Systems von Abriegelungen und Ausgangssperren in den besetzten Gebieten und zum anderen in der Bewilligung eines leichten Zugangs zu ausländischen Märkten.«[13] Amnesty International untersuchte ebenfalls, inwieweit die Palästinenser durch die von Israel verfügten Ausgangssperren und Abriegelungen beeinträchtigt werden, und kam zu dem Ergebnis, daß sich diese Maßnahmen »auf das Recht auf Arbeit und das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard sowie auf angemessene Bildung und Gesundheitsversorgung verheerend auswirken«.

Hier einige weitere Ergebnisse der Amnesty-Studie: »Einige Dörfer werden komplett abgeriegelt, und in städtischen Gebieten werden oft Ausgangssperren verhängt, die rund um die

Uhr und über längere Zeiträume hinweg gelten. Während dieser Zeit darf niemand das Haus verlassen.« »Einen Weg von wenigen Kilometern zurückzulegen ist entweder ganz ausgeschlossen oder nimmt mehrere Stunden in Anspruch, weil die jüdischen Siedlungen und Siedlerstraßen weiträumig umfahren werden müssen.« »Die meisten der im Jahr 2000 im Gazastreifen lebenden 1,3 Millionen Palästinenser haben den nur 348 Quadratkilometer großen Landstrich noch nie in ihrem Leben verlassen.« »Die Hauptstraßen des Westjordanlandes sind den deutlich an ihren gelben Nummernschildern zu erkennenden israelischen Autos sowie den Militärfahrzeugen vorbehalten. Die an ihren grünen Nummernschildern erkennbaren palästinensischen Fahrzeuge dürfen hier nicht fahren. Von ein paar Sammeltaxis abgesehen haben Mitarbeiter von Amnesty International in den letzten Jahren kaum je ein Auto mit grünem Kennzeichen auf einer Hauptstraße fahren sehen. Statt dessen begegneten sie oft Palästinensern, die mit Esel- oder Mauleselkarren unterwegs waren. Vor drei Jahren war dies noch ein seltener Anblick.« »Seit das israelische Militär im März/April 2002 die sechs wichtigsten Städte des Westjordanlandes … wieder unter seine Kontrolle brachte, wurden Ausgangssperren verhängt, die rund um die Uhr galten und dann über Tage, ja bisweilen sogar über Wochen aufrechterhalten wurden. Die Zivilbevölkerung mußte in ihren Häusern bleiben; niemand durfte sich im Freien aufhalten… In Bethlehem herrschte 40 Tage lang ununterbrochen Ausgangssperre … Über Nablus … wurde ab dem 21. Juni 2002 eine Ausgangssperre verhängt, die – mit Ausnahme eines Monats, in dem sie nur nachts galt – rund um die Uhr bestand und fünf Monate lang anhielt.« »[In Gaza] saßen Palästinenser zwischen … Kontrollpunkten oft stundenlang in ihren Fahrzeugen fest. Dabei konnten sie nicht einmal aussteigen, weil sie sonst riskiert hätten, erschossen zu werden.« »Die Abriegelungen und Ausgangssperren werden mit militärischer Gewalt durchgesetzt. Oft wenden Angehörige der

israelischen Sicherheitskräfte sogar tödliche Gewalt an, um die Maßnahmen durchzusetzen. Dutzende von unbewaffneten Palästinensern, die keinerlei Bedrohung darstellten, wurden dabei getötet oder verwundet. Die Soldaten schossen auf Palästinenser, die Kontrollpunkte umgingen, Gräben überwanden, Barrikaden aus dem Weg räumten und die Ausgangssperre mißachteten.«[14]

Daß »die israelischen Behörden nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht haben, die für den Schutz von Israelis notwendigen Maßnahmen zu ergreifen«, steht für Amnesty International außer Frage. Die Organisation weist jedoch daraufhin, daß »die immer umfassenderen und stärkeren Einschränkungen, von denen unterschiedslos alle Palästinenser betroffen sind, nicht zu einem Ende der Anschläge geführt haben«. Im Gegenteil: »Je mehr die Palästinenser in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt wurden, desto stärker sah sich Israel Anschlägen ausgesetzt. Daß diese unterschiedslosen Einschränkungen, bei denen jeder Palästinenser als Sicherheitsrisiko behandelt wird und ganze Gemeinden für die Verbrechen einiger weniger Leute bestraft werden, wirksame Maßnahmen darstellen, steht daher zu bezweifeln.« Weiter kommentiert Amnesty die bei den Abriegelungen innerhalb der besetzten Gebiete häufig zu beobachtende Willkür: »Die Tatsache, daß die Soldaten in ihrer persönlichen Entscheidung, ob sie einen Palästinenser seines Weges ziehen lassen oder nicht, recht frei sind, verträgt sich nicht mit der Behauptung der israelischen Behörden, nach der die inneren Abriegelungen die Funktion eines strikt nach Sicherheitsbedürfnissen ausgerichteten rationalen Kontrollsystems erfüllen.«

Da stark zu bezweifeln ist, daß die Abriegelungen innerhalb der besetzten Gebiete dazu dienen, die israelische Sicherheit zu erhöhen, stellt Amnesty die Legitimität dieser Abriegelungen grundsätzlich in Frage:

Es besteht ein wesentlicher Unterschied darin, ob Palästinenser aus den besetzten Gebieten nur eingeschränkt Zugang nach Israel haben oder ob Israel die Bewegungsfreiheit der Palästinenser innerhalb der besetzten Gebiete einschränkt. Einschränkungen der Bewegungsfreiheit mögen notwendig sein, um zu verhindern, daß Palästinenser, die in Israel Selbstmordattentate oder andere Anschläge verüben wollen, über die Grenze gelangen … Wenn es aber Palästinensern nur eingeschränkt oder gar nicht möglich ist, zwischen Ramallah und Nablus zu verkehren, so kann man nicht behaupten, die einschränkenden Maßnahmen seien erforderlich, um potentielle Attentäter daran zu hindern, nach Israel zu gelangen und in Jerusalem oder Tel Aviv Anschläge zu verüben. Doch genau dieses Argument wird immer wieder zur Rechtfertigung der Abriegelungen und Ausgangssperren ins Feld geführt, und beide Maßnahmen werden nach palästinensischen Anschlägen in Israel routinemäßig verhängt beziehungsweise weiter verschärft. Ebenso wie die Bombardierung von Gebäuden der palästinensischen Autonomiebehörde, die üblicherweise in Reaktion auf palästinensische Selbstmordattentate und andere Anschläge in Israel erfolgt, stellen offenbar auch die Abriegelungen und Ausgangssperren oft Strafmaßnahmen oder Racheakte für palästinensische Anschläge dar (unabhängig davon, ob diese Anschläge in Israel stattfanden oder ob sie sich gegen israelische Siedler oder Soldaten in den besetzten Gebieten richteten). Überdies dienen diese Maßnahmen offenbar dazu, der israelischen Öffentlichkeit zu zeigen, daß die Armee etwas gegen palästinensische Anschläge unternimmt. Dies ist besonders im Hinblick auf den Gazastreifen offenkundig: Kaum einem Palästinenser ist es bisher gelungen, den elektrischen Zaun zu überwinden, der den Gazastreifen von Israel trennt. Unter den Palästinensern, die in den

> letzten Jahren Anschläge in Israel verübten, war, soweit bekannt, kein einziger Palästinenser aus dem Gazastreifen. Dennoch greift Israel in aller Regel nach jedem größeren palästinensischen Anschlag auf israelischem Staatsgebiet Einrichtungen der palästinensischen Autonomiebehörde im Gazastreifen an, so zum Beispiel den Flughafen, den Seehafen und die Polizeistationen, von denen die meisten schon mehrmals bombardiert wurden.[15]

Um die Abriegelungen zu rechtfertigen, verweist Israel nicht nur darauf, daß diese zur Verhinderung von Anschlägen innerhalb der israelischen Staatsgrenzen unerläßlich seien; auch der Schutz der (illegalen) jüdischen Siedler wird als hinreichender Grund genannt. »Obwohl der Anteil der Palästinenser, die sich an Übergriffen auf israelische Siedler oder Soldaten beteiligt haben, sehr gering ist, wird jeder einzelne Palästinenser wie ein potentieller Angreifer behandelt«, schreibt Amnesty. Folglich »sorgt die israelische Armee immer häufiger dafür, daß die mehr als drei Millionen Palästinenser [in den besetzten Gebieten] ihr Haus, ihr Dorf oder ihre Stadt nicht verlassen können«. Die Verhängung einer solchen Kollektivstrafe ist im übrigen »von Grund auf diskriminierend«, so Amnesty: »Diese Maßnahmen gelten nur der palästinensischen Bevölkerung, nicht aber den israelischen Siedlern, ja oft werden sie gegen erstere ergriffen, um letztere zu schützen. Selbst wenn die israelischen Siedler diejenigen waren, die die Konfrontation auslösten, indem sie Palästinenser angriffen oder deren Eigentum zerstörten, bestand die Reaktion der israelischen Armee unweigerlich darin, über palästinensische Orte Abriegelungen und Ausgangssperren zu verhängen, oder andere, die Bewegungsfreiheit der Palästinenser einschränkende Maßnahmen zu ergreifen, zum Beispiel ein Areal zu militärischem Sperrgebiet zu erklären und Palästinenser von dort zu verbannen.« Wie Amnesty betont, stellen die Siedler bei dem Versuch, den Palästi-

nensern ein wenigstens ansatzweise normales Leben zu ermöglichen, das größte Hindernis dar: »In den meisten Fällen dient die Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Palästinenser dazu, … die israelischen Siedler von der palästinensischen Bevölkerung abzuschotten.«[16]

Israels »gegenwärtige Praxis, in großem Umfang und über lange Zeiträume hinweg Abriegelungen vorzunehmen, Ausgangssperren zu verhängen oder die Bewegungsfreiheit anderweitig einzuschränken, ist«, wie Amnesty weiter ausführt, »nicht mit Sicherheitsgründen zu erklären«. »Die Pauschalmaßnahmen, die ergriffen werden, um die Palästinenser in ihrer Bewegungsfreiheit einzuschränken, sind unverhältnismäßig und diskriminierend: Sie richten sich gegen die Palästinenser, *weil sie Palästinenser sind,* während die israelischen Siedler, die illegal in den besetzten Gebieten leben, unbehelligt bleiben … Das Leben von Millionen von Palästinensern, die keinerlei strafbare Handlung begangen haben, wird von diesen Maßnahmen äußerst stark beeinträchtigt« (Hervorhebung im Original).[17]

In *Plädoyer für Israel* hebt Dershowitz nicht nur hervor, daß die israelische Besatzung den Palästinensern im Westjordanland und im Gazastreifen eine verbesserte Lebensqualität beschert hat; er hat auch noch einen weiteren Vorteil ausgemacht: »Es ist eine Ironie, daß die Besetzung durch die Israelis- im Gegensatz zu der durch Jordanien und Ägypten – auch den palästinensischen Nationalismus gefördert hat« (S. 260). Genauso könnte man darauf hinweisen, daß der Antisemitismus den jüdischen Nationalismus gefördert hat. Sollen wir es dem Nationalsozialismus etwa zugute halten, daß er Juden in aller Welt zu Zionisten hat werden lassen und die Gründung eines jüdischen Staats vereinfachte? Es scheint Dershowitz nicht in den Sinn gekommen zu sein, daß die israelische Besatzung den palästinensischen Nationalismus deswegen auf so einmalige Art und Weise befördert, weil sie – im Gegensatz zu der Besat-

zung durch Jordanien oder Ägypten – die Palästinenser auf so einmalige Art und Weise unterdrückt.

Amnesty International über Kontrollpunkte*

Eine gängige Form der Bestrafung, von der Soldaten an Kontrollpunkten regelmäßig Gebrauch machen, besteht darin, Palästinenser zu zwingen, sich über mehrere Stunden hinweg nicht vom Fleck zu rühren, wobei sie weder vor Sonne noch vor Regen geschützt sind; palästinensische Männer werden zuweilen auch in Metallkäfige gesperrt. Am Montag, den 14. Juli 2003, wurde die aus israelischen Frauen bestehende Organisation »Machsom Watch« (»Kontrollpunkt-Überwachung«) alarmiert: Um 10 Uhr morgens erhielt sie die Nachricht, daß Nasser Abu Joudeh aus dem Flüchtlingslager al-Arroub seit 6 Uhr morgens am Kontrollpunkt Gush Etzion (zwischen Hebron und Bethlehem) in einem Metallkäfig (von 1,2 Quadratmetern Grundfläche) festgehalten wurde. Außerdem wurde der Gruppe mitgeteilt, daß noch etwa 30 weitere Personen seit 5.30 Uhr an diesem Kontrollpunkt festgehalten wurden. Nachdem »Machsom Watch« die israelische Zivilverwaltung kontaktiert hatte, wurde der Häftling schließlich gegen 12 Uhr mittags aus dem Käfig entlassen, und die anderen Personen durften um 13.30 Uhr gehen, nachdem sie bei großer Hitze bis zu sieben Stunden in der Sonne hatten ausharren müssen. In der Woche zuvor waren am selben Kontrollpunkt zwei Palästinenser zusammen in diesen Käfig gesperrt worden, einer für vier Stunden, der andere (ein 17jähriger) für sieben Stunden.

* Amnesty International, *Surviving under Siege: The Impact of Movement Restrictions on the Right to Work,* London, September 2003, S. 21.

»Im allgemeinen herausragend«: Israels Menschenrechtsbilanz

Im Dezember 2003 forderte die UN-Generalversammlung beim Internationalen Gerichtshof ein Rechtsgutachten an. Dieser sollte feststellen, welche Rechtsfolgen sich aus dem Bau der weit in das Westjordanland hineinragenden israelischen Mauer ergeben. Alan Dershowitz, der israelischen »Regierungsvertretern bezüglich ihres Umgangs mit dem Internationalen Gerichtshof beratend zur Seite stand«, verurteilte diesen und prophezeite, er werde nur ein »völlig groteskes Gerichtsverfahren« zustandebringen. Dershowitz erklärte weiter, man könne den Internationalen Gerichtshof eigentlich nur als »Känguruh-Gerichtshof«* bezeichnen – das wäre jedoch »eine Beleidigung für jedes Känguruh«.

Für Dershowitz war es »eine ausgemachte Sache«, daß der Internationale Gerichtshof gegen Israel entscheiden würde. Er verglich den Internationalen Gerichtshof denn auch mit den rassistischen Südstaaten-Gerichten der Jim-Crow-Ära: Diese Gerichte »konnten durchaus faire Prozesse führen, solange ein Weißer gegen einen anderen Weißen klagte; wenn aber eine Sache zwischen einem Weißen und einem Schwarzen zu verhandeln war, fällten sie abscheuliche, rassistische, ungerechte Urteile.« Nach Ansicht von Dershowitz könnte der Internationale Gerichtshof »bei Grenzstreitigkeiten zwischen Schweden und Norwegen hilfreiche Dienste leisten, aber im Hinblick auf den Nahen Osten ist er vollkommen unglaubwürdig. Was er zu Israel zu sagen hat, sollte niemand ernstnehmen.« Dershowitz untermauert seine abfälligen Bemerkungen über den Internationalen Gerichtshof weder mit Beweisen noch mit Argumenten, aber betrachten wir sie als passende Ergänzung zu seiner im ersten Teil dieses Buches zitierten Behauptung, nach der es Israel freisteht, sich über das Völkerrecht hinwegzusetzen. Den Bau der Mauer rechtfertigt Dershowitz als Israels »letzte Option

---

* »Kangaroo court« ist der englische Ausdruck für »Scheingericht«; Anm. d. Ü.

im Kampf gegen den Terrorismus«.[18] Was ist dran an diesem Argument?

Im April 2002 erklärte das israelische Kabinett öffentlich, daß »Zäune und andere bauliche Hindernisse« errichtet würden, um »der terroristischen Bedrohung schneller und wirksamer begegnen zu können und um die Einsatzfähigkeit im Umgang mit dem Terrorismus zu verbessern und zu erhöhen«. Im Juni 2002 billigte das Kabinett die erste Phase des Projekts. Die im Schnitt 60 Meter breite Mauer besteht aus Betonwänden, Gräben, Straßen, messerscharfem Draht und Elektrozäunen. Sie soll sich am Ende über nicht weniger als 680 Kilometer erstrecken, wobei schon allein das Stück, das die israelische Regierung bis zum Oktober 2003 gebilligt hat, für mehr als 680 000 (d.h. 30 Prozent) der im Westjordanland lebenden Palästinenser »schwere humanitäre Folgen« haben wird. Der Mauerverlauf folgt der international anerkannten israelischen Grenze (der »Grünen Linie«) zu lediglich 11 Prozent. Mit dem Rest der Mauer werden rund 15 Prozent des Westjordanlandes – darunter Teile des fruchtbarsten Landes und ein Teil der ergiebigsten Wasserressourcen – der israelischen Seite zugeschlagen. Darüber hinaus haben die tiefen Gebietseinschnitte zur Folge, daß insgesamt 274 000 Palästinenser – nämlich diejenigen, die sich *zwischen* der Mauer und der Grünen Linie wiederfinden werden, und diejenigen, deren Wohnorte ummauerte Enklaven darstellen werden – vom restlichen Westjordanland abgeschnitten sein werden. Mehr als 10 000 dieser Palästinenser müssen schon jetzt mindestens alle sechs Monate grüne Genehmigungen beantragen, um weiterhin in ihren Häusern wohnen zu dürfen. »Diese Genehmigungen haben«, so ein Bericht der Vereinten Nationen, »das ›Recht‹ der Palästinenser, in ihren eigenen Häusern zu wohnen, in ein Privileg verwandelt.«

Für 400 000 Palästinenser, die sich östlich der Mauer wiederfinden werden, wird der Mauerbau die Trennung von ihren Feldern, Arbeitsplätzen und sozialen Einrichtungen bedeuten.

Weitere 200 000 bis 300 000 in Ost-Jerusalem lebende Palästinenser werden durch die Mauer vom Westjordanland abgeschnitten sein. Der Bauplan sieht mehrere Tore und andere Übergänge vor, um den Personen- und Warenverkehr zu ermöglichen. Die Modalitäten sind allerdings noch nicht genau festgeschrieben. »Wie auch immer die Regelungen für die Mauerübergänge aussehen werden – feststeht, daß Hunderttausende Palästinenser von Israels Sicherheitssystem abhängig sein werden, um auf die andere Seite der Mauer zu gelangen«, warnt B'Tselem. Die bisherigen diesbezüglichen Erfahrungen lassen, wie B'Tselem ausführt, zudem »befürchten, daß die Mauerübergänge über längere Zeiträume hinweg geschlossen sein werden und daß es Palästinensern vollkommen verboten sein wird, sie zu benutzen«. »Selbst wenn die Mauer die Palästinenser nicht völlig isolieren sollte, steht doch außer Zweifel, daß es für viele von ihnen sehr schwer sein wird, Arbeit zu finden und genügend Geld zu verdienen, um sich das Lebensnotwendige leisten zu können«, so B'Tselem weiter. Es sei davon auszugehen, daß die Mauer »weitere Tausende palästinensischer Familien in die Armut treiben wird«. Allein in der Stadt Qalqilya soll die Mauer bereits rund 600 Läden und Betriebe zur Aufgabe gezwungen haben.

Große Teile des palästinensischen Landes, auf dem die Mauer errichtet werden soll, sind bereits einer »versteckten Enteignung« zum Opfer gefallen, und es ist anzunehmen, daß westlich der Mauer in Zukunft noch mehr palästinensisches Land konfisziert werden wird. Selbst wenn man das israelische Argument gelten ließe, daß der Sinn und Zweck der Mauer in der Terrorismusbekämpfung besteht, sind derartige Enteignungen, wie Menschenrechtsorganisationen klarstellen, völkerrechtswidrig. »Die Landbesitzer haben zwar Anspruch auf Entschädigung, doch haben die meisten von ihnen (auf dringendes Anraten der palästinensischen Autonomiebehörde) bislang keinen Gebrauch davon gemacht, um die Inbesitznahme

durch Israel nicht zu legitimieren. Im übrigen liegen die angebotenen Entschädigungssummen auch weit unter dem Sachwert des Landes«, in Qalqilya beispielsweise bei nur zehn Prozent des tatsächlichen Wertes, so eine Studie der Universität Oxford. »Sobald die Bauunternehmer die Kontrolle über das Grundstück übernommen haben, müssen Feldfrüchte, Gewächshäuser und vor allem die Olivenbäume weichen; das Land wird dem Erdboden gleichgemacht«, schreibt B'Tselem. Die Zahl der im Zuge des Mauerbaus entwurzelten Bäume wird auf 100 000 geschätzt. Daß die israelischen Bauunternehmer palästinensische Olivenbäume ausreißen, um diese dann anschließend *zu ihrem eigenen Gewinn* in Israel zu verkaufen, wird offiziell gebilligt. [19]

Wie Dershowitz behauptet auch die israelische Regierung, daß sie den Mauerbau erst beschloß, nachdem sie alle anderen Möglichkeiten zur »Eindämmung der Terrorwelle« ausgeschöpft hatte. Menschenrechtsorganisationen bestreiten dies jedoch. Die israelische Regierung hat selbst zugegeben, daß die meisten palästinensischen Selbstmordattentäter über Kontrollpunkte nach Israel gelangten, an denen keine ausreichenden Kontrollen stattfanden. Man hätte beschließen können, erstens die Sicherheitskontrollen an diesen Kontrollpunkten zu verbessern und zweitens israelische Truppen in den »freien Zonen« zwischen den Kontrollpunkten zu stationieren. Außerdem: Ginge es der Regierung um die Verhinderung von Terroranschlägen innerhalb der israelischen Staatsgrenzen, hätte sie die Mauer entlang der Grünen Linie errichten können – das wäre aus rechtlicher Sicht gar nicht zu beanstanden gewesen. »Wenn Israel, um seine Grenzen besser kontrollieren zu können, auf seinem eigenen Territorium Zäune oder andere Bauten errichten will, ist daran nichts Ungesetzliches«, betont Amnesty. In der Oxfordstudie wird noch auf einen weiteren Punkt hingewiesen: »Wenn die Mauer dazu dienen soll, Selbstmordanschläge zu verhindern, dann ist unklar, warum die Tatsache,

daß sich Hunderttausende von Palästinensern am Ende auf der israelischen Seite der Mauer wiederfinden werden, Israel offenbar keine Sorge bereitet, … es sei denn, Israel beabsichtigt, die Palästinenser von dort zu vertreiben.« Dazu gleich mehr.[20]

Der wahre Grund für den Mauerbau scheint eher zu sein, daß Israel sich seine Siedlungen im Westjordanland sichern will. Die Mauer wird sich um Dutzende jüdischer Siedlungen schlängeln, in denen mehr als 320 000 Siedler (80 Prozent der Gesamtzahl) leben. Die Mauer wird nicht nur dazu dienen, diese Siedler zu schützen, sondern auch – und das ist der springende Punkt – die Annexion der Siedlungen ermöglichen und damit das angrenzende Land und die dortigen Wasserressourcen Israel zuschlagen. Es ist unbestritten, daß die Siedlungen nach dem Völkerrecht illegal sind, ja sogar »Kriegsverbrechen« darstellen. Wenn nun eine Mauer errichtet wird, die die Lebensbedingungen der Palästinenser erheblich erschwert, nur um auf diese Weise illegale Siedlungen zu schützen, dann wird dem bereits bestehenden Unrecht nur noch ein weiteres hinzugefügt. »Israel kann sein weiteres Vordringen in besetzte Gebiete nicht mit der Sorge um die Sicherheit von Israelis begründen, die in illegalen Siedlungen leben«, stellt Human Rights Watch klar.

Im übrigen ließen sich die jüdischen Siedlungen auch ohne Mauer schützen: Die Lösung, die sich Israel für diejenigen Siedlungen überlegt hat, die außerhalb der Mauer liegen werden – Schutz durch die Abriegelung mit Elektrozäunen –, könnte Israel ebensogut auch für die übrigen Siedlungen wählen. Der »wahre Grund« für die Mauer ist, so B'Tselem, »nicht das Bemühen um größtmöglichen Schutz für die Siedler«; Israel gehe es vielmehr darum, »Tatsachen zu schaffen, die die dauerhafte Existenz der Siedlungen sichern und ihre zukünftige Annexion durch Israel erleichtern werden«. Human Rights Watch ist zu dergleichen Schlußfolgerung gelangt: »Der bestehende und geplante Verlauf der Mauer läßt darauf schließen, daß Israel mit dem Bau hauptsächlich bezweckt, sich illegale

zivile Siedlungen einzuverleiben und diese direkt an das Staatsgebiet anzuschließen.« De facto entsteht durch den Bau der Mauer eine neue Grenze, die dem Staat Israel, wenn das geplante Teilstück entlang des Jordantals gebilligt wird, am Ende etwa die Hälfte des Westjordanlandes zuschlagen wird. Die einheimische palästinensische Bevölkerung – einschließlich derjenigen, die derzeit noch zwischen der Mauer und Israel wohnen, die sich aber durch unerträgliche Lebensbedingungen zum Umzug auf die palästinensische Seite der Mauer gezwungen sehen werden (»freiwilliger Transfer«) – wird in einem zersplitterten Gebiet gefangen sein, das an die südafrikanischen Bantustans erinnern und nur noch rund zehn Prozent des historischen Palästinas umfassen wird. Human Rights Watch hat die amerikanische Regierung dringend aufgefordert, »die Kosten für die Westjordanlandmauer von amerikanischen Bürgschaften für [israelische] Darlehen abzuziehen«.[21]

Anders als Dershowitz behauptet, stellt die Mauer nicht Israels »letzte Option im Kampf gegen den Terrorismus« dar. Sie ist im übrigen auch gar nicht dazu da, den Terrorismus zu bekämpfen. Die Tatsachen liegen auf der Hand, und der Konsens der Menschenrechtsorganisationen könnte nicht klarer sein: *Der eigentliche Sinn und Zweck der Mauer besteht für Israel darin, Verhandlungen vorzugreifen und hier und jetzt im Alleingang zu bestimmen, wie die Zukunft der israelischen Siedlungen aussehen wird, und zwar ein für alle Mal.* Wie Dershowitz richtig vorausgesehen hatte, war es »eine ausgemachte Sache«, daß der Internationale Gerichtshof, sollte er sich des Falls annehmen, gegen Israel entscheiden würde. Das liegt allerdings nicht daran, daß der Internationale Gerichtshof ein alberner »Känguruh-Gerichtshof« ist, sondern schlicht daran, daß das Unrecht, das den Palästinensern durch den Mauerbau widerfährt, mehr als offensichtlich ist. Jedem Känguruh dürfte das einleuchten, auch wenn es Dershowitz partout nicht in den Kopf will.

»Im allgemeinen herausragend«: Israels Menschenrechtsbilanz

Im Juli 2004 stellte der Internationale Gerichtshof sein Gutachten zu den Rechtsfolgen vor, die sich aus dem Mauerbau auf besetztem palästinensischem Gebiet ergeben. Mit 14 Stimmen zu 1 (USA) verkündete der Internationale Gerichtshof: »Der Bau der Mauer durch die Besatzungsmacht Israel in dem besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich in Ost-Jerusalem und seiner Umgebung, sowie die mit der Mauer verbundenen Vorkehrungen verstoßen gegen das Völkerrecht«; »Israel ist verpflichtet, sein völkerrechtswidriges Verhalten zu beenden; es ist verpflichtet, die Bauarbeiten an der in dem besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich in Ost-Jerusalem und seiner Umgebung, im Bau befindlichen Mauer umgehend zu beenden, [und] die dort befindlichen Strukturen unmittelbar abzubauen«; »Israel ist verpflichtet, für alle durch den Bau der Mauer in dem besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich in Ost-Jerusalem und seiner Umgebung, verursachten Schäden Wiedergutmachung zu leisten«; »Die Vereinten Nationen und insbesondere die Generalversammlung und der Sicherheitsrat sollten prüfen, welche weiteren Maßnahmen erforderlich sind, um die sich aus dem Bau der Mauer und den dazugehörigen Vorkehrungen ergebende rechtswidrige Situation zu beenden.« Mit 13 Stimmen zu 2 (USA, Niederlande) verkündete der Gerichtshof außerdem: »Alle Staaten sind verpflichtet, die rechtswidrige Situation nicht anzuerkennen, die sich aus dem Bau der Mauer ergibt, und Hilfsmaßnahmen, die zur Aufrechterhaltung der durch den Bau der Mauer geschaffenen Lage beitragen, zu unterlassen; alle Parteien des Vierten Genfer Abkommens vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten sind darüber hinaus verpflichtet, unter Achtung der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts sicherzustellen, daß Israel das in diesem Abkommen niedergelegte humanitäre Völkerrecht einhält.«

Auch über diese Ergebnisse hinaus enthält das Rechtsgutachten bemerkenswerte Feststellungen: So entschied der Interna-

tionale Gerichtshof hinsichtlich der semantischen Frage, daß das von Israel errichtete Bauwerk in der Tat die Bezeichnung »Mauer« verdient (Abs. 67). Des weiteren zitierte der Internationale Gerichtshof mehrmals die Präambel der UN-Sicherheitsratsresolution 242, in der die »Unzulässigkeit des Gebietserwerbs durch Krieg« hervorgehoben wird, sowie eine Resolution der UN-Generalversammlung aus dem Jahr 1970, in der betont wird, daß »kein durch die Androhung oder die Anwendung von Gewalt erfolgter Gebietserwerb rechtlich anerkannt werden darf«; dieser Grundsatz stelle, so der Internationale Gerichtshof, eine »logische Folge« der UN-Charta und somit »völkerrechtliches Gewohnheitsrecht« und eine »Gewohnheitsregel« dar (Abs. 74, 87, 117). Außerdem wies der Internationale Gerichtshof darauf hin, daß das Vierte Genfer Abkommen auf die besetzten palästinensischen Gebiete anzuwenden ist (Abs. 101) und daß »die Errichtung der israelischen Siedlungen in dem besetzten palästinensischen Gebiet (einschließlich Ost-Jerusalems) gegen das Völkerrecht verstößt« (Abs. 120). Jeder dieser einzelnen Punkte bedeutet eine unmißverständliche Zurückweisung der offiziellen israelischen Position durch den Internationalen Gerichtshof. Selbst der amerikanische Richter, der eine abweichende Stellungnahme formulierte, gestand ein, daß das Vierte Genfer Abkommen auf die besetzten palästinensischen Gebiete anzuwenden ist und daß die Existenz der israelischen Siedlungen im Westjordanland gegen das Abkommen »verstößt«.[22]

Kapitel 9

Unrechtsprechung

Die vorbildliche Rechtsprechung des Obersten Gerichts in Israel ist ein zentrales Thema in Alan Dershowitz' *Plädoyer für Israel*. So verkündet er zum Beispiel: Israels »Oberster Gerichtshof gehört zu den besten der Welt und hat wiederholt sowohl militärische als auch zivile Entscheidungen verworfen und das Militär wie auch den Staat gezwungen, nach dem Prinzip der Rechtsherrschaft zu operieren«. Oder auch: »Der Oberste Israelische Gerichtshof [ist] allem Vernehmen nach einer der besten der Welt … Obwohl der Oberste Israelische Gerichtshofganz offensichtlich mit den Notwendigkeiten der Landessicherheit sehr sensibel umgeht, hat er Regierung und Militär immer wieder Maßnahmen untersagt, die nicht am Primat der Rechtsherrschaft ausgerichtet waren« (S. 293f.). Dershowitz widmet sein Buch dem gegenwärtigen Präsidenten des Obersten Gerichts in Israel, Aharon Barak, »dessen Entscheidungen ein besseres Plädoyer für Israel und die Herrschaft des Rechts darstellen, als es mein Buch je sein könnte«.

Diejenigen, die mit der israelischen Rechtsprechung vertraut sind, sehen allerdings keine Veranlassung, in Dershowitz' Lobgesang einzustimmen. Ganz im Gegenteil.[1] »Was Israels Menschenrechtsverletzungen von jenen anderer Staaten unterscheidet und sie einzigartig macht, sind die unablässigen Versuche, Dinge zu rechtfertigen, die nicht zu rechtfertigen sind« – so formulierte es einmal B'Tselem.[2] Die juristische Instanz, die in Israel in erster Linie dafür zuständig ist, diese nicht zu rechtferti-

genden Dinge zu rechtfertigen, ist das Oberste Gericht. Die bislang ausführlichste Studie zu den die Palästinenser betreffenden Entscheidungen des Obersten Gerichts stammt von David Kretzmer, einem hochangesehenen Juraprofessor an der Hebräischen Universität von Jerusalem. Die zentralen Ergebnisse seiner Studie verdienen besondere Beachtung:

> Das Gericht mischt sich in Entscheidungen des Militärs nur äußerst selten ein … Bei fast allen seinen die besetzten Gebiete betreffenden Urteilen hat das Gericht, insbesondere wenn es sich um grundsätzliche Fragen handelte, zugunsten der staatlichen Behörden entschieden, oft genug auf der Basis zweifelhafter Rechtsausführungen. Es stimmt, daß das Gericht in einigen wenigen Fällen gegen die Behörden entschieden hat. Diese als »Meilensteine« apostrophierten Fälle dienen jedoch lediglich dazu, »das Image des Gerichts als eine unparteiische Institution, die nach Gerechtigkeit strebt und sich der Regierung kühn in den Weg stellt«, zu pflegen und auf diese Weise die legitimierende Funktion des Gerichts zu bekräftigen.
>
> Das Gericht erinnert die Kommandeure zwar gern an ihre Pflicht, neben Sicherheitsfaktoren auch andere Aspekte zu berücksichtigen, doch interessiert es sich in der Praxis höchst selten dafür, inwieweit eine solche Abwägung im betreffenden Fall wirklich stattgefunden hat. In aller Regel gibt sich das Gericht mit der Einschätzung des Militärkommandeurs zufrieden. Die Abwägungspflicht spielt in der offiziellen Gerichtsrhetorik eine ungleich größere Rolle als bei der tatsächlichen Entscheidungsfindung.
>
> Das Gericht sieht seine Aufgabe nicht darin, der Frage nachzugehen, inwieweit staatliche Richtlinien oder Maßnahmen mit dem Völkerrecht vereinbar sind. Auch fühlt es sich nicht

> bemüßigt, bei der Auslegung des Rechts nach Gerechtigkeit zu streben. Im Gegenteil: Das Gericht akzeptiert und legitimiert Richtlinien und Maßnahmen, deren Rechtmäßigkeit äußerst zweifelhaft ist, und legt das Recht zugunsten der staatlichen Behörden aus.
>
> Bei seinen die besetzten Gebiete betreffenden Entscheidungen hat das Gericht für nahezu sämtliche umstrittene Aktionen der israelischen Behörden Scheinbegründungen gefunden, vor allem für jene Aktionen, die im Hinblick auf die Grundsätze des humanitären Völkerrechts am problematischsten sind … Daß sich die Jurisprudenz bei diesen Entscheidungen an den Vorstellungen der Regierung orientiert, ist nicht zu übersehen.[3]

Bei seiner Analyse einzelner Entscheidungen bezeichnet Kretzmer die Argumentation des Obersten Gerichts als »höchst fragwürdig«, »höchst problematisch«, »spitzfindig« und so weiter.[4]

Die Abschnitte »Vertrauensvotum«, »Pflichtlektüre« und »Faustpfand« zeigen, mit welchen Mitteln Dershowitz zu beweisen sucht, daß Israels Oberstes Gericht die Rechte der Palästinenser verteidigt. Im Abschnitt »Furchterregende Anordnung« wird deutlich, wie Israels Rechtssystem zu bewerten wäre, wenn man Dershowitz' eigenen Maßstab zugrundelegte.

Vertrauensvotum

Um zu beweisen, daß Israels Oberstes Gericht für die Rechte der Palästinenser eintritt, zitiert Alan Dershowitz in *Plädoyer für Israel* (S. 295) einen palästinensischen Menschenrechtsaktivisten:

> Sogar Raji Sourani, der Direktor des palästinensischen Menschenrechtszentrums in Gaza, ein scharfer Kritiker Israels, sagt, er sei »immer wieder erstaunt über die hohen Standards des Rechtssystems«.

Diese Äußerung Souranis stammt aus der *New York Times.* Hier der Absatz in voller Länge: »Sourani sagt, die israelischen Gerichte raubten ihm zwar oft den letzten Nerv, doch sei er ›immer wieder erstaunt über die hohen Standards des Rechtssystems‹. ›Wenn ich sehe, wie die Gerichte mit *rein israelischen Problemen* umgehen‹, sagt er, ›bewundere ich ihre Entscheidungen oft, zum Beispiel was die Rechte Homosexueller betrifft. *Wenn es aber um die Palästinenser geht, denke ich immer: Diese Leute sind doch vollkommen schizophren*‹« (Hervorhebungen NGF).[5]

Pflichtlektüre

Um zu demonstrieren, daß Israels Oberstes Gericht »die Rechte von Palästinensern« schützt, schreibt Alan Dershowitz in *Plädoyer für Israel* (S. 295 –298):

> Am 3. September 2002 entschied das Gericht in einem Fall, in dem das israelische Militär die Ausweisung von Bruder und Schwester eines Terroristen und Organisators mehrerer Selbstmordattentate angeordnet hatte. Aufgrund der Erkenntnis, daß die Schwester Sprengstoffgürtel genäht und der Bruder als »Aufpasser [gedient hatte], wenn ihr Bruder und andere Angehörige der Gruppe Sprengstoff von einem Versteck in ein anderes transportierten«, wies man sie für zwei Jahre aus dem Westjordanland aus und siedelte sie in den Gazastreifen um. Das Gericht entschied, daß die Anordnung des Militärs, in der man eher eine vorübergehende »Zuweisung des Wohnortes« innerhalb der besetzten Ge-

> biete als eine Ausweisung aus ebendiesen Gebieten sehe, nur dann gültig sei, »wenn die Person selbst [also der Ausgewiesene] eine reale Gefahr darstell[e]«.

Dershowitz empfiehlt diese Entscheidung des Obersten Gerichts sodann als »Pflichtlektüre für jeden …, der behauptet, Israel unterstehe nicht der Herrschaft des Rechts«.

Die Entscheidung stammt aus der Feder des Gerichtspräsidenten Aharon Barak. Die ursprüngliche Verurteilung der Angeklagten, Intissar Muhammed Ahmed Ajuri und Ahmed Ali Ajuri, beruhte auf »vertraulichen Unterlagen« und »Zeugenaussagen von Mitarbeitern des Shin Bet«. Barak bestätigte das Urteil dennoch: »Wir haben den Staatsanwalt gefragt, warum die Antragstellerin nicht in einem Strafverfahren angeklagt wird. Wir erhielten zur Antwort, daß es gegen die Antragstellerin keine zulässigen Beweismittel gebe, die in einem Strafverfahren offengelegt werden könnten, da die gegen sie vorliegenden Beweismittel vertraulich seien und somit nicht in einem Strafverfahren offengelegt werden könnten. Wir betrachten dies als eine zufriedenstellende Antwort.«[6] Eine Gerichtsentscheidung, die auf Grundlage geheimer Beweise die Rechtmäßigkeit einer Vertreibung bestätigt, verdient also nach Meinung von Dershowitz unsere Hochachtung. Wie Amnesty International klarstellt, verstieß diese Gerichtsentscheidung jedoch gegen fundamentale völkerrechtliche Bestimmungen:

> [Die] Entscheidung billigt praktisch einen schweren Verstoß gegen eines der grundlegendsten Prinzipien des internationalen Menschenrechtsschutzes – das Recht eines jeden Angeklagten auf ein faires Gerichtsverfahren, in dem die gegen den Angeklagten vorgebrachten Beweismittel angefochten werden können … [Die] Entscheidung billigt auch einen schweren Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht. Nach dem Vierten Genfer Abkommen sind die Palästinen-

> ser, die in den seit 1967 unter israelischer Besatzung stehenden Gebieten leben, geschützte Personen. Die ungesetzliche Vertreibung geschützter Personen erfüllt den Tatbestand eines Kriegsverbrechens … Nach dem Römischen Statut können diese Verstöße überdies Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen … Das Oberste Gericht hat in seiner heutigen Entscheidung erklärt, daß nur solche Personen von einer Zwangsumsiedlung in den Gazastreifen betroffen sein dürfen, die persönlich an schweren Verbrechen beteiligt waren, und daß derartige Zwangsumsiedlungen nicht aus Gründen der Abschreckung erfolgen dürfen. Amnesty International ist jedoch zu der Überzeugung gelangt, daß die ungesetzlichen Vertreibungen von Personen, deren Angehörigen Israel die Verantwortung für Anschläge auf Israelis zuschreibt, von der israelischen Regierung und der israelischen Armee als Kollektivstrafen verhängt werden. Artikel 33 des Vierten Genfer Abkommens verbietet derartige Maßnahmen.[7]

Gut ein Jahr später machte Amnesty darauf aufmerksam, daß die Ajuris »immer noch im Gazastreifen leben, wo sie weder eine Familie noch ein Zuhause noch die Möglichkeit haben, ihren Lebensunterhalt zu verdienen«. Sie seien »auf wohltätige Unterstützung angewiesen«.[8]

Faustpfand

Um zu beweisen, daß Israels Oberster Gerichtshof »allem Vernehmen nach einer der besten der Welt« ist, weist Alan Dershowitz in *Plädoyer für Israel* (S. 296) auf die folgende Entscheidung hin:

> Der Oberste Israelische Gerichtshof verbietet dem Staat sogar, Gefangene als »Faustpfand« bei Verhandlungen um die

> Auslösung israelischer Gefangener einzusetzen, die der Feind illegal gefangen hält.

Es stimmt, daß das Oberste Gericht in einer Entscheidung vom April 2000 Geiselnahmen verbot. Was Dershowitz allerdings nicht erwähnt ist, wie es zu der Entscheidung kam und welche Folgen sie hatte. Die Entscheidung fiel, nachdem das Oberste Gericht Geiselnahmen zunächst einmal *legalisiert* hatte. Wie Human Rights Watch in einer umfangreichen, 1997 erschienenen Studie schrieb, wurden 21 Libanesen in Israel festgehalten, und zwar »teilweise schon seit zehn Jahren, manche … an geheimen Orten. Sie erhielten nicht einmal, wie es das Kriegsrecht vorsieht, ein ordentliches Gerichtsverfahren und eine menschenwürdige Behandlung.« Einige von ihnen sollen bei Verhören im Südlibanon »mit Elektroschocks« gefoltert worden sein. Diese seien ihnen – »im Beisein von Israelis, die die Befehle gaben« – von libanesischen Söldnern verabreicht worden. Nach Angaben von Human Rights Watch wurden die Gefangenen als »Geiseln« gehalten, um die Freilassung von Israelis zu erreichen, die seit dem Libanonkrieg Kriegsgefangene waren oder als vermißt galten.[9] In einer Gerichtsentscheidung, die laut Amnesty International »auf der ganzen Welt ohne Beispiel«[10] war, genehmigte Israels Oberstes Gericht den Einsatz dieser libanesischen Häftlinge im November 1997 als »Faustpfand«. Gerichtspräsident Aharon Barak entschied, daß »die Haft legal ist, wenn sie die staatliche Sicherheit erhöht, selbst wenn die Gefahr für die staatliche Sicherheit nicht von den Häftlingen selbst ausgeht«, und daß »die Haft der Kläger zum Zwecke der Freilassung gefangener und vermißter Soldaten für den Staat von lebenswichtigem Interesse ist«.[11] Amnesty International bezeichnete diese Gerichtsentscheidung als »verachtenswert«: »Sie erklärt Geiselnahmen explizit für rechtmäßig.« Amnesty stellte klar: »Es geht hier um Menschen, die ein Leben zu leben haben, nicht um irgendwelche Dinge, die sich als poli-

tisches Pfand eignen mögen.«[12] B'Tselem verurteilte die Gerichtsentscheidung ebenfalls und wies darauf hin, daß Israel nunmehr »einem Markenzeichen terroristischer Vereinigungen in aller Welt Legitimität verliehen hat«.[13]

Als Barak die Entscheidung im April 2000 revidierte, gestand er selbst ein, daß »es in der westlichen Welt vermutlich keinen weiteren Staat gibt, der Administrativhaft* bei einer Person gestattet, die selbst keine Gefahr für die staatliche Sicherheit darstellt«, und daß »die Verwahrung von Personen, die als Faustpfand‹ dienen sollen, in der Tat gleichbedeutend mit ›Geiselhaft‹ ist«. Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß unter den Gründen, die Barak für seinen Sinneswandel anführte, der rein pragmatische war, daß »keine Wahrscheinlichkeit, ja vielleicht noch nicht einmal eine realistische Möglichkeit besteht, daß die fortgesetzte Haft der Antragsteller zur Freilassung der gefangenen und vermißten Soldaten führen würde«.[14] Selbst noch nach dieser Entscheidung aus dem Jahr 2000 wurden zwei libanesische Häftlinge, wie Amnesty berichtete, »weiterhin an geheimen Haftorten als Geiseln festgehalten und ohne jede Möglichkeit der Verbindung mit der Außenwelt gelassen«.[15] Im Jahr 2000 stimmte das israelische Kabinett einem Gesetzesentwurf zu, der, so Human Rights Watch, »Geiselnahmen für rechtmäßig erklären sollte« (»Gesetz zur Gefangennahme von Kombattanten, die kein Anrecht auf Kriegsgefangenenstatus haben«).[16] Im Jahr 2001 erneuerte ein israelisches Gericht »die Haftbefehle beider Männer …, nachdem der Staat geltend gemacht hatte, daß ihre Freilassung die nationale Sicherheit gefährden würde«.[17] Im Jahr 2002 billigte die Knesset das Gesetz zur Gefangennahme von Kombattanten.[18] Im Januar

---

* Als Administrativhaft (auch: »Verwaltungshaft«) wird eine Gefängnisstrafe bezeichnet, die ohne Anklage und Prozeß verhängt wird. Mehr dazu im Abschnitt »Furchterregende Anordnung« in diesem Kapitel; Anm. d. Ü.

2004 kamen die beiden libanesischen Geiseln bei einem Gefangenenaustausch mit der Hizbollah frei.

Furchterregende Anordnung

Im Jahr 2002 warnte Alan Dershowitz – in seiner Eigenschaft als standhafter Verteidiger amerikanischer Bürgerrechte – vor den Gefahren einer von der Bush-Regierung erlassenen »furchterregenden Anordnung«:

> Wenn Präsident Bush zu der Auffassung gelangt, daß eine Person möglicherweise einem Terroristen geholfen hat, kann diese Person, auch wenn sie seit vielen Jahren in den Vereinigten Staaten ansässig ist, vor ein geheimes Militärgericht gestellt werden … Nichtamerikaner, die bezichtigt werden, Al-Qaida-Mitglieder zu sein, oder die mutmaßlich »vorhaben, den Vereinigten Staaten zu schaden oder etwas zu deren Nachteil zu unternehmen«, können gefangen und »an einem geeigneten Ort in Haft genommen« werden, und zwar auf unbestimmte Zeit und ohne jede Möglichkeit des Zugangs zu den Gerichten … Im übrigen wird der Verdächtige auch nicht in den Stand gesetzt, sich angemessen zu verteidigen, denn die ordentlichen Beweisregeln werden hier keine Anwendung finden. Es wird dem Militärgericht gestattet sein, seine Entscheidung auf jedwedes Beweismittel zu gründen, das »für jede vernünftige Person Beweiswert hat«. Aus der Juristensprache übersetzt, heißt das, daß Gerüchte, unter Zwang abgelegte Geständnisse und die Ergebnisse illegaler Durchsuchungen als gültige Beweismittel herangezogen werden können, und daß Kreuzverhöre nicht immer zugelassen sein werden. Es heißt auch, daß die Anklagevertretung nicht einmal zu enthüllen braucht, auf welche Quellen sich die Beweise vom Hörensagen stützen, wenn eine solche

> Enthüllung zugleich die Enthüllung eines »Staatsgeheimnisses« bedeuten würde – ein weitgefaßter Begriff, der an keiner Stelle genau definiert wird.

Dershowitz verurteilt in diesem Zusammenhang auch die von den Nationalsozialisten gleich nach der Machtergreifung eingeführten Gesetze, die »keinerlei Bestimmungen enthielten, nach denen eine verhaftete Person ein Anrecht auf eine baldige Anhörung, auf Zugang zu einem Rechtsanwalt oder auf Entschädigung bei unberechtigter Festnahme gehabt hätte. Wer verhaftet wurde, mußte oft feststellen, daß seine Haftdauer immer weiter verlängert wurde, ohne daß die Sache vor irgendeinem Gericht verhandelt worden wäre.«[19]

In einer im Jahr 1991 erschienenen Studie über Israels militärisches Justizsystem in den besetzten Gebieten schrieb Amnesty International, daß seit 1967 »Zehntausende von palästinensischen Zivilisten« in den besetzten Gebieten vor Militärgerichte gestellt wurden:

> Häftlinge werden über längere Zeiträume hinweg ohne jede Möglichkeit der Verbindung mit der Außenwelt gelassen. Normalerweise vergehen mindestens 18 Tage, bevor ein Häftling einem Richter vorgeführt wird. Auch danach kann dem Häftling noch für lange Zeit jeder nennenswerte Kontakt zu seinem Rechtsanwalt oder seiner Familie untersagt werden, zumindest solange die Verhöre noch andauern, was oft noch 20 bis 30 Tage nach der Verhaftung der Fall ist… Die während der Verhöre abgelegten Geständnisse aus dieser Zeit der völligen Isolierung werden oft als Beweismittel erster Ordnung gegen die Angeklagten verwendet, wenn sie vor dem Militärgericht erscheinen. Viele Angeklagte behaupten, es handele sich um falsche Geständnisse, die ihnen abgerungen wurden, indem man sie während der Haft und der Verhöre folterte oder anderwei-

> tig grausam, unmenschlich oder erniedrigend behandelte oder bestrafte. Das Fehlen von systemimmanenten Mechanismen, die Schutz vor Folter und anderen Mißhandlungen bieten würden, sowie die über viele Jahre hinweg gesammelten Beweise machen die Behauptungen der Häftlinge glaubwürdig.

Was die Art der strafbaren Handlungen betrifft, für die sich Palästinenser vor israelischen Militärgerichten zu verantworten hatten, wies Amnesty auf eine »pauschal formulierte« militärgerichtliche Verfügung hin, die »in den besetzten Gebieten fast jede Form von politischer Äußerung, einschließlich gewaltfreier politischer Aktivitäten, kriminalisiert und strafbar macht, wobei die Strafe in einem Gefängnisaufenthalt von bis zu zehn Jahren bestehen kann«. Amnesty nannte als Beispiele für derartige strafbare Handlungen, daß jemand »die palästinensische Flagge zeigt, ihre Farben trägt oder das Siegeszeichen macht«.[20]

Anstelle von Prozessen vor Militärgerichten greift Israel auch auf Administrativhaft zurück, daß heißt der Staat verhängt eine Gefängnisstrafe, ohne daß Anklage erhoben oder der Häftling vor Gericht gestellt würde. Nach dem Völkerrecht darf von Administrativhaft nur Gebrauch gemacht werden, wenn von einer Person eine unmittelbare Gefahr ausgeht, die nicht auf anderem Wege abgewendet werden kann. In einer im Jahr 1992 erschienenen Studie über die Administrativhaft in den besetzten Gebieten schrieb B'Tselem, daß »seit Beginn der Intifada über 14 000 Administrativhaftbefehle an Palästinenser ergangen sind«:

> Viele Häftlinge werden in Administrativhaft genommen, weil es den Vernehmungsbeamten nicht gelungen ist, ein Geständnis zu bekommen, oder weil eine Kollektivstrafe verhängt werden soll oder schlicht deshalb, weil es weniger

> Mühe macht, die Häftlinge einfach nur in Haft zu nehmen, ohne Anklage gegen sie zu erheben und sie vor Gericht zu stellen … Die von palästinensischen Häftlingen eingelegten Rechtsmittel werden grundsätzlich erst frühestens einen Monat nach ihrer Verhaftung verhandelt; in den meisten Fällen dauert es noch länger, bis es zur Verhandlung kommt. Die Beweismittel, auf die sich der Haftbefehl gründet, werden überwiegend als vertraulich angesehen. Der Kläger und sein Anwalt bekommen diese Beweismittel nicht zu Gesicht. Sie erhalten nur wenige Informationen, die überdies so allgemein gehalten sind, daß sie nicht angefochten werden können … Viele Häftlinge wissen nicht, was ihnen vorgeworfen wird … Unter den Administrativhäftlingen sind viele palästinensische Journalisten, Gewerkschaftsmitglieder, Ärzte, Kaufleute, Arbeiter und Studenten … Palästinensische Führer, die offen für Friedensverhandlungen mit Israel und für Dialog eintreten, um zu erreichen, daß Palästinenser und Israelis einander besser verstehen, gehören ebenfalls zu den Administrativhäftlingen. Seit ein paar Jahren trifft sich eine jüdischpalästinensische Dialoggruppe in Beit Sahur. Die palästinensischen Mitglieder dieser Gruppe wurden fast alle in Administrativhaft genommen.[21]

Bis 1991 wurde die Administrativhaft zunächst für bis zu sechs Monate verhängt, wobei sich die Haftdauer um jeweils weitere sechs Monate verlängern ließ. In einer im Jahr 1997 erschienenen Studie über die Administrativhaft während des Oslo-Prozesses wies B'Tselem daraufhin, daß Israel »die Administrativhaft nach wie vor im großen Stil einsetzt«; daß die Administrativhaft nunmehr auf Anhieb für eine Dauer von bis zu einem Jahr verhängt werden konnte, wobei sich die Haftdauer wiederum um jeweils weitere sechs Monate verlängern ließ; daß »die Haftdauer dramatisch zugenommen hat« (elf Häftlin-

ge wurden schon seit mehr als drei Jahren am Stück als Administrativhäftlinge festgehalten); daß die Administrativhaft gegen Palästinenser, die sich »gewaltfrei politisch engagierten und ihre politische Meinung äußerten«, ebenso verhängt wurde wie gegen Minderjährige, die zum Teil nicht älter als 15 Jahre waren; und daß Personen vor oder während ihrer Administrativhaft zum Teil »Verhörmethoden … unterworfen werden, die den Tatbestand der Folter oder der Mißhandlung erfüllen«.[22]

Im Jahr 1998 appellierte Human Rights Watch an Israel, »die Praxis der willkürlichen und lang andauernden Administrativhaft unverzüglich zu beenden und seine Gesetze dahingehend zu ändern, daß jeder Häftling zumindest die folgenden Rechte erhält: das Recht auf eine sofortige und wirksame gerichtliche Überprüfung der Rechtmäßigkeit sowie der Umstände seiner Haft; das Recht, bei der Verhaftung oder wenig später in seiner eigenen Sprache über seine Rechte unterrichtet zu werden sowie die spezifischen, detaillierten und auf seine Person bezogenen Gründe für seine Freiheitsberaubung zu erfahren; das Recht auf sofortigen Zugang zu seiner Familie, einem Rechtsanwalt und einem Arzt«.[23] Wie B'Tselem berichtete, befanden sich im März 2003 »mehr als eintausend Palästinenser in Administrativhaft«.[24]

Wie es scheint, wird die »furchterregende Anordnung«, vor der Dershowitz in bezug auf die Vereinigten Staaten warnt, in den besetzten palästinensischen Gebieten schon seit langem befolgt.

Schlußbemerkung

Israels Vorgehen in den besetzten palästinensischen Gebieten wird von vielen Menschenrechtsorganisationen beobachtet, von palästinensischen und israelischen Gruppen ebenso wie von UN-Institutionen und unabhängigen Gruppen mit globalem Mandat. Angesichts eines solch breiten Spektrums ist es bemerkenswert, daß all diese unterschiedlichen Organisationen zu den gleichen Ergebnissen gelangt sind, ob es nun um die Feststellung der Faktenlage oder um die völkerrechtlichen Implikationen geht. Selbst in Detailfragen herrscht Konsens. Israels Menschenrechtsbilanz ist, soviel steht nach der Lektüre von Tausenden Seiten aus Menschenrechtsberichten fest, in vielerlei Hinsicht außergewöhnlich: »Was Israels Menschenrechtsverletzungen von jenen anderer Staaten unterscheidet und sie einzigartig macht, sind die unablässigen Versuche, Dinge zu rechtfertigen, die nicht zu rechtfertigen sind«, schrieb B'Tselem.

Israels Oberstes Gericht hat, so Professor David Kretzmer von der Hebräischen Universität, »für nahezu sämtliche umstrittene Aktionen der israelischen Behörden Scheinbegründungen gefunden«. Zum Beispiel erklärte das Oberste Gericht in einer Entscheidung, die laut Amnesty International »auf der ganzen Welt ohne Beispiel« war, im Jahr 1997 Geiselnahmen für rechtmäßig. Bis zum November 2003 wurden während der zweiten Intifada weit mehr als 2000 Palästinenser getötet, in der Mehrzahl Zivilisten. »Wenn so viele Zivilisten getötet und verwundet werden, ist die Frage, ob Absicht dahintersteckt oder

nicht, irrelevant«, stellt B'Tselem klar. »Israel hat es zu verantworten.« Der für die *New York Times* schreibende Journalist Chris Hedges bemerkte anläßlich seiner Erfahrungen im Gazastreifen: »Ich hatte schon bei anderen Konflikten, über die ich berichtete, mit ansehen müssen, wie Kinder erschossen wurden … Daß aber Soldaten Kinder wie Mäuse in eine Falle gelockt und sich einen Spaß daraus gemacht haben, sie zu ermorden, das hatte ich noch nirgends gesehen.« Wie B'Tselem schrieb, war Israel »das einzige Land der Welt, das Folter gerichtlich sanktionierte«. Seit Beginn der Besatzung im Jahr 1967 haben »die israelischen Sicherheitsdienste in den besetzten Gebieten Palästinenser, die sie politischer Vergehen bezichtigten, routinemäßig gefoltert«, so Amnesty International. Da Israel »ganz systematisch« auf Folter- und Mißhandlungsmethoden zurückgriff, bewegte sich die »Zahl der Palästinenser, die bei Verhören … gefoltert oder schwer mißhandelt wurden«, nach einer Schätzung von Human Rights Watch aus dem Jahr 1994, »in einer Größenordnung von mehreren Zehntausend« – zum Teil ohne daß sich Israel auch nur die Mühe machte, diese Häftlinge irgendeines Vergehens zu beschuldigen. Nach einer Entscheidung des Obersten Gerichts Israels aus dem Jahr 1999 nahm die Zahl der Fälle, in denen palästinensische Häftlinge gefoltert wurden, vorübergehend ab, doch inzwischen foltern die israelischen Vernehmungsbeamten, wie das israelische Antifolterkomitee »Public Committee Against Torture in Israel« betonte, längst wieder »systematisch und routinemäßig«.

Laut Human Rights Watch ist Israel (abgesehen vom Irak unter Saddam Hussein) das einzige Land der Welt, das mutmaßliche Vergehen mit der Zerstörung von Häusern ahndet. Neben den als Strafmaßnahme befohlenen völkerrechtswidrigen Häuserzerstörungen, denen bereits mehr als 2000 palästinensische Häuser zum Opfer gefallen sind, hat Israel unter Verweis auf fadenscheinige »Verwaltungs-« und »Sicherheits-

gründe« Tausende weiterer palästinensischer Häuser zerstört. Israel ist »das einzige demokratische Land«, so B'Tselem, das politische Liquidierungen »für legitim hält«. Dadurch »gesellt sich Israel zu einer berüchtigten Gruppe von Staaten, die in schwerwiegender Weise gegen grundlegende moralische und humane Normen verstoßen, die die internationale Gemeinschaft für bindend hält« (»Public Committee Against Torture in Israel« und »LAW – The Palestinian Society for the Protection of Human Rights«). Israel erhebt Anschuldigungen gegen die auf diese Weise hingerichteten Palästinenser, ohne je Beweise für ihre Schuld vorzulegen. Diejenigen, die von Israel gezielt ermordet wurden, stellten zum Zeitpunkt des Attentats in aller Regel keine unmittelbare Bedrohung dar und hätten ebensogut verhaftet werden können. Im Zuge dieser politischen Liquidierungen wurden bereits zahlreiche Unbeteiligte willkürlich getötet und verwundet. Wie Sara Roy von der Harvard University erklärte, hat sich die israelische Wirtschaftspolitik in den besetzten palästinensischen Gebieten »als noch ausbeuterischer erwiesen als [die Wirtschaftspolitik] anderer Siedlerregime«, hat sie doch zu einer massiven illegalen Enteignung palästinensischen Landes und lebenswichtiger Wasserressourcen geführt. Die UN-Menschenrechtskommission hat darauf aufmerksam gemacht, daß sich das Westjordanland und der Gazastreifen gegenwärtig am Rande einer »humanitären Katastrophe« befinden, was hauptsächlich auf die israelische Abriegelungspolitik zurückzuführen ist. Wie B'Tselem schrieb, hat Israel mit seiner »auf Diskriminierung beruhenden Segregation« in den besetzten palästinensischen Gebieten ein System errichtet, das »weltweit das einzige seiner Art« ist und »an abstoßende Regime früherer Zeiten, so zum Beispiel an das südafrikanische Apartheidregime [erinnert]«.

Israels ungeheuerliche Menschenrechtsverletzungen wurden in zahlreichen Menschenrechtsberichten und wissenschaftlichen Studien nachgewiesen. Alan Dershowitz behauptet den-

noch – und gibt vor, bewiesen zu haben –, daß Israels Menschenrechtsbilanz in den besetzten palästinensischen Gebieten »im allgemeinen herausragend« ist. Die Kluft zwischen diesen beiden Darstellungen ist nicht zu überbrücken. Entweder haben sich Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International, Human Rights Watch und B'Tselem mit verschiedenen unabhängigen Experten zu einer riesigen antisemitischen Verschwörung verabredet, um Israel in ein schlechtes Licht zu setzen, oder Dershowitz hat in seinem Buch ein unzutreffendes Bild der Wirklichkeit gezeichnet. Eine dritte Möglichkeit gibt es nicht.

Danksagung

Beim Schreiben dieses Buches habe ich viel Unterstützung erfahren, für die ich sehr dankbar bin. Zu denen, die mir großzügig ihre Zeit geopfert haben, gehören Rudolph Baldeo, Degaulle Adili, Nimrod Amzalak, Joshua Becker, Belabbes Benkredda, Sara Bershtel, Ruth Bettina Birn, Regan Boychuk, Diana Buttu, Roane Carey, Noam Chomsky, Chris-Gerald Ferguson, Carolyn Fialkow, Rohit Goel, Camille Goodison, Maren Hackmann, Nader Hashemi, Eliot Hoffman, Niels Hooper, Zaineb Istrabadi, Joanne Koslofsky, Wilma Kwit, Victor Lang, Darryl Li, Roy Mash, Jessica Montell, Nina Nazionale, Mouin Rabbani, Wafa Abdel Rahman, Colin Robinson, Sara Roy, Marilyn Schwartz, Feroze Sidhwa, Daniel Song, Shifra Stern, Rafal Szczurowski, Mark Tinsley, Jack Trumpbour, Cyrus Veeser, H. Aram Veeser und Mary Wilson. Wenn dieses Buch Leserinnen und Leser findet, dann ist das einer kollektiven Anstrengung zu verdanken, wie sie befriedigender nicht hätte sein können.

Anmerkungen

Vorwort von Felicia Langer

1. Felicia Langer, *Miecius später Bericht: Eine Jugend zwischen Getto und Theresienstadt,* Lamuv: Göttingen 1999, S. 136f.
2. Ebd., S. 127f.
3. Siehe S. 138 in diesem Buch.
4. Felicia Langer, *Zorn und Hoffnung,* Lamuv: Göttingen 1991, S. 388-398.

Allgemeine Einführung

1. New York 1984.
2. Zu den Hintergründen der Peters-Affäre siehe vor allem Edward W. Said, »Conspiracy of Praise«, in Edward W. Said/Christopher Hitchens (Hg.), *Blaming the Victims: Spurious Scholarship and the Palestinian Question,* New York 2001; eine ausführliche Darstellung der Täuschungsversuche der Autorin sowie ein Kommentar zu den jüngsten, das Buch betreffenden Ereignissen finden sich in Norman G. Finkelstein, *Image and Reality of the Israel-Palestine Conflict.* Zweite, erweiterte Ausgabe, London/New York 2003 (Erstausgabe: 1995), S. xxxii und Kap. 2. [Norman G. Finkelstein, *Der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern: Mythos und Realität,* Diederichs: Kreuzlingen/München 2002, S. 29f. und Kap. 2; aufgrund von Unterschieden zwischen der amerikanischen Neuausgabe und der vorliegenden deutschsprachigen Ausgabe werden im folgenden jeweils beide Ausgaben genannt; Anm. d. Ü.]
3. Einige Themen sind noch strittig, zum Beispiel die Frage, ob die zionistische Führung von Anfang an vorhatte, die Palästinenser

per »Transfer« aus dem Land zu schaffen. Unterschiedliche Auffassungen zum Junikrieg von 1967 und der Zeit danach sind überwiegend auf zwei Gründe zurückzuführen: Die wichtigsten israelischen Archive sind noch nicht zugänglich, und, was noch wichtiger ist, die politischen Auswirkungen des Junikriegs – vor allem die israelische Besatzung – machen uns heute noch zu schaffen. Das einzige politische Problem aus der Gründungsphase (von der ersten zionistischen Besiedlung bis zur Staatsgründung Israels), das auch heute noch mehr oder weniger lebhaft diskutiert wird, stellen die palästinensischen Flüchtlinge dar. Die Aktualität des Themas erklärt vielleicht, warum diesbezüglich nach wie vor unterschiedliche Auffassungen bestehen, doch halten sich die Differenzen auch hier in Grenzen.

4 Lassen wir die Erkenntnis, daß Uris' Megaseller jedwede Kritik am Zionismus im Keim zu ersticken suchte, ruhig beiseite und vergegenwärtigen wir uns nur einmal den schieren Rassismus dieses Buches. Die Araber, ihre Dörfer und Behausungen – sie »stinken« allesamt. Bei den Arabern hält man es vor lauter »Mief« kaum aus, »üble Gerüche« verschlagen einem den Atem. Die Männer »lagen herum«, und zwar den ganzen Tag; sie sind »träge« – zumindest, wenn sie nicht gerade, »wie es so ihre Art ist«, dabei sind, »irgendeinen hinterlistigen Plan« auszuhecken – so etwas erscheint den Arabern nämlich »völlig legitim«. Sie kennen »keinerlei moralische Bedenken«: Ihre »verquere Logik entschuldigt jedes Verbrechen außer Mord«. Hinzu kommt, daß die Araber »bei der geringsten Provokation hysterisch werden«. Und das Land selbst? Bevor die Juden eintrafen und Wunder vollbrachten, bestand Palästina aus nichts als »wertloser Wüste im Süden, ausgelaugten Böden in der Mitte und Morast im Norden«; es war »ein Land, das nach 1000 Jahren der Vernachlässigung durch Araber und Türken nur faulige, abgestandene Sümpfe, ausgewaschene Hügel, mit Steinen übersäte Felder und unfruchtbare Erde« zu bieten hatte. »Daß Araber sangen, sich freuten oder lachten, kam nur höchst selten vor … In dieser Atmosphäre bestimmten Hinterlist, Verrat, Mord, Blutfehden und Eifersüchteleien den Alltag. Die harte Wirklichkeit, die sich im Charakter der Araber niedergeschlagen hatte, war für Fremde kaum nachzuvollziehen. Daß Brüder gegeneinander mit Grausamkeit vorgingen, war ganz normal.« Wie man sieht, hat sich an der zionistischen Propaganda über die Jahre nicht viel verändert. Leon Uris, *Exodus,* New York 1959, S. 181, 213, 216, 227,

228, 229, 253, 334, 352f. [Da die deutsche Übersetzung des Romans zum Teil stark vom Original abweicht und einige der genannten Beispiele dort gar nicht enthalten sind, wurde hier nach der amerikanischen Ausgabe zitiert; vgl. jedoch Leon Uris, *Exodus,* 12. Auflage, Heyne: München 1973, S. 174f., 201, 204, 212, 213, 236; Anm. d. Ü.]

5 Walid Khalidi, »Why Did the Palestinians Leave?«, *Middle East Forum,* Juli 1959. Erskine Childers, »The Other Exodus«, *Spectator,* 12. Mai 1961.

6 In Ergänzung zu den Studien selbst ist mit der Zeit auch eine umfangreiche Sekundärliteratur entstanden, die sich speziell mit ihnen befaßt. Zur Einführung sei Benny Morris' Aufsatz »The New Historiography: Israel and Its Past« empfohlen, in Benny Morris, *1948 And After: Israel and the Palestinians,* Oxford 1990, S. 1-34.

7 Siehe Kapitel 6 in diesem Buch.

8 Allerdings sollte man nicht vergessen, daß das leuchtende Vorbild, das Israel abzugeben suchte, bereits im Jahr 1982 ein erstes Mal stark beschädigt worden war – die Libanoninvasion hatte Israels erstes Public-Relations-Debakel nach sich gezogen. Der Grund dafür, daß Israels tatsächliche Praktiken damals endlich ans Tageslicht kamen, verdient besondere Beachtung. Die schiere Brutalität und Häufigkeit der Verbrechen, die Israel während der Libanoninvasion von 1982 verübte, trugen zweifellos das Ihre dazu bei; dennoch waren sie für den neuen Ton in den Berichten nicht ausschlaggebend gewesen. Wie der langjährige Nahost-Korrespondent Robert Fisk erklärte, bestand das Novum schlicht darin, daß, anders als bei früheren Kriegen in der Region, offenbar weder die betreffende arabische Diktatur noch die sorgfältige israelische Öffentlichkeitsarbeit in der Lage war, die Medienberichterstattung zu kontrollieren oder zu manipulieren: »Die libanesische Regierung war zu schwach, und ihre Sicherheitsdienste waren zu zerstritten, als daß sie die Artikel der westlichen Journalisten, die von Beirut aus berichteten, hätten zensieren können … Die Reporter, die mit den israelischen Truppen unterwegs waren, waren in ihrer Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt; ihre Berichte wurden auch zum Teil zensiert. Ihre Kollegen in Beirut konnten sich hingegen frei bewegen und schreiben, was sie wollten. Dies war das erste Mal, daß sich Reportern die Gelegenheit bot, die *arabische* Seite eines Krieges im Nahen Osten aus der Nähe zu erleben. Sie stellten fest, daß Isra-

els angeblich unbesiegbare Armee mit ihrem hohen moralischen Anspruch und ihrem klar umrissenen Kriegsziel –gegen ›Terroristen‹ vorzugehen – sich nicht so benahm, wie es ihr Ruf hätte vermuten lassen. Die Israelis waren brutal. Sie mißhandelten Gefangene, töteten Tausende Zivilisten, logen in bezug auf ihre Operationen und sahen dann tatenlos dabei zu, wie die mit ihnen verbündete Miliz die Bewohner eines Flüchtlingslagers abschlachtete. Die Israelis benahmen sich ziemlich genau so wie die ›unzivilisierten‹ arabischen Armeen, die sie selbst in den vergangenen 30 Jahren unentwegt mit Schimpf und Schande überzogen hatten. Die Berichterstattung aus dem Libanon … bedeutete für die Israelis eine neue, beunruhigende Erfahrung: Sie hatten die Wahrheit nicht länger gepachtet.« Fisks Schilderung verdeutlicht einmal mehr, welch katastrophale Folgen die lähmende Unterdrückung in der arabischen Welt für die Bevölkerung hat (Robert Fisk, *Pity the Nation,* New York 1990, S. 407; Hervorhebung im Original). [Fisk berichtet seit 1976 aus dem Nahen Osten; zunächst war er dort für die Londoner *Times* tätig, seit Ende der 1980er Jahre schreibt Fisk für den *Independent;* Anm. d. Ü.]

9 Ari Shavit, »Survival of the Fittest«, Interview mit Benny Morris, *Haaretz,* 9. Januar 2004. Einen klugen Kommentar dazu schrieb Baruch Kimmerling, »Is Ethnic Cleansing of Arabs Getting Legitimacy from a New Israeli Historian?«, *Tikkun,* 27. Januar 2004. Zu Morris' Äußerungen jüngeren Datums siehe auch Finkelstein, *Image and Reality,* S. xxix-xxx [vgl. Finkelstein, *Konflikt,* S. 27f.].

10 Siehe zum Beispiel Salman Abu Sitta, »The Implementation of the Right of Return«, in Roane Carey (Hg.): *The New Intifada: Resisting Israels Apartheid,* New York 2001, S. 299-319.

11 U.N. General Assembly Resolution 44/42, *Question of Palestine,* 6. Dezember 1989. U.N. General Assembly Resolution 58/21, *Peaceful Settlement of the Question of Palestine,* 22. Januar 2004. Näheres zu den Abstimmungen bei den Vereinten Nationen findet sich bei Finkelstein, *Image and Reality,* S. xvii-xviii [vgl. Finkelstein, *Konflikt,* S. 16f.].

12 Ich unterscheide zwischen dem Begriff der Massenvernichtung der Juden durch die Nazis und dem Begriff HOLOCAUST. Während der erste Begriff den tatsächlichen historischen Vorgang bezeichnet, steht letzterer für dessen ideologische Instrumentalisierung. [Im Original wird zwischen »Nazi holocaust« (Vorgang) und »The Holocaust« (Instrumentalisierung) unter-

schieden; Anm. d. Ü.] Siehe Norman G. Finkelstein, *Die Holocaust-Industrie: Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird,* Piper: München/Zürich 2001, S. 185 Anm. 1 sowie Kap. 2. [Norman G. Finkelstein, *The Holocaust Industry: Reflections on the Exploitation ofJewish Suf-fering*. Zweite, erweiterte Taschenbuchausgabe, London/New York 2003 (Erstausgabe: 2000).]

13 Meron Benvenisti, »Two generations growing up in Jerusalem«, *New York Times Magazine,* 16. Oktober 1988; ähnliche Formulierungen benutzte Benvenisti in seinem Buch *Intimate Enemies: Jews and Arabs in a Shared Land,* Berkeley 1995, S. 9 (»ein urzeitlicher Wettkampf, ein Hirtenkrieg«), 19 (»sein endemischer, interkommunaler Charakter«).

14 Zum Vergleich mit der europäisch-amerikanischen Eroberung Nordamerikas siehe Norman G. Finkelstein, *Palästina: Ein persönlicher Bericht über die Intifada,* Diederichs: Kreuzungen/München 2003, S. 189-216. [Norman G. Finkelstein, *The Rise and Fall ofPalestine: A Personal Account of the Intifada Years,* Minneapolis 1996.] Zum Vergleich mit der südafrikanischen Apartheid siehe Finkelstein, *Image and Reality,* S. xxvii und Kap. 7. [Vgl. Finkelstein, *Konflikt,* S.26f; das siebte Kapitel liegt nicht in deutscher Übersetzung vor; Anm. d. Ü.]

15 *Palestine Royal Commission Report,* London 1937, S. 76, 94, 110, 131, 136, 363; Hervorhebungen NGF.

16 Yosef Goray, *Zionism and the Arabs, 1882-1948: A Study of Ideology,* Oxford 1987, S. 197. Eine Analyse dieser zionistischen Rechtfertigungen findet sich in Finkelstein, *Image and Reality,* S. l0lf. [Finkelstein, *Konflikt,* S. 189-191]

17 Ich habe mich mit diesem Argument an anderer Stelle ausführlich auseinandergesetzt, siehe Finkelstein, *Image and Reality,* S. 89-98 [Finkelstein, *Konflikt,* S. 170-184].

18 Isaiah Friedman, *The Question of Palestine: British-Jewish-Arab Relations, 1914-1918,* London 1992, S. 13f. (Samuel), 325f. (Bal-four); vgl. S. 331. Clive Ponting, *Churchill,* London 1994, S. 254. Bei nichtzionistischen Rechtfertigungsversuchen wurde die Behauptung, das Land sei nicht besiedelt gewesen, in der Regel durch die rassistische Komponente ergänzt: Während Palästina unter den Arabern eine dünnbesiedelte Einöde gewesen sei, würden Juden, die die Segnungen der Zivilisation und des Fortschritts mitbrächten, das Land sinnvoll nutzen und damit zu Recht Besitzanspruch darauf erheben.

19 Isaac Deutscher, *Die ungelöste Judenfrage: Zur Dialektik von Antisemitismus und Zionismus,* Rotbuch: Berlin 1977, S. 91f; ähnliche Formulierungen finden sich auf den Seiten 76 und 81. [Isaac Deutscher, *The Non-Jewish Jew and Other Essays,* New York 1968.

20 Ebd., S. 73.

21 Zu den Anstrengungen, die die Zionisten unternahmen, um die jüdische Besiedlung in Palästina voranzutreiben, siehe auch den Abschnitt »Kultur des Todes« in Kap. 4

22 Deutscher, *Die ungelöste Judenfrage,* S. 92.

23 Ebd.

24 Ebd., S. 78.

25 Der Scharfsinn, mit dem Deutscher das Thema Zionismus anging, ist in der Tat bemerkenswert – jede einzelne Seite seines Essaybands bringt neue Erkenntnisse hervor oder enthält Vorhersagen, deren Genauigkeit uns heute geradezu unheimlich erscheint. Dennoch werden seine Ausführungen (zumindest bevor er nach dem Junikrieg von 1967 hart mit Israel ins Gericht ging) durch typisch zionistische und rassistische Apologetik beeinträchtigt: Die Kibbuzim seien »jüdische Oasen, die über die frühere arabische Wüste verstreut liegen« (S. 64); vor der zionistischen Besiedlung »bestand in der palästinensischen Wüste… keine Gesellschaft« (S. 65); die zionistische Behauptung, daß »Palästina immer schon jüdisch gewesen« sei, wiege gleichviel wie die arabische Behauptung, daß »die Juden Angreifer und Eindringlinge« seien (S. 76), und so weiter und so fort.

26 Benny Morris, *Israels Border Wars, 1949-1956,* Oxford 1993, S. 380 (Dayan). Zur weiteren Auseinandersetzung mit dem Thema siehe Finkelstein, *Image and Reality,* S. 98-110; das Ben-Gurion-Zitat findet sich auf S. 106 [Finkelstein, *Konflikt,* S. 185-203;Ben-Gurion: S. 197].

27 Siehe Anhang III der Originalausgabe, Norman G. Finkelstein, *Beyond Chutzpah: On the Misuse of Anti-Semitism and the Abuse of History,* Berkeley/Los Angeles 2005; deutsche Übersetzung unter www.NormanFinkelstein.com.

28 Walid Khalidi hat die Gründe für die palästinensische Ablehnung des UN-Teilungsplans noch einmal eindrucksvoll dargelegt: »Revisiting the UNGA Partition Resolution«, *Journal of Palestine Studies,* Herbst 1997, S. 5-21.

29 Benny Morris, *Righteous Victims: A History of the Zionist-Arab*

Conflict, 1881-1999, New York 1999, S. 37 (»Angst«). Benny Morris hat das palästinensische Volk als »krank, psychotisch« bezeichnet. Die Palästinenser seien »Serienmörder«, die Israel »ins Gefängnis stecken« oder »hinrichten lassen« müsse. Sie seien nichts als »Barbaren«, um die herum man »einen Käfig oder irgendwas in der Art bauen muß«. Siehe das oben zitierte *Haarefc*-Interview und die bereits erwähnten jüngsten Äußerungen von Morris in Finkelstein, *Image and Reality [Konflikt].*

30 Helen Hunt Jackson, *A Century of Dishonor,* New York 1981 [Erstausgabe 1881], S. 265.

31 Diese und ähnliche Formulierungen finden sich bei Theodore Roosevelt, *The Winning of the West,* New York 1889, Bd. 1, S. 118f, 121; Bd. 4, S. 7, 54-56, 65, 200, 201.

32 Man darf sich heute nicht einmal mehr daran erinnern, daß Roosevelt solche Äußerungen von sich gegeben hat: In den neueren Biographien über ihn werden sie mit keinem Wort erwähnt, obwohl sie in seinen veröffentlichten Schriften und Briefen dutzendfach vorkommen.

33 Es ist kein Zufall, daß diese Einschränkung der Qualitätskontrolle auch auf Veröffentlichungen zum HOLOCAUST zutrifft. Raul Hil-berg, der Doyen der Forschung über die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis, hat dies treffend kommentiert, siehe Finkelstein, *Die Holocaust-Industrie,* S. 67.

34 Alan M. Dershowitz, *The Case for Israel,* Hoboken/New Jersey 2003. Alle Verweise auf dieses Buch beziehen sich auf die gebundene Erstausgabe vom August 2003 (Verlag: John Wiley). [Zur deutschsprachigen Ausgabe siehe Fußnote S. 48; Anm. d. Ü.] Ich habe bereits kurz nach der Veröffentlichung publik gemacht und umfassend belegt, daß das Buch die Tatsachen verdreht (siehe »The Dershowitz Hoax«, www.NormanFinkelstein.com/article.php?pg=4&ar=l). In der amerikanischen Taschenbuchausgabe, die im August 2004 bei Wiley erschien, hat Dershowitz ein paar Korrekturen vorgenommen.

35 Siehe Anhang I in Finkelstein, *Beyond Chutzpah;* deutsche Übersetzung unter www.NormanFinkelstein.com.

36 Ihre Lobpreisungen des Buches sind bei www.Amazon.com [unter Alan Dershowitz, *The Case for Israel]* nachzulesen.

37 In der *New York Times Sunday Book Review* lobte Ethan Bronner Dershowitz für seine »intelligente Polemik« und seine Fähigkeit, »überzeugend zu argumentieren«. Auch fand Bronner, Dersho-

witz sei »besonders gut darin, die Verlogenheit vieler Kritiker der israelischen Politik zu entlarven« (»The New New Historians«, 9. November 2003). Bronner gilt in der Redaktion der *New York Times* als »Nahost-Experte«. Im *Boston Globe* war Jonathan Dorfman ganz außer sich vor Begeisterung darüber, wie Dershowitz »es den Gegnern Israels zeigt«. Er teile dabei aus, wie man es bei ihm von seinen Reden als Strafverteidiger gewohnt sei. Dershowitz habe »einige unumstößliche Wahrheiten über Israel noch einmal überzeugend dargelegt – Wahrheiten, die Israels Freunde anderen vermitteln sollten; Wahrheiten, mit denen sich Israels Feinde auseinandersetzen sollten; und schließlich Wahrheiten, die Plappermäuler erst einmal zur Kenntnis nehmen sollten, bevor sie irgendwelche Urteile über Israel fallen, die nicht nur pauschalisierend und leichtfertig dahingesagt, sondern auch noch falsch sind« (»Dershowitz makes the ›Case‹«, 26. November 2003). Diese beiden Besprechungen erschienen, *lange nachdem* ich öffentlich zweifelsfrei nachgewiesen hatte, daß Dershowitz’ Buch Kokolores ist.

Teil I

Kapitel 1: Von *Jesus Christ Superstar* zur *Passion Christi*

1 Abraham H. Foxman, *Never Again? The Threat of the New Anti-Semitism,* San Francisco 2003, S. 4.

2 Arnold Forster/Benjamin R. Epstein, *The New Anti-Semitism,* New York 1974; Nathan Perlmutter/Ruth Ann Perlmutter, *The Real Anti-Semitism in America,* New York 1982. Zum Hintergrund und zur weiteren Diskussion siehe Norman G. Finkelstein, *Die Holocaust-Industrie: Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird,* Piper: München/Zürich 2001, S. 40-47. [Norman G. Finkelstein, *The Holocaust Industry: Reflections on the Exploitation of Jewish Suffering.* Zweite, erweiterte Taschenbuchausgabe London/New York2003 (Erstausgabe: 2000).]

3 Forster/Epstein, *New Anti-Semitism,* S. 56 *{Washington Post),* 113 *(Fritz the Cat),* 300 *(New York Times).*

4 Forster/Epstein, *New Anti-Semitism,* S. 91 (»Bühnenfassung«, »alle miteinander«), 93f. (»Geschichte des Neuen Testaments«), 97 (»ökumenische Interpretation« und, die *New York Times* zi-

tierend, »Konzil«). Frank Rich, »Mel Gibson Forgives Us for His Sins«, *New York Times,* 7. März 2004

5 Foxman, *Never Again?,* S. 147-151 (christliche Fundamentalisten und »treue Anhänger«: S. 149).

6 »ADL Audit Finds Anti-Semitic Incidents Remain Constant; More Than 1,500 Incidents Reported across U.S. in 2003«, ADL-Presse-erklärung, 24. März 2004; das Binnenzitat stammt von ADL-Chef Abraham Foxman.

7 Frank Rich, »The Greatest Story Ever Sold«, *New York Times,* 21. September 2003.

8 Forster/Epstein, *New Anti-Semitism,* S. 16 (»einzige Erklärung«), 17, 152 und 219 (»ausgereifte«), 323f. (»Feindseligkeit«, »Herzstück«).

9 In *The New Anti-Semitism* widmeten Forster und Epstein dem Antisemitismus in der kommunistischen und arabischen Welt umfangreiche Kapitel, und die Verfasser späterer Werke zum neuen Antisemitismus taten es ihnen gleich. Es sei an dieser Stelle – zumal sich ADL-Studien und andere, im gleichen Geist verfaßte Werke gern über diesen Punkt ausschweigen – daraufhingewiesen, daß der internationale Konsens zur Lösung des israelisch-arabischen Konflikts sowohl vom Ostblock als auch von den arabischen Staaten offiziell unterstützt wurde. Die Zeit, in der mit dem Forster-Epstein-Buch das erste Werk zum neuen Antisemitismus erschien, war auch die Zeit der Kampagne »zur Befreiung der sowjetischen Juden«. Das amerikanisch-jüdische Establishment bezweckte mit dieser Kampagne zweierlei: erstens die Sowjetunion schlechtzumachen – und sich damit den herrschenden Eliten in den USA anzudienen – und zweitens Israel neue Einwanderer zu bescheren und auf diese Weise Israel dabei zu helfen, die Gefahr der »demographischen Bombe« abzuwenden.

10 Ebd., S. 255 (»behalten«), 260 *(Stern* [zit. nach Forster/Epstein]), 264 (Großbritannien), 273 (»besorgniserregend«), 275 (»Sprecher der Linken«).

11 Ebd., S. 80f. (liberaler protestantischer Geistlicher), 86-88 (Quäker/American Friends Service Committee), 125 (»radikalen Linken«), 323 (National Council of Churches). Zu Israels Weigerung, sich nach dem im Februar 1971 vom ägyptischen Präsidenten Sadat unterbreiteten umfassenden Friedensangebot aus dem Sinai zurückzuziehen, siehe Norman G. Finkelstein, *Image and Reality of the Israel-Palestine Conflict.* Zweite, erweiterte Ausgabe, London/ New York 2003 (Erstausgabe: 1995), Kap. 6 [Norman

G. Finkelstein, *Der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern: Mythos und Realität,* Diederichs: Kreuzlingen/München 2002, Kap. 6]; zu Israels Verantwortung für den Ausbruch des Junikrieges von 1967 sowie zur Bedeutung von UN-Resolution 242 vom November 1967 siehe Kap. 5 und den Anhang von *Image and Rea-lity [Konflikt,* Kap. 5; der Anhang ist in der deutschen Ausgabe nicht enthalten; Anm. d. Ü.].

12 Forster/Epstein, *New Anti-Semitism,* S. 117-124 (*Washington Post:* S. 122, *CBS-News:* S. 123).

13 Ebd., S. 7 (vgl. S. 12); Perlmutters, *Real Anti-Semitism,* S. 139.

14 Perlmutters, *Real Anti-Semitism,* S. 9 (»These«; vgl. S. 105-107), 231 (»Ku-Klux-Klan-Anhänger«, »unter Kontrolle«).

15 Ebd., S. 80 (»zweifelsohne«), 154 (»am Herzen«). Zur Unterstützung eines militarisierten und abhängigen Israels durch amerikanische Juden siehe Finkelstein, *Die Holocaust-Industrie,* Kap. 1.

16 Perlmutters, *Real Anti-Semitism,* S. 262. Avner Yaniv, *Dilemmas of Security,* Oxford 1987, S. 70.

17 Perlmutters, *Real Anti-Semitism,* S. 32f, 107f., 163f. (»modischen«), 230-244 (»Mordkomplizen«: S. 244).

18 Ebd., S. 108f. (Wahlmänner-Gremium), 116 (»reden die Leute«), 159 (PLO), 248 (Vereinte Nationen), 282 (Atomkraft).

19 Ebd., S. 86ff. (Umfrageergebnisse), 186 (»liebevollen Umsorgung«), 211 (»Gott«), 251 (»dazu neigen«). Übrigens brachte die amerikanisch-jüdische Unterstützung für die schwarze Bürgerrechtsbewegung auch Juden bedeutende Verbesserungen. »Da es während der Bürgerrechtsprotestmärsche der 1950er und 1960er Jahre nicht zu übersehen war, daß Juden und Schwarze sich zusammengetan hatten, fühlten sich viele rechtsextreme Rassisten berufen, ihren Haß auch wieder verstärkt gegen die Juden zu richten«, stellte der an der Harvard University lehrende Juraprofessor Alan Dershowitz fest. »Doch gelang es im Zuge der Bürgerrechtsproteste am Ende auch, die soziale und wirtschaftliche Diskriminierung der Juden größtenteils zu beenden« (Alan M. Dershowitz, *Contrary to Popular Opinion,* New York 1992, S. 366).

20 Perlmutters, *Real Anti-Semitism,* S. 182-203, 264-277. Zu jüdischen Organisationen, die sich gegen »Affirmative Action« wandten, sowie zu jüdischem Rassismus siehe Finkelstein, *Die Holocaust-Industrie,* S. 44f.

21 Perlmutters, *Real Anti-Semitism,* S. 114 (»Angst«), 203 (»lautstark, deutlich«), 206 (»der Schwarze«).

22 Ebd., S. 155f. (»Intoleranz« und Bailey Smith), 172 (»Lasset«), 176 (»Selten«).
23 Ebd., S.228 (»Gewalt«), 254-258 (Verteidigungshaushalt; »um so glaubwürdiger« und »Rüstungslobbyisten«: S. 254), 264-277 (»Affirmative Action«; »umgekehrte Diskriminierung«: S. 269)

Kapitel 2: Israel – Der »Jude« unter den Völkern

1 Aristoteles, *Politik,* Rowohlt: Reinbek bei Hamburg, 2. Aufl. 2003, S.46.
2 Phyllis Chesler, *Der neue Antisemitismus: Die globale Krise seit dem 11. September,* Schwartzkopff: Hamburg/Berlin 2004, S. 12 [Phyllis Chesler, *The New Anti-Semitism: The Current Crisis and What We Must Do About It,* San Francisco 2003]; Mortimer B. Zuckerman, »The New Anti-Semitism«, *U.S. News & World Report,* 3. November 2003; Irwin Cotler, »Human rights and the new anti-Jewishness«, *Jerusalem Post,* 5. Februar 2004 (Cotler ist derzeit kanadischer Justizminister); Gabriel Schoenfeld, *The Return of Anti-Semitism,* San Francisco 2004, S. 147.
3 Nathan Perlmutter/Ruth Ann Perlmutter, *The Real Anti-Semitism in America,* New York 1982, S. 162f.; Alan M. Dershowitz, *Chuzpe,* Europäische Verlagsanstalt: Hamburg 2000, S. 156, 287. [Alan M. Dershowitz, *Chutzpah,* Boston 1991.]
4 Abraham Foxman, *Never Again? The Threat of the New Anti-Semitism,* San Francisco 2003, S. 39; Chesler, *Der neue Antisemitismus,* S. 180.
5 Ruth R. Wisse, »On Ignoring Anti-Semitism«, in Ron Rosenbaum (Hg.), *Those Who Forget the Past: The Question of Anti-Semitism,* New York 2004, S. 200.
6 Siehe Greg Philo/Mike Berry, *Bad News from Israel,* London 2004.
7 Chesler, *Der neue Antisemitismus,* S. 27 (»Verteidigungskriege«), 38 (Sabra und Shatila), 49-58 (»Kurze Geschichte«), 87-91 (»jüngste arabische Terror«), 170 (»Experte«, »israelische Kontrolle«, »unabdingbar«), 223 (Kriege).
8 Bertrand Benoit, »EU racism group shelves anti-Semitism study«, *Financial Times,* 22. November 2003 (»tendenziös«); Bertrand Benoit/Silke Mertins, »Brüssels urged to publish report on anti-Semitism«, *Financial Times,* 25. November 2003 (Solana); Bertrand Benoit, »Shelved EU study of anti-Semitism goes on net«, *Financial Times,* 3. Dezember 2003; Cobi Benatoff/Edgar

M. Bronfman, »Europe's moral treachery over anti-Semitism«, *Financial Times,* 5. Januar 2004 (»Antisemitismus«, »zensiert«); George Parker, »Prodi shelves plan for anti-Semitism Conference«, *Financial Times,* 6. Januar 2004 (»nicht genügend«); Raphael Minder, »Racism talks revived as Jews support Prodi«, *Financial Times,* 8. Januar 2004

9 Siehe Norman G. Finkelstein, »Counterfeit Courage: Reflections on ›Political Correctness‹ in Germany«, in Alexander Cockburn/ Jeffrey St. Clair (Hg.), *The Politics of Anti-Semitism,* Oakland/ Kalifornien 2003.

10 Hans-Jochen Luhmann/Gundel Neveling (Hg.), »Erklärung der Arbeitsgemeinschaft Juden und Christen beim Deutschen Evangelischen Kirchentag: Zur Gefahr eines neuen Antisemitismus«, *Deutscher Evangelischer Kirchentag Hamburg 1981 – Dokumente,* Kreuz: Stuttgart/Berlin 1981, S. 626.

11 Werner Bergmann/Juliane Wetzel, *Manifestations of anti-Semitism in the European Union,* Wien 2003, http://eumc.eu.int/eumc /material/pub/FT/Draft_anti-Semitism_report-web.pdf, S. 10 (»Dämonisierung«, »enge Verbündete«, »großen Einfluß«), 23 (»Apartheid«, »ethnischen Säuberung«, »Verbrechen gegen die Menschlichkeit«), 23f. (»Opferstatus«), 29 (»gefährlichen Charakter«). Im folgenden: *Manifestations.* [Die Studie liegt nur in englischer Fassung vor; Anm. d. Ü.] In dieser Studie wird, wie in anderen Publikationen über den neuen Antisemitismus auch, der Gebrauch des Begriffs »Völkermord« verurteilt. Tatsächlich umfaßt dieser Begriff eine ganze Reihe verheerender Ziele. Einige dieser Ziele treffen auf den israelischen Kontext eindeutig nicht zu, andere mögen die israelische Politik gegenüber den Palästinensern durchaus treffend charakterisieren.

12 Bergmann/Wetzel, *Manifestations,* S. 41 (Belgien), 55 (Irland), 60 (Spanien), 71 (Italien), 82 (Niederlande), 88 (Portugal), 91 (Finnland).

13 Chesler, *Der neue Antisemitismus,* S. 13 (»Schrankenlosigkeit«), 14 (»Pornographie«), 21 (»gelben Stern«), 22 (»Aidsvirus«), 26 (»›beschnittenen‹ Herzen«), 75 (»progressive Feministinnen«), 76 *{Time),* 93 (»Braunhemden«), 99 (»extreme Übertreibung«), 100 (»westlichen Wahrheits- und Objektivitätsstandard«), 179 (»jeder, der diese Tatsache leugnet«), 182 (»Antikriegs-«), 183 (israelische Antisemiten), 189 (»Reihe amerikanisch-jüdischer Feministinnen«), 191 (Leibowitz), 218 (»europäischen und linken bzw. libe-

ralen amerikanischen Medien«), 219 (CNN, NPR, *New York Times, Los Angeles Times),* 223 (»wie bei den Nazis«), 242 (»Kapitalismuskritiker«), 243 (»Menschenrechtsorganisationen«), 251 Anm. 134 (Associated Press, Reuters, BBC, CNN, ABC, *Washington Post, Toronto Star, Guardian).* [Im amerikanischen Original nennt die Autorin »Associated Press« (Chesler, *The New Anti-Semitism,* S. 259 Anm. 5); in der deutschen Ausgabe wurde statt dessen aus Versehen »Agence France-Press« genannt (S.251 Anm. 134); Anm. d. Ü.] Denjenigen, die sich fragen, was an einer globalen Protestbewegung, die die Macht der Konzerne über die Weltwirtschaft brechen will, antisemitisch sein soll, kann geholfen werden – ein Blick in die Zeitschrift *Foreign Policy* genügt: »[Diese Bewegung] trägt dazu bei, den Antisemitismus zu schüren, weil sie Verschwörungstheorien verbreitet. In ihren Augen ist die Globalisierung weniger ein Prozeß als vielmehr ein hinter verschlossenen Türen ersonnenes Komplott, ausgeheckt von einer Handvoll von Bürokraten und Unternehmen, die niemandem Rechenschaft schuldig sind. Die Bewegung setzt sich zwar für humanistische Werte wie weltweite soziale Gerechtigkeit ein, doch unterschwellig betreibt sie auch das Geschäft mit der Angst: Der Internationale Währungsfond [IWF], die Welthandelsorganisation [WTO], das Nordamerikanische Freihandelsabkommen [NAFTA] und das Multilaterale Abkommen über Investitionen [MAI] werden nicht nur als Ausbeuter der Entwicklungsländer dargestellt, sondern auch als supranationale Werkzeuge, die unsere Souveränität untergraben. Nehmen Sie nur mal ein Exemplar des 1998 erschienenen Buches *MAI and the Threat to American Freedom* in die Hand …, und Sie werden folgendes lesen: ›In den vergangenen 25 Jahren scheinen die Unternehmen ein neues politisches Bündnis mit dem Staat geschmiedet zu haben, das es den Unternehmen erlaubt, die Herrschaftsstruktur zu immer größeren Teilen ihrer eigenen Kontrolle zu unterstellen. Diese neue »Unternehmensherrschaft« stellt eine fundamentale Bedrohung der Rechte und demokratischen Freiheiten aller Völker dar‹« (Mark Strauss, »Antiglobalism's Jewish Problem«, *Foreign Policy,* November/Dezember 2003; Abdruck in Rosenbaum, *Those Who Forget,* S. 278f.). Man weiß nicht, worüber man mehr lachen soll: über den Vorwurf, daß es sich bei dieser Analyse um eine »Verschwörungstheorie« handelt, oder über den Vorwurf, daß wir es hier mit »Antisemitismus« zu tun haben.

14 Chesler, *Der neue Antisemitismus,* S. 201.

15 Schoenfeld, *Return,* S. 2 (»ihres Lebens nicht mehr sicher«), 86 (»Umweltschützer«), 87-100 (»britischen und europäischen Zeitungen«: S. 89), 124 (Dowd), 125 (Matthews), 128 (»Neokonservativer«, »Synonym«), 148 (»liberal bis links«).

16 Schoenfeld, *Return,* S. 130-139 (»Kontingent«: S. 130, Boyarin: S. 137, »linke Juden« und »Speerspitze«: S. 139), 148f. (Wieseltier). Laut Schoenfeld ist auch der Verfasser dieser Zeilen ein Antisemit und selbsthassender Jude, noch dazu einer, der sich »auf das Gebiet glatter Holocaustleugnung begibt«. Schoenfeld berichtet zum Beispiel, daß »Finkelstein das aufgreift, was revisionistische Historiker behaupten, daß nämlich geldgierige Juden mit der Holocaust-Wiedergutmachung ›Erpressung‹ betreiben, um sich zu bereichern« (S. 132,134). Komisch. Schoenfeld scheint vergessen zu haben, was er selbst zu dem Thema geschrieben hat. *Commentary* brachte im September 2000 einen großen Artikel von ihm mit dem Titel: »Holocaust-Wiedergutmachung – Ein wachsender Skandal«. Darin geißelte Schoenfeld Holocaust-Profiteure in aufrührerischem Ton dafür, daß sie »sich ganz ungeniert aller möglichen Methoden bedienen, ganz egal wie ungehörig oder sogar diskreditierend diese sind«. An anderer Stelle behauptete Schoenfeld: »In einem Vortrag, den Finkelstein im Dezember 2001 in Beirut, Libanon, hielt, verglich er das, was Israel tat, mit ›Nazi-Praktiken‹ im Zweiten Weltkrieg, allerdings mit einigen ›Neuerungen bezüglich der Nazi-Experimente‹« (Gabriel Schoenfeld, »Israel and the Anti-Semites«, in Rosenbaum, *Those Who Forget,* Anm. auf S. 112). Wer diese der Schoenfeld'schen Phantasie entsprungene Schilderung mit dem tatsächlichen Text vergleichen möchte, kann die zweite, erweiterte Ausgabe meines Buchs *Image and Reality of the Israel-Palestine Conflict* (London/New York 2003) zur Hand nehmen – bei der neuen Einleitung handelt es sich um die mit Anmerkungen versehene schriftliche Fassung meines Vortrags in Beirut. [Dieser Text entspricht im wesentlichen dem Vorwort zur deutschen Ausgabe. Norman G. Finkelstein, *Der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern: Mythos und Realität,* Diederichs: Kreuzlingen/München 2002.]

17 In die Anthologie wurden auch Artikel von Leuten wie Edward Said und Judith Butler aufgenommen – in der Hoffnung, daß dann vielleicht doch der eine oder andere Leser glaubt, ein ausgewogenes Buch in Händen zu halten. (Vollständige Quellenangabe siehe Anm. 5 in diesem Kapitel.)

18 Barbara Amiel, »Islamists Overplay Their Hand«, S. 34; Robert S. Wistrich, »The Old-New Anti-Semitism«, S. 76f., 88; Thane Rosenbaum, »Danny Pearl«, S. 125f.; Marie Brenner, »France's Scarlet Letter«, S. 247; David Mamet, »›If I Forget Thee, Jerusalems The Power of Blunt Nostalgia«, S. 459; jeweils in Rosenbaum, *Those Who Forget.* Zum irakischen Kernreaktor siehe Noam Chomsky, *Hybris: Die endgültige Sicherung der globalen Vormachtstellung der USA,* Europa: Hamburg/Wien 2003, S. 36f. [Noam Chomsky, *Hegemony or Survival: America's Quest for Global Dominance,* New York 2003.]

19 Cynthia Ozick, »Afterword«, S. 595f., in Rosenbaum, *Those Who Forget.* Ozicks frühere Jeremiade namens »All the World Wants the Jews Dead« findet sich in *Esquire,* November 1974.

20 Einleitung zu Rosenbaum, *Those Who Forget,* S. lix.

21 Ron Rosenbaum, »›Second Holocaust‹, Roth's Invention, Isn't Novelistic«, in Rosenbaum, *Those Who Forget,* S. 170-177 passim. Rosenbaum führt die Entstehung des Begriffs ›zweiter Holocaust auf einen Dialog über Israels Verwundbarkeit aus Philip Roths 1993 [deutsch: 1994] erschienenem Roman *Operation Shy-lock* zurück (S. 170f.) und behauptet, daß Juden im Grunde erst seit neuestem über die »existentielle Bedrohung« Israels nachdenken (S. xxviii-xxix). Doch gibt es diese Befürchtung unter amerikanischen Juden – wenn sie früher auch in andere Worte gekleidet gewesen sein mag – bereits seit dem arabisch-israelischen Krieg von 1948, und seit dem Junikrieg von 1967 ist sie fester Bestandteil der zionistischen Propaganda. Siehe Peter Novick, *Nach dem Holocaust: Der Umgang mit dem Massenmord,* Deutsche Verlags-Anstalt: Stuttgart/München 2001, Kap. 8 [Peter Novick, *The Holocaust in American Life,* Boston 1999], und Norman G. Finkelstein, *Die Holocaust-Industrie: Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird,* Piper: München/ Zürich 2001, Kap. 1 [Norman G. Finkelstein, *The Holocaust Industry: Reflections on the Exploitation of Jewish Suffering.* Zweite, erweiterte Taschenbuchausgabe, London/New York 2003 (Erstausgabe 2000)].

22 Philip Greenspun, »Israel«, in Rosenbaum, *Those Who Forget,* S.491.

23 Zur Unterstützung des Angriffs auf den Irak durch den amerikanisch-jüdischen Mainstream siehe zum Beispiel »ADL Commends President Bush's Message to International Community on Iraq Calling It ›Clear and Forceful‹«, Presseerklärung der

Anti- Defamation League, 12. September 2002, sowie »AJC Lauds Bush on State of Union Message on Terrorism …«, Presseerklärung des American Jewish Committee, 7. Februar 2003. Zur enthusiastischen Unterstützung des Krieges durch Israel siehe Meron Benve-nisti, »Hey ho, here comes the war«, *Haaretz,* 13. Februar 2003; Uzi Benziman, »Corridors of Power: O what a lovely war«, *Haaretz,* 18. Februar 2003; Gideon Levy, »A great silence over the land«, *Haaretz,* 16. Februar 2003; Aluf Benn, »Background: Enthusiastic IDF awaits war in Iraq«, *Haaretz,* 17. Februar 2003; sowie Aluf Benn, »The celebrations have already begun«, *Haaretz,* 20. Februar 2003. Zum Vorwurf des »Antisemitismus« siehe Eliot A. Cohen, »The Reluctant Warrior«, *Wall Street Journal,* 6. Februar 2003 (»im Westen längst nicht mehr existierte«) sowie J. Bottum, »The Poets vs. The First Lady«, *Weekly Standard,* 17. Februar 2003 (»1930er Jahre«) sowie »ADL Says Organizers of Antiwar Protests in Washington and San Francisco Have History of Attacking Israel and Jews«, Presseerklärung der Anti-Defamation League, 15. Januar 2003; »Blackballing Lerner« (Leitartikel) und Max Gross, »Leftist Rabbi Claims He's Too Pro-Israel for Anti-War Group«, *Forward,* 14. Februar 2003; sowie David Brooks, »It's Back: The socialism of fools has returned to vogue not just in the Middle East and France, but in the American left and Washington«, *Weekly Standard,* 21. Februar 2003. Zu Deutschland siehe »Spiegel kritisiert Nein zum Irak-Krieg«, *Süddeutsche Zeitung,* 26. Januar 2003, sowie Helmut Breuer/Gernot Facius, »›Es gibt notwendige Kriege ‹: Paul Spiegel, Zentralratsvorsitzender der Juden, sieht die Öffentlichkeit in einem Dornröschenschlaf«, Die *Welt,* 13. Februar 2003.

24 Dershowitz, *Chuzpe,* S. 294f. (»Politische Lösungen«); Alan M. Dershowitz, *Why Terrorism Works: Understanding the Threat, Responding to the Challenge,* New Haven 2002, S. 131-163 (»Nadel«: S. 144, 148), 172-181, 183-186, 221 (»an der Zeit«); Alan M. Dershowitz, »New response to Palestinian terrorism«, *Jerusalem Post,* 11. März 2002 (»automatische Zerstörung«); »Why terrorism works«, Interview mit Alan M. Dershowitz, 12. September 2002, www.salon.com (»Ich bin für«, »niemals zu tolerieren«); Alan M. Dershowitz, *Plädoyer für Israel: Warum die Anklagen gegen Israel aus Vorurteilen bestehen,* Europa: Hamburg/Leipzig/Wien 2005, S. 267-278 (»Zerstörung von [Wohnhäusern]«: S.2751, 279-283 (»Vorteil der gezielten Liquidie-

rung«: S. 281), 368 (»Das große moralische Problem«, »Herrschaft des Rechts«); Alan M. Dershowitz, »Defending against Terrorism within the Rule of Law«, Vortrag bei der Herzliya-Konferenz, Israel, 18. Dezember 2003, www.herzliyaconference.org (»wirksamen Waffen«, »Israelis sind verpflichtet«); Dan Izenberg, »Dershowitz: Speak up about Israel's positive points, too«, *Jerusalem Post,* 22. Dezember 2003 (»archaische«); Alan M. Dershowitz, »Rules of War Enable Terror«, *Baltimore Sun,* 28. Mai 2004 (Genfer Konvention).

25 Die Äußerungen stammen aus der *Michael Coren Show* vom 19. Oktober 2004. Nachdem es reichlich Kritik gehagelt hatte, reichte der Vorsitzende des »B'nai Brith Institute for International Affairs« seinen Rücktritt ein (Maria Jimenez, »B'nai Brith official quits after terrorism remark«, *Globe and Mail,* 3. November 2004).

26 Jean-Christophe Rufin, *Chantier sur la lutte contre le racisme et l'antisémitisme,* 19. Oktober 2004.

27 Chesler, *Der neue Antisemitismus,* S. 57 und 59 (Vereinte Nationen und Zionismus), 92 (Das Neue), 102 (»israelische Panzer«), 103 (»eine der zivilisiertesten«, »konfiszieren kein Eigentum«, »zielen nicht auf palästinensische Frauen und Kinder«, »Mehrheit der Palästinenser, die… ums Leben gekommen sind«), 153 (Chomsky), 155 (»Krankenwagen und Hilfskräfte anzugreifen«), 172 (»beschlagnahmen kein Eigentum«, »Mehrheit der… getöteten Palästinenser«), 182f. (»meiner hervorragenden Kollegin«), 199 (»geboren«), 215 (»unterrichten«, »Wir müssen die großen Lügen bekämpfen«), 216 (»Apartheid«), 224 (UN-Resolution), 225 (»Das Neue am neuen Antisemitismus«), 234 (»Anspruch«, »beteten«, »Gott versprach«), 238 (Hamas), 241 (»menschliche Schutzschilde«), 242 (»naiver und falsch informierter Studenten«, »Apartheidstaat«), 246; zu zionistischen Demographie-mythen in bezug auf die arabische Bevölkerung in Palästina siehe Finkelstein, *Image and Reality,* Kap. 2 [Finkelstein, *Konflikt,* Kap. 2]; das Shalom-Zitat findet sich in Alex Fishman/Sima Kad-mon, »We are Seriously Concerned about the Fate of the State of Israel«, *Yediot Ahronot,* 14. November 2003; zu den von Menschenrechtsorganisationen dokumentierten israelischen Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten generell sowie speziell während der »Operation Schutzschild« siehe Teil II dieses Buches.

28 Craig Horowitz, »The Return of Anti-Semitism«, *New York,* 15.

Dezember 2003; Omer Bartov, »Did Hitlerism Die with Hitler?«, *New Republic,* 2. Februar 2004; Schoenfeld, *Return,* S. 23, 146; Zuckerman, »The New Anti-Semitism«. Rosenbaum, »Introduction«, S. xxiii (»faszinierend«); Samuel G. Freedman, »Don't Look Away«, S. 130; Tom Gross, »Jeningrad: What the British Media Said«, S. 138 (»kleiner Teil«); Dr. David Zangen, »Seven Lies about Jenin«, S. 149; Tom Gross, »The Massacre That Never Was«, S. 152 (»Geschichten«); Martin Peretz, »The Poet and the Murderer«, S. 421; Cynthia Ozick, »Afterword«, S. 603, 613; alle in Rosenbaum, *Those Who Forget.* Zu den Menschenrechtsverletzungen, die Amnesty und Human Rights Watch bezüglich Jenin aufgezeichnet haben, sowie zu den Schlüssen, die sie daraus zogen, siehe Teil II dieses Buches; zu der Einschätzung israelischer Historiker, daß das, was Israel im Jahr 1948 tat, als »ethnische Säuberung« zu bezeichnen ist, siehe die diversen Veröffentlichungen von Baruch Kimmerling, Ilan Pappe und Benny Morris (Morris spricht von einer »teilweisen ethnischen Säuberung«); zu Peretz und Peters siehe Finkelstein, *Image and Reality,* S. 22 [Finkelstein, *Konflikt,* S. 68]; die Aussage des israelischen Bulldozerfahrers findet sich in Tsadok Yeheskeli, »I made them a Stadium in the middle of the camp«, *Yediot Ahronot,* 31. Mai 2002; zur Auszeichnung des Bulldozerfahrers siehe Human Rights Watch, *Razing Rafah: Mass Home Demolitions in the Gaza Strip,* New York, Oktober 2004, S. 34; zu den von Zuckerman wieder aufgewärmten zionistischen Mythen siehe Finkelstein, *Image and Reality [Konflikt],* passim; Bartov, Gross und ihre Gesinnungsgenossen ziehen über die Medien her, weil diese das, was in Jenin geschah, als »Massaker« bezeichneten. Doch wie der Amnesty-Bericht über Jenin festhält, lag es vor allem an Israels massivem Raketenbeschuß sowie an Israels Weigerung, Medienvertretern Zugang zum Flüchtlingslager zu gewähren, und schließlich auch an Israels eigenen Militärverlautbarungen, in denen von »Hunderten von Toten« die Rede war, daß sich Gerüchte über ein Massaker verbreiten konnten; siehe auch Philo/Berry, *Bad News,* S. 192-199, wo der Vorwurf, britische Medien hätten unkritisch von einem »Massaker« in Jenin berichtet, zurückgewiesen wird.

29 Bergmann/Wetzel, *Manifestations,* S. 7, 8 (»diejenigen Europäer«), 27 (»die Gewalt und die Konflikte«), 28 (»eindringliche und beständige Fokus«), 34 (»angeblich«), 97 (»riecht«, Zitat aus *The Economist),* 98.

30 Ebd., S. 13 (»private und staatliche Organisationen«), 31 (»europäischen Gerichte«, »intensive«, »mit Fällen«), 34f.

31 Ebd., S. 12 (»Förderung«), 17 (»das israelische Vorgehen«), 33 (»anzuwenden«), 47 (Deutschland), 93 (Schweden). Schoenfeld, *Return,* S. 46 (»Ähnlichkeiten«), 72 (»vorsichtig«), 96f. (»universellen Dimension«).

32 Wistrich, »The Old-New Anti-Semitism«, in Rosenbaum, *Those Who Forget,* S. 86-88; Wisse, »On Ignoring Anti-Semitism«, in ebd., S. 191 f., 207; Alain Finkielkraut, »Une croix gammee ä la place de l'etoile«, *L'Arche,* Mai-Juni 2002. Bernard Lewis befaßt sich in seinem Beitrag zu Rosenbaums Band mit »muslimischem Antisemitismus« und hebt hervor, daß die arabische Welt »Juden als Nazis« darstellt – in seinen eigenen Büchern unterstellt Lewis dafür Palästinensern und Arabern in propagandistischer Weise nazistisches Gedankengut. Außerdem hebt Lewis hervor, daß die arabische Welt die Geschichte »neu schreibt«, indem sie »so tut, als habe es im Altertum keine Juden im Nahen Osten gegeben« –und er lehnt es für sich persönlich ab, sich von Joan Peters' Mythensammlung zu distanzieren, die so tut, als habe es in der jüngeren Geschichte keine Palästinenser im Nahen Osten gegeben. Und schließlich hebt Lewis noch hervor, daß die arabische Welt »Holocaustleugnung« betreibt und Holocaustleugner wie Roger Garaudy mit offenen Armen empfängt – auch wenn Lewis der führende akademische Leugner des armenischen Holocaust ist und er selbst (das erwähnt er lieber nicht, wenn er darüber spricht, daß Garaudy in Frankreich wegen Holocaustleugnung angeklagt wurde) für seine Leugnung des armenischen Holocaust von einem französischen Gericht angeklagt und verurteilt wurde. (Bemard Lewis, »Muslim Anti-Semitism«, in Rosenbaum, *Those Who Forget,* S. 549-562). Mehr dazu in Finkelstein, *Image and Reality,* S. 48 [*Konflikt,* S. 105f.] und Finkelstein, *Die Holocaust-Industrie,* S. 70, 76f.

33 Chesler, *Der neue Antisemitismus,* S. 208; Bergmann/Wetzel, *Manifestations,* S. 59 (Griechenland), 62 (Spanien), 76 (Italien), 92 (Finnland).

34 Eric J. Greenberg, »Standing behind Berlusconi«, *Jewish Week,* 19. September 2003 (»laut gesagt«); »A Shocking Award to Berlusconi« (Brief), *New York Times,* 23. September 2003 (Nobelpreisträger); Nathaniel Popper, »ADL Dinner for Berlusconi Causes a Stir«, *Forward,* 26. September 2003 (»der einzige«).

35 Amiram Barkat, »Fini condemns his country's ›disgraceful past‹«, *Haaretz,* 24. November 2003 (»pompösen«, »unerschütterliche Unterstützung«, »B'nai Brith«, »größten Politiker«, »Schande«); »On visit to Israel, Italian official denounces country's Fascist past«, *International Herald Tribüne,* 25. November 2003 (»fieser Faschist«).

36 Schoenfeld, *Return,* S. 78. Zur französisch-jüdischen Unterstützung für Le Pen – laut einem ehemaligen Präsidenten des Repräsentativen Rats jüdischer Organisationen in Frankreich (CRIF) »eine Sache, die die Führer der jüdischen Gemeinden beunruhigt« – siehe Adar Primor, »Le Pen will fight anti-Semitism, says his Jewish running mate«, *Haaretz,* 19. März 2004. Siehe zum Beispiel auch Schoenfeld, »Israel and the Anti-Semites« (S. 102) und Wisse, »On Ignoring Anti-Semitism« (S. 192) in Rosenbaum, *Those Who Forget,* sowie Edgar Bronfmans Kommentare in *Der Spiegel* (»›Es ist etwas faul‹: Die Funktionäre Edgar M. Bronfman und Israel Singer über wachsende Judenfeindlichkeit in Europa und den Streit mit Kommissionschef Romano Prodi«, 14. Januar 2004) zu Sorgen im Hinblick auf eine wachsende arabische Bevölkerung in Europa.

37 »Schwarzenegger Taps Wiesenthal Rabbi«, *Forward,* 17. Oktober 2003; »Schwarzenegger to Visit Israel«, 29. April 2004, www. CNN.com.

38 Wiesels Rede ist, ebenso wie andere Texte der Antisemitismuskonferenz vom 28./29. April 2004, unter www.osce.org/events/conferences/antisemitism2004/ dokumentiert; Wiesels Bemerkung über Palästinenser findet sich in Tovah Lazaroff, »Wiesel: Talk anti-Semitism with Muslims«, *Jerusalem Post* (Onlineausgabe), 28. April 2004; zu Wiesels erbärmlicher Verteidigung der israelischen wie der amerikanischen Politik siehe Finkelstein, *Die Holocaust-Industrie,* passim, sowie Finkelstein, *Image and Reality,* S. xxv, 48 [Finkelstein, *Konflikt,* S. 25, 105].

39 Zur Dokumentation der UN-Konferenz siehe »›Jews Everywhere Must Feel That the United Nations Is Their Home, Too‹, Secre-tary-General Teils Seminar on Anti-Semitism« (Presseerklärung der Vereinten Nationen, HR/4773, PI/1589), www.un.org/News/Press/docs/2004/hr4773.doc.htm.
Die Reden, die Wiesel im Jahr 1981 zum »neuen Antisemitismus« hielt, finden sich in Irving Abrahamson (Hg.), *Against Silence: The Voice and Vision of Elie Wiesel,* New York 1985, Bd. 1, S. 216, 376-381; zum Chauvinismus und zum Nutzen der Ein-

zigartigkeitsdoktrin in bezug auf den HOLOCAUST sowie zu weiteren Beispielen für Elie Wiesels ganz spezielles Engagement siehe Finkelstein, *Die Holocaust-Industrie,* passim. Der Friedensnobelpreisträger Wiesel zeichnet sich in erster Linie dadurch aus, daß er die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis dazu mißbraucht, illegale mörderische Angriffskriege zu rechtfertigen, die entweder durch Israel oder die Vereinigten Staaten vom Zaun gebrochen und von beiden unterstützt werden. Wiesels Fürsprache für die amerikanische Invasion des Irak im März 2003 – die auch nach Ansicht von UN-Generalsekretär Kofi Annan »illegal« war – ist ein Beispiel. Bob Woodward berichtet von der folgenden Begebenheit am Vorabend des Krieges:
»Am 27. Februar stattete der Schriftsteller, Auschwitz-Überlebende und Friedensnobelpreisträger Elie Wiesel [der damaligen US-Sicherheitsberaterin Condoleezza] Rice einen Besuch in ihrem Büro ab. Als sich der Präsident dazugesellte, setzte Rice sich auf das Sofa, um den Stuhl neben Wiesel für Bush freizumachen. Wiesel sagte zum Präsidenten, der Irak sei ein terroristischer Staat und die Intervention eine moralische Pflicht. Hätte der Westen 1938 in Europa eingegriffen, so Wiesel, hätten der Zweite Weltkrieg und der Holocaust verhindert werden können. ›Es gilt jetzt, eine moralische Entscheidung zu treffen. Wenn wir nicht intervenieren, wie können wir dann von Moral reden?‹ …Wiesel sagte, angesichts solchen Unheils sei Neutralität ausgeschlossen. Mit Unentschlossenheit sei den Opfern nicht gedient, sie verschlimmere das Unheil nur und helfe einzig dem Aggressor. ›Ich finde, man darf nicht schweigen‹, betonte Wiesel. In den Tagen nach dieser Begegnung hatte Bush mehrfach Gelegenheit, Wiesels Bemerkungen anderen Gesprächspartnern gegenüber zu erwähnen. ›Das war ein bedeutender Moment für mich‹, erinnerte sich Bush später, ›denn ich fühlte mich in diesem Moment bestätigt. Ich sagte mir, Mensch, wenn Elie Wiesel – der ja den Schmerz, das Leid und die Qualen einer Tyrannei am eigenen Leib erfahren hat – so darüber denkt, dann geht es anderen Leuten genauso. Ich bin also nicht allein. ‹« Bob Woodward, *Plan of Attack,* New York 2004, S. 320f. [Hier zitiert nach der amerikanischen Originalausgabe. Vgl. jedoch Bob Woodward, *Der Angriff: Plan of Attack,* Deutsche Verlags-Anstalt: München 2004, S. 363f.; Anm. d. Ü.] Die angesehene britische medizinische Fachzeitschrift *Lancet*

schätzte vorsichtig, daß bis zum September 2004 etwa 100000 Iraker getötet wurden, überwiegend Frauen und Kinder. Die meisten Opfer verloren ihr Leben bei amerikanischen Luftangriffen. Was soll man dazu sagen? Vielleicht: »Mensch, Elie, klasse gemacht!«? (Les Roberts u.a., »Mortality before and after the 2003 invasion of Iraq: Cluster sample survey«, www.thelancet.com).

40 Zum Eban-Zitat und der Cambridge-Studie siehe Finkelstein, *Image and Reality,* S. 247 Anm. 2 sowie S. xviii [der Hinweis auf die Cambridge-Studie ist in der deutschen Ausgabe nicht enthalten; zu Eban siehe jedoch Finkelstein, *Konflikt,* S. 354 Anm. 2; Anm. d. Ü.]; zu Hoenleins Rede in Toronto siehe Rick Kardonne, »Hoenlein: Toronto has biggest Hezbollah headquarters outside of the Mideast«, *Jewish Tribüne,* 8. April 2004. Übrigens warf Bayefsky Kofi Annan bei der UN-Konferenz auch vor, mit zweierlei Maß zu messen, weil er israelische Liquidierungen von Hamas-Führern verurteile, ohne israelische Terroropfer zu erwähnen. Wie sieht die Realität aus? Am 22. März 2004 gab Annan bekannt, daß er »Israels Ermordung des geistlichen Oberhaupts der Hamas, Scheich Ahmed Yassin, scharf verurteilt«, und er tat das, ohne israelische Terroropfer zu erwähnen (»Statement attributable to the Spokesman for the Secretary-General on the assassination of Sheikh Ahmed Yassin«). Und am 15. März 2004 gab Annan bekannt, daß er »die zwei am Sonntag in der israelischen Hafenstadt Ashdod verübten Selbstmordattentate scharf verurteilt«, und er tat das, ohne palästinensische Opfer der israelischen Besatzung zu erwähnen (»Annan condemns double suicide bombing in Israeli port«). Der einzige erkennbare Unterschied besteht darin, daß Annan im Falle der Attentate von Ashdod »den Familien der Opfer sein tiefstes Beileid« aussprach, während er gegenüber den Familien der acht palästinensischen Unbeteiligten, die beim Attentat auf Yassin mit getötet worden waren, keine solche Geste machte.

Kapitel 3: Zeter und Mordio

1 Werner Bergmann/Juliane Wetzel, *Manifestations of anti-Semitism in the European Union,* Wien 2003, http://eumc.eu.int/eumc/material/pub/FT/Draft_anti-Semitism_report-web.pdf, »Annex: Reporting institutions and data sources.« Zum Stephen-Roth-Institut (Überblick 2000/2001) siehe www.tau.ac.il/Anti-

Semitism/asw2000-l/general_analysis.htm; das Hilberg-Zitat (»Durchbruch«) findet sich auf dem Buchumschlag der zweiten, erweiterten Taschenbuchausgabe von Norman G. Finkelstein, *The Holocaust Industry: Reflections on the Exploitation of Jewish Suffering,* London/New York 2003 [das Zitat ist auch auf der Internetseite des Autors (unter »The Holocaust Industry«) nachzulesen: www. NormanFinkelstein.com/content.php? pg=3; Anm. d. Ü.]; zu den Gehältern von Foxman und Rabbi Hier siehe www.charitywatch. org/criteria.html.

2 Mark Strauss, »Antiglobalism's Jewish Problem«, Abdruck in Ron Rosenbaum (Hg.), *Those Who Forget the Past: The Question of Anti-Semitism,* New York 2004, S.271. Die WSF-Teilnehmer Noam Chomsky, Arundhati Roy und Anthony Arnove haben diese Behauptung zurückgewiesen (persönliche Interviews vom 21. Dezember 2004). Zu dem vom Simon-Wiesenthal-Zentrum erhobenen Vorwurf, daß es beim Weltsozialforum 2004 in Indien ebenfalls zu antisemitischen Ausfällen gekommen sei, siehe den detaillierten Bericht der jüdischen Friedensaktivistin Cecilie Surasky, »Anti-Semitism at the World Social Forum?«, www.com mondreams.org/views04/0219-08.htm.

3 Todd Gitlin, »The Rough Beast Returns«, *Mother Jones,* Mai/Juni 2002, Abdruck in Rosenbaum, *Those Who Forget,* S. 263-266. Zoloths E-Mail ist ebenfalls in der Rosenbaum-Anthologie enthalten, siehe *Those Who Forget,* S. 258-261. Die Zitate zu Zoloth und ihrem Hintergrund stammen von einem bekannten jüdischen Wortführer, der darum bat, seine Äußerungen in anonymer Form wiederzugeben. (Sie wurden von Astren bestätigt.)

4 Miriam Greenspan, »What's New about Anti-Semitism?«, *Tikkun,* November/Dezember 2003. Gabriel Schoenfeld, *The Return of Anti-Semitism,* San Francisco 2004, S. 121 (University of Chicago); zu der Antwort der University of Chicago siehe die unveröffentlichte Korrespondenz (28. August 2002) des »Director of Communications« der University of Chicago, Larry Arbeiter, an die *Jerusalem Post.* (Mir wurde das Schreiben vom » Writer for Humanities, Religion and Arts« im »University of Chicago News Office«, Seth L. Sanders, zugänglich gemacht.) Scott Sherman, »The Mideast Comes to Columbia«, *The Nation,* 4. April 2005 (»zurückzugewinnen«); *Ad Hoc Grievance Committee Report* [Bericht des Ausschusses], 28. März 2005, www.columbia.edu/cu/ news/05/03/ 03/ad_hoc_grievance_committee_report.html; Nathaniel Popper,

Israel Studies Gain on Campus as Disputes Grow«, *Forward,* 25. März 2005 (Lehrstühle für »Israel Studies«). Zu weiteren dokumentierten Betrugsfällen in bezug auf Antisemitismusvorwürfe an Universitäten siehe Sara Roy, »Short Cuts«, *London Review of Books,* 1. April 2004, und Tom Tugend, »From Hate to Hoax in Claremont«, *Jewish Journal of Greater Los Angeles, 2.* April 2004

5 Lawrence Summers, »Address at Morning Prayers«, in Rosenbaum, *Those Who Forget,* S. 57-60; Alan M. Dershowitz, *The Vanishing American Jew: In Search of Jewish Identity for the Next Century,* Boston 1997, S. 271; Henry Louis Gates Jr., »Black Demagogues and Pseudo-Scholars«, *New York Times,* 20. Juli 1992. Die von Gates in seinem Kommentar für die *New York Times* angegriffenen Leute – eine Handvoll »afrozentrischer« Demagogen, die meinten, mit Antisemitismus Geschäfte machen zu müssen – übten in Gates' akademischem Umfeld in etwa den gleichen verschwindend geringen Einfluß aus wie Holocaustleugner, die zu verurteilen in seinen Kreisen ja ebenfalls als untrügliches Zeichen von Unerschrockenheit gilt. Gates gibt seinen schwarzen Namen immer wieder gern für »pro«-jüdische Interessen und Veröffentlichungen her. Gates' Lob für Dershowitz' 2003 erschienenes Buch *The Case for Israel [Plädoyer für Israel]* landete prompt im Werbepaket des [amerikanischen] Verlags: »Meine erste Israelreise unternahm ich, als ich 19 Jahre alt war. Sie sollte für mich zu einem durch und durch mystischen, aber auch überaus bedrückenden Erlebnis werden. Ich verstand sehr bald, daß Israel für die Zivilisation der ganzen Menschheit ungeheuer wertvoll ist – und daß dieser Schatz in höchstem Maße gefährdet war … *Plädoyer für Israel* ist für uns, die wir durch den Anstieg des Antisemitismus in der amerikanischen Gesellschaft, ja selbst an den Universitäten, zutiefst beunruhigt sind, Pflichtlektüre.« [Nachzulesen beispielsweise bei www.Amazon.com unter Alan Dershowitz, *The Case for Israel;* Anm. d. Ü.]

6 Paul Berman, »Something's Changed«, in Rosenbaum, *Those Who Forget,* S. 15, 27. Was Berman nicht erwähnt: Die geäußerte Zustimmung zu Selbstmordattentaten wurde sofort von einem anderen Podiumsdiskussionsteilnehmer verurteilt, woraufhin das Publikum in tosenden Beifall ausbrach (Interview mit *Nation*-Redakteur Roane Carey, 21. Dezember 2004). In Reaktion auf den Vorwurf, Israels Rückkehrgesetz – das Juden, und nur Juden, automatisch die Staatsbürgerschaft gewährt – sei diskriminierend,

macht Berman geltend, daß das Gesetz »Israels Autonomie als Staat« widerspiegele: Israel habe »das Recht, seine eigenen Einwanderungsgesetze zu formulieren« (S. 24). Würde Berman mit einem derartigen Hinweis auch amerikanische Einwanderungsgesetze verteidigen, die Weiße gegenüber Asiaten und West- und Mitteleuropäer gegenüber Slawen, Italienern und Juden bevorzugten?

7 Bergmann/Wetzel, *Manifestations,* S. 7f. Anm. 13, S. 48; Schoenfeld, »Israel and the Anti-Semites«, in Rosenbaum, *Those Who Forget,* S. 113.

8 Abraham H. Foxman, *Never Again? The Threat of the New Anti-Semitism,* San Francisco 2003, S. 14 (»Loyalität«), 17 (»Heimatland«), 18 (»Unabhängigkeit«), 25 (»Belgien«), 26 (»schlicht und einfach«; Dänemark), 36 (AIPAC), 142 (»sehr vorsichtig«), 245 (»viel Mühe«), 247 (»unbesonnen«). Zur Verwendung der Bezeichnung »Holocaustleugner« durch die ADL siehe »Anti-Defamation League (ADL) Letter to Georgetown University«, www.NormanFinkelstein.com (unter »The real ›Axis of Evil‹«). Zu Foxmans Verteidigung Reagans sowie zu der Überwachungsaktion siehe Finkelstein, *Die Holocaust-Industrie,* S. 29, 39. Zu Foxmans Rolle bei der Begnadigung von Rieh siehe Finkelstein, *The Holocaust Industry,* Anhang zur zweiten, erweiterten Taschenbuchausgabe, S. 212 [bisher nicht in der deutschen Ausgabe enthalten; Anm. d.U.].

9 Bergmann/Wetzel, *Manifestations,* S. 24 Anm. 63 (»reden immer noch zuviel«), 45 (Dänemark), 51 (»deutschen Öffentlichkeit«), 56 (»latente Struktur«), 58 (Griechenland), 69f. (»spirituellen«), 72 (Italien), 81 (Niederlande).

10 European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia, *Manifestations of Antisemitism in the EU 2002-2003,* April 2004, http://eumc.eu.int/eumc/index.php. [Nicht auf Deutsch erschienen; Anm. d. Ü.]

11 Problematischerweise stuft *Manifestations II* die folgenden Beispiele als antisemitisch ein: ein Schulbuch, das den Satz enthält, »Als ein palästinensisches Kind in Jerusalem einen jüdischen Soldaten kommen sah, zuckte es vor Angst zusammen« (S. 45); einen Beitrag im Internet, in dem zu lesen war: »Es ist wirklich traurig, daß all die Politiker vor der Lobby auf die Knie fallen; jeder, der das nicht tut und es wagt, eine andere Meinung zu haben, wird sofort an den Pranger gestellt und als antisemitisch oder rassistisch gebrandmarkt« (S. 63); eine »Zeichnung, die Ariel Sharon mit einem Hitlerbart darstellte« (S. 90); einen

»Zeitungsartikel mit der Überschrift israelische Gerechtigkeit‹, wobei das dazugehörige Bild palästinensische Opfer des Nahostkonflikts zeigte« (S. 120); »Transparente und Plakate, … die sich gegen Israel und Ministerpräsident Sharon richteten, … wobei der Buchstabe »S« entweder durch Hakenkreuze ersetzt oder in SS-Form dargestellt wurde« (S. 127); einen »Leserbrief«, der »die Israelis beschuldigte, für den steigenden Antisemitismus selbst verantwortlich zu sein« (S. 156); »Flugblätter, von denen einige zum Boykott israelischer Produkte aufriefen« (S. 178). Wie es scheint, ist kein einziges dieser Beispiele für sich genommen antisemitisch. Dennoch: Diese zweite Studie läßt bei der Unterscheidung von Antisemitismus und Kritik an Israel im allgemeinen mehr Vorsicht walten als der Vorläufer (siehe vor allem S. 13f, 228-232, 240f).

12 »ADL Raises Questions Surrounding EUMC Report on Anti-Semitism«, ADL-Presseerklärung, 1. April 2004, www.adl.org/PresRele/ASInt_13/4474_13.htm. Foxman beanstandete, daß die Presseerklärung zur Veröffentlichung von *Manifestations II* die Rolle der muslimischen Jugendlichen bei antisemitischen Vorfällen herunterspiele. Dabei tat die Presseerklärung nichts anderes, als die tatsächlichen Ergebnisse der Studie zusammenzufassen.

13 *Manifestations II* führt einige antisemitische Vorfälle auf, bei denen mit »extremer Gewalt« vorgegangen worden war; dies wurde definiert als »jeder Übergriff, der möglicherweise Menschenleben gefährdet« (S. 343). Die Studie nennt zum Beispiel die folgenden Einzelheiten zu Fällen aus Frankreich: Ein jüdischer Jugendlicher »wurde ins Krankenhaus gebracht, wo seine Wunden mit vielen Stichen genäht werden mußten«, ein anderer »wurde mit vielen Prellungen ins Krankenhaus gebracht« (S. 100f). Aus Österreich wurde berichtet: »In der Wiener U-Bahn wurde ein Mann von vier Skinheads angegriffen… einer der Skinheads schlug den Mann mit einem Gürtel«; »in Wien wurde ein orthodoxer Jude tätlich angegriffen und so stark geschlagen, daß er das Bewußtsein verlor« (S. 159). In den meisten Ländern der EU hatte es jedoch keine derartigen Übergriffe gegeben.

14 *Manifestations II,* S.40 (»Brief«), 103 (»Sie töten«), 156 (»Anschlagtafel«).

15 Ebd., S. l00f.

16 Ebd., S. 20, 98, 104f. (»junge Leute«), 109-111 (89 Prozent), 113 (»rückläufig«), 273 (»Zahl von Einwanderern«).

17 Pew Research Center for the People and the Press, *A Year after Iraq War: Mistrust of America in Europe Ever Higher, Muslim Anger Persists – Summary of Findings,* 16. März 2004, S. 4; zu dem statistischen Vergleich mit 1991 siehe Pew Research Center for the People and the Press, *A Year after Iraq War: Mistrust of America in Europe Ever Higher, Muslim Anger Persists – A Nine-Country Survey,* S. 26. Zu Umfrageergebnissen, die bestätigen, daß der Antisemitismus in Deutschland, verglichen mit 1991, abgenommen hat, sowie zu einer ähnlichen Tendenz in Frankreich siehe auch *Manifestations II,* S. 64f, 111, 261. Zu der Feststellung, daß die Feindseligkeit gegenüber Muslimen größer ist als die, die Juden entgegengebracht wird, siehe auch *Manifestations II,* S. 110,145,283.

18 Foxman, *Never Again?,* S. 31; Schoenfeld, *Return,* S. 67, 71, 152 (»Begleiterscheinung«); *Manifestations,* S. 5, 6, 7 (»jungen Muslimen«), 15, 16, 19 (»deutlich wahrnehmbaren Anstieg«, »der jüngste Gewaltausbruch«), 24, 25, 27, 70 (»Kommentatoren«); *Manifestations II,* S. 20-22 (»problematisch«), 25 (»signifikanten Anstieg«), 239, 319.

19 Dies ist die Hauptthese von Dershowitz' Buch *The Vanishing American Jew* (1997); zu seiner Aussage, daß der Antisemitismus in der Welt abgenommen hat, siehe vor allem S. 87-89.

20 Mit diesem Holocaust-Industrie-Dogma habe ich mich an anderer Stelle ausführlicher auseinandergesetzt, siehe Finkelstein, *Die Holocaust-Industrie,* Kap. 2.

21 Foxman, *Never Again?,* S.42; Schoenfeld, *Return,* S.45; »Introduction« to Rosenbaum, *Those Who Forget,* S. lxii; Uriel Heilman, »In rare Jewish appearance, George Soros says Jews and Israel cause anti-Semitism«, *Jewish Telegraphic Agency,* 9. November 2003 (Soros, Steinberg, Foxman); Ari Shavit, »On the eve of destruction«, *Haaretz,* 14. November 2003 (Burg); *Manifestations,* S. 82, 85. Vgl. die Äußerungen von Roman Bronfman, einem Mitglied der linksorientierten israelischen Meretz-Partei, zu den wahren Ursachen des »neuen Antisemitismus«:
»Wie läßt sich dieser Haß, der uns vor allem auch aus den entwikkelten europäischen Staaten entgegenschlägt, erklären? Warum äußert sich dieser Haß gerade jetzt, und warum mit einer solchen Intensität? … Als sich die Wellen des Hasses immer weiter ausbreiteten und die Medien in aller Welt jeden Haushalt über seine Existenz in Kenntnis setzten, war die neue Antwort, die zugleich auch die alte war, bald gefunden, und sie lautete: Antisemitismus.

Schließlich muß der Antisemitismus seit jeher als Trumpfkarte der Juden herhalten – es ist so einfach, an eine durchgeknallte historische Persönlichkeit zu erinnern und sich dann hinter dem Gesagten zu verschanzen. Auch diesmal hat die israelische Regierung wieder die Antisemitismuskarte gezückt, und Israels treueste Wortführer erhielten den Auftrag, in die weite Welt hinauszuziehen und mit ihrer Karte vor jedermanns Nase herumzufuchteln. Es ist jedoch an der Zeit, daß die israelische Öffentlichkeit aufwacht und endlich aufhört, an das Märchen zu glauben, das ihnen ihre gewählte Regierung da erzählt. Das Gerede vom ewigen Opfer liefert keine befriedigende Antwort auf die Frage, warum dies gerade jetzt geschieht: Warum haben urplötzlich alle Antisemiten beziehungsweise Israelhasser die Köpfe erhoben und angefangen, ihre Haßparolen zu skandieren? Es muß Schluß sein mit dem Gejammer nach dem Motto: ›Die ganze Welt ist gegen uns.‹… Es ist an der Zeit, den Tatsachen nicht länger auszuweichen und sich die einfache, bittere Wahrheit einzugestehen: In den Augen der Welt hat Israel seine Legitimation verloren, und daß es so gekommen ist, haben wir uns selbst zuzuschreiben … War der Antisemitismus bisher ausschließlich unter politischen Extremisten anzutreffen, so sorgt Israel mit seiner fortgesetzten Politik der grausamen Besatzung dafür, daß sich die antisemitische Stimmung ausbreitet und daß sie auch noch weiter angefacht wird.« (»Fanning the flames of hatred«, *Haaretz,* 19. November 2003.)

22 Daniel Jonah Goldhagen, *Hitlers willige Vollstrecker: Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust,* Siedler: Berlin 1996, S. 53f., 58, 59; siehe auch S. 62 (Hervorhebung im Original) [Daniel Jonah Goldhagen, *Hitler's Willing Executioners: Ordinary Germans and the Holocaust,* New York 1996]; Zuckerman, »The New Anti-Semitism«; Jeffrey Goldberg, »Behind Mubarak«, in Rosenbaum, *Those Who Forget,* S. 548.

23 Nathan Perlmutter/Ruth Ann Perlmutter, *The Real Anti-Semitism in America,* New York 1982, S. 131. Jean-Paul Sartre, *Betrachtungen zur Judenfrage: Psychoanalyse des Antisemitismus,* Europa: Zürich 1948, S. 10 (»Erfahrung«), 14 (»Tatsachen«), 61 *(»macht«)* [Jean-Paul Sartre, *Anti-Semite and Jew,* New York 1976; Titel des französischen Originals: »Réflexions sur la question juive«; Anm. d. Ü.] Alan M. Dershowitz, *Chuzpe,* Europäische Verlagsanstalt: Hamburg 2000, S. 128. [Alan M. Dershowitz, *Chutzpah,* Boston 1991.]

24 *Manifestations,* 17 (»Alle Fälle«), 61 (Spanien); Phyllis Chesler, *Der neue Antisemitismus: Die globale Krise seit dem 11. September,* Schwartzkopff: Hamburg/Berlin, 2004, S. 192, 208-210 (»unser Herz und unsere Seele«, »Familie«), 242 (»Jeder«) [Phyllis Chesler, *The New Anti-Semitism: The Current Crisis and What We Must Do About It,* San Francisco 2003]; Fiamma Nirenstein, »How I Became an ›Unconscious Fascist‹«, in Rosenbaum, *Those Who Forget,* S. 302; Schoenfeld, *Return,* S. 11; Hillel Halkin, »The Return of Anti-Semitism«, *Commentary,* Februar 2002.

25 Zur Erpressung Europas siehe besonders Finkelstein, *Die Holocaust-Industrie,* Kap. 3; zum Einfluß des »jüdischen Geldes« auf Clinton siehe den Anhang zu Finkelstein, *The Holocaust Industry.* [Der Anhang ist nicht in der deutschsprachigen Ausgabe enthalten; Anm.d.Ü.] Foxman, *Never Again?,* S. 249f. David Sterritt, »The one serious subject Hollywood doesn't avoid«, *Christian Science Monitor,* 22. November 2002 (Holocaustfilme); Brian Klug, »The collective Jew: Israel and the new anti-Semitism«, *Patterns ofPre-judice,* Juni 2003 (der Aufsatz erschien leicht verändert auch in der Zeitschrift *The Nation:* »The Myth of the New Anti-Semitism«, 2. Februar 2004). Die Frage, wie weit die jüdische Macht reicht, wird meist im Hinblick auf die amerikanische Israelpolitik gestellt. Diejenigen, die glauben, daß die nationalen amerikanischen Interessen letzten Endes immer schwerer wiegen als die Macht der jüdischen Lobby, weisen typischerweise auf das Jahr 1956 hin, als Eisenhower entschied, Israel trotz der bevorstehenden Wahl an die Kandare zu nehmen. Es gibt allerdings auch gegenteilige Beweise. Es ist zum Beispiel schwierig, die Bände der *Foreign Relations of the United States* aus den 1960er Jahren durchzublättern, ohne den Eindruck zu gewinnen, daß Israels Erlangimg von Nuklearwaffen aus Sicht der Vereinigten Staaten den nationalen amerikanischen Interessen fundamental entgegenstand. Es bestand die Befürchtung, daß die Ägypter, sobald Israel im Besitz der Atombombe wäre, von der Sowjetunion verlangen würden, sie ebenfalls mit der Bombe auszustatten, und daß dies zu einem atomaren Wettstreit im Nahen Osten und schließlich zur nuklearen Verwüstung führen würde. Um Israel umzustimmen, wählten die aufeinanderfolgenden US-Regierungen den Ansatzpunkt, der am meisten Erfolg versprach: Sie beschlossen, die Lieferung konventioneller Rüstungsgüter davon abhängig zu machen, daß Israel sein Nuklearprogramm einstellte.

Doch immer wenn die Vereinigten Staaten dieses Druckmittel zur Anwendung bringen wollten, setzte die jüdische Lobby ihren eigenen überwältigenden Druck dagegen und sorgte dafür, daß die Rüstungsgüter geliefert wurden, ohne daß Israel Konzessionen machte. In den letzten Jahren ist es fast unmöglich geworden, die These, nach der das nationale amerikanische Interesse schwerer wiegt als die jüdische Lobby, empirisch zu untermauern bzw. zu widerlegen: Die Drehtür zwischen der jüdischen Lobby und den US-Regierungen ist so häufig in Gebrauch und die gegenseitige personelle Verflechtung so eng, daß eine Überprüfung dieser These praktisch ausgeschlossen ist. Bei den älteren Dokumenten konnte man »hier« die US-Regierung und »dort« die jüdische Lobby sehen und beobachten, wie die beiden Seiten miteinander umgingen. Inzwischen fällt es einem schwer zu erkennen, wo das »Hier« aufhört und das »Dort« beginnt. Wie soll man wissen, in wessen Interesse oder aufgrund welcher Veranlassung ein Martin Indyk, Dennis Ross, Paul Wolfowitz oder Richard Perle handelt, wenn er sich zur Nahostpolitik äußert? Man kann natürlich auch die Auffassung vertreten, daß sich die Frage inzwischen erledigt hat: Israel ist heute ein so integraler Bestandteil der amerikanischen Politik, und die israelische Abhängigkeit von der amerikanischen Politik ist mittlerweile so groß, daß Israel als autonomer Handlungspartner mit autonomen Interessen gar nicht mehr existiert: Israel genießt heute in etwa das gleiche Maß an Autonomie wie Texas (und fragt irgend jemand danach, in wessen Interesse Bush handelt?). Die personelle Verflechtung zwischen der jüdischen Lobby und den US-Regierungen ist mehr Symptom als Ursache dieser Beziehung, die praktisch zu einer innenpolitischen geworden ist.

26 *Manifestations,* S. 37.

Teil II

Einleitung

1 Alan M. Dershowitz, *The Case for Israel,* Hoboken/New Jersey 2003 (Verlag: John Wiley). [Im folgenden wird nach der deutschsprachigen Ausgabe zitiert: Alan M. Dershowitz, *Plädoyer für Israel: Warum die Anklagen gegen Israel aus Vorurteilen bestehen,* Europa: Hamburg/Leipzig/Wien 2005. Alle Zitate sind mit Seit-

enangaben in Klammern im fortlaufenden Text nachgewiesen. Die deutschsprachige Ausgabe vom März 2005 folgt der amerikanischen Erstausgabe vom August 2003. Wo es relevante Unterschiede zwischen der deutschen und der amerikanischen Fassung gibt, ist dies angemerkt; Anm. d. Ü.]

2 Haim Handwerker, »A paragon, this Israel«, *Haaretz,* 12. Dezember 2003; Stuart Winer, »Dershowitz: Use cable to fight anti-Semitism«, *Jerusalem Post* (Onlineausgabe), 23. Dezember 2003; »Israeli Mission Distributes Dershowitz Book to World Leaders«, 12. Januar 2004, www.israel-un.org/latest/un_ newsletter/12 jan2004. htm.

3 Handwerker, »A paragon«.

4 Siehe zum Beispiel die im ersten Teil dieses Buchs zitierten Äußerungen der Harvard-Professorin Ruth Wisse.

5 Winer, »Dershowitz«.

6 »Scarborough Country«, 8. September 2003, www.msnbc.com/news/963 879.asp.

7 Siehe hierzu auch die Anhänge I — III der Originalausgabe dieses Buches, Norman G. Finkelstein, *Beyond Chutzpah: On the Misuse of Anti-Semitism and the Abuse of History,* Berkeley/Los Angeles 2005; deutsche Übersetzung unter www.NormanFinkelstein.com.

8 Amnesty International, *Broken Lives: A Year of Intifada,* London 2001, S. 9.

9 Alan M. Dershowitz, *Chuzpe,* Europäische Verlagsanstalt: Hamburg 2000, S. 290. [Alan M. Dershowitz, *Chutzpah,* Boston 1991.]

10 Dershowitz zitiert Anne Bayefsky, »Human Rights Groups Have Less Than Noble Agendas«, *Chicago Sun-Times,* 6. April 2003. In ihrer Kolumne schreibt Bayefsky, eine »Vertreterin« von Amnesty habe die Behauptung während einer »Mittagspause« aufgestellt. Zu Amnestys schriftlich eingereichtem Konferenzbeitrag siehe Amnesty International, *2003 UN Commission on Human Rights: A Time for Deep Reflection,* 13. März 2003; zu Amnestys Redebeitrag siehe Commission on Human Rights, 59th Session, 17. März –25. April 2003; »Agenda item 8: Question of the violation of human rights in the occupied Arab territories, including Palestine«, 31. März 2003; zur Aufzeichnung der Plenardebatte nach Amnestys Redebeitrag siehe NGO News Center, United Nations Commission on Human Rights, 59th Session, »Plenary – 31 March 2003 – Afternoon Session«, 1. April 2003.

11 Ben Zion Citrin/Shoshana Kordova, »Dershowitz comes to the defense of Appel«, *Haaretz,* 23. Dezember 2003; Dershowitz, *Chuzpe,* S. 317f.
12 Zur erbärmlichen Apologetik der Anti-Defamation League (ADL) und zu ihren Versuchen, Kritik an Israel zu unterbinden, siehe den ersten Teil dieses Buches.

Kapitel 4: Unreinheit der Waffen

1 Dieses Zahlenverhältnis nennt Ben Kaspit, »When the intifada erupted, it was finally clear to all: Israel is not a State with an army but an army with a State«, *Maariv,* 6. September 2002; Kaspit zitiert »Regierungsmitarbeiter und Beamte des Sicherheitsapparats«. Amnesty International, *Broken Lives: A Year of Intifada,* London 2001, S. 14.
2 B'Tselem, »Total Casualties«, www.btselem.org/English/ StatisticsTotal_Casualtie s. asp.
3 Kaspit, »When the intifada erupted.«
4 Amnesty International, »No one is safe: the spiral of killings and destruction must stop«, Presseerklärung, 29. September 2003.
5 Amnesty International, »Impunity for Killers of Palestinians«, 24. Januar 2001 (Korman); Amnesty International, *Jahresbericht 2003,* Fischer: Frankfurt am Main 2003, S. 260 (95jährige Palästinenserin) *[Amnesty International Annual Report 2003].*
6 B'Tselem, »First Conviction of Causing the Death of Palestinian in the Al-Aqsa Intifada«, www.btselem.org/English/Special/040506_Court_Marshal.asp. Zum Mangel an Ermittlungen, Anklagen und Verurteilungen siehe auch die Übersicht S. 159-161 in diesem Buch.
7 B'Tselem, *Operation Defensive Shield: Soldiers' Testimonies, Palestinian Testimonies,* Jerusalem 2002, S. 5.
8 Amnesty International, *Excessive Use of Lethal Force,* London 2000, S. 7; siehe auch Amnesty International, *Broken Lives,* S. 17f.
9 Amnesty International, *Broken Lives,* S. 12.
10 Siehe auch Human Rights Watch, *Center of the Storm: A Case Study of Human Rights Abuses in Hebron District,* New York, April 2001, S. 3f. und Kap. 5.
11 Siehe auch Amnesty International, *Broken Lives,* S. 14, 20, 23.
12 Siehe auch B'Tselem, »The Open-Fire Regulations« (www.btselem.org/english/Open_Fire_regulations/index.asp), wo es heißt:

»Die Vorschriften besagen jetzt zum Teil, daß Steinewerfen eine ›tödliche Gefahr‹ darstellt.«

13 Zum Mangel an militärischen Ermittlungen siehe auch Amnesty International, *Broken Lives,* S. 23-25; B'Tselem, *Operation Defensive Shield,* S. 5. Der letztere Bericht enthält die folgende Feststellung: »In den ersten 18 Monaten der zweiten Intifada haben Soldaten 697 Palästinenser getötet, aber in nur 21 Fällen hat die Armee militärpolizeiliche Ermittlungen wegen illegalen Schußwaffengebrauchs eingeleitet. In lediglich vier Fällen ist Anklage erhoben worden.« B'Tselem hat überdies daraufhingewiesen, daß die wenigen militärpolizeilichen Ermittlungen, die es gab, erst aufgenommen wurden, nachdem Menschenrechtsorganisationen, Diplomaten oder Journalisten Druck ausgeübt hatten, siehe »Military Police investigations during the al-Aqsa Intifada«, www.btselem.org/English/Open_Fire_Regulations/Jag_Investigations.asp.

14 Human Rights Watch, *Jenin: IDF Military Operations,* New York 2002, S. 2f. und besonders Kap. 6 (»Civilian Casualties and Unlawful Killings in Jenin«).

15 Amnesty International, *Shielded from Scrutiny: IDF Violations in Jenin and Nablus,* London 2002, S. 14-25 (Sabbagh: S. 16f.), 67 (»vorsätzlich«).

16 Human Rights Watch, *Jenin,* Kap. 2 (»Summary«); Amnesty International, *Shielded from Scrutiny,* S. 5.

17 Physicians for Human Rights, *Evaluation of the Use of Force in Israel, Gaza and the West Bank: Medical and Forensic Investigation,* Boston, 3. November 2000, S. 2, 17f.

18 B'Tselem, *Trigger Happy: Unjustified Shooting and Violation of the Open-Fire Regulations during the al-Aqsa-Intifada,* Jerusalem 2002, S. 19f. Zu Gummigeschossen siehe auch B'Tselem: *The Use of Firearms,* Jerusalem 1990, S. 15f.

19 Amnesty International, *Killing the Future: Children in the Line of Fire,* London 2002, S. 13.

20 David B. Green, »Fighting by the Book«, *Boston Globe,* 20. April 2003.

21 Amnesty International, *Israel Must End Its Policy of Assassinations,* London, Juli 2003, S. 5.

22 Amnesty International, »Killing Palestinian civilians will not bring security or peace«, Presseerklärung, 23. Juli 2002; Aryeh Dayan, »One day in five, the IDF attempts assassination«, *Haaretz,* 21. Mai 2003 (Luftwaffenkommandeur); »Israel, the Occu-

pied West Bank and Gaza Strip, and Palestinian Authority Territories«, *Human Rights Watch World Report 2003,* New York (Untersuchung; Sharon). Auf die Frage, was ein Pilot beim Abwurf einer tonnen schweren Bombe über einem Wohngebiet empfindet, gab Halutz die folgende Antwort: »Ich vernehme so ein leichtes Zischen – das ist der Moment, wo die Bombe abgeworfen wird. Eine Sekunde später ist dieses Gefühl auch schon wieder vorbei, und das war's. Das ist alles, was ich dabei empfinde.« [2004 wurde Halutz zum Stellvertreter des Generalstabschefs ernannt, 2005 folgte er Moshe Yaalon im Amt des Generalstabschefs nach; Anm. d. Ü.]

23 Dershowitz' Quelle: »Israeli Security Forces, ›Blackmailing Young Women into Suicide Terrorism‹, Bericht des israelischen Außenministeriums vom 12. Februar 2002, www.mfa.gov.il/«, *Plädoyerfür Israel,* S. 404 Anm. 30.

24 Barbara Victor, *Shahidas: Die Töchter des Terrors,* Knaur: München 2005, S.45f, 96f, 220, 260, 299; zu Suleiman siehe S.216, 274-284; zu al-Akhras siehe S. 226-235, 244-256, 273, 277f. [Daß es sich um eine »Innenansicht« handelt, geht aus dem Untertitel des amerikanischen Originals hervor; Anm. d. Ü.; Barbara Victor, *Army of Roses: Inside the World of Palestinian Women Suicide Bombers,* Emmaus/Pennsylvania 2003.]

25 Joshua Hammer, *A Season in Bethlehem,* New York 2003, S. 151 – 166.

26 Dershowitz' Quellen: »Karen Birchard, ›Hep B Case Makes Suicide Bombers an Infection Risk‹, *Medical Post,* MacLean Hunter Ltd., 10. September 2002«; »Michael Ledeen, ›Hebrew U Survivor: An Interview with Eliad Moreh‹, *National Review* online, 6. August 2002«; »›Hepatitis Spread Via Suicide Bombers‹, *The Straits Times* [Singapur], 26. Juli 2002«; S. 404, Anm. 16, 19, 20.

27 Jack Shafer, »The d-Con Bomb«, *Slate,* 11. Juli 2002, http://slate. msn.com/?id=2067819.

28 Judy Siegel, »Hepatitis in suicide bomber ›no threat‹«, *Jerusalem* Port, 8. Juni 2001.

29 Human Rights Watch, *Erased in a Moment: Suicide Bombing Attacks against Israeli Civilians,* New York 2002. Amnesty International, »Israeli authorities must put an immediate end to settler violence«, Presseerklärung, 25. April 2005.

30 »Q&A with Alan Dershowitz«, *Jerusalem Post* (Onlineausgabe), 20. Oktober 2004.

31 Ähnliche Behauptungen stellt er auf den Seiten 209 und 271 auf.

32 Human Rights Watch, *In a DarkHour: The Use ofCivilians during IDF Arrest Operations,* New York 2002, S. 2. Das vorherige Zitat von Human Rights Watch (»daß bewaffnete Palästinenser Zivilisten gefährdeten«) findet sich auf Seite 3 dieses Berichts.

33 B'Tselem, *Human Shield: Use of Palestinian Civilians as Human Shields in Violation of High Court of Justice Order,* Jerusalem, November 2002, S. 2, 19.

34 B'Tselem, »Human Shields«, www.btselem.org/english/Human _ shield/ index.asp.

35 *B'Tselem Email Update,* 29.März 2004. Ein israelischer Rabbi sagte aus, er habe beobachtet, »daß die Polizei in einem Dorf nordwestlich von Jerusalem einen 12jährigen palästinensischen Jungen auf der Motorhaube ihres Jeeps festgebunden hatte, um Demonstranten davon abzuhalten, sie mit Steinen zu bewerfen«. Der Augenzeugenbericht findet sich in Nuala Haughey, »Israelis used boy (12) as ›human shield‹«, *Irish Times,* 24. April 2004.

36 »Participation of Children and Teenagers in Terrorist Activity during the ›A1-Aqsa‹ Intifada«, Januar 2003, www.mfa.gov.il/ mfa/go.asp?MFAH0nl00.

37 Amnesty International, »Children must not be used by armed groups«, 24. März 2004 (»Abscheulichkeit«); B'Tselem, »Using Children in Combat: A War Crime«, Presseerklärung, 16. März 2004 (»Kriegsverbrechen«). Human Rights Watch, »Child Soldier Use 2003«, www.hrw.org/reports/2004/childsoldiers0104/ 9.htm.

38 Human Rights Watch, *Erased in a Moment,* Abschnitt »Recruitment and Use of Children«, www.hrw.org/reports/2002/isrl-pa/ ISRAELPA1002-05.htm#P939238764; Atef Saad, »Palestinian Backlash over Child Bombers«, *Reuters,* 26. März 2004.

39 Amnesty International, *Broken Lives,* S. 20-23. Was die Anwesenheit bewaffneter Palästinenser auf Demonstrationen betrifft, ist Human Rights Watch zu geringfügig anderen Ergebnissen gekommen. Siehe Human Rights Watch, *Center of the Storm,* S. 27.

40 Amnesty International, *Killing the Future,* S. lf., 16.

41 B'Tselem, *Torture of Palestinian Minors in the Gush Etzion Police Station,* Jerusalem 2001, S. 2, 23. Zu der Komplizenschaft israelischer Ärzte bei der Anwendung von Folter siehe vor allem Neve Gordon/Ruchama Marton (Hg.), *Torture: Human Rights, Medical Ethics and the Case of Israel,* London 1995, sowie Amnesty

International, *Combating Torture: A Manual for Action,* London 2003, Abschnitt 2.2.

42 »Israel, the Occupied West Bank and Gaza Strip, and Palestinian Authority Territories« in: *Human Rights Watch World Report 2002,* New York.

43 Hedges, der früher das Auslandsbüro der *New York Times* im Nahen Osten leitete, ist mit dem Pulitzer-Preis und dem Amne-sty-International-Preis für Menschenrechtsjournalismus ausgezeichnet worden. Das von Dershowitz wiedergegebene Zitat stammt aus Chris Hedges, »A Gaza Diary«, *Harper's,* Oktober 2001. Hedges gibt diese Beobachtung auch in seinem Buch *War Is a Force that Gives Us Meaning* wieder. Hier das Zitat in voller Länge: »Ich hatte schon bei anderen Konflikten, über die ich berichtete, mit ansehen müssen, wie Kinder erschossen wurden. In El Salvador und Guatemala wurden sie von Todesschwadronen niedergeschossen, in Algerien hatten sich Mütter mit ihren Säuglingen aufzustellen, damit man sie gemeinsam massakrieren konnte, und serbische Scharfschützen nahmen Kinder ins Visier, um dann dabei zuzusehen, wie sie auf dem Gehsteig von Sarajevo ihr Leben aushauchten. Daß aber Soldaten Kinder wie Mäuse in eine Falle gelockt und sich einen Spaß daraus gemacht haben, sie zu ermorden, das hatte ich noch nirgends gesehen.« (Chris Hedges, *War Is a Force that Gives Us Meaning,* New York 2002, S. 94.)

44 B'Tselem, *Trigger Happy,* S. 17.

45 Tom Segev, *Die siebte Million: Der Holocaust und Israels Politik der Erinnerung,* Rowohlt: Reinbek bei Hamburg 1995, S. 43 (»Wenn ich wüßte«). [Tom Segev, *The Seventh Million: The Israelis and the Holocaust,* New York 1993.] Yosef Grodzinsky, *In the Shadow oftheHolocaust,* Monroe/Maine 2004, S. 80-99 (»schwächen könnte«, S. 97, ist Grodzinskys Paraphrase eines Ausspruchs von Ben-Gurion).

46 Yoram Kaniuk, *Und das Meer teilte sich: Der Kommandant der Exodus,* List: München 1999, S. 171. [Yoram Kaniuk, *Commander ofthe* Exodus, New York 1999.] Zum Hintergrund siehe Christopher Sykes, *Crossroads to Israel, 1917-1948,* Bloomington/ Indiana 1973, S. 320-323.

47 Paul Breines, *Tough Jews,* New York 1990, S. 54-56. Laut Dershowitz war *Exodus* »unter sowjetischen Juden der größte Samisdat-Bestseller aller Zeiten«. Alan M. Dershowitz, *The Best Defense,* New York 1982, S. 245.

48 Leon Uris, *Exodus,* 12. Auflage, Heyne: München 1973, S. 162-180. [Leon Uris, *Exodus,* New York 1959.]

49 Alan M. Dershowitz, *Why Terrorism Works: Understanding the Threat, Responding to the Challenge,* New Haven 2002, S. 90, S.234 Anm. 10.

50 Hintergrundinformationen zu ISM sowie aktuelle Nachrichten zu den laufenden Aktivitäten der Organisation sind über die Website www.palsolidarity.org abrufbar. Siehe außerdem Josie Sandercock u.a. (Hg.), *Peace under Fire: Israel/Palestine and the International Solidarity Movement,* New York 2004.

51 »American peace activist killed by army bulldozer in Rafah«, *Haaretz,* 17. März 2003; Orly Halpern, »How to be a political activist in a few (easy?) lessons«, *Haaretz,* 20. Dezember 2002.

52 Eine detaillierte Zurückweisung der Behauptung, daß ISM Terroristen Unterschlupf gewährt, findet sich unter »Does ISM protect terrorists?« auf www.palsolidarity.org sowie in Sandercock, *Peace under Fire,* S. 261 f., 269-271. Dershowitz zitiert aus einem Artikel der rechtsgerichteten *Jerusalem Post,* um zu kolportieren, daß ISM von der Palästinensischen Autonomiebehörde und der Hamas bezuschußt wird (Joel Leyden, »Initial IDF Report: Shot Palestinian Activist May Have Fired First«, 12. April 2003) (S. 275, 408 Anm. 3 zu Kap. 24). Die *Post* gründet ihre Behauptung – die ISM entschieden zurückweist – allein auf die Aussage eines nicht namentlich genannten »höheren Sicherheitsexperten der Regierung«.

53 Siehe »Four eyewitness accounts of Rachel's murder«, www.rachelcorrie.org/statements.htm, und Sandercock, *Peace under Fire,* S. 236f.

54 Conal Urquhart, »Israeli report clears troops over US death«, *Guardian,* 14. April 2003; John Sweeney, »Silenced witnesses«, *Independent* (Großbritannien), 30. Oktober 2003.

55 Alan M. Dershowitz, »Edward Said: The Palestinian Meir Kahane«, *Congress Monthly,* September/Oktober 2003.

56 Edward W. Said, *The Politics of Dispossession: The Struggle for Palestinian Self-Determination, 1969-1994,* New York 1994, S. xxv; siehe auch S. xxiii, 149f, 349. [Die deutschsprachige Ausgabe von *The Question of Palestine* erschien 1981 unter dem Titel *Zionismus und palästinensische Selbstbestimmung* bei Klett-Cotta; Anm. d. Ü.]

57 Edward W. Said, *Das Ende des Friedensprozesses,* Berlin Verlag:

Berlin 2002, S. 70. [Edward W. Said, *The End of the Peace Process: Oslo and After*, New York 2001.]

58 Gauri Viswanathan, *Power, Politics and Culture: Interviews with Edward Said*, New York 2002, S. 289.

59 Dershowitz nennt zwei Artikel von Judy Siegel aus der *Jerusalem Post:* »Israel has offered to treat all Palestinian wounded« (22. Mai 2001) und »Palestinians refuse medical Cooperation« (18. April 2002), aber der einzige Beleg für Dershowitz' Behauptung stammt aus einer Äußerung, die Gesundheitsminister Nissim Dahan im erstgenannten Artikel gegenüber Siegel gemacht hat. Der zweite Artikel, in dem ein Offizier der israelischen Armee zitiert wird, scheint der Aussage, daß die palästinensische Autonomiebehörde es verletzten Palästinensern nicht gestattet, zur ärztlichen Behandlung nach Israel zu gehen, vielmehr zu widersprechen: »Es werden große Anstrengungen unternommen, um sicherzustellen, daß Patienten, die nicht in den [palästinensischen] Gebieten behandelt werden können, schnell in israelische Krankenhäuser gelangen, und das obwohl die Bezahlung nicht garantiert werden kann. Es hat Dutzende solcher Fälle gegeben.«

60 Interview mit Dr. Mustapha Barghouthi von der »Union of Palestinian Medical Relief Committees« (das Interview führte Michael Tarazi am 13. Oktober 2003); gefaxter Brief des Gesundheitsministers der palästinensischen Autonomiebehörde, Dr. Munzer Sharif (30. Oktober 2003); E-Mail-Korrespondenz mit der leitenden Direktorin von B'Tselem, Jessica Montell (13. Oktober 2003); E-Mail-Korrespondenz mit Shabtei Gold von »Physicians for Human Rights – Israel« (PHR-Israel). Gold schrieb, »kostenlose Behandlungen in Krankenhäusern … sind eine Seltenheit, auch wenn die Medien sehr ausführlich darüber berichten«. Angesichts der Tatsache, daß Israel »stark darum bemüht ist, [den Palästinensern] das Recht auf Gesundheit abzusprechen«, sind diese Fälle »einfach unbedeutend«; »gegen die Vielzahl der mit der Besatzung zusammenhängenden Probleme vermögen sie nichts auszurichten. Sie sind nichts als ein Tropfen auf den heißen Stein.« Und: »Es ist so, als würde jemand erst ein ganzes Haus in Brand setzen und dann, weil er eigenhändig einen Eimer voll Wasser in die Flammen gegossen hat, Lob für seine tatkräftige Unterstützung erwarten« (10. Oktober 2003). Als Israel sieben kranken palästinensischen Kindern erlaubte, nach Italien zu reisen, um sich dort ärztlich behandeln zu lassen, kommentierte

B'Tselem die Aktion wie folgt: Angesichts der Tatsache, daß die medizinische Versorgung im Westjordanland massiv behindert wird, hat es den Anschein, daß der Auslandsflug der Kinder nichts weiter als ein PR-Gag ist« (*Harm to Medical Personnel: The Delay, Abuse and Humiliation of Medical Personnel by the Israeli Security Forces,* Jerusalem, Dezember 2003, S. 23).

61 Physicians for Human Rights – Israel, *A Legacy of Injustice: A Critique of Israeli Approaches to the Right to Health of Palestinians in the Occupied Territories,* Tel Aviv, November 2002, S. 22, 67.

62 Ebd., S. 57.

63 Physicians for Human Rights – Israel, *Medicine under Attack: Critical Damage Inflicted on Medical Services in the Occupied Territories,* April 2002, o. S.; mehr zu der beschämenden Reaktion des medizinischen Establishments in Israel in Physicians for Human Rights – Israel, *Legacy of Injustice,* S. 74f.

64 Im Dezember 2003 berichtete B'Tselem, daß »Soldaten seit Beginn der zweiten Intifada (September 2000) 118 Krankenwagen beschädigt haben, 28 davon so schwer, daß sie nicht mehr zu reparieren waren« (*Harm to Medical Personnel,* S. 14).

65 Der Bericht enthält auch die Information, daß es schon im Jahr 1996 vorkam, daß medizinisches Personal »bei der Evakuierung Verwundeter erschossen« wurde (S. 41).

66 Eine »unvollständige Liste von Palästinensern, die dringend zum Arzt mußten und starben, weil sie aufgrund der eingeschränkten Bewegungsfreiheit nicht rechtzeitig behandelt werden konnten«, hat B'Tselem verfaßt, siehe *Death of Palestinians following Delay in Obtaining Medical Treatment because of Restrictions on Movement during the al-Aqsa Intifada,* www.btselem.org. Zu den Schwierigkeiten, mit denen sich palästinensische Krankenwagenteams konfrontiert sehen, siehe auch B'Tselem, *Harm to Medical Personnel,* S. 5, 7, 10.

67 Dershowitz' Quelle: »*Physicians for Human Rights* v. *Commander of I.D.F. Forces in the West Bank,* HCJ 2936/02, 8. April 2002«, *Plädoyer für Israel,* S. 409 Anm. 8.

68 Physicians for Human Rights – Israel, *Legacy of Injustice,* S. 61 — 63; siehe auch S. 73f. Zum Text der Gerichtsentscheidung siehe »Red Cross and Red Crescent: Decision of the Supreme Court Sit-ting as a High Court of Justice (April 8, 2002)«, www.israel-mfa. gov.il/mfa/go.asp?MFAH01kg0.

69 Greg Myre, »The Mideast Turmoil: Security«, *New York Times,* 21. Mai 2003.

70 Physicians for Human Rights, *Legacy of Injustice,* S. 60.

71 Amnesty International, *Shielded front Scrutiny,* S. 35 Anm. 12.

72 Physicians for Human Rights – Israel, *Legacy of Injustice,* S. 61 (»zwängten sich«); B'Tselem, *Harm to Medical Personnel,* S. 20f, 23f.

73 In einer anderen Studie, in der von früheren Angriffen auf palästinensische Krankenwagen die Rede ist, bemerkten die »Ärzte für Menschenrechte« auch: »Die israelische Armee behauptet, daß die Krankenwagen nicht ihrer Bestimmung gemäß verwendet werden, doch wurde uns kein einziger Fall zur Kenntnis gebracht, bei dem mit einer Krankenwagenfahrt nachweislich etwas anderes als ein Krankentransport bezweckt wurde.« Physicians for Human Rights, *Evaluation of the Use of Force,* S. 13f. Mehr zu Angriffen jüngeren Datums bei B'Tselem, *Harm to Medical Personnel,* S. 14-19. Physicians for Human Rights – Israel, *Legacy of Injustice,* S. 60.

Kapitel 5: Kurzer Prozeß

1 Public Committee Against Torture in Israel (PCATI)/LAW – The Palestinian Society for the Protection of Human Rights, *The Assassination Policy of the State of Israel,* Mai 2002, S. 7 (»schon früher«); Palestine Human Rights Information Center [Palästinensisches Informationszentrum für Menschenrechte], *Targeting to Kill: Israels Undercover Units,* Jerusalem 1992, S.4 (Barak), 22 (Ergebnisse); B'T-selem, *Activity ofthe Undercover Units in the Occupied Territories,* Jerusalem, Mai 1992, S. 8 (»großen Prozentsatz«; vgl. S.20f.), 75 (»50 Prozent«); Human Rights Watch, *A License to Kill: Israeli Operations against ›Wanted‹ and Masked Palestinians,* New York 1993, S. 1 (Zahl und Profil der Opfer), 4 (»verstärkt angewandt«, »obdachlos«), 10 (Hinrichtungen von Häftlingen), 20 (»Schema«). Der bewaffnete Flügel der zionistischen Bewegung nahm bereits im Palästina der 1920er Jahre politische Liquidierungen vor.

2 Amnesty International, *Israel Must End Its Policy of Assassinati-ons,* London, Juli 2003, S. 1 (»Dutzende«). (Laut B'Tselems Internetseite gab es bis Ende Juni 2003 110 gezielte Tötungen, bei denen auch 71 Unbeteiligte, darunter 23 Kleinkinder und Minder-

jährige, getötet wurden; siehe *Assassinations: Extra-Judicial Executions,* www.btselem.org/english/statistics/fatalities_lists/extra_ judical_eng.asp.) Aryeh Dayan, »One day in five, the IDF attempts assassination«, *Haaretz,* 21. Mai 2003 (»alle fünf Tage«); B'Tselem, *Position Paper: Israel's Assassination Policy: Extrajudicial Executions,* Jerusalem, Februar 2001, S. 14.

3 Lily Galili, »Reserve Pilots to Refuse Liquidations«, *Haaretz,* 19. September 2003; Arnos Harel/Lily Galili, »Air Force to Oust Refusenik Pilots«, *Haaretz,* 25. September 2003. (Der Brief der Reservepiloten ist im Internet nachzulesen: »A Letter from Israeli Pilots Who Refuse to Serve«, www.xs4all.nl/~pieth/PilotsLetter.pdf.) Itamar Eichner/Tova Tzimuki, »Dershowitz Wants to Obtain ›Acquittal‹ for Israel«, *Yediot Ahronot,* 18. November 2003 (»unterstützen«); Alan M. Dershowitz, »Alle lieben tote Juden …«, *Die Welt,* 15. Juni 2002.

4 Alan Dershowitz, »Critics of Sheikh Yassin Killing Reveal Own Moral Blindness«, *Forward,* 26. März 2004. An anderer Stelle im selben Artikel formuliert Dershowitz noch einmal ähnlich: »Terroristenanführer« wie Yassin »sollten als Kombattanten und somit als geeignete Angriffsziele für Präventivschläge betrachtet werden«.

5 *Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über die Behandlung der Kriegsgefangenen,* Artikel 4.

6 Amnesty International, *State Assassinations and Other Unlawful Killings,* London 2001, S.20; PCATI/LAW, *Assassination Policy,* S. 69f. Die letztgenannte Studie bemerkt außerdem: »Israel erkennt Mitglieder palästinensischer Organisationen, die direkt an Kampfhandlungen beteiligt sind, nicht als Kombattanten an … Wenn der Staat Israel sie lieber als ›Kombattanten‹ bezeichnen will, muß er sie auch wie Kriegsgefangene behandeln, das heißt, er kann ihnen dann nicht gemäß der nationalen Strafrechtsordnung den Prozeß machen.«

7 Amnesty International, *State Assassinations,* S. 1, 19f; siehe auch PCATI/LAW, *Assassination Policy,* S. 7.

8 B'Tselem, *Position Paper: Israels Assassination Policy,* S. 8. PCATI/LAW, *Assassination Policy,* S. 61.

9 PCATI/LAW, *Assassination Policy,* S. 60 (vgl. S. 8, 67).

10 Ebd., S. 6 (»größeren Anschlag«); Amnesty International, *Israel Must End,* S. 2 (»keinerlei Beweise«).

11 Amnesty International, *IsraelMustEnd,* S. 3f. (vgl. Amnesty In-

ternational, *State Assassinations,* S. 5); PCATI/LAW, *Assassination Policy,* S. 73 (vgl. S. 8).

12 Amnesty International, *Israel Must End,* S.4-6; PCATI/LAW, *Assassination Policy,* S. 60.

13 PCATI/LAW, *Assassination Policy,* S. 8f. (»Mord«, »Kriegsverbrechen«), 60 (»die schlimmsten Verstöße«), 76 (»berüchtigten Gruppe«).

14 B'Tselem, *Position Paper: Israel's Assassination Policy,* S. 14; »Ayalon: Israeli killings create more suicide bombers«, *Jerusalem Post* (Onlineausgabe), 18. Dezember 2001; siehe auch Arnos Harel, »Security brass: Targeted killings don't work; no military Solution to terror«, *Haaretz,* 19. Dezember 2001.

15 Alex Fishman, »A dangerous liquidation«, *Yediot Ahronot,* 25. November 2001; Shulamit Aloni, »You can continue with the liquidations«, *Yediot Ahronot,* 18. Januar 2002; Bradley Burston, »Background: Shehada ›hit‹ sends shockwaves back to Israel«, *Haaretz,* 25. Juli 2002 (Mitglied der Meretz-Partei); Akiva Eldar, »How to cease from a cease-fire«, *Haaretz,* 25. Juli 2002; Gideon Samet, »It's a horror story, period«, *Haaretz,* 26. Juli 2002; Akiva Eldar, »If there's smoke, there's no cease-fire«, *Haaretz,* 30. Juli 2002; »Letter for an American editor«, *Haaretz,* 30. Juli 2002 (Text der geplanten öffentlichen Erklärung). Mehr zum Thema sowie weitere Quellenangaben in Norman G. Finkelstein, *Image and Reality of the Israel-Palestine Conflict.* Zweite, erweiterte Ausgabe, London/New York 2003 (Erstausgabe 1995), S. xxii-xxiii, xxvi-xxvii. [Vgl. Norman G. Finkelstein, *Der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern: Mythos und Realität,* Diederichs: Kreuzlingen/München 2002, S. 22f. für die erstgenannte Stelle des Originals; die letztgenannte Stelle ist in der deutschen Ausgabe nicht enthalten; Anm. d. Ü.]

Kapitel 6: Israels Abu Ghraib

1 Zu diesem und dem folgenden Absatz siehe vor allem B'Tselem, *The Interrogation of Palestinians during the Intifada: Ill-treatment, »Moderate Physical Pressure« or Torture?,* Jerusalem, März 1991, S. 27-32, sowie Amnesty International, *Report and Recommendations of an Amnesty International Mission to the Government of the State of Israel 3-7 June 1979, Including the Government's Res-*

ponse and Amnesty International Comments, London, September 1980, S. 5-13.

2 Siehe den Abschnitt »Gelegentlicher Mißbrauch« in diesem Kapitel.

3 »Israel Tortures Arab Prisoners: Special Investigation by INSIGHT«, *Sunday Times,* 19. Juni 1977; »Torture: Israel Replies«, *Sunday Times,* 3. Juli 1977; »Torture: A Flawed Defence«, *Sunday Times,* 10. Juli 1977. Amnesty International hat die Vorwürfe der *Times,* Israels Antwort und die Erwiderung der *Times* in *Report and Recommendations* näher analysiert und abschließend festgestellt: »Zusammenfassend läßt sich also sagen, daß Israel bei seiner Antwort auf die von der *Times* erhobenen Vorwürfe überhaupt nur auf sechs der 22 genannten Fälle eingegangen ist. Selbst bei diesen sechs Fällen verlor sich die Replik in Nebensächlichkeiten und brachte wenig vor, um die Anschuldigungen im einzelnen zu entkräften« (S. 9-11). Insgesamt sah Amnesty im Hinblick auf den israelischen Umgang mit palästinensischen Häftlingen die eigene, »seit 1970 bei zahlreichen Gelegenheiten vorgetragene Ansicht erneut bestätigt: Die vorliegenden Prima-facie-Beweise dafür, daß aus Sicherheitsgründen festgenommene Palästinenser in den besetzten Gebieten von Vernehmungsbeamten und anderen Gefängnismitarbeitern mißhandelt werden, verlangen nach der Einrichtung einer öffentlichen Untersuchung« (S. 43).

4 Amnesty International, *»Wer der Folter erlag …«: Ein Bericht über die Anwendung der Folter in den 80er Jahren,* Fischer: Frankfurt am Main 1985, S. 295f. [Amnesty International, *Torture in the Eighties,* London 1984.]

5 International Commission of Jurists and Law in the Service of Man (Al-Haq), *Torture and Intimidation in the West Bank: The Case of Al-Fara'a Prison,* Ramallah 1984.

6 Al-Haq, *Punishing a Nation: Human Rights Violations during the Palestinian Uprising, December 1987 – December 1988,* Ramallah, Dezember 1988, S. 341-345, 351-357; Al-Haq, *A Nation Under Siege: Annual Report on Human Rights in the Occupied Palestinian Territories, 1989,* Ramallah 1990, S. 173-179; Amnesty International, *Jahresbericht 1990,* Fischer: Frankfurt am Main 1990, S. 216, 219. *[Amnesty International Report 1990.]*

7 B'Tselem, *Interrogation,* S. 6,23. Siehe auch B'Tselem, *The Interrogation of Palestinians during the Intifada: Follow-up to March 1991 B'Tselem Report,* Jerusalem, März 1992. In diesem Folgebe-

richt schrieb B'Tselem, daß die in der Studie von 1991 vorgelegten Ergebnisse zwar »sofort große Beachtung« gefunden hätten, daß sich aber dennoch an »der Situation, die wir im letzten Jahr beschrieben haben, so gut wie nichts geändert hat« (S. 11, 43). Mehr zu israelischen Presseberichten über die Folter während der Intifada sowie zu diesbezüglichen Menschenrechtsberichten findet sich in Norman G. Finkelstein, *Palästina: Ein persönlicher Bericht über die Intifada,* Diederichs: Kreuzlingen/München 2003, S. 94-96 [Norman G. Finkelstein, *The Rise and Fall of Palestine: A Personal Account of the Intifada Years,* Minneapolis 1996].

8 Siehe den Abschnitt »Gelegentlicher Mißbrauch« in diesem Kapitel.

9 Näheres in Fouzi El-Asmar, *To Be an Arab in Israel,* Beirut 1978, siehe vor allem Kap. 6.

10 »Terrorism and Preventive Detention: The Case of Israel«, *Commentary,* Dezember 1970, S. 67-78; »Preventive Detention of Citizens during a National Emergency – A Comparison between Israel and the United States«, in *Israel Yearbook on Human Rights,* Tel Aviv 1971, S. 295-321; »Civil Liberties in Israel: The Problem of Preventive Detention«, in Irving Howe/Carl Gershman (Hg.), *Israel, the Arabs and the Middle East,* New York 1972, S. 266-299.

11 »Preventive Detention in Israel« (Leserbriefe), *Commentary,* Juni 1971.

12 Yoav Karni, »Israel Lies between Washington and Riyadh«, *Haa-retz,* 19. April 1991.

13 Alan Dershowitz, *Contrary to Populär Opinion,* New York 1992, S. 389.

14 Monroe H. Freedman/Alan M. Dershowitz, »Israeli Torture, They Said«, *New York Times, 2.* Juni 1978. Das zitierte Lob über Freedman wurde ausgesprochen, als ihn der Amerikanische Bundesverband der Anwaltschaft für sein Berufsethos ehrte (nachzulesen auf der Website der Hofstra University School of Law, unter www.hofstra.edu/Academics/Law/law_mfreed-man.cfm).

15 Alan M. Dershowitz, *Chuzpe,* Europäische Verlagsanstalt: Hamburg 2000, S. 326. [Alan M. Dershowitz, *Chutzpah,* Boston 1991.]

16 United States District Court, Eastern District of New York, Trial Transcripts, *Mahmoud Abet Atta a/k/a Mahmoud el-Abed Ahmad v. Wigen, et al.* Die hier benutzte Ausfertigung des Gerichtsprotokolls wurde großzügigerweise von June Lowe zur Verfügung gestellt; Lowe ist die Fallmanagerin von Richter Jack Weinstein,

der den Vorsitz führte. Das Protokoll trägt das Datum vom 2. August 1989.

17 *Ahmadv. Wigen,* S.450f.

18 Ebd., S. 501-503.

19 Ebd., S.384f.

20 Ebd., S. 404.

21 Ebd., S. 507.

22 Ebd., S. 382-386.

23 Persönliche Korrespondenz vom 13. März 2004.

24 *Ahmadv. Wigen,* S. 601 f.

25 Dershowitz, *Chuzpe,* S. 327.

26 *Ahmadv. Wigen,* S. 339-345.

27 Ebd., S. 464.

28 Dershowitz, *Chuzpe,* S. 329. Wir wollen einmal festhalten, daß Richter Jack Weinstein Dershowitz nur in relativ nebensächlichen Punkten zustimmte. (Der ukrainische Kriegsverbrecher John Dem-janjuk sei, nachdem ihn die Vereinigten Staaten an Israel ausgeliefert hätten, tatsächlich nicht gefoltert worden; und das israelische Gefängniswesen sei dem der meisten anderen westlichen Staaten in der Tat vergleichbar.) Weinstein verdient jedoch Anerkennung dafür, daß er sich Dershowitz' verengten Blick auf das Thema Folter und Israels Rückgriff auf dieselbe *nicht* zu eigen machte. Weinstein widersprach Dershowitz' Auffassung, nach der unter Folter und unmenschlicher Behandlung lediglich die Zufügung körperlicher Schmerzen zu verstehen sei: »Unser Begriff von Folter und anderen grausamen oder ungewöhnlichen Strafen muß auch Drohungen sowie andere unmenschliche psychische Verletzungen beinhalten. Dazu gehört auch das Anwenden von Tricks, die Verzweiflung hervorrufen sollen.« Überdies zog Weinstein auch einen Bericht des amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtslage in Israel heran, um Dershowitz' Behauptung zu widerlegen, nach der die israelischen Verhörmethoden lediglich aus »Tricks« bestünden, die zwar Furcht einflößten, aber keine Schmerzen verursachten. »Die Berichte darüber, daß Verdächtige und Häftlinge geschlagen werden, reißen ebensowenig ab wie die Berichte darüber, daß Gefangene und Häftlinge grob behandelt und erniedrigt werden«, hatte das Außenministerium, wie Weinstein zu bedenken gab, festgestellt. Weinstein bewilligte Attas Auslieferung hauptsächlich deshalb, weil Israel in einem Brief an das Gericht »formal versichert hat,

daß der Kläger im Falle seiner Auslieferung weder gefoltert noch einer anderweitig unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung unterzogen werden wird«. Siehe *Ahmadv. Wigen,* 726 F. Supp. 389,415-418 (1989).

29 Alan M. Dershowitz, *Why Terrorism Works: Understanding the Threat, Responding to the Challenge,* New Haven 2002, S. 124.

30 Siehe den Abschnitt »Gefoltert wird nicht mehr« in diesem Kapitel.

31 Zitate aus dem jeweiligen *Jahresbericht* von Amnesty International *[Amnesty International Report]* für die Jahre 1991 –1999. Der Bericht aus dem Jahr 1991 behandelt den Zeitraum Januar bis Dezember 1990 usw.

32 Amnesty International, *Combating Torture,* London 2003, Abschnitt 2.2.

33 Human Rights Watch, *Israel's Interrogation of Palestinians front the Occupied Territories,* New York 1994, S. x, 4. In den Human-Rights-Watch-Jahresberichten *(Human Rights Watch World Report)* der 1990er Jahre wurde ebenfalls immer wieder aufs neue festgestellt, daß Israel palästinensische Häftlinge systematisch folterte und mißhandelte

34 B'Tselem, *Legislation Allowing for the Use of Physical Force and Mental Coercion in Interrogations by the General Security Service, Position Paper,* Jerusalem, Januar 2000, S. 31.

35 Siehe den Abschnitt »Gefoltert wird nicht mehr« in diesem Kapitel.

36 Für Auszüge aus dem Landau-Bericht sowie kritische Kommentare lohnt sich besonders ein Blick in die *Israel Law Review,* Bd. 23, Nr. 2-3 (Jerusalem, Frühjahr/Sommer 1989). Der Band enthält auch einen Beitrag von Dershowitz (»Is it Necessary to Apply ›Physical Pressure‹ to Terrorists – and to Lie about It?«).

37 B'Tselem, *Interrogation,* S. 31.

38 Siehe den Abschnitt »Gelegentlicher Mißbrauch« in diesem Kapitel.

39 Public Committee Against Torture in Israel, *Flawed Defense: Torture and Ill-Treatment in GSS Interrogations following the Supreme Court Ruling, 6 September 1999 – 6 September 2001,* Jerusalem, September 2001, S. 9 Anm. 6.

40 B'Tselem, *Legitimizing Torture: The Israeli High Court of Justice Rulings in the Bilbeisi, Hamdan and Mubarak Cases,* Jerusalem, Januar 1997, o. S. (Das vorherige Zitat »noch weiter verbessert« findet sich ebenfalls in diesem Bericht.)

41 Siehe B'Tselems Website unter »Torture«, www.btselem.org/english/Torture/Toture_by_GSS.asp; siehe auch die Äußerung des damaligen leitenden Direktors von B'Tselem, Eitan Feiner, in *Le Monde:* »Israel ist das einzige Land der Welt, das Folter sowohl juristisch als auch rhetorisch legitimiert hat … Dadurch, daß Israels Oberstes Gericht Foltermethoden in bestimmten Fällen für zulässig erklärt hat, hat es die Folter praktisch insgesamt legalisiert«, 11. Dezember 1998.

42 Amnesty International, *Combating Torture,* Abschnitt 2.2.

43 »Summary record of the public part of the 297th meeting: Israel. 04/09/97« (CAT/C/SR.297/Add.l).

44 »Report of the Special Rapporteur, Mr. Nigel S. Rodley, submitted pursuant to Commission on Human Rights resolution 1995/37 B« (E/CN.4/1997/7).

45 B'Tselem, *Legislation Allowing for the Use of Physical Force,* S. 25, 54.

46 *Public Committee Against Torture* v. *Israel* (HCJ 5100/94), S. 27.

47 Orah Maggen, Information Coordinator, »Public Committee Against Torture in Israel« (PCATI), 1. Dezember 2003, persönliche Mitteilung. Siehe auch B'Tselem, *Interrogation,* S. 32-36.

48 Amnesty International, *Death by Shaking: The Case of Abd al-Samad Harizat,* Oktober 1995 (Autopsieberichte). Der Vernehmungsbeamte, der Harizat zu Tode gefoltert hat, wurde nie strafrechtlich belangt, und »nach einer nicht allzulangen Suspendierung vom Dienst begann er wieder palästinensische Häftlinge zu verhören – und wahrscheinlich auch zu foltern« (Public Committee Against Torture in Israel, *Flawed Defense,* S. 19). Ministerpräsident Yitzhak Rabin räumte 1995 ein, daß das »Schütteln« bei 8000 palästinensischen Häftlingen angewandt worden war, und ein früherer israelischer General Staatsanwalt gab zu Protokoll, daß »die ›Schütteln‹ genannte Verhörmethode eine routinemäßig angewandte Verhörmethode ist« (B'Tselem, *Legislation Allowing for the Use of Physical Force,* S. 31 f.).

49 »Report Issued on Circumstances Surrounding Death of Detainee (Communicated by Justice Ministry Spokeswoman)«, Jerusalem, 7. Juni 1995, www.israel-mfa.gov.il/mfa/go.asp?MFAH0a4e0.

50 *Public Committee Against Torture v. Israel* (HCJ 5100/94), S. 9. Diese Entscheidung des Obersten Gerichts geht auf eine frühere, ebenfalls den Fall Harizat betreffende Gerichtsentscheidung zurück (HCJ 4054/95).

51 Dershowitz deutet diesen Grund auch auf den Seiten 218,219 und 318 an.

52 David Kretzmer, *The Occupation of Justice: The Supreme Court of Israel and the Occupied Territories,* Albany 2002, S. 141f. Das Zitat bezieht sich auf die Zeit vor der Gerichtsentscheidung vom September 1999. Siehe den Abschnitt »Gefoltert wird nicht mehr« in diesem Kapitel.

53 B'Tselem, *Routine Torture: Interrogation Methods of the General Security Service,* Jerusalem 1998, S. 16, 29 (siehe auch S. 30f, wo B'Tselem einige Fälle auflistet, bei denen Palästinenser wegen einer »tickenden Bombe« gefoltert wurden, um dann anschließend freigelassen zu werden, ohne daß man sie wegen *irgendeiner* Straftat vor Gericht stellte oder sie in Administrativhaft nahm).

54 B'Tselem, *Legislation Allowing for the Use of Physical Force,* S. 32, 48.

55 Siehe den Abschnitt »Gefoltert wird nicht mehr« in diesem Kapitel.

56 B'Tselem, *Legislation Allowing for the Use of Physical Force,* S. 43-46.

57 Dershowitz wiederholt diese Behauptung mehrfach in leicht abgewandelter Form, siehe S. 218 (»jede Art von physischen Zwangsmaßnahmen verboten«), 219 (»verbot…, und zwar absolut«), 220 (»gegenwärtiges israelisches Recht nicht einmal mehr zuläßt«, »jede Anwendung von physischem Druck verbot«), 224f. (»die [früheren] Methoden … verboten«), 295 (»ihre Anwendung untersagt«), 318 (»für illegal erklärt«), 328 (»längst aufgehört«).

58 Dershowitz, *Why Terrorism Works,* S. 251f. Anm. 26.

59 Public Committee Against Torture in Israel, *Flawed Defense,* S. 14.

60 *Human Rights Watch World Report 2000,* New York.

61 Public Committee Against Torture in Israel, *Back to a Routine of Torture: Torture and Ill-treatment of Palestinian Detainees during Arrest, Detention and Interrogation, September 2001 –April 2003,* Jerusalem, April 2003, S. 9-14, 21, 89. Zur Komplizenschaft des Obersten Gerichts siehe vor allem Kap. 4 (»Rubber Stamps for the GSS: The High Court of Justice, the Attorney General, and the State Prosecutor's Office«).

62 Amnesty International, *Combating Torture,* Abschnitt 2.2.

63 Amnesty International, *Broken Lives: A Year of Intifada,* London 2001, S. 50.

63 B’Tselem, *Standard Routine: Beatings and Abuse of Palestinians by Israeli Security Forces during the Al-Aqsa Intifada,* Jerusalem 2001, S. 21,5,21f., 36 (die Zitate bezüglich der Grenzpolizei stammen von Aussagen, die Grenzpolizisten gegenüber der Zeitung *Haaretz* machten). Weitere Belege finden sich in B’Tselem, *In Broad Daylight: Abuse of Palestinians by IDF Soldiers on 23 July 2001,* Jerusalem.

Kapitel 7; Rückkehr der Wandalen

1 B‘Tselem, *Through No Fault of Their Own: Punitive House Demolitions during the al-Aqsa Intifada,* Jerusalem, November 2004, S.4.

2 Ebd., S. 6 (»israelische Zivilisten noch nie«), 15 (»unerheblich«, »in die Wege geleitet«, »40 Prozent«). Im Hinblick auf die diskriminierende Anwendung dieser Strafmaßnahme erinnert B'Tselem daran, daß »das Haus von Baruch Goldstern, der bei seinem Anschlag auf das Grab der Patriarchen im Jahr 1994 29 Palästinenser tötete, nicht zerstört wurde. Auch das Haus von Shahar Dvir Zeli-ger wurde verschont. Zeliger war der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung überführt worden, deren Ziel es war, Anschläge auf Araber zu verüben. In den Jahren 2001 bis 2003 hatte Zeliger Palästinenser mit Schußwaffen angegriffen und Sprengsätze gelegt, um Palästinenser zu verletzen« (S. 6 Anm. 7; zu diesem Punkt siehe auch Amnesty International, *Under the Rubble: House Demolition and Destruction of Land and Property*, London, Mai 2004, S. 9).

3 David Kretzmer, *The Occupation of Justice: The Supreme Court of Israel and the Occupied Territories,* Albany 2002, S. 145; B’Tselem, *House Demolitions – Statistics,* www.btselem.org/english/House_Demolitions/Statistics.asp; B’Tselem, *Through No Fault of Their Own*, S. 4-7.

4 Amnesty International, *Demolition and Dispossession: The Destruction of Palestinian Homes,* London, Dezember 1999, S. 15 (vgl. B’Tselem, *Through No Fault of Their Own,* S. 20-24).

5 *Human Rights Watch World Report 1992,* New York. Offenbar haben auch die Vereinigten Staaten seit ihrer Besetzung des Iraks zuweilen auf diese Taktik zurückgegriffen, siehe Kenneth Roth, »Letter to Defense Secretary Donald Rumsfeld«, Human Rights Watch, 12. Januar 2004.

6 B'Tselem, *House Demolition and Sealing as a Form of Punishment in the West Bank and Gaza Strip, Follow-up Report,* Jerusalem, November 1990, S. 4 (»ohne Gerichtsverfahren«); B'Tselem, *Through No Fault of Their Own,* S. 14 (»Autopsie«).

7 B'Tselem, *Through No Fault of Their Own,* S. 16 (»Ausnahmen«), 39-42 (»Bewohner der Region« und »Mit dieser Entscheidung«: S. 42); zur Rechtfertigung der Armee für ihren Verzicht auf Vorwarnungen sowie zu B'Tselems Widerlegung der vorgebrachten Argumente siehe S. 17, 43; zu den in der ursprünglichen Gerichtsentscheidung genannten Gründen für das Recht der Armee, auf Vorwarnungen zu verzichten, sowie zu B'Tselems Widerlegung der vorgebrachten Argumente siehe S. 41 f.

8 Zur Diskussion der relevanten völkerrechtlichen Bestimmungen siehe Yoram Dinstein, »The Israel Supreme Court and the Law of Belligerent Occupation: Demolitions and Sealing Off of Houses«, in *Israel Yearbook on Human Rights,* Tel Aviv 1999, S. 292-295; Kretzmer, *Occupation,* S. 146-148; Amnesty International, *Under the Rubble,* S. 44-46; B'Tselem, *The Legal Basis for Demolition and Sealing of Houses,* www.btselem.org/english/House_Demolitions/Statistics.asp; B'Tselem, *Through No Fault of Their Own,* S. 25-41.

9 B'Tselem, *House Demolition and Sealing as a Form of Punish-ment,* S. 5; B'Tselem, *Through No Fault of Their Own,* S.47. Völlig unabhängig davon stellt sich auch die Frage, inwieweit diese Art der Bestrafung zur Abschreckung taugt. B'Tselem schreibt, es lasse sich darüber streiten, wie wirkungsvoll die Maßnahme sei, und zitiert einen »hohen Beamten des Verteidigungsapparats« mit den Worten, daß die Maßnahme »in den meisten Fällen« nicht funktioniere. B'Tselem zitiert auch aus einem internen Bericht der israelischen Armee, in dem zu lesen war, daß »die abschreckende Wirkung von Häuserzerstörungen nicht erwiesen« sei. »Die Zahl der Anschläge … stieg wenige Monate nach Einführung der Maßnahme«, so der Armeebericht (ebd., S. 46f).

10 »Symposium on Human Rights (Tel Aviv, July 1971)«, in *Israel Yearbook on Human Rights,* Tel Aviv 1971, S. 376f.

11 Dinstein, »Demolitions«, S. 302f. Im allgemeinen ist Dinstein im israelischen Mainstream zu verorten; so befürwortet der Jurist beispielsweise politische Liquidierungen, siehe Anthony Dworkin, »Defence or murder?«, *Guardian,* 30. März 2004. Abgelehnt

wird Dershowitz' Argumentation auch von Kretzmer, siehe *Occupa-tion,* S. 147, 233 Anm. 9.

12 B'Tselem schreibt, daß »32 Prozent der mutmaßlichen Straftäter zur Zeit der Zerstörung inhaftiert waren, 21 Prozent als ›gesucht‹ galten, und 47 Prozent tot waren«. Des weiteren berichtet B'Tselem, daß »es sich bei manchen Häusern, die von Zerstörungen betroffen waren, um Gebäude handelte, in denen der Verdächtige nur zur Miete wohnte«. In solchen Fällen »waren die Hauseigentümer, die mit der betreffenden Tat des Verdächtigen nicht das geringste zu tun hatten, zumindest im Hinblick auf den materiellen Verlust die Hauptleidtragenden«. Und schließlich zerstörte die israelische Armee hin und wieder absichtlich »Häuser, die in unmittelbarer Nachbarschaft des Gebäudes lagen, in dem der Verdächtige gewohnt hatte … Wenn die Bewohner dieser Häuser zur Großfamilie des Verdächtigen gehören, ist dies die gängige Praxis.« Bei fast der Hälfte der rund 600 Häuser, die Israel seit Beginn der zweiten Intifada als Strafmaßmahme zerstört hat, handelte es sich nicht um Häuser, die der Kernfamilie des Verdächtigen gehörten, sondern um »die Häuser, die neben dem Wohnhaus des Verdächtigen standen« (B'Tselem, *Through No Fault of Their Own,* S. 9-13).

13 Amnesty International, *Under the Rubble,* S. 11; B'Tselem, »Demolition and Sealing of Houses as Punishment«, www.btselem.org/english/House_Demolitions/index.asp; Al-Haq (Law in the Service of Man), *Punishing a Nation: Human Rights Violations during the Palestinian Uprising, December 1987 – December 1988* (December 1988), S. 225.

14 Kretzmer, *Occupation,* S. 149; siehe auch Dinstein, »Demolitions«, S. 296.

15 Alan M. Dershowitz, *Why Terrorism Works: Understanding the Threat, Responding to the Challenge,* New Haven 2002, S. 29, 117-119.

16 Kretzmer, *Occupation,* S. 149f; siehe auch Dinstein, »Demolitions«, S. 298f.

17 Dershowitz, *Why Terrorism Works,* S. 118f.

18 B'Tselem, *Legal Basis.*

19 Alan M. Dershowitz, *Chuzpe,* Europäische Verlagsanstalt: Hamburg 2000, S. 182. [AlanM. Dershowitz, *Chutzpah,* Boston 1991.]

20 Alan Dershowitz, »Defending against Terrorism within the Rule of Law«, www.herzliyaconference.org.

21 Alan M. Dershowitz, »New response to Palestinian terrorism«, *Jerusalem Post,* 11. März 2002.

22 Yehoshafat Harkabi, *Israels Fateful Hour,* New York 1986, S. 101. Harkabi schreibt: »Den Libanonkrieg als den ›Krieg für den Frieden in Galiläa‹ zu bezeichnen war mehr als nur unpassend. Ehrlicher wäre es gewesen, ihn als den ›Krieg zur Sicherung der Besatzung des Westjordanlandes‹ zu bezeichnen«; siehe auch Meron Benvenisti, *Intimate Enemies,* Berkeley 1995, S. 79; Generalmajor Avraham Tamir, *A Soldier in Search of Peace,* New York 1988, S. 93, 116, 117, 122; sowie Shimon Shamir, »Israeli Views of Egypt and the Peace Process«, in William Quandt (Hg.), *The Middle East,* Washington/D.C, 1988, S. 207. Avner Yaniv, *Dilemmas of Security,* New York 1987, S. 127f. (Umfragen); Noam Chomsky, *Fateful Triangle,* Boston 1983, S.221 (Opferzahlen), 253f. (Umfragen) [bei der deutschsprachigen Ausgabe dieses Werks (Noam Chomsky, *Offene Wunde Nahost: Israel, die Palästinenser und die US-Politik,* Europa: Hamburg/Wien 2002) handelt es sich um eine stark gekürzte Fassung; das zitierte Libanon-Kapitel ist darin nicht enthalten; Anm. d. Ü.]; Robert Fisk, *Pity the Nation,* New York 1990, S.257, 418f. (Opferzahlen); U.N. General Assembly Resolution 37/134, *Assistance to the Palestinian People,* 17. Dezember 1982.

23 Joel Brinkley, »Majority in Israel Oppose P.L.O. Talks Now, Poll Shows«, *New York Times, 2.* April 1989. Zu Israels ungeheuerlichen Menschenrechtsverletzungen während der ersten Intifada siehe Norman G. Finkelstein, *Palästina: Ein persönlicher Bericht über die Intifada,* Diederichs: Kreuzlingen/München 2003, Kap. 3. [Norman G. Finkelstein, *The Rise and Fall of Palestine: A Personal Account of the Intifada Years,* Minneapolis 1996.]

24 Jessica Montell, »Operation Defensive Shield: The Propaganda war and the reality«, *Tikkun,* Juli/August 2002; zu den israelischen Verbrechen während der »Operation Schutzschild« siehe den Abschnitt »Keinerlei Hinweise« in Kapitel 4.

25 Zur weiteren Diskussion siehe Finkelstein, *Palästina [Rise and Fall],* Kap. 4.

26 Zu dieser Gerichtsentscheidung siehe Finkelstein, *Beyond Chutzpah,* S. 216f.

27 B'Tselem, *Demolishing Peace: Israel's Policy of Mass Demolition of Palestinian Houses in the West Bank,* Jerusalem, Dezember 1997, S. 2, 26f, 30, 34-36, 39.

28 Amnesty International, *Demolition and Dispossession: The Destruc-*

struction of Palestinian Homes, London, Dezember 1999, S. 1, 2, 11, 14, 17, 19, 20f., 23, 24f. Siehe auch Amnesty International, *Under the Rubble,* Teil 5 (»Demolitions of unlicensed houses: discriminatory planning and building policies and enforcement measures«).

29 B'Tselem, *Through No Fault of Their Own,* S. 4.

30 B'Tselem, *Policy of Destruction: House Demolitions and Destruction of Agricultural Land in the Gaza Strip,* Jerusalem, Februar 2002, S. 2, 6, 8, 10, 24, 28f., 32, 35f.

31 Amnesty International, *Under the Rubble,* S. 1, 7,12, 14,16,17,24, 46; siehe auch Amnesty International, »Wanton destruction constitutes a war crime«, Presseerklärung, 13. Oktober 2003.

32 Human Rights Watch, *Razing Rafah: Mass Home Demolitions in the Gaza Strip,* New York, Oktober 2004, S.2, 3, 4-6, 9f., 15, 18f., 20, 41-54, 63, 68f, 94-97, 113-115; siehe auch Human Rights Watch, »Israel: End Unlawful Use of Force against Civilians in Gaza: Israeli Government Should Repudiate Plans for Mass House Demolition«, 20. Mai 2004.

33 B'Tselem, *Through No Fault of Their Own,* S. 4.

34 Human Rights Watch, *Jenin: IDF Military Operations,* New York, Mai 2002, Abschnitt 2, S. 2.

35 Amnesty International, *Shielded from Scrutiny: IDF Violations in Jenin and Nablus,* London, November 2002, S. 7,10,12; siehe auch Amnesty International, *Killing the Future: Children in the Line of Fire,* London, September 2002, S. 7, sowie Amnesty International, »Demolition of houses is an act of collective punishment«, 14. Januar 2002.

36 B'Tselem, *Operation Defensive Shield: Soldiers' Testimonies, Palestinian Testimonies,* Jerusalem, September 2002, S. 12-14.

37 B'Tselem, *Policy of Destruction,* S. 8; Human Rights Watch, »Gaza: IDF House Demolition Injures Refugees«, Presseerklärung, 24. Oktober 2002.

Kapitel 8: Abgeschnürte Lebensader

1 *Palestine Royal Commission Report,* London 1937, S. 125-130 (vgl. S. 241).

2 Auf die Unterstützung, die der »Transfer«-Gedanke (die Vertreibung der Araber aus Palästina) durch weite Teile der zionistischen Bewegung erfuhr, bin ich an anderer Stelle näher ein-

gegangen, siehe Norman G. Finkelstein, *Image andReality ofthe Israel-Palestine Conflict.* Zweite, erweiterte Ausgabe, London/ New York 2003 (Erstausgabe: 1995), S. xii; siehe auch die dort angegebenen Quellen. [Norman G. Finkelstein, *Der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern: Mythos und Realität,* Diederichs: Kreuzlin-gen/München 2002, S. 8.]

3 Sara Roy, *The Gaza Strip: The Political Economy of De-Development,* Washington/D. C. 1995.

4 Ebd., S. 3-5. Zu den Besonderheiten der israelischen Wirtschaftspolitik in den besetzten Gebieten siehe vor allem Kap. 5, wo Roy zum Beispiel schreibt:

»Bei der Untersuchung des Gazastreifens wird ein Komplex eigentümlicher Bedingungen, werden neue Unterentwicklungsarten und –mechanismen sichtbar, die man in anderen Dritte-Welt-Ländern so gemeinhin nicht antrifft. Diese neuartigen Unterentwicklungsarten und -mechanismen lassen sich nicht durch bestehende Entwicklungstheorien erklären. Der speziellen Art von Unterwicklung im Gazastreifen liegt eine israelische Politik zugrunde, die den wirtschaftlichen Aspekt politisch-nationalen Erwägungen unterordnet. Ausdruck dieser Politik ist die Tatsache, daß es Israel wichtiger ist, Land hinzuzugewinnen, als das Wirtschaftspotential der in diesem Land lebenden Menschen auszunutzen. Israels ideologisches Ziel, einen starken jüdischen Staat zu schaffen, wog schon immer schwerer als der Wunsch oder die Notwendigkeit, aus der wirtschaftlichen Ausbeutung der palästinensischen Bevölkerung Profit zu schlagen, obwohl es für diese Ausbeutung durchaus Beispiele gibt. Israel hat manche Segmente der palästinensischen Bevölkerung vertrieben und andere ihrer Wirtschaftskraft und Ressourcen beraubt. In der jüngeren palästinensischen Geschichte ist Israel die erste Besatzungsmacht, die die Palästinenser vorsätzlich und mit Gewalt ihres Landes, ihres Wassers und ihrer Arbeitskraft beraubt hat.« (S. 128)

Zu Israels Strategie, einzelnen Palästinensern einen gewissen Wohlstand zuzubilligen und gleichzeitig den Ruin der palästinensischen Wirtschaft zu betreiben, siehe vor allem das sechste Kapitel in Roys Studie.

5 Ebd., S. 165-167, 175-181. Die für die jüdische Siedlerbevölkerung genannten Zahlen stammen aus dieser Studie.

6 B'Tselem, *Thirsty for a Solution: The Water Crisis in the Occupied Territories andlts Resolution in the Final-Status Agreement,* Jeru-

salem, Juli 2000, S. 3f., 8 (»diskriminierend und ungerecht«), 38, 43f. (»Rotationsprinzip«). Die Daten für das Westjordanland und den Gazastreifen kann man nicht genau miteinander vergleichen. So schließt das für den Gazastreifen genannte Verhältnis zwischen jüdischem und palästinensischem Wasserverbrauch den bedeutenden Agrarsektor mit ein, während bei dem für das Westjordanland genannten Verhältnis nur der häusliche, städtische und industrielle Verbrauch berücksichtigt wurde; überdies bezieht sich das für den Gazastreifen genannte Verhältnis des Wasserverbrauchs auf einen Vergleich zwischen jüdischen Siedlern und den dort lebenden Palästinensern, während das für das Westjordanland genannte Verhältnis auf einem Vergleich zwischen dem Verbrauch der dort lebenden Palästinenser und der israelischen Gesamtbevölkerung beruht.

7 B'Tselem, *Land Grab: Israel's Settlement Policy in the West Bank,* Jerusalem, Mai 2002, S. 81.

8 Ebd., S. 12 (200000), 31 (beinahe die Hälfte), 94 (»miteinander verbunden«), 95 (mehr als 40 Prozent), 104 (Schlußfolgerung). Zu den wichtigsten Ergebnissen dieses Berichts zählen auch die folgenden Feststellungen: Während der Jahre des Osloer »Friedensprozesses« verdoppelte sich die Anzahl der jüdischen Siedler im Westjordanland beinahe; inklusive Ost-Jerusalem stieg die Anzahl der jüdischen Siedler im Westjordanland von 247000 auf 375 000; nicht eine einzige jüdische Siedlung wurde aufgegeben; und der stärkste Anstieg von Wohneinheiten war im Jahr 2000 unter der Regierung Barak zu verzeichnen (S. 4, 12). Im Jahr 2003 nannte das Israelische Zentralamt für Statistik die Zahl von 220000 jüdischen Siedlern im Westjordanland (ohne Ost-Jerusalem).

9 George Abed, »Beyond Oslo: A Viable Future for the Palestinian Economy«, in Sara Roy (Hg.), *The Economics of Middle East Peace: A Reassessment,* Research in Middle East Economics, Bd. 3, Middle East Economic Association, Stamford/Connecticut 1999, S. 46f.

10 Meron Benvenisti, *1986 Report: Demographic, Economic, Legal, Social and Political Developments in the West Bank,* Boulder/Colorado 1987, S. 18f; Arie Arnon u.a., *The Palestinian Economy: Between Imposed Integration and Voluntary Separation,* New York 1997, S. 30-34; Roy, *Gaza Strip,* S. 195.

11 U.N. Commission on Human Rights, *The Right to Food: Report*

by the Special Rapporteur, Jean Ziegler; Addendum, Mission to the Occupied Palestinian Territories, 31. Oktober 2003 (E/CN.4/2004 /10/Add.2).

12 World Bank, *Twenty-Seven Months – Intifada, Closures and Palestinian Economic Crisis: An Assessment,* Jerusalem, Mai 2003, S.xi-xiv (»zusammenhalten«: S. xiii), 8 (»Unterernährung«; vgl. S.36f), 9, 21, 24f., 31, 33f. (»bemerkenswert«), 48 (UNRWA), 52f, 57. Laut dieser Studie hat Israel bei seinen Militäroperationen bis Dezember 2002 »reinen Sachschaden« in Höhe von fast einer Milliarde Dollar verursacht. »Wenn der Geräteverschleiß und die Abnutzung der Infrastruktur hinzugerechnet werden, beläuft sich der Schaden auf annähernd 1,7 Milliarden Dollar.« Bei der Betrachtung der einzelnen Sektoren stellte sich heraus, daß »der angerichtete Schaden vor allem die öffentliche Infrastruktur betraf« (d. h. Straßen und Gehwege, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, Stromversorgung und Straßenbeleuchtung, Mülleimer und Müllabfuhr usw.), wobei »diese Infrastruktur größtenteils von Geberländern finanziert wird« (S. xi, 17-19).

13 Ebd., S. xii, xvii, 82.

14 Amnesty International, *Surviving under Siege: The Impact of Movement Restrictions on the Right to Work,* London, September 2003, S. 2 (»Einige Dörfer«, »Weg von wenigen Kilometern«), 11 (»noch nie in ihrem Leben verlassen«), 12 (»Hauptstraßen«), 16 (»Ausgangssperren«), 17 (»stundenlang in ihren Fahrzeugen«), 19 (»tödliche Gewalt«), 25 (»Recht auf Arbeit«).

15 Ebd., S. 15 (»verträgt sich nicht«), 24f. (»nicht nur das Recht«, »unterschiedslos«, »Je mehr«, »wesentlicher Unterschied«).

16 Ebd., S. 35f. (»sehr gering«, »diskriminierend«), 38 (»abzuschotten«).

17 Ebd., S. 5 (»gegenwärtige Praxis«), 7 (»unverhältnismäßig«).

18 Ori Nir, »Israel Fears Isolation, Sanctions over Fence«, *Forward,* 9. Januar 2004 (»beratend«, »Känguruh-Gerichtshof«, »einem Schwarzen«, »Schweden«, »ausgemachte Sache«); Andrew C. Esensten, »Dershowitz Advises Israel on Wall Dispute«, *Harvard Crimson,* 24. Februar 2004 (»völlig groteskes«, »letzte Option«, »Känguruh-Gerichtshof«); Alan Dershowitz, »The case against picking on Israel«, *The Australian,* 8. Mai 2004 (»rassistisch«). Zum Hintergrund der Beratungen des Internationalen Gerichtshofs siehe vor allem Andreas Mueller, »Crippled Justice: Limping towards the Wall«, *News from Within,* März/April 2004.

19 U.N. Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, *New WallProjections,* New York, 9. November 2003 (»schwere humanitäre Folgen«, »Privileg«); B'Tselem, *Behind the Barrier: Human Rights Violations as a Result of Israels Separation Barrier, Position Paper,* Jerusalem 2003, S. 13f. (»Hunderttausende Palästinenser«), 15-17 (»sehr schwer«), 19f. (»versteckten Enteignung«, »Erdboden gleichgemacht« und geraubte Olivenbäume); *Report of the Special Rapporteur of the Commission on Human Rights, John Dugard, on the Situation of human rights in the Palestinian territories occupied by Israel since 1967, submitted in accordance with Commission resolution 1993/2A* (E/CN.4/2004/6), New York, 8. September 2003 (geschlossene Läden); *Anti-Apartheid Wall Campaign Fact Sheet: The Walls »First Phase«,* www.stopthe wall.org (Zahl der entwurzelten Olivenbäume). Zu einer detaillierten Analyse der wirtschaftlichen Auswirkungen der Mauer auf das Leben der Palästinenser siehe vor allem: *The Impact of Israels Separation Barrier on Affected West Bank Communities: A Follow-up Report to the Humanitarian and Emergency Policy Group (HEPG) and the Local Aid Coordination Committee (LACC),* 31. Juli 2003. Weitere Informationen dazu, daß israelische Soldaten die Mauerübergänge derzeit »in unregelmäßigen Abständen und unvorhersehbar« schließen, sowie zu der israelischen Willkür in bezug auf die Ausstellung »dauerhafter Wohngenehmigungen« von Palästinensern siehe Amnesty International, *The Place of the Fence/Wall in International Law,* London, Februar 2004, S. 9f, sowie Oxford Public Interest Lawyers (OXP1L) for the Association for Civil Rights in Israel (ACRI), *Legal Consequences of Israel's Construction ofa Separation Barrier in the Occupied Territories,* Universität Oxford, Februar 2004, S. 35f., 40. Zur Enteignung palästinensischen Landes im Zuge des Mauerbaus sowie zu dem Hinweis, daß diese Praxis, selbst wenn militärische Notwendigkeit gegeben wäre, gegen das Völkerrecht verstößt, siehe B'Tselem, *Behind the Barrier,* S. 37f; Amnesty International, *The Place of the Fence/Wall,* S. 10f.; sowie OXPIL for ACRI, *Legal Consequences of Israels Construction,* S. 21-23 (»Entschädigung«), 38-40. Alle Zahlen, die im obigen Text bezüglich der durch den Mauerbau geschädigten Palästinenser genannt werden, sind als Anhaltspunkte für die Größenordnung zu verstehen; zum Vergleich der unterschiedlichen Schätzungen siehe ebd., S. 6.

20 B'Tselem, *Behind the Barrier,* S. 28-31; Amnesty International,

The Place of the Fence/Wall, S. 4 (»nichts Ungesetzliches«), 14 Anm. 15; OXPIL for ACRI, *Legal Consequences of Israel's Construction,* S. 17f. (»keine Sorge«).

21 Amnesty International, *The Place of the Fence/Wall,* S. 6 (»Kriegsverbrechen«); Human Rights Watch, »Letter to President Bush on Israel Loan Guarantees and Separation Barrier«, New York, 30. September 2003 (»weiteres Vordringen«); B'Tselem, *Behind the Barrier,* S. 32f. (»wahre Grund«); Human Rights Watch, *Israel's »Separation Barrier« in the Occupied West Bank: Human Rights and International Humanitarian Law Consequences, A Human Rights Watch Briefing Paper,* New York, Februar 2004, S. 4 (»anzuschließen«); Human Rights Watch, »Israel: West Bank Barrier Endangers Basic Rights: U.S. Should Deduct Costs from Loan Guarantees«, Presseerklärung, 1. Oktober 2003 (»abzuziehen«). Zur Vertreibung der Palästinenser, die derzeit auf der israelischen Seite der Mauer wohnen, sowie zum Mauerteilstück im Jordantal und zur Reduzierung des palästinensischen Landes auf die Hälfte des Westjordanlandes siehe vor allem Amnon Barzilai, »The fence: A path to voluntary transfer«, *Haaretz,* 18. Februar 2004. Zum Bantustanvergleich siehe Finkelstein, *Image and Reality,* S. xxvii und Kap. 7. [Finkelstein, *Konflikt,* S. 26; das siebte Kapitel liegt nicht in deutscher Übersetzung vor; Anm. d. Ü.]

22 Das Rechtsgutachten (»advisory opinion«) des Internationalen Gerichtshofs (International Court of Justice, »Legal Consequences of the Construction of a Wall in the Occupied Palestinian Territory«, General List, Nr. 131, 9. Juli 2004) und die Erklärung des amerikanischen Richters (»Declaration of Judge Buergenthal«) finden sich unter www.icj-cij.org/icjwww/idocket/imwp/imwpframe.htm. Ende Juni 2004 hielt es Israels Oberstes Gericht angesichts der weltweiten Empörung offenbar für gescheiter, bei dem Antrag des Gemeinderats von Beit Sourik gegen die israelische Regierung nicht hundertprozentig der Regierungslinie zu folgen; Sinn und Zweck der Übung bestanden offenbar darin, die Glaubwürdigkeit des Obersten Gerichts ein Stück weit zu erhalten und der bevorstehenden Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs etwas von ihrer Schärfe zu nehmen (*Beit Sourik Village Council v. The Government of Israel,* HCJ 2056/04): Israels Oberstes Gericht forderte die israelische Regierung auf, den Verlauf der Mauer leicht abzuändern, um den humanitären Schaden zu

verringern. Ungeachtet der Beweislage und der von Menschenrechtsorganisationen präsentierten Untersuchungsergebnisse stützte das Oberste Gericht jedoch die Behauptung der israelischen Regierung, daß der Bau der Mauer »aus Sicherheitsgründen« erfolge. Dies habe die Regierung dem Gericht versichert, und »wir haben keinen Grund, an [ihrer] Aufrichtigkeit zu zweifeln«; das Oberste Gericht bekräftigte auch, daß es seiner Meinung nach legal ist, eine Mauer zu bauen, die tief in besetztes Gebiet hineinragt (Abs. 28-32, 44-45). Noch ist der genaue Mauerverlauf ungeklärt, doch würde die neue Route vermutlich zu einer Reduzierung der betroffenen Fläche des Westjordanlandes um rund 2,5 Prozent führen (von 12,7 auf 10,1 Prozent). Siehe United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, »Preliminary Analysis of the Humanitarian Implications of February 2005 Barrier Projecti-ons«, Ost-Jerusalem, Februar 2004.

Kapitel 9: Unrechtsprechung

1 Zur Kritik von Menschenrechtsorganisationen und israelischen Rechtsgelehrten an Entscheidungen des Obersten Gerichts siehe auch Finkelstein, *Beyond Chutzpah,* S. 210-212.

2 B'Tselem, »Israel's Contempt for Fundamental Legal Principles«, Presseerklärung, 15. Juli 1998.

3 David Kretzmer, *The Occupation of Justice: The Supreme Court of Israel and the Occupied Territories,* Albany 2002, S. 2f. (das Binnenzitat über das »Image des Gerichts« stammt aus einem in einer israelischen Fachzeitschrift abgedruckten Artikel), 61, 163, 187f.

4 Ebd., S. 81, 138, 152.

5 Greg Myre, »Trial of Palestinian Leader Focuses Attention on Israeli Courts«, *New York Times,* 5. Mai 2003.

6 *Ajuri v. IDF Commander* (HCJ 7015/02), S. 26f. Ahmed Ajuri wurde auf der gleichen Basis verurteilt (S. 29).

7 Amnesty International, »Forcible transfers of Palestinians to Gaza constitutes a War Crime«, Presseerklärung, 3. September 2002.

8 Amnesty International, »Fear of forcible transfer«, Eilaktion, 15. Oktober 2003.

9 Human Rights Watch, *Without Status or Protection: Lebanese Detainees in Israel,* New York, Oktober 1997. Im März 2000 nahmen israelische Gerichte den Antrag von einem dieser libanesischen Häftlinge an, der angab, in israelischer Gefangenschaft

gefoltert und vergewaltigt worden zu sein. Zur israelischen Finanzierung, Kontrolle und Aufsicht der berüchtigten Haftanstalt Khiam im Südlibanon, wo Dutzende Libanesen bis zu 15 Jahre lang als Geiseln festgehalten wurden und wo »Folter gang und gäbe war«, siehe Amnesty International, *The Khiam Detainees: Torture and Ill-treatment,* London, Mai 1992; Aviv Lavie, »Khiam Prison in the Security Zone: A Nazi-type Concentration Camp«, *Hair* und*KolHair,* 17. Januar 1997; Amnesty International, *Israel's Forgotten Hostages: Lebanese Detainees in Israel and Khiam Detention Centre,* London, Juli 1997; Amnesty International, »Fear of torture and ill-treatment« (legal concern, 18. April 2000); Amnesty International, »Amnesty International welcomes Khiam releases, calls for respect for human rights Standards«, Presseerklärung, 23. Mai 2000; Amnesty International, »› Where is the door?‹ Letter from an Amnesty International delegation visiting Khiam deten-tion centre in South Lebanon«, Presseerklärung, 30. Mai 2000; sowie Human Rights Watch, »Israel's Withdrawal from South Lebanon: The Human Rights Dimensions«, Presseerklärung, Mai 2000 (»gang und gäbe«). Amnesty brachte über Khiam folgendes in Erfahrung: Es gab dort »systematische Folterungen, darunter Elektroschocks und Schläge mit Elektrokabeln; oft wird der Häftling zuvor mit Wasser Übergossen«; »Häftlinge bezeugten, daß israelisches Personal direkt an den Verhören und Folterungen beteiligt war«; »elf Häftlinge sind gestorben,… manche aufgrund von Folter, andere aufgrund mangelnder medizinischer Versorgung«; »der Leiter der Operationsabteilung der israelischen Armee gab zu,… daß Mitglieder des israelischen Inlandgeheimdienstes… ›jedes Jahr mehrere Treffen mit den [libanesischen] Verhörspezialisten des Khiam-Gefängnisses abhalten‹ … [und] daß die Gehälter der Verhörspezialisten des Khiam-Gefängnisses … von der israelischen Armee bezahlt würden« (*Israel's Forgotten Hostages,* S. 8, 10; »Fear of torture and ill-treatment«).

10 Amnesty International, »Supreme Court to rule on torture and the holding of hostages«, 25. Mai 1999, und Amnesty International, »Israeli Government should release all Lebanese hostages«, Presseerklärung, 12. April 2000.

11 *Plonim* v. *Minister of Defense* (A.D.A. 10/94) *in Israel Yearbook on Human Rights,* Tel Aviv 2000, S. 337f; vgl. Human Rights Watch, *Human Rights Watch Submission to the Human Rights Committee,* New York, 13. Juli 1998 (Barak-Zitat).

12 Amnesty International, »Israeli Supreme Court endorses hostage-taking«, Presseerklärung, 6. März 1998.
13 B'Tselem, »Israel's Contempt for Fundamental Legal Principles«.
14 *Plonim v. Minister of Defense* (Cr. RH. 7048/97) in *Israel Yearbook on Human Rights,* 2000, S. 343, 345 (bei allen Barak-Zitaten handelt es sich um die Paraphrase des *Israel Yearbook on Human Rights*).
15 Amnesty International, *Jahresbericht 2001,* Fischer: Frankfurt am Main 2001, »Israel und besetzte Gebiete«, S. 264. [In der deutschsprachigen Ausgabe des Jahresberichts fehlt der Hinweis darauf, daß die beiden Häftlinge »ohne jede Möglichkeit der Verbindung mit der Außenwelt gelassen« wurden; Hinzufügung entsprechend dem englischen Original, *Amnesty International Report 2001* (»continued to be held incommunicado in a secret place of deten-tion as hostages«); Anm. d. Ü.]; siehe auch Human Rights Watch, »Israel's Withdrawal from South Lebanon: The Human Rights Dimensions«, Mai 2000. Zur Freilassung der anderen libanesischen Geiseln siehe B'Tselem, »Lebanese Hostages Held in Israel«, www.btselem.org.
16 »Israel, the Occupied West Bank, Gaza Strip, and Palestinian Authority Territories« in *Human Rights Watch World Report 2001,* New York (»für rechtmäßig erklären«); Amnesty International, »Detention as hostages«, Presseerklärung, 22. Juni 2000; sowie Human Rights Watch, »Background Briefing: Israel's Proposed ›Imprisonment of Combatans Not Entitled to Prisoner of War Status Law‹«, Juni 2000, www.hrw.org/backgrounder/mena/isr0622-back.htm.
17 »Israel, the Occupied West Bank, Gaza Strip, and Palestinian Authority Territories« in *Human Rights Watch World Report 2002,* New York.
18 »Israel, the Occupied West Bank, Gaza Strip, and Palestinian Authority Territories« in *Human Rights Watch World Report 2003,* New York.
19 Alan M. Dershowitz, *Why Terrorism Works: Understanding the Threat, Responding to the Challenge,* New Haven 2002, S. 214–217 (»Präsident Bush«), 242f. (»keinerlei Bestimmungen«).
20 Amnesty International, *The Military Justice System in the Occupied Territories: Detention, Interrogation and Trial Procedures,* London, Juli 1991, S. 5-7, 20f.
21 B'Tselem, *Detained without Trial: Administrative Detention in the*

Occupied Territories since the Beginning of the Intifada, Jerusalem 1992, S. l-33passim.

22 B'Tselem, *Prisoners of Peace: Administrative Detention during the Oslo Process,* Jerusalem 1997, S. 1-51 passim.

23 Human Rights Watch, *Israel's Record of Occupation: Violations of Civil and Political Rights,* New York 1998, S. 2f.

24 B'Tselem, »Administrative Detention«, www.btselem.org/English/Administrative_Detention/index.asp.